



christian bernd von Karlsteube
Wöhlisdorf [3]

D- [07318] Wöhlisdorf bei Saalfeld / Saale

Telefon: +49 1573 4596092

chr.alber@yahoo.com

www.deutscher-reichsanzeiger.info

www.sachsen-meiningen.org

Prof. Dr. Peter Neumann
Department of War Studies /
International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence
King's College London
Strand
London WC2R 2LS
[United Kingdom]

Email: peter.neumann@kcl.ac.uk

Deutsche Version zuerst, im Anschluß die englische Übersetzung

27. März 2024

Tatsächliche Quelle von allem Terrorismus in Form des Deep-State bestehend aus den hochkriminellen Khazaren-Zionisten, Rothschild, Rockefeller, Windsor und Federal Reserve-Anteileigner-Bankster Familien, Vatikan und seinen 1000jährigen-Agenten ranghöchst dem British Empire, den unterwanderten UN-Nationen und deren weltweiten verfassungswidrigen /illegalen Banken- und false Justiz- und Politil-Kartells

Sehr geehrter Prof. Dr. Peter Neumann,
sehr geehrte Damen und Herren,

vor wenigen Tagen habe ich Ihr Interview auf Youtube zur Stellungnahme der Anschläge in Moskau gesehen. Im Grunde genommen hat es mich gestört, daß man wieder einmal alle Schuld auf die Araber und Muslime schiebt, damit böse Propaganda und Hass streut, selbst wenn es in diesem Fall sogar so gewesen sein mochte.

Ich möchte weiterhin daran appellieren nach der tatsächlichen Quelle allen „Terrorismus“ zu schauen und das Augenmerk und den roten Faden nicht durch inszenierte und „gewollte“ Nebenschauplätze zu verlieren.

Auch ich hatte mich mein ganzes Leben seither intensiv mit dem ganzen Thema beschäftigt und habe an markanten, inszenierten False Flags des „Deep State“ (Zionisten, Rothschild-Rockefeller, Windsor, Vatikan und 1000jährigen Agenten wie ranghöchst dem British Empire) sowie auch am Verlauf der Weltgeschichte und nicht eingehaltenen Versprechen mit deren Scheinregierungen und Scheinstaaten erkannt, daß hier ein ganz anderes Spiel läuft.

So wurde vor dem Mauerfall und der „Wiedervereinigung“ in Deutschland unter Leitung der Reichsbahner und des Oberreichsbahnbeamten Dr. hc jur Wolfgang Gerhard Günter Ebel mit den alliierten Siegermächten USA, Sowjet Union, England, Frankreich, China sowie mit den „Regierungen“ der BRD und DDR vereinbart, daß wir in Deutschland auf den letzten legitimen und international anerkannten Rechtsstand des 30. Januar 1933 zurückkehren und somit den alten, tatsächlichen deutschen Staat 2tes Deutsches Reich / Weimarer Republik wiederbeleben.

Mangels gültigem Wahlgesetz für die Bundesrepublik Deutschland¹, Verstoß gegen Art. 19 Grundgesetz, der

¹[Urteil vom Bundesverfassungsgericht vom 25.7.2012 AZ: 2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11]

alliiertenseits erfolgten Streichung der Präambel und des Art. 23 Grundgesetz sowie der DM-Verfassung seitens der Außenminister James Baker und Eduard Shevardnadse wurde der neue Reichstransportminister, Generalbevollmächtigte und Reichsfizler Dr. hc jur Wolfgang Gerhard Günter: Ebel und sein Team im gleichen Zug gebeten das Reichstransportministerium sowie ab 1987 eine Kommissarische Reichsregierung zu bilden. Vgl. Anlagen.

Den Alliierten war die Tatsache, daß sich die Welt und Deutschland im See- und Handelsrecht befindet bewußt und sie haben auf Deutschland und die neue Kommissarische Reichsregierung gesetzt, daß diese über die Reaktivierung und Betreiben des alten Staates 2tes Deutsches Reich den Weg zurück in die tatsächliche Staatlichkeit, Heimat und ins Völkrecht finden wird. Diese Begebenheiten sind leider größtenteils von der breiten Öffentlichkeit nicht wahrgenommen oder belächelt worden.

Die bereits in den frühen 1960iger Jahren erfolgten Bemühungen des leider durch den Deep State und CIA geföteten U.S.A.-Geschäftsführers / „Präsidenten“ John F. Kennedy und seines philippinisch-amerikanischen Rechtsanwalts und späteren philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos sowie parallel darauf aufbauend der Weltbank Gruppe unter Leitung der mittlerweile ebenfalls leider verstorbenen amerikanischen Rechtsanwältin Karen : Hudes das auf den Philippinen hierfür gelagerte Gold für den Weltwährungsreset und die Wiedereinführung echter, goldgeckter Währungen für jedes Land der Welt zu verwenden stehen damit in direkter Verbindung.

Allerdings werden all diese Tatsachen vom herrschenden weltweiten handelsrechtlichen Politik- und Justizkartell komplett unterdrückt bzw. ins Lächerliche gezogen und das ganze sogar so bombardiert, daß es seither keinen Schritt voranging.

Zeitgleich haben es der Deep State mit seinen vielen zionistischen und anglosächsischen Agenten geschafft die ganze Welt mit sehr vielen selbst inszenierten Anschlägen und der regelmäßigen Beschuldigung der Araber und Muslime geschafft die ganze Welt zu täuschen und in Atem zu halten.

Ich lege Ihnen in der Anlage meine kürzliche Klagen und Schriftsätze an den Internationalen Gerichtshof, Den Haag sowie den Strafgerichtshof in Den Haag vordergründig gegen die ausführenden Khazaren-Zionisten unter aktueller Leitung von schwergradigen Gangstern und Massenmördern wie Benjamin Netanyahu hinsichtlich deren größter Falsche Flag 9-11 (11. September) bei. Hierin beweise ich anhand der Quellen und hauptsächlich anhand der exzellenten Ausarbeitungen des amerikanischen Whistleblowers und Autors Christopher : Bolln, daß dies alles hausgemacht war und daß weder Flugzeuge noch muslimische oder arabische Terroristen überhaupt an diesem, sowie auch an fast allen anderen Anschlägen, involviert gewesen sind.

Durch die absolute Kontrolle über fast alle Medien konnte der Deep State – womöglich im primären Auftrag des Vatikan – und unter Leitung der Superreichen und der Khazaren-Zionisten weltweit das ganze jedoch immer so darstellen und verdrehen, daß arabische und muslimische Terroristen in die „angeblichen“ Anschläge des 11. September, Chicago, Madrid, Ankara, des Berliner Weihnachtsmarkts, usw. involviert gewesen wären und diese die Hauptdrabhtzieher gewesen sind.

Dabei war und ist es in so gut wie jedem Fall genau anders herum gewesen !

Mit den von Anbeginn mündelnden hochklummen amerikanischen Agenten und CEOs/Geschäftsführern der (Firma) U.S.A, George Bush I und II und dem CIA konnte letztendlich der lange anvisierte „Krieg gegen den Terror“ ausgerufen und „gesetzlich“ verankert werden.

Damit verfolgen der Vatikan, der Deep State, die Khazaren-Zionisten und deren Scheinregierungen unter Leitung der in Washington DC. ansässigen Firma U.S.A. jedoch nicht nur Ziele der „inneren Sicherheit“ sondern das ganze hat einen primär geopolitischen Charakter, daß man die Wiedererstarkung der arabischen Welt und des legitimen Osmanischen Reichs und natürlich auch die Rückkehr der anderen legitimen Staaten und Nationen geschieht zu unterdrücken versucht.

Wir hatten die gleichen Kämpfe bereits 1871 und auch viele Kaiser und Könige im heiligen Römischen Reich deutscher Nation haben immer wieder hervorgehoben und schriftlich festgehalten, daß gewisse Dunkelkräfte und allen voran der . Vatikan immer wieder geschieht und mit Lügen und Kriegslügen versucht haben die Allmacht auf Erden zu erhalten.

Bekanntlich geht die Gründung des komplett illegalen, völkerrechtswidrigen zionistischen Besatzungsregimes und Scheinstaats „Israel“ sowie deren in der osmanischen Provinz Palästina als Völkermord („Nakba“) bezeichnete

Holocaust an der dort einheimischen türkisch-arabischen Bevölkerung auf die unter Lord Balfour und Baron Rothschild unterzeichneten Balfour Deklaration zurück. Mittels dieser konnten sich die imperialistischen anglosächsischen „Regierungen“ (Agenten) im Auftrag des Vatikans und der zionistischen Geldgeber Rothschild-Rockefeller-Morgan-Windsor, usw. die arabische Welt und das osmanische Reich Untertan machen und es endgültig ausschlachten und die Menschen bis zum heutigen Tag unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Stück für Stück brutal austrotten.

Die beiden zuvor durch selbe Dunkelkräfte und kriminelle zionistische Finanziere und Großfamilien bereits u.a. durch den serbischen Rothschild-Agenten in Sarajevo angestifteten inszenierten und finanzierten Weltkriege waren ihnen offenbar nicht genug und das ganze Lügen, Verdrehen und Morden geht bis zum heutigen Tage.

Es sei an dieser Stelle jedoch nochmals an die eingangs erwähnten Vereinbarungen mit den deutschen Reichsbahnbeamten hinsichtlich der Wiederherstellung des alten deutschen Staates 2tes Deutsches Reich / Weimarer Republik sowie an die Vereinbarungen des Präsidenten John F. Kennedy mit den damaligen Politikern weltweit zur Wiederherstellung der Staatlichkeit sowie der Rückkehr zu echten und goldgedeckten Währungen erinnert. Diese guten Bemühungen konnte man seither geschickt und mittels der ständigen und selbst inszenierten „Terroranschläge“ überdecken und so vom eigentlichen guten Vorhaben ablenken und die dunkle Agenda des Deep State statt dessen durchsetzen.

Und solange die Medien, Fernsehkanäle und Menschen dies alles nicht einmal hinterfragen und tiefgehend analysieren wird sich nichts ändern und es wird immer wieder neue Terrormeldungen und inszenierte Anschläge weltweit geben. Der hochkriminelle, machtgierige Vatikan, deren Agenten, primär die anglosächsische Welt und das British Empire, die Zionisten und alle (sich auch weiterhin rein im Handelsrecht befindlichen) Scheinregierungen der Welt haben mit ihren tausenfachen Morden, Lügen und Falschdarstellungen die Box der Pandora geöffnet und einen für immer andauernden Krieg gegen die Wahrheit, gegen die Menschheit, Menschlichkeit sowie gegen alle tatsächlichen Staaten der Welt eröffnet.

Mit Sicherheit kann mittlerweile ein fast jeder nachvollziehen, daß die gesamte Welt und vor allem die arabischen und muslimischen Länder und Menschen über diese ganze komplett manipulierte Entwicklung, die ständigen Falschdarstellungen und unrechten Beschuldigungen des kriminellen Westens unter Leitung des Vatikans, Deep State, Zionisten und superreichen Familien (Rothschild, Rockefeller, Windsor usw) in keiner Weise erfreut sind und sich mittlerweile in vielfacher Weise auch wehren.

All unsere historischen Schriftstücke einschließlich der heiligen Texte wie Bibel, Koran und Torah sind ein Zeugnis für menschliches unverzeihbares Handeln welches mit einem hinterhältigen Angriff und Totschlags und einer ebenfalls tödlichen Gegenreaktion begannen.

Nur ein gegenseitigen Verzeihen und wieder aufeinander zugehen wären der Schlüssel für immer währenden Frieden und Versöhnung.

Dies alles sollten Sie im Rahmen Ihrer Forschungen zum Thema „Terrorismus“ mit einbeziehen, ansonsten wird jeder klar denkende Mensch erkennen und fühlen, daß auch hier wieder wissentlich oder unwissentlich einseitige Propaganda und Politik betrieben wird.

Wissenschaftliche Genauigkeit und Korrektheit erfordern oft von einem jeden Wissenschaftler und Forscher das ganze wirklich neutral und unvoreingenommen anzupacken und ausgewogen und von allen Seiten darzustellen. So ist es beispielsweise auch mittlerweile in der Medizin anerkannte Tatsache, daß es nichts bringt an den Symptomen herumzudoktern, solange nicht der Kern des Übels auffindig gemacht und identifiziert wurde.

Hoffentlich kann dieser Brief an Sie etwas in Richtung Gutes und ganzheitliches bewirken.

Ich sehne mich nach einer besseren Welt, wo sich die gesamte Menschheit wieder als Gottes Schöpfung sieht, glücklich über jeden anderen und anders artigen ist und sich auch gerne wieder in die Augen schaut. Nur so kommen wir aus dieser leidigen, trostlosen und dunklen Abwärtsspirale des gegenseitigen Mißtrauens und zu Unrecht verwendeten Begriffs „Terrorismus“ heraus.

Denn wie nachgewiesen, haben genau diejenigen damit in krimineller Weise mit dem Terror und Terrorismus begonnen, die heute schreien „haltet den Dieb“ und dabei selbst der Dieb, Mörder und Terrorist sind. Dies beinhaltet

natürlich auch die Russen unter Leitung des Putschisten-Oligarchen und Massenmörders Vladimir Putin, der feinen Deut besser ist als seine gleichfalls mit dem Konzept des „Terrorismus“ und Mordens gut Geld verdienenden ukrainischen, amerikanischen, englischen, französischen, chinesischen und sonstigen Politiker-„Amtscollegen“ weltweit.

Krieg, Terror und Morden können nie durch Krieg, Terror und Morden beendet werden. Die Lösung wäre: Frieden (Peace → „Department of Peace“ statt Krieg/„War“).

Bei Rückfragen können Sie mich über v.g. Kontaktdaten jederzeit erreichen.

Vielen Dank und Gottes Segen.

Freundliche Grüße,

Christian Bernd von Kalschke



Rechtssachverständiger des
reichsverfassungsrechtlichen
Staates Deutsches Reich
Christian Bernd ~~von~~ *Kalschke*
c/o Wöhlsdorf 3
107318] Saalfeld - Wöhlsdorf

- Dokumentation Vereinbarungen unter Dr. hc. jur Wolfgang Gerhard Günter Ebel und 2tes Deutsches Reich
- Flyer zur Rechtslage und fortgeltendem Besatzungsstatut
- Strafantrag / Criminal Complaint an den Internationalen Gerichtshof / International Court of Justice vom 12. Januar 2024 sowie an den Internationalen Strafgerichtshof/ International Criminal Court, Den Haag vom 14. Nov. 2023
- samt zahlreichen Beweisen u.a. von 941 Experten und Autoren wie Christopher: Bolln



christian bernd von Karlstube
Wöhlisdorf [3]

D- [07318] Wöhlisdorf bei Saalfeld / Saale

Telefon: +49 1573 4596092

chr.alber@yahoo.com

www.deutscher-reichsanzeiger.info

www.sachsen-meiningen.org

English translation:

Prof. Dr. Peter Neumann
Department of War Studies /
International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence
King's College London
Strand
London WC2R 2LS
[United Kingdom]

Email: peter.neumann@kcl.ac.uk

March 27th 2024

Actual source of all true terrorism in form of the criminal Deep State consisting of the highly criminal Khazar-fake jewish Zionists, Rothschild-Rockefeller, Morgan, Windsor Federal Reserve Bank -bankster families, Vatican and its 1000-year-old agents eminently the British Empire, the infiltrated UN nations and the worldwide unconstitutional/illegal banking, fake justice and politics cartel

Dear Prof. Dr. Peter Neumann,
Ladies and Gentlemen,

A few days ago I saw your interview on YouTube about the attacks in Moscow. Basically, it bothered me that everyone was once again placing all the blame on the Arabs and Muslims - thus spreading evil propaganda and hatred - even if that may have been the case in this case.

I would like to continue to appeal to look at the actual source of all "terrorism" and not to lose focus and the common thread through staged and "intentional" sideshows.

Since then, I have also been intensively involved with the whole topic my whole life and have been involved in striking, staged false flags of the "Deep State" (Zionists, Rothschild-Rockefeller, Windsor, Vatican and 1000-year-old agents such as the highest ranking British Empire) as well as in the course of events world history and unfulfilled promises with their fake governments and fake states have recognized that a completely different game is going on here.

Before the fall of the Berlin Wall and "reunification" in Germany, under the leadership of the Reichsbahner and the senior Reichsbahn official Dr. hc jur Wolfgang Gerhard Günter Ebel agreed with the allied victorious powers USA, Soviet Union, England, France, China as well as with the "governments" of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic that we in Germany will return to the last legitimate and internationally recognized legal status of January 30, 1933 and thus revive the old, actual German state of the 2nd German Reich / Weimar Republic.

Due to the lack of a valid electoral law for the Federal Republic of Germany², violation of Article 19 of the Basic Law, the Allied deletion of the preamble and Article 23 of the Basic Law as well as the GDR constitution by Foreign Secretaries James Baker and Eduard Shevardnadze, the new German Minister of Transport, General Plenipotentiary and Reichs-Chancellor Dr. hc jur Wolfgang Gerhard Günter Ebel and his team were at the same time asked to form the Reich Transport Ministry and, from 1987, a Commissary Reich Government. See attachments.

The Allies were aware of the fact that the world and Germany were in maritime and commercial law and they relied on Germany and the new Commissary Reich Government to pave the way back to the actual state by reactivating and operating the old state of the 2nd German Reich Statehood, homeland and land law will be found. This all happened in between ~ 1985 to 2014 and went mostly unnoticed !

The efforts made in the early 1960s by U.S.A. CEO/„President“ John F. Kennedy, who was unfortunately killed by the Deep State and CIA, and his Filipino-American lawyer and later Philippine President Ferdinand Marcos, as well as, in parallel, the World Bank Group under the leadership of the American lawyer Karen: Hudes (who has also unfortunately died in the meantime) using the gold stored in the Philippines for the world currency reset and the reintroduction of real, gold-backed currencies for every country in the world are directly connected to this.

However, all of these facts are completely suppressed or ridiculed by the ruling global commercial law political and judicial cartel and the whole thing is even bombed so much that there has been no progress since then.

At the same time, the Deep State with its many Zionist and Anglo-Saxon agents managed to deceive and keep the whole world in suspense with many self-staged attacks and regular accusations against Arabs and Muslims.

I am attaching to you my recent lawsuits and written submissions to the International Court of Justice, The Hague and the Criminal Court in The Hague, ostensibly against the executing Khazar Zionists under the current leadership of serious gangsters and mass murderers such as Benjamin Netanyahu regarding their greatest false flag 9- 11 (September 11th). Here I prove, based on the sources and mainly on the excellent research and writings of the American whistleblower and author Christopher Bollyn, that this was all homemade and that neither aircraft nor Muslim or Arab terrorists were involved at all in this, as well as in almost all other attacks .

However, through absolute control over almost all media, the Deep State - possibly on the primary order of the Vatican - and under the direction of the super-rich and the Khazar Zionists worldwide, was always able to present and distort the whole thing in such a way that Arab and Muslim „terrorists“ were included in the "alleged" September 11th attacks, Chicago, Madrid, Ankara, the Berlin Christmas market, etc. and they were made the main scapegoats and „masterminds“.

However, in almost every case it was and is exactly the other way around!

With the highly criminal American agents and CEOs/managing directors of the (company) USA, George Bush I and II and the CIA, who were involved from the beginning, the long-sought "war on terror" was ultimately able to be declared and "legally" enshrined.

The Vatican, the Deep State, the Khazar Zionists and their fake governments under the direction of those in Washington D.C. are pursuing this. However, the U.S.A.-based company not only aims at "internal security" but the whole thing has a primarily geopolitical character, in that it cleverly tries to suppress the re-strength of the Arab world and the legitimate Ottoman Empire and of course also the return of the other legitimate states and nations.

We already had the same battles in 1871 and many emperors and kings in the Holy Roman Empire of the German nation have repeatedly emphasized and recorded in writing that certain dark forces and above all the Vatican have repeatedly tried to gain omnipotence on earth with lies and stratagems

2 [Verdict Bundesverfassungsgericht dated: 25.7.2012 AZ: 2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11]

As is well known, the founding of the completely illegal, international law-contrary Zionist occupation regime and pseudo-state "Israel" as well as its holocaust, which was described as genocide ("Nakba") in the Ottoman province of Palestine, against the local Turkish-Arab population goes back to the Balfour signed under Lord Balfour and Baron Rothschild declaration back. By means of this, the imperialist Anglo-Saxon "governments" (agents) on behalf of the Vatican and the Zionist donors Rothschild-Rockefeller-Morgan-Windsor, etc. were able to subjugate the Arab world and the Ottoman Empire and finally cannibalize it and the people up to the present day Every day, brutally eradicating them bit by bit under false pretenses.

The two previously staged and financed world wars instigated and financed by the same dark forces and criminal Zionist financiers and large families, including the Serbian Rotschild agent in Sarajevo, were obviously not enough for them and all the lying, twisting and murdering continues to this day.

At this point, however, we should once again recall the agreements mentioned at the beginning with the German Reichsbahn officials regarding the restoration of the old German state of the 2nd German Reich / Weimar Republic as well as the agreements between President John F. Kennedy and the politicians of the time worldwide to restore statehood as well as the Return to real and gold-backed currencies. Since then, these good efforts have been cleverly covered up by means of constant and self-staged "terrorist attacks", thereby distracting from the actual good intentions and pushing through the dark agenda of the Deep State instead.

And as long as the media, television channels and people don't even question this and analyze it in depth, nothing will change and there will always be new reports of terrorism and staged attacks around the world. The highly criminal, power-hungry Vatican, their agents, primarily the Anglo-Saxon world and the British Empire, the Zionists and all the sham governments in the world (which continue to be purely commercial) have opened Pandora's box with their thousands of murders, lies and misrepresentations forever ongoing war against the truth, against humanity, humanity and against all actual states in the world.

Almost everyone can now certainly understand that the entire world and especially the Arab and Muslim countries and people are aware of this completely manipulated development, the constant misrepresentations and unjust accusations of the criminal West led by the Vatican, Deep State, Zionists and the super rich Families (Rothschild, Rockefeller, Windsor, etc.) are in no way happy and are now defending themselves in many ways.

All our historical writings, including the sacred texts such as the Bible, the Koran and the Torah, are a testimony to human unforgivable actions that began with a dastardly attack and murder and an equally deadly backlash.

Only forgiving one another and approaching each other again would be the key to everlasting peace and reconciliation.

You should include all of this as part of your research on the topic of "terrorism", otherwise every clear-thinking person will recognize and feel that here too, knowingly or unknowingly, one-sided propaganda and politics are being carried out.

Scientific accuracy and correctness often require every scientist and researcher to approach the whole thing in a truly neutral and unbiased manner and to present it in a balanced manner and from all sides. For example, it is now a recognized fact in medicine that there is no point in tinkering with the symptoms until the core of the problem has been found and identified.

Hopefully this letter to you can do something good and holistic.

I long for a better world where all of humanity sees itself as God's creation again, is happy with everyone else and who is different, and is happy to look into each other's eyes again. This is the only way we can get out of this painful, bleak and dark downward spiral of mutual distrust and the wrongly used term "terrorism".

Because as has been proven, it is precisely those who started terror and terrorism in a criminal manner who are now shouting “stop the thief” and are themselves the thief, murderer and terrorist. This of course also includes the Russians under the leadership of the putschist oligarch and mass murderer Vladimir Putin, who is no better than his fellow Ukrainian, American, English, French, Chinese and other politician „counterparts“ worldwide who also make good money from the concept of “terrorism” and murder.

War, terror and murder can never be ended by war, terror and murder. The solution would be: peace (Peace → “Department of Peace” instead of Krieg/“War”).

If you have any questions feel free to reach me any time using the contact details above.

Thank you and God bless you.

Best regards,

Christian Bernd von Karlsruhe



Rechtssachverständiger des
reichsverfassungsrechtlichen
Staates Deutsches Reich
Christian Bernd *von Karlsruhe*
c/o Wöhlisdorf 3
[07318] Saalfeld - Wöhlisdorf

- Documentation agreements with Dr. hc. jur Wolfgang Gerhard Günter Ebel regarding the constitutional true German State 2nd German Empire / Weimar Republic
- Flyer on the legal situation and the ongoing occupation statute
- Criminal application / Criminal Complaint to the International Court of Justice / International Court of Justice dated January 12, 2024 and to the International Criminal Court / International Criminal Court, The Hague dated November 14, 2023
- including various evidence from, among others, 9-11 experts and authors such as Christopher: Bollyn

Einladung zum Stammtisch & Gespräch

Themen:

- Fortgeltende Alliierte Bestimmungen: Besatzung & Beschlagnahme bis zum ausstehenden Friedensvertrag, welcher einzig & alleine mit dem fortbestehenden reichsverfassungsrechtlichen Staat „2tes.Deutsches Reich“ - mit letztem international anerkanntem, gültigen Rechtsstand d. 30. Jan. 1933 mit einigen Neuerungen, also vor Machtergreifung der bankenfinanzierten, illegalen Parteien einschl. des Regimes von A. Hitler - geschlossen werden kann.

Die Reaktivierung und der Wiederaufbau unseres alten reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich wurde seitens des US Department of State/ Berlin, deren amerikan. Botschafter in Absprache mit d. britischen & sowjet.

Militärs & Regierungen ab Mai 1985 beschlossen & **vorgegeben**. Diese Tatsache stellt besatzungsrechtlich somit **keine „Option“** für uns alle dar !

- **Sowohl d. Entscheidungen bzgl. „Wiedervereinigung“ 1989/90 wie auch die kurz zuvor erfolgte Vorgabe d. Reaktivierung des dt. Reichs geschahen hinter verschlossenen Türen mit dem höheren Berliner Reichsbahnbeamten Dr.hc.jur. :Wolfgang Gerhard Günter: Ebel.** Dieser war von den Alliierten aufgrund seiner besonderen menschlichen & juristischen Leistungen bereits während der Reichsbahnstreiks ~1983 in d. Nachfolge von Dr.Ing. :Julius: Dormüller auf Basis d. fortgeltend gültigen Weimarer' Verfassung zum Reichstransportminister, sowie im Mai 1985 zum **Generalbevollmächtigten Deutschlands** und *aufgrund des bis heute fortdauernden [BRiD]-Putsch-Ausnahmestands* in d. verfassungsrechtl. Position des „Reichskanzlers“ genehmigt worden
- Mangels gültiger Gesetze und daher spät. seit 1956 effektiv ungültigem Gesetzgeber muß sich die gesamte [„BRiD“] beim Wiederaufbau des alten Reichs & Staats mit anschließen. Vgl. u.a BVG-Urteil v. 25.7.2012: 2 BvF 3/11,2 BvR 2670/11,2 BvE 9/11
- Wenig Aufmerksamkeit erhalten auch d.Tatsachen,daß die Alliierten Dr.hc.jur. Ebel bereits während ihrer jährlichen Konferenzen in der Brandenburghalle/Berlin im Jahr 1987 der Weltöffentlichkeit vorgestellt haben & auch zahlreiche, ebenfalls weiterhin gegen die alliierten, reichsrechtlichen & grundgesetzlichen Vorgaben putschende [„BRiD-Gerichte“],wie z.B. d. „BGH“ in Karlsruhe, Dr. hc. :Wolfgang Gerhard Günter: Ebel & das 2te Deutsche Reich seither schriftlich & offiziell anerkennen mußten.
- Auch wird weiterhin vertuscht, daß sowohl die [BRiD] wie auch die [DDR] alliiertenseits als jeher eher ungewollte Staatssimulationen am 17.7.1990 von den Alliierten auf deren Pariser Konferenz per Löschung der Präambel & des Art. 23 GG sowie der DDR-Verfassung aufgelöst und somit beide zusammen zeitgleich **verboten** wurden.
- Urteile, u.a. Urteil Nr. 143 des Int. Gerichtshofs aus Den Haag, belegen, daß ein bis heute weiterhin beschlagnahmtes & defakto fortbestehend besetztes Deutschland nie souverän & auch nie Teil des eingetragenen Vereins namens „EU“ sein konnte.
- **Quellen & Beweisvideos z.B.:** <https://www.youtube.com/watch?v=g7yaRLxA07E&t=370s>, RSV (Rechtssachverständigen)-Verband, u.v.m.

Treffpunkt abends nach Vereinbarung: Wöhlsdorf [3] bei [07318] Saalfeld, 01573-4596092, christian bernd v. Karlsruhe (Fam. A l b e r)

Einladung zum Stammtisch & Gespräch

Themen:

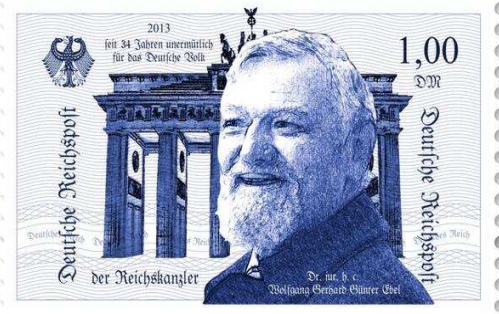
- Fortgeltende Alliierte Bestimmungen: Besatzung & Beschlagnahme bis zum ausstehenden Friedensvertrag, welcher einzig & alleine mit dem fortbestehenden reichsverfassungsrechtlichen Staat „2tes.Deutsches Reich“ - mit letztem international anerkanntem, gültigen Rechtsstand d. 30. Jan. 1933 mit einigen Neuerungen, also vor Machtergreifung der bankenfinanzierten, illegalen Parteien einschl. des Regimes von A. Hitler - geschlossen werden kann.

Die Reaktivierung und der Wiederaufbau unseres alten reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich wurde seitens des US Department of State/ Berlin, deren amerikan. Botschafter in Absprache mit d. britischen & sowjet.

Militärs & Regierungen ab Mai 1985 beschlossen & **vorgegeben**. Diese Tatsache stellt besatzungsrechtlich somit **keine „Option“** für uns alle dar !

- **Sowohl d. Entscheidungen bzgl. „Wiedervereinigung“ 1989/90, wie auch die kurz zuvor erfolgte Vorgabe d. Reaktivierung des Reichs geschahen hinter verschlossenen Türen mit dem höheren Berliner Reichsbahnbeamten Dr. hc. jur. :Wolfgang Gerhard Günter: Ebel.** Dieser war von den Alliierten aufgrund seiner besonderen menschlichen & jurist. Leistungen bereits während der Reichsbahnstreiks ~1983 in der Nachfolge von Dr.Ing. :Julius: Dormüller auf Basis d. fortgeltend gültigen Weimarer' Verfassung zum Reichstransportminister & später im Mai 1985 zum **Generalbevollmächtigten Deutschlands** und *aufgrund des bis heute fortdauernden BRD-Putsch-Ausnahmestands* in d. verfassungsrechtl. Position des „Reichskanzlers“ genehmigt worden.
- Mangels gültiger Gesetze und daher spät. seit 1956 effektiv ungültigem Gesetzgeber muß sich die gesamte [„BRiD“] beim Wiederaufbau des alten Reichs & Staats mit anschließen.Vgl. u.a BVG-Urteil vom 25.7.2012: 2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11
- Wenig Aufmerksamkeit erhalten auch d.Tatsachen,daß die Alliierten Dr.hc.jur. Ebel bereits während ihrer jährlichen Konferenzen in der Brandenburghalle/Berlin 1987 der Weltöffentlichkeit vorgestellt haben & auch zahlreiche, ebenfalls weiterhin gegen die alliierten, reichsrechtlichen & grundgesetzlichen Vorgaben putschende [„BRiD-Gerichte“],wie z.B. d. „BGH“ in Karlsruhe, Dr. hc. Wolfgang Gerhard Günter Ebel und unseren Staat 2tes Deutsches Reich seither schriftlich und offiziell anerkennen mußten.
- Auch wird weiterhin vertuscht, daß sowohl die [BRiD] wie auch die [DDR] alliiertenseits als jeher eher ungewollte Staatssimulationen am 17.7.1990 von den Alliierten auf deren Pariser Konferenz per Löschung der Präambel & des Art. 23 GG sowie der DDR-Verfassung aufgelöst und somit beide zusammen zeitgleich **verboten** wurden.
- Urteile, u.a. Urteil Nr. 143 des Int. Gerichtshofs aus Den Haag, belegen, daß ein bis heute weiterhin beschlagnahmtes & defakto fortbestehend besetztes Deutschland nie souverän & auch nie Teil des eingetragenen Vereins namens „EU“ sein konnte.
- **Quellen & Beweisvideos z.B.:** <https://www.youtube.com/watch?v=g7yaRLxA07E&t=370s>, RSV (Rechtssachverständigen)-Verband, u.v.m.

Treffpunkt abends nach Vereinbarung: Wöhlsdorf [3] bei [07318] Saalfeld, 01573-4596092, christian bernd v. Karlsruhe (Fam. A l b e r)



www.deutscher-reichsanzeiger.info



www.deutscher-reichsanzeiger.info

Amtierendes Reichsgericht

KOPIE

Präsidium

KOPIE



Befähigungsnachweis

In Anerkennung der Rechte und Pflichten als definitiv seit dem 18.07.1990 in Personalunion Staatsbürger des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich kein Bürger des seit dem 17.07.1990 ehemaligen besatzungsrechtlichen Mittels der Westmächte namens Bundesrepublik Deutschland, Landesangehöriger eines der seit dem 25.02.1987 seitens der USA reichsländerverfassungsrechtlich und reichsländergesetzlich gewollten 17 Reichsländer kein Landeseinwohner irgendeines Landes der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland, gemäß Artikel 43 des Dritten Abschnitts der Anlage zum Abkommen Ordnung der Besetze und Gebräuche des Landkriegs bezüglich des Abkommens, betreffend die Besetze und Gebräuche des Landkriegs vom 18. 10. 1907 (RSBl. S. 147) völkerrechtlich, Artikel IV der SHAEF-Proklamation Nr. 1 der USA vom 13. 02. 1944 (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausgabe A S. 1) kriegsrechtlich der Anweisung, Kontrolle und Gerichtsbarkeit der USA unterliegend, dem 1.^{ten} Londoner Protokoll vom 12. 09. 1944 (The Conferences at Malta and Yalta; Gernand, Jones of Occupation and Administration of Greater Berlin S. 111 ff) sowie der Kontrollratsgesetzgebung (Amtsbl. KR) in Verbindung mit dem Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 25. 09. 1990 (BBBl. II S. 1274 ff) besatzungsrechtlich, bis zum Friedensvertrag mit dem handlungsfähigen reichsverfassungsrechtlichen Staate Deutsches Reich den gesetzlichen Bestimmungen der Reichsverfassung vom 11. 08. 1919 (RSBl. S. 1383 ff) in Verbindung mit dem durch die Viermächte der Amtierenden Reichsregierung mit Wirkung zum 08. 05. 1985 genehmigten Besetz zur Änderung und Ergänzung der Reichsverfassung vom 21. 04. 1987 (RSBl. I S. 1 ff) der gesamten grundgesetzlichen Verwaltung und Gerichtsbarkeit exterritorial gegenüberstehend der Rechtsordnung des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich angehörend, dem weiteren Aufbau dienen zu wollen,

werden Sie,

KOPIE

Herr Christian Bernd Alber,
geb: 24. August 1979

KOPIE

auf der Rechtsgrundlage der völker-, kriegs-, besatzungs- und reichsverfassungsrechtlichen Bestimmungen des Artikels I Absatz 1 des SHAEF-Befehles Nr. 1 der USA vom 13. 02. 1944 der durch die Alliierten zum 22. 05. 1949 bereinigt geltenden Reichsgesetzgebung in Ermangelung der Existenz von Rechtsanwälten,

nach der Absolvierung eines rechtsvergleichenden Fachlehrgangs zur Ausübung der Tätigkeit eines

Rechtssachverständigen des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich

berufen.

Sie sind im dienstlichen Verkehr verpflichtet und außerdienstlich berechtigt, den Titel Rechtssachverständiger des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich als Beamter zu führen.

Groß-Berlin, den 14. Juli 2014

KOPIE

Dagmar Tietz

Der zur öffentlich-rechtlichen Prüfung von Rechtssachverständigen des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich seitens der USA reichsverfassungsrechtlich gewollte und durch die Viermächte reichsgesetzlich genehmigte Präsident des Amtierenden Reichsgerichts,
Dagmar Sibille Tietz



KOPIE

Sachsen-Meiningsches Gemeindeamt
 Wöhlisdorf bei Saalfeld/Saale
 Büro für Rechts- und Geschichtsforschung
 Rechts[sach]verständiger, Amtsvorsteher und Souverän



Christian Bernd von Karlfrühe

Wöhlisdorf [3]

[07318] Wöhlisdorf bei Saalfeld / Saale

Telefon: 01573 4596092

chr.alber@gnahoe.com

www.deutscher-reichsanzeiger.info

International Court of Justice

Peace Palace
 Carnegieplein 2
 1517 KJ The Hague
 The Netherlands

as well as in copy to the:

Embassy of South Africa in The Hague

Wassenaarseweg 38

The Hague 2596 CJ

The Netherlands

Email: thehaguer@dirco.gov.za, info.thehague@dirco.gov.za

January 12th 2024

Criminal complaint against the evil, mass murdering jews and zionists under the leadership of evil gansters and murderers from their LIKUD wing such as Menachem : Begin, Ariel : Sharon and Benjamin : Netanjahu, primarily funded by secret big black budgets as well as by prominent criminal bank(st)er families including the Rothschilds, Rockefellers, Morgans and possibly also the Windsors and their unconstitutional, privately owned so called "American Federal Reserve Bank" network. They have all also been behind most false flags including 9-11 in New York, many other attacks and wars, behind the illegal founding of the criminal State simulation "Israel" and last but not least also behind the murder of CEO/US President John F. Kennedy through their secretly funded CIA

Criminal complaint against the evil, mass murdering jews and zionists under the leadership of evil gansters and murderers from their LIKUD wing such as Menachem: Begin, Ariel : Sharon and Benjamin : Netanjahu, primarily funded by secret big black budgets as well as by prominent criminal bank(st)er families including the Rothschilds, Rockefellers, Morgans and possibly also the Windsors and their unconstitutional, privately owned so called "American Federal Reserve Bank" network. They have all also been behind most false flags including 9-11 in New York, many other attacks and wars, behind the illegal founding of the criminal State simulation "Israel" and last but not least also behind the murder of CEO/US President John F. Kennedy through their secretly funded CIA

Dear Sir or Madam,

Dear Sir or Madam,

we had filed a Court case against the evil, highly criminal zionists, mass murderers, their Israeli LIKUD

leadership including Menachem : Begin (deceased), Ariel Sharon and Benjamin : Netanjahu as well as their international and prominent financiers and funders in the background - the prominent international bank(st)er families Rothschild, Rockefeller, Morgan and possibly also the Windsors and their fully unconstitutional, privately owned „American Federal Reserve banking“ cartell - last November 2023 with the International Criminal Court.

we had filed a Court case against the evil, highly criminal zionists, mass murderers, their Israeli LIKUD leadership including Menachem : Begin (deceased), Ariel Sharon and Benjamin : Netanjahu as well as their international and prominent financiers and funders in the background - the prominent international bank(st)er families Rothschild, Rockefeller, Morgan and possibly also the Windsors and their fully unconstitutional, privately owned „American Federal Reserve banking“ cartell - last November 2023 with the International Criminal Court.

In recent days we learnt from the American Professor of international politics, Prof. Dr. Francis Boyle, who just spoke on the independent American news network „Democracy Now“ that it would be far more strategic and appropriate to bring the whole issue to your attention.

In recent days we learnt from the American Professor of international politics, Prof. Dr. Francis Boyle, who just spoke on the independent American news network „Democracy Now“ that it would be far more strategic and appropriate to bring the whole issue to your attention.

Please therefore find our many charges and proofs against this highly evil and perfectly organized international cartell attached.

Please therefore find our many charges and proofs against this highly evil and perfectly organized international cartell attached.

From our broad research and observation we can now say for sure and even show you proof that the zionists under the leadership of the above mentioned prominent LIKUD figures have been secretly funded by big black budgets as well as by the above mentioned criminal bank(st)er families including the jewish-zionist Rothschilds, Rockefellers, Morgans and possibly also the Windsors whom they have been all friends with for many decades.

From our broad research and observation we can now say for sure and even show you proof that the zionists under the leadership of the above mentioned LIKUD figures have been secretly funded by big black budgets as well as by the above mentioned criminal bank(st)er families including the jewish-zionist Rothschilds, Rockefellers, Morgans and possibly also the Windsors whom they have been all friends with for many decades.

As you might know 5-10 of the big bank(st)er families have all been the secret owners of the unconstitutional and privately owned American “Federal Reserve Banking system” among many other things that they own and/or control.

As you might know 5-10 of the big bank(st)er families have all been the secret owners of the unconstitutional and privately owned American “Federal Reserve Banking system” among many other things that they own or control.

These reckless and apparently pro-zionist bank(st)er families have been the financiers of many false flags including “September 11th (9-11) in New York and many other “terrorist attacks”.

They have also been behind the professionally performed murder of former US President/CEO of the US Corporation John F. Kennedy.

These reckless and apparently pro-zionist bank(st)er families have been the financiers of many false flags including “September 11th (9-11) in New York and many other “terrorist attacks”.

They have also been behind the professionally performed murder of former US President/CEO of the US Corporation

John F. Kennedy.

They all together have pushed for and probably also fully financed the illegal founding and proclamation

of this evil fake State "Israel" on constitutional Ottoman and Palestine grounds through their British agents including Lord Balfour with whom they have been related with, of course. They all together have pushed for and probably also fully financed the illegal founding and proclamation of this evil fake State "Israel" on constitutional Ottoman and Palestine grounds through their British agents including Lord Balfour with whom they have been related with, of course.

During the last 100-200 years they have massively harmed many nations and people worldwide including us Germans. Due to their ongoing political and financial corruption and the undermining of German and European politics they have managed to pull us twice into senseless world wars and the German military has once again been involved in a number international wars and conflicts right now. Even worse, they have corrupted and manipulated our German people and particularly the politicians through their all present banking systems (the illegal FED, the illegal ECB, the illegal European Union and the illegal Euro fake currency) and media worldwide so that they have continuously been working against our nation and our true German State - the constitutional State 2nd German Empire. See attachments further in the back. To achieve their goals they have used German Zionist agents like Dr. Helmut : Kohl and Dr. Angela : Merkel to fully privatize the German State so that everything costs a lot and nothing remains for us the German people.

During the last 100 200 years they have massively harmed many nations and people worldwide including us Germans. Due to their ongoing political and financial corruption and the undermining of German and European politics they have managed to pull us twice into senseless world wars and the German military has once again been involved in a number international wars and conflicts right now. Even worse, they have corrupted and manipulated our German people and particularly the politicians through their all present banking systems (the illegal FED, the illegal ECB, the illegal European Union and the illegal Euro fake currency) and media worldwide so that they have continuously been working against our nation and our true German State - the constitutional State 2nd German Empire. See the attachments further in the back. To achieve their goals they have used German Zionist agents like Dr. Helmut : Kohl and Dr. Angela : Merkel to fully privatize the German State so that everything costs a lot and nothing remains for us the German people.

Last but not least, one of the most excellent authors on Jewish-Zionist crimes and their 9-11 false flag is the independent American researcher and author Christopher : Bollin. We have cited him a lot throughout this criminal complaint and the documentation.

Last but not least, one of the most excellent authors on Jewish-Zionist crimes and their 9-11 false flag is the independent American researcher and author Christopher : Bollin. We have cited him a lot throughout this criminal complaint and the documentation.

Hopefully you can use all the attached materials in your already ongoing case against this Zionist Jewish and bank(ster) family mafia.

Hopefully you can use all the attached materials in your already ongoing case against this Zionist Jewish and bank(ster) family mafia.

Please let us know if you have further questions or if you want us to speak on that issue in one of your hearings. Please let us know if you have further questions or if you want us to speak on that issue in one of your hearings.

Thank you for whatever good you do in that matter and God bless you.
Thank you for whatever good you do in that matter and God bless you.

Sincerely,

Christian Bernd von Kalsruhe
KONIGS-GERMANIA
Rechtsachverständiger des
reichsverfassungsrechtlichen
Staates Deutsches Reich
Christian Bernd ~~von~~ Kalsruhe
c/o Wenddorf 3
17738 Sienhof - Wenddorf
Glaus Jürg von Zwickau



Christian Bernd von Karlsruhe
 Wöhltdorf [3]
 [07318] Wöhltdorf bei Saalfeld / Saale
 Telefon: 01573 4596092
chr.alber@yahoo.com
www.deutscher-reichsanzeiger.info

International Criminal Court
 Information and Evidence Unit
 Office of the Prosecutor
 PO Box 19519
 2500 CM, The Hague
 Niederlande / The Netherlands

November 14th 2023

Criminal complaint

against the criminal zionist jewish high treason-committing terrorists, co-conspirators, election cheaters, mass murderers and racists including the

- former Israeli CEO („Prime Minister“) Menachem Begin (deceased; He called himself “the father of terrorism“; LIKUD founder) and his entire LIKUD gangster network
 - Israeli LIKUD-gangster Benjamin : Netanjahu,
- the zionist leaders of Project for the New American Century (PNAC) & Kagan family
- All other former Israeli zionist heads and mass murderers including Ariel : Sharon, Shimon: Peres, Ehud: Olmert, Moshe : Dayan
- Rafael : Eitan and successors (former head of the Israeli military staff and successors),
- the murderous American-Israeli investor and World Trade Center (Twin Tower) owner and co-conspirator Larry : Silverstein and family
- the co-conspiring former New York mayor Rudi: Giuliani & team as well as most likely predecessors and successors such as jewish Michael : Bloomberg,
 - co-conspiring US Attorneys of the Department of Justice

John : Ashcroft, Michael: Chertoff & co-conspiring American judge Hellerstein and son Joseph - Special Master 9-11 compensation Fund coordinator Kenneth Feinberg and Sheila Birnbaum,

- co-conspiring “Presidents“ (CEOs of the US Corporation) George H. Walker: Bush and II and family, the Obama family, Clinton family, Trump family and Biden family and their entire highly criminal, deceitful, proteging administrations
- co-conspiring former US Secretary of Defense Caspar : Weinberger who always protected and camouflaged the criminal zionist activities and murders worldwide
 - many members of the New York zionist AIPAC establishment including their jewish zionist head Ronald : Lauder and family
 - and most importantly the prominent zionist banking families and financiers Rothschild family

as well as their powerful business partners
 the Rockefeller family, the Warburg family,
 the Morgan family, the Schiff family and

apparently also the British Windsor family among all others of the private and fully unconstitutional (illegal) zionist-jewish-American „Federal Reserve“ Banking system

for their 100 year long ongoing
organization and execution of

- massive war crimes and genocide throughout Palestine and the legitimate, constitutional Ottoman Empire based on their deceitful „Balfour declaration“ through their British Lord Balfour-Rothschild claiming and pretending that they would have the legitimate right for the holy land
- rule through deceit and crimes against humanity including their master piece 9-11 where they cheated and betrayed America and the world while at the same time deceitfully accusing and pulling in the entire Arab world for it until this very day through political means and strategies including their so called false flag fake scenario “war on terror”
- war crimes throughout the world their direct or indirect involvement basically in nearly all conflicts worldwide basically by hijacking American foreign policy through their hilarious doctrine that basically the whole world has now „to stand with Israel“
- historical lies and history falsification such as in the case of the alleged and never really occurred 6 million dead German or European jews
- sabotaging, oppressing, plundering and deluding of so many people and nations worldwide, including us Germans and myself over here in many ways since I am alive
- supporting a fully unconstitutional, illegal private international banking cartell called „the Federal Reserve system“ and it's private affiliations and private daughter networks such as the „European Central Bank“ in Frankfurt am Main, the „Bank for international settlements“ in Basel, Switzerland, the „Bank of England“ in their likewise privatized „City of London“, etc.
- supporting incorporated., likewise privatized fake political systems throughout the world such as the Washington-based [„United States of America“ (USA Corporation)] as well as unconstitutional illegal fake State daughter companies such as the German [„Federal Republic of Germany“] over here, etc.

KOPIE

KOPIE

Your Excellencies,
dear Ladies and Gentlemen,

Myself on behalf of our Official and reactivated Saxon-Meiningian State Office as well as on behalf of all Germans would like to file a criminal complaint to your International Criminal Court about the highly criminal jewish-zionist 9-11 co-conspirators and mass murderers

- former Israeli CEO („Prime Minister“) Menachem Begin (deceased; He called himself “the father of terrorism”; LIKUD founder) and his entire LIKUD gangster network
 - Israeli LIKUD-gangster Benjamin : Netanjahu,
- the zionist leaders of Project for the New American Century (PNAC) & Kagan family
- All other former Israeli zionist heads, prominent zionist political figures and mass murderers including Ariel : Sharon, Shimon: Peres, Ehud: Olmert, Moshe : Dayan and many others
 - Rafael : Eitan and successors (former head of the Israeli military staff and successors),
 - the murderous American-Israeli investor and World Trade Center (Twin Tower) owner Larry : Silverstein and family

KOPIE

- the co-conspiring former New York mayor Rudi: Giuliani and his team (possibly also the jewish predecessors and successors including Michael Bloomberg, etc.)
- co-conspiring US Attorneys of the Department of Justice John : Ashcroft and Michael: Chertoff and co-conspiring American judge Hellerstein and son Joseph
- the zionist leaders of Project for the New American Century (PNAC) and their Kagan family
- co-conspiring "Presidents" (CEOs of the US Corporation) George H. Walker: Bush I and II and family, the Obama family, Clinton family, Trump family and Biden family and their entire highly criminal, deceitful, proteging administrations
- co-conspiring former US Secretary of Defense Caspar : Weinberger who always protected and camouflaged the criminal zionist activities and murders worldwide
- Special Master 9-11 compensation Fund coordinator Kenneth Feinberg & Sheila Birnbaum,
 - all leaders and members of the New York zionist AIPAC establishment including their head Ronald : Lauder,
 - and most importantly the prominent zionist banking families and financiers the trillionaire Rothschild family as well as their powerful business partners the Morgan family, the Warburg family, the Schiff family, the Rockefeller family and apparently also the British Windsor family, etc.

who in turn also own and control the fully private, unconstitutional, illegal
[„Federal Reserve Banking system“],

it's likewise private and illegal affiliations and private daughter banking networks such as
the [„European Central Bank“] in Frankfurt am Main,
the [„Bank for international settlements“] in Basel, Switzerland,
the „Bank of England“ in their likewise privatized „City of London“,

as well as their privatized international proxy fake States like the highly criminal illegal German
[Federal Republic of Germany (FRG) State simulation], which have altogether been involved in
ongoing crimes against humanity:

- genocide in Palestine and on the ground of the legitimate, constitutional Ottoman Empire
- crimes against humanity including their master piece of 9 – 11 where they not only betrayed America but the world while at the same time deceitfully accusing and pulling in the entire Muslim and Arab world for it until this very day through political tricks and strategies including their so called false flag fake scenario “war on terror”
 - war crimes through their involvement basically in nearly all conflicts worldwide
- sabotaging, oppressing, plundering and deluring of so many people and nations worldwide, including us Germans and myself over here in many ways since I am alive
- supporting a fully unconstitutional, illegal private international banking cartell called „the federal reserve system“ and it's private affiliations and private daughter networks such as the european central bank in Frankfurt am Main, the Bank for international settlements in Basel, Switzerland and the Bank of England in their likewise privatized City of London, etc.
- supporting incorporated., likewise privatized fake political systems throughout the world such as the Washington-based USA Corporation as well as unconstitutional illegal fake State daughter companies such as the German „Federal Republic of Germany“ over here.

May I ask, why have you actually not taken any action at all against this prooven and highly criminal, continuously cheating and murdering zionist gang so far?

As you know your very own Prosecutor's Office had once even started their conviction and trial some

Have the criminal zionists and jews also managed to intimidate all of you?

The excellent American author and whistleblower **Christopher : Bollyn** has written and also spoken extensively on 9-11 and I am referring to his massive research throughout this criminal complaint.

Christopher : Bollyn has listed in precise detail all the many individual criminal participants that have all been participating in the thousands of zionist jewish crimes against humanity including 9-11. These include former Israeli CEO („Prime Minister“) Menachem Begin (deceased. He called himself „the father of terrorism“; founder of the zionist LIKUD organization) and the entire, highly criminal LIKUD gangster network, current Israeli LIKUD-leader, terrorist and mass murderer Benjamin : Netanjahu who had actually been one of the key masterminds of 9-11 and who authorized the whole 9-11 attack and false flag on New York and America according to Bollyn and others, all the other former Israeli zionist heads including Ariel : Sharon, Shimon : Peres, Ehud : Olmert, Moshe : Dayan, Rafael : Eitan (former head of the Israeli military staff) and successors, the New York' co-conspirator, coordinator and friend of Benjamin : Netanyahu Rudi : Giuliani as well as most likely also his predecessors and successors including jewish Michael: Bloomberg, the Larry : Silverstein family who had purchased, planned, insured and finally detonated the Twin Towers in New York, the zionist leaders of Project for the New American Century (PNAC) & their Kagan family founders and financiers, the co-conspiring „Presidents“ (CEOs of the US Corporation) George H. Walker: Bush and II and family, the Obama family, the Bill and Hillary Clinton family, the Donald John : Trump family as well as the current Josef : Biden family and their entire highly criminal, deceitful, proteging pro-Israeli-zionist administrations ranging to their last two State attorneys John: Ashcroft, Michael : Chertoff and the co-conspiring judge Hellerstein and son Joseph, the trillionaire bankers in the background with the prominent names like the super powerful and rich Rothschild family and the Rockefellers, the Morgans and apparently also the Windsors, the New York jewish zionist AIPAC organization including their former head Ronald : Lauder and possibly even the latest USA Corporation administrations and their CEOs („Presidents“) Donald John : Trump and Joe : Biden. All the above listed mass murderers and criminals have all been well protected by the criminal and corrupted American Washington-based USA corp. system and by the likewise corrupted world system that has gotten undermined and corrupted by the Vatican banking families including the Rothschild-, Rockefeller -, Morgan-, and Windsor banking families among others.

KOPIE

KOPIE

Consequently nothing much has been going forward and the highly rich and all-controlling zionist mafia has managed once again to keep all investigations against them suppressed and on hold. Through this way they have managed to continuously use their trillions of dollars and money against all people and nations worldwide and thereby stay in power.

Even worse, this deceitful and murderous gang has currently been bombing the last remaining pieces of the legitimate State of Palestine and Ottoman Empire to the ground.

These criminal zionists and their undermined, illegal western systems have now even brought the Russians and Russian dictator President Vladimir : Putin to such anger and into a corner that the Russians have had no other way and option but to finally intervene in Ukraine and in Syria against Israel and against every zionist jewish element there.

It's difficult to oversee the zionists' criminal activities throughout Ukraine but various voices have claimed of

- total corruption and taking over of the entire Ukrainian politics by jews zionist financing including the corrupted jewish criminal and actor Selenskij government gang
- massive child trafficking and money laundering by many Ukrainian organizations where western and jewish zionist people have been involved including the Melinda and Bill Gates Foundation as well as the Bill and Hillary Clinton Foundation
- the production of Adrenochrome (primarily from child blood) in underground bases throughout Ukraine
- the invitation of Rothschild-USA's criminal war and gangster organization NAIO

KOPIE – the production of highly dangerous substances in bio-laboratories throughout Ukraine run and sponsored by Ukrainians with help from zionist jews and American investors including the prominent American CEO („President“) of the USA Corporation Joe : Biden as well as his likewise co-conspiring criminal son Hunter : Biden.

KOPIE

Coming back to the legitimate State of Palestine and the Ottoman Empire, this criminal jewish zionist gangster network has been suppressing the entire Arabic population worldwide not only since [“Israel’s] illegal founding in ~1947. This suppression and stealing of land however has been continuing until this very day.

The media and statistics speak again of more than 10.000 dead Palestinians during the last few weeks of war in recent weeks – speaking of today November 2023.

Like in the decades and years ahead the zionist israeli bombings have targeted once again especially the hospitals, schools, kindergartens and local habitat.

Particularly many children have died and the criminal illegal „Israeli Defense Force“ (IDF) has been proud that they have basically finally destroyed all of Ghaza and split the country into half.

Ghaza city centre has been destroyed to the ground since the last massive attacks at the end of October 2023.

Now the country even got divided under the criminal evil zionist LIKUD Netanjahu dictatorship.

According to an older article from Vladimir Tupin on a review of illegal Israeli destruction, massacres and killings already in between 1947 and 1949 alone, 530 Palestinian villages and cities have been destroyed lately, 15.000 Palestinians have been killed, 750.000 Palestinians have been displaced. This whole illegal taking over is called **the nakba**.

KOPIE

- KOPIE**
- Baldat al-Sheikh massacre on December 31, 1947
 - al-Abbasiya massacre on May 4, 1987
 - Lyyda massacre on July 9-18th 1948
 - Abu Shusha massacre on May 9-12, 1948
 - al-Khisas massacre, December 18, 1947
 - Sa'sa' massacre, February 14th 1948
 - Nasir al-Din massacre on April 12th 1948
 - Deir Yassin massacre on April 9th 1948

On May 14th 1948, the day the British mandate expired, the criminal Zionists declared the illegal State of Israel to be born.

Source: Atlas of Palestine (2010), May 15, 2022

It seems nobody cares anymore for the Palestinians and Ottoman people apparently as if their lives and self-defense doesn't count anymore at all.

At the same time the criminal zionists have always been claiming that all the evil forces from outside like „ Hamas“ in Palestine or “evil Nazis” in Germany had been the evil forces in the first place who have always attacked or hated these jews and zionists and that they would “only defend” themselves from all evil around them.

But this has all been a big lie since day one. A big lie like the alleged 6 million dead jews allegedly killed by the German Reich in between 1933-1949 which didn't occur in that high numbers at all.

In reality Israel and the zionists themselves have and have had no legitimate right to establish their fake illegal zionist State on Palestinian-Arab grounds and all they have been doing the last 50-100 years was to lie, steal, plunder and murder the whole world.

Overall, we are actually not just dealing here with the criminal zionist fake State of Israel but with the **Vatican's leading banking families Rothschild, Rockefeller, Morgan, Windsor etc** and their

KOPIE

5/19 **KOPIE**

KOPIE American and Israeli Deep State, AIPAC, their unconstitutional private American Federal Reserve system, the unconstitutional European Union, their unconstitutional Bank for International Settlements, Basel, Switzerland, their unconstitutional fake Euro-currency as well as their many unconstitutional secret service network consisting of the Israeli Mossad, American CIA, German BND among others that have been and will continue to do everything in their power to continue to conceal the truth that they were actually behind it all.

KOPIE

Benjamin :Netanjahu, Larry : Silverstein, Rudi : Giuliani, possibly also Donald : Trump and the other New York and Israeli jews and zionists have just been their leading criminal agents during and since 9-11. Many others have already been listed above.

They have been lying, cheating and deceiving wherever they have been going. Regarding 9-11, they this zionist mafia created the false narrative that allegedly two big passenger planes, allegedly hijacked by some arab criminals, were flying towards New York and hitting directly the Twin Towers.

As you know the Twin towers had been constructed by the Rothschild-Rockefeller family long time ago and they got then rented/sold out to a Japanese firm which in turn then sold it to the Larry Silverstein family who in turn are friends and business partners with the Rothschild-Rockefellers.

The **Larry : Silverstein** family had concluded a big insurance deal to protect the towers against „terrorist attacks“ being part of their criminal Rothschild khazaric plan to destroy them.

Part of the plan and directly involved people who were setting the scene, lying to the public while bringing the Vatican's and Rothschild's next big international coup into reality were their direct relatives and agents **Benjamin : Netanjahu, Rudi : Giuliani, George H. : Bush II, Donald : Rumsfeld**, and some of the khazaric jewish New York AIPAC leadership including their head **Ronald : Lauder**, among others.

KOPIE I am not sure whether the former CEOs of the Washington based USA Corporation, **Donald John : Trump** as well as **Joe : Biden** had also been involved in 9-11.

KOPIE

But as can be seen both have been part of the ongoing cover-up and they all have been well connected and even intermarried with the khazaric – Israeli mafia through their children and through their long term lawyer **Rudi : Giuliani** whom I had already mentioned further above.

There were originally two versions of the 9-11 in the media, one with the two holographic airplanes hitting the towers, and the other rather authentic yet rarely screened version where they were only saying that the Towers were detonated and came down.

I had been a student at the University of cooperative Education, Karlsruhe and I remember having watched and found one of the authentic youtube videos at that time where one could even see **Rudi Giuliani** and others standing in a tower nearby and counting three two one and then the Towers were detonated and crashed down.

Unfortunately all these videos where one could see other information than the „official two hijacked airplanes version“ have been censored and deleted by criminal, co-conspiring youtube.

Let me remind you in this course that **Larry : Silverstein** got paid by the probably co-conspiring insurance a total of more than 2 billion dollars for this „terrorist attack“ and at the same time the whole criminal Vatican-Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan network could avoid the high destruction costs for the old Twin Towers since they already had in mind to build a new building, the One World Tower – which in fact has finally been realized as if nothing terrible has happened before..

Let me also bring again to your attention that there had been measurements of temperatures in the amounts of thousands of degrees Celsius in the craters around the 9-11 site as well as measurements of radiation hinting to the detonation of strategic tiny nuclear mini nukes shortly after the alleged „terrorist event“ took place.

KOPIE

6/19 **KOPIE**

How else would they have been able to melt the regularly nearly 70-100 centimeter thick iron construction skeleton of the Twin Towers that had been constructed in the first place by the best engineers and architects worldwide to even withstand big winds, floods, tornados and even airplane hits ! So the logic and scientific proofs alone make it clear that there could not have been two airplane hits but that massive explosives and nuclear bombs have helped to bring down the Towers in a highly advanced, well planned and controlled demolition. And that's actually the general opinion, if you speak to some honest and good engineers and architects !

Given the difficult political situation over here with our legitimate, constitutional State 2nd German Empire¹ and the constant illegal political show in Berlin I can also confirm to you that most if not all of the so called „American military“ has been doing nothing at all against criminals in general worldwide, in fact thereby protecting the 9-11 lie and those Vatican-Rothschild-Rockefeller-Morgan-Windsor gangsters and their AIPAC agents who had not just been behind 9-11 but probably also behind many other things including behind the alleged Berlin Christmas market „attack“ in December 2016 where there also just happened to be a khazaric jewish professor with the name Prof. Shlomo : Shpiro from a British university right at the time at the scene reporting on TV on all of that. My suggestion was and is that this Prof. Shlomo : Shpiro had been the coordinator of the whole deceitful event and false flag over here. Yet, just in the case of 9-11 no real criminal investigation took place in Germany although hundreds of Germans and whistleblowers including myself had filed criminal complaints to the (fake, illegal, co-conspiring) German „authorities“.

That in turn had reminded me of the former New York mayor Rudi :Giuliani then reporting directly at the scene on 9-11, pretending throughout the media to be the great coordinator and New York savior, while knowing fully well already at that time who was really behind and that massive thermite bombs + nukes had been installed months ahead throughout the whole Twin Towers, inside near all the massive steel structures on certain closed floors, plus the tiny nuclear mini nukes throughout the basements of the Towers.

There have been many witnesses speaking for many years throughout New York who have worked at the Twin Towers confirming that a number of floors had been closed for months and weeks and that some jewish-speaking people and israeli companies had regularly been seen in the elevators transporting cables and other materials to these closed floors. They were installing the thermite explosives and detonative materials that were then used together with the airplane holograms² to make the whole thing look like an external terrorist attack.

You might have wondered why there had also been other buildings like buildings 7 and 8 etc. which have also come down, even though there had only been these alleged 2 airplanes that each allegedly hit just one Tower.

And maybe you also recall that also the Pentagon had gotten allegedly „attacked“, but just like in the case of the Pentagon also no airplane parts except of smaller things including one or several tiny wheels and wreckage hinting to Chesna airplanes or to unmanned, weaponized self-navigating flying drones which were found throughout the massive amounts of rubbish and bricks around all these „terrorist attack“ sites.

Interestingly and sheer unbelievable, a number of unharmed, absolutely not burnt „passports of the alleged arabic terrorists“ were then also found and recovered throughout the 30 centimeter high dust and rubbish lying around the destroyed Twin Tower site in Manhattan at that time.

Even more surprising and worse at the same time has been the fact that these alleged „terrorist attacks“ had then be used by the Vatican-Rothschild gang and the USA Corporation CEO „President“

¹ For more on our German conflict with the suspended and illegal “Federal Republic of Germany” and “EU” further suppressing our true and US-UN-authorized true German State Constitutional 2nd German Empire, please visit our official State websites www.deutscher-reichsanzeiger.info as well as www.bundesstaat-preussen.de

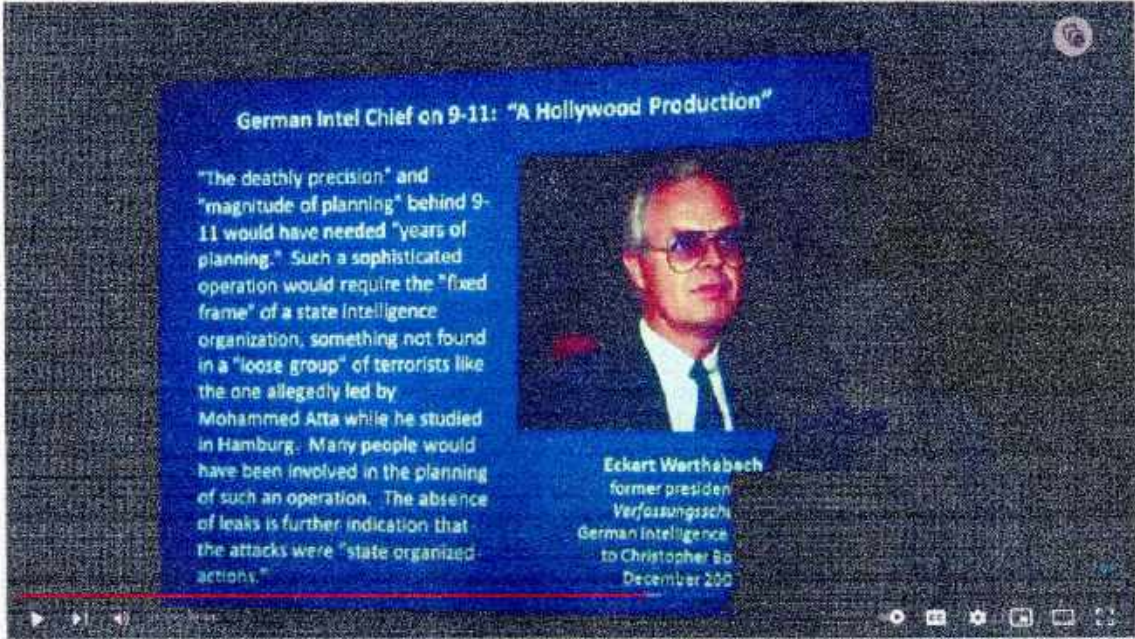
² Let me please remind you of the secret US military „project Bluebeam“ where one can easily get an idea of advanced holograms already being used that make it hardly impossible to differentiate between reality and fake hologram

George : Bush II to declare war against President Saddam : Hussein and invade Iraq, among other rather innocent places and people.

There had been apparently only one US Military General, **Wesley : Clark**, who quit his job during all of this chaos while learning from **Donald : Rumsfeld, George : Bush and Michael : Cheney** in the Pentagon that not only had been Iraq on their attack list but in fact further 6-7 other independent countries throughout the world as well. Wesley : Clark had probably been the only correct US General that has not been co-conspiring with the whole Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan deep state establishment.

Nethertheless Wesley : Clark had still been one of „Queen“ Elisabeth: Windsor's honorary Knight Commanders of the Most Excellent Order of the British Empire since 2000³, just like Donald : Trump has apparently been a Knight of Malta⁴ ever since.

The excellent **independent American journalist Christopher: Bollyn**, among very few others has done an immense job of research to bring all the pieces of the puzzle together and he has basically confirming what I have been writing to you hereby. Please either get his books or at least watch his excellent interviews – some of which I am listing you below:



Christopher Bollyn explains why 911 was done and why we are on the brink of war with Russia pt.1
ericvideo 201 subscribers
6.1K views · 4 years ago
TRICKED INTO WAR
This is the shortest version, part 1. The Talk
...more

³ Source and confirmation: [Wesley Clark Fast Facts - ABC17NEWS](#)
⁴ [\(878\) Donald Trump And The Knights Of Malta - YouTube](#) . [Uncovering The Trump-Freemason Connection - Analysis - Stillness in the Storm](#) . [The Secrets of Leonard Leo, the Man Behind Trump's Supreme Court Pick \(thedailybeast.com\)](#) and many other sources and confirmations

<https://bollyn.com/about-christopher-bollyn>

Christopher Bollyn

Favorite Places **Bollyn** in Detroit with the Nation of Islam March 1, 2017 **Christopher Bollyn** speaking at the plenary session event, "The War on Islam: 9/11 Revisited, Uncovered & Exposed" at the Cobo Center in Detroit on February 18, 2017. The live-stream of this event was watched by more than 60,000 viewers.

Videos by Bollyn · Political Assassinations · 9-11 Archive 2005

Videos



Have We Been Deceived About What Happened on 9/11? Christopher Bollyn

1.2M views

YouTube · 9yr



Christopher Bollyn: The Man Who Solved 9 11

2.4K views

YouTube · 2yr



Christopher Bollyn explains why 911 was done and why we are on

6.1K views

YouTube · 4yr

More Videos →

Are these links helpful? [Yes](#) [No](#)

https://www.youtube.com/watch?v=V_elfYpsf0c

Christopher Bollyn: The Man Who Solved 9 11 - YouTube

(874) Interview with Chris Bollyn 6/22/16 - YouTube

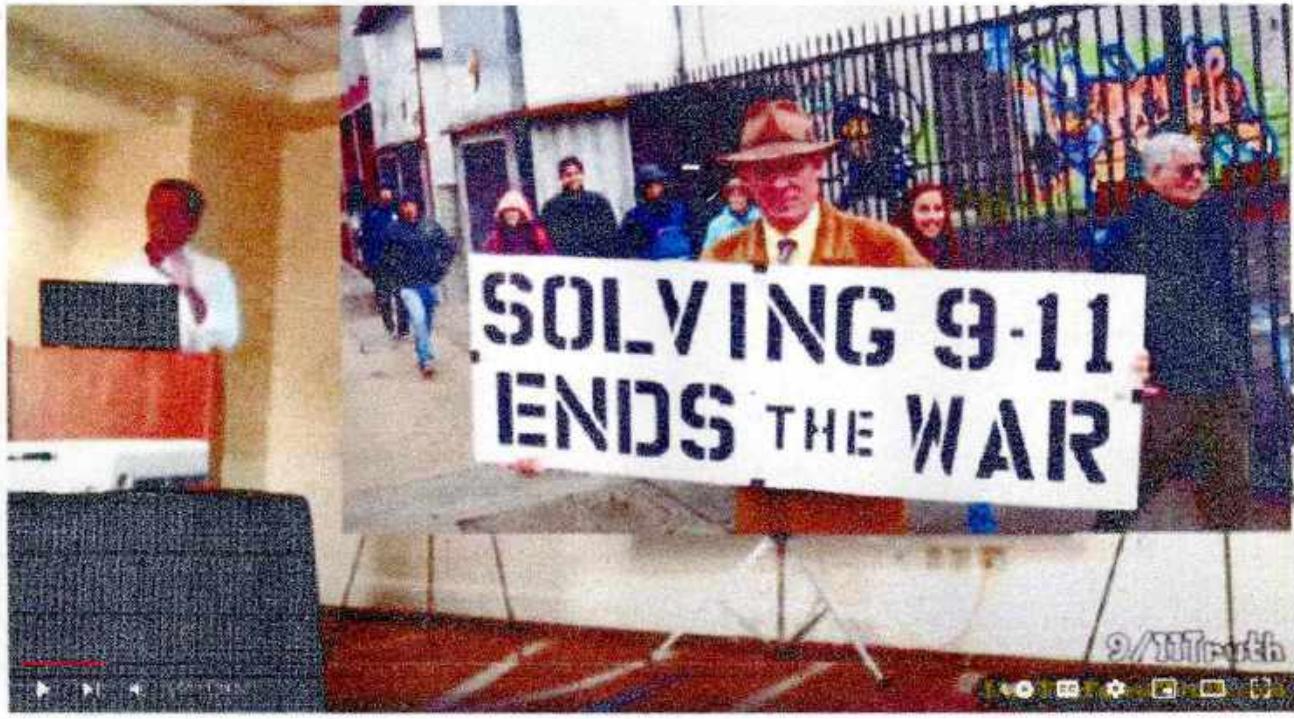


Interview with Chris Bollyn 6/22/16

Brattleboro Community TV [Subscribe](#)

1.9K likes · Share · Download · Clip

104K views · 7 years ago



I Am The Face of Truth Meet Up 2018 - Part 2 - Presentation by Christopher Bollyn

I Am The Face of Truth
 801 subscribers

[Subscribe](#)

413 views | [Share](#) | [Download](#) | [Clip](#) | [Save](#)






Christopher Bollyn

Journaliste Sans Frontières

- Home
- Bookstore
- Videos by Bollyn
- About Christopher Bollyn
- Contact
- Donate
- Donate by Credit Card

Media Interviews with Bollyn

List of Articles

Articles by Subject

Audio Chapters of Solving 9-11

The Book - Solving 9-11: The Deception that Changed the World

Home
About Christopher Bollyn

- [Bollyn in Detroit with the Nation of Islam](#)
- [Bollyn Articles in Swiss Magazine](#)
- [Bollyn Responds to Charges of Anti-Semitism](#)
- [Bollyn 9-11 Tour Continues in June](#)
- [Solving 9-11 Tour Concludes in New York City](#)
- [Open Mind Conference Succeeds in Holland](#)
- [Rev. Yarrakian cites Bollyn 9-11 Research](#)
- [Bollyn at The Oscars](#)
- [Why Solving 9-11 is Our Most Urgent Task](#)
- [The Solving 9-11 Tour Goes On](#)
- [Final Event of Solving 9-11 Tour - Visalia, California](#)
- [Bollyn's U.S. West Coast Tour](#)
- [Photos of Solving 9-11 Event in San Diego](#)
- [Bollyn Joins "Face of Truth" Campaign](#)
- [Bollyn's Solving 9-11 on Facebook](#)
- [Spread the Word](#)
- [Pardon My Father, Christopher Bollyn](#)
- [The Boleyns and the English Bible](#)
- [Support Chris Bollyn's Journalism](#)
- [About Christopher Bollyn](#)
- [Favorite Places](#)

Bollyn in Detroit with the Nation of Islam

March 1, 2013

https://www.youtube.com/watch?v=zyG2650shW4



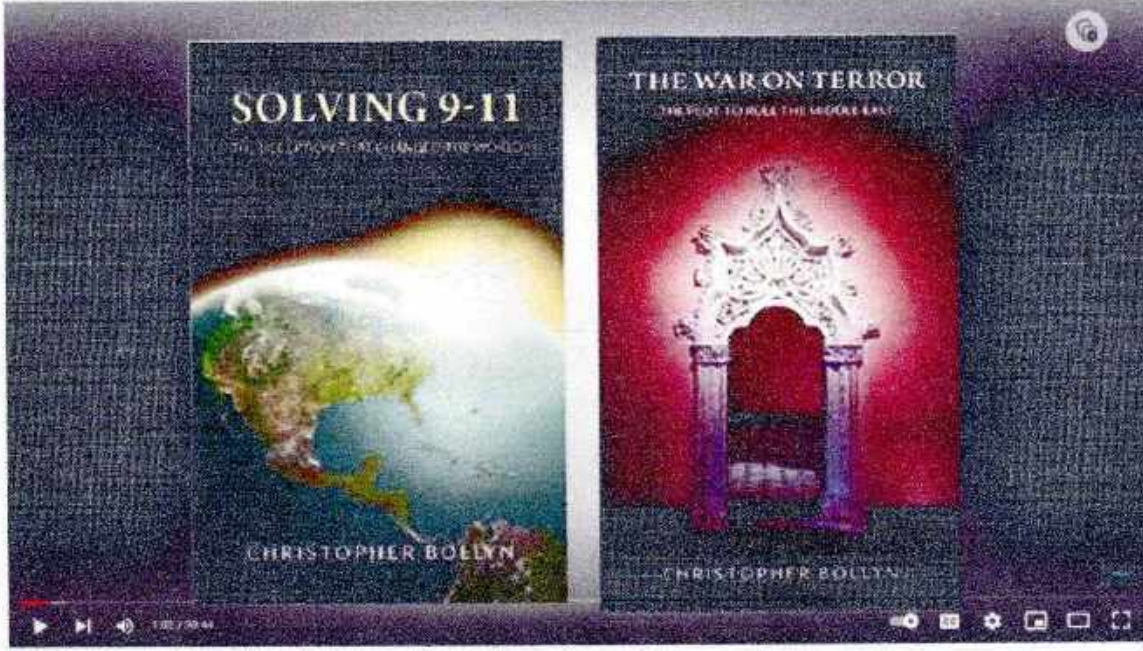
Have We Been Deceived About What Happened on 9/11? Christopher Bollin

Free Budalukry! 5.73k subscribers

14K Share Download Clip Save

1.1M views · 9 years ago
www.bolyn.com
www.foreingincabinets.se

https://www.youtube.com/watch?v=wyEnw7Ei0ew



Christopher Bollin explains why 9/11 was done and why we are on the brink of war with Russia pt_1

encvideo 211 subscribers

157 Share Download Save

4.1K views · 4 years ago
TRICKED INTO WAR
This is the shortened version part 1 The Talk
...more

KOPIE As you can imagine I am quite happy that both Rudi : Giuliani as well as Donald John : Trump are currently under fire for election fraud and other crimes and that Rudi : Giuliani has already been under detention.

Both have been big criminals and the proofs are listed throughout this letter.

There have been other great American whistleblowers and networks, including the **Engineers and firefighters for truth on 9 - 11** but there has truly been nobody putting so much effort into everything than Christopher: Bollyn.

Last but not least let me remind you that based on American historical records and evidence hinting to Benjamin :Franklin having already been a double or triple foreign agent (and in reality not a big friend of America) the whole US set-up had already been a big Vatican-Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan fraud and taking-over since day one (1775/1776).

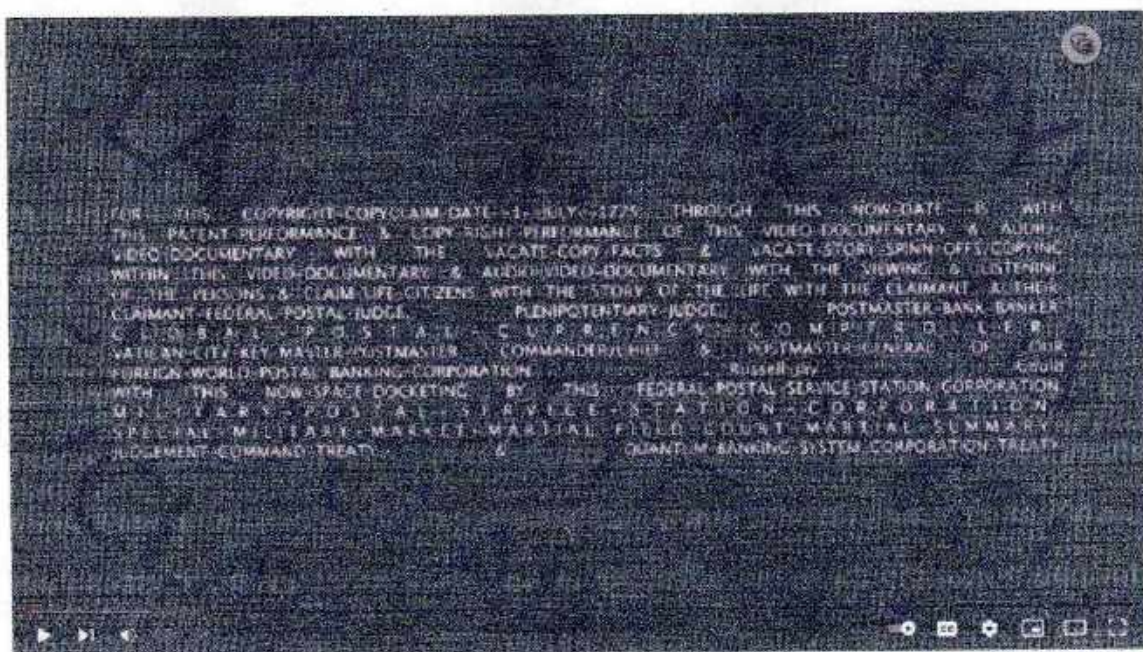
That's why the greatest scientist ever, Nicolas : Tesla, and free energy had no chance until this very day to liberate the world from high oil and electricity costs. That's why we are nearly all still driving with oil- and petrol based combustion engines and having to buy the oil and petrol from Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan's global oil and gas conglomerates, that's why we are still believing to live in a globe-shaped 6-continent earth instead of realizing that the earth has always been flat and far more gigantic, why we are all having to believe that the maximum life span is roughly 60-100 years and that eternal life, etc. would not be possible, that's why there has not been the second coming of Jesus and why God has not revealed and established Himself on earth, and finally why there are ongoing wars e.g. right now with Russia where the Russians and their criminal dictator Russian Federation CEO-"President" Vladimir Putin has regularly openly been stating that they cannot trust the highly criminal, deceitful West, etc. due to the ongoing weaponization throughout the criminal co-conspiring Nato-States, the ongoing criminal illegal American „War on Terror“ and Israeli Enon-plan which all have been based on false flag lies and false presumptions as shown above.

KOPIE Let me remind you that the attacks on America have not ended yet. E.g. the recent and latest attack on America by the criminal israeli Zionists and Vatican-Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan Deep State has been the secret space laser burning attack on a number of villages on Maui a few months ago.

A number of excellent whistleblower videos have shown that everything got melted (not burnt!) to the ground except blue items since the space satellite weapons had been programmed to burn everything except blue things – referring to the UN-protected blue helmets-color !

Please do have a look at his important website www.lastflagstanding.com

and watch the excellent video with the same name Last Flag Standing as well as the US Military reportage by USSOCOM / McDill Airforce Base with the name WarCastles NWO. Then you have the full picture of what has really been going on.



KOPIE

KOPIE

-1775. BENJAMIN-FRANKLIN-SOLD-US-OUT: SHORT-STORY: Russell-Jay: Gould.


Russell-Jay: Gould
Subscribed
708
🔔
Share
Download
Clip
Save

54K views · 6 days ago
 Russell-Jay: Gould
 TRUTHWINGS
https://www.youtube.com/watch?v=UCDpxU_69GE ...more



War-Castles--1

WAR CASTLES 27.2K subscribers

3.1K Like Share Download Clip Save

101K views 3 years ago
Featuring: Russel-Jay Gould,
Thank-You-For-Sharing,
For-Next-Steps, Vain ...more



War-Castles--1

WAR CASTLES 27.2K subscribers

3.1K Like Share Download Clip Save

101K views 3 years ago
Featuring: Russel-Jay Gould,
Thank-You-For-Sharing,
For-Next-Steps, Vain ...more



George W. Bush and Michelle Obama: An unlikely friendship



CNN
18.1M subscribers

Subscribe

4.5K



Share



Download



Save

1M views · 6 years ago

Former President George W. Bush and Michelle Obama are surprisingly close considering their political differences, and the 43rd president credits the former first lady's appreciation for his sense of humor as a key reason...more

Photo above: One big family with their Rothschild financiers deceiving us all !

KOPIE

KOPIE

Germany / constitutional 2nd German Empire:

The lie and falsification of history by the Vatican-Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan family empire during the last 200 years is sheer unbelievable and it has been having a huge impact on our Germany and the constitutional 2nd German Empire.

This conflict alone had brought up the NSDAP and the Rothschild offspring Adolf:Hitler who in fact lead a private family war against this secret criminal Vatican-family empire. Officially we have been told that we are „just“ dealing with some „World Wars“ and some evil nations or leaders here and there, but the more you do research the more you understand the secrets and real implications that actually led to all these wars.

I had actually already filed and sent in a number of criminal complaints to the US authorities some years back, among them to the so called „US Department of Justice“, to the New York authorities, etc. but they have all probably not been processed and the real criminals and perpetrators have all not been brought to justice. I find this very sad but I understand that the whole criminal trillionaire Vatican-Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan network and it's Deep State have been so powerful and all-controlling that it's sheer impossible to bring an end to them.

Unknowing CEO - „President“ John F. : Kennedy already tried to stop their illegal Vietnam War, introduce a true American currency as well as reveal the true activities of the secret US space fleet and so the CIA and CIA front man George Bush I on behalf of the Vatican and the criminal network behind killed him in Dallas, Texas. Even that matter has been kept a national secret and not been revealed to the public until this very day.

With regard to our criminal illegal German system it is not much different.

KOPIE In the appendix I provide various hard evidence of the constant

KOPIE

- high treason,
- usurpation of office,
- forgery of documents,
- oppression and plunder of us sovereign people
- intentionally false, illegal mail delivery (postal fraud / violation of UPU regulations) on the part of these highly criminal illegal [Federal Republic of Germany (FRG) - Justice and state simulation].

Basically, we are all committing a big criminal offense ourselves if we do nothing with publicity against this entire anti-constitutional, highly criminal, totally corrupted world world system, including this 1990-suspended likewise criminal and illegal German [Federal Republic of Germany (FRG) justice and state simulation].

It is an illegal terrorist network that massively plunders us all. It disguises itself as a the „true German state“ but in reality they are not! The true German state is known to be the legitimate constitutional 2nd German Reich with its continuing 17 Reichs lands as well as with the much older 26 federal or imperial States, which we Germans have long since reactivated.

By the way, in this case it gets much worse and since 2009/2010 I have been looted, ignored, incapacitated and disenfranchised by means of a staged, totally illegal “care procedure” myself. This entire illegal system participates in my suppression until this very day. And my entirely corrupt and naive family, including my own parents, who are politically apparently uncomfortable with me, also support this oppression of me by the illegal system!

Neither I as a person nor the very similar legal entity Alber, Christian, or Christian Alber, etc. need a “care procedure”, a financial assistant or “guardian” through this illegal system.

KOPIE

KOPIE

Care procedures have been designed by the [Federal Republic of Germany (FRiG)] exclusively for sick and needy people, but not for responsible, mentally healthy, but politically obviously unpleasant or undesirable people.

My humble self has already informed this highly criminal, illegal [German judiciary] in well over fifty letters since 2009/2010 that any foreign interference in our lives, including care against our and my free will, is completely illegal.

However, all of those [FRiG German courts] have been trampling on our and my basic and human rights for decades.

As is well known, the [Federal Republic of Germany (FRiG)] got suspended by the Allied Foreign Ministers James: Baker and Eduard: Schewadnadze by deleting Article 23 of the Basic Law as well as the Constitution of the [East German Republic (GDR)] on July 17, 1990, simultaneously and by mutual agreement. Concerning the [Federal Republic of Germany see BGBl. 1990 Part II S 885 / 890 from September 23, 1990].

Since there has been no longer a valid electoral law for the [Federal Republic of Germany] since June 15, 1956 at the latest (see [BVG judgment of July 25, 2012 with reference number: 2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9 /11] Despite repeated complaints from the [BVG], no innovation was made) and no [German Federal Government / Bundestag] could and can no longer be established legally and in accordance with the law.

Ergo, no statutory judges, public prosecutors, civil servants, etc. could and can no longer have been appointed and can no longer be appointed in this way. This certainly concerns all of the here in my suppression participating [judges and employees] of the illegal, fake [FRiG and judiciary] that is “supposedly still allowed to exist legitimately”, but which itself lacks any legal basis.

There is a massive conflict between different legal levels. We people in Germany have all been under

KOPIE

17/19

KOPIE

KOPIE land law since the fall of the Berlin Wall and the suspension of the [GDR and FRiG] by deleting GG 23 on July 17, 1990 and not as the [FRiG and justice] claimed or would have liked to have remained under commercial and maritime law. **KOPIE**

At the turn of 1989/1990 at the latest, we all became citizens again of our actual German state, the 2nd German Reich, and can access our homeland, the Reich's lands and the 26 federal or imperial states. This not only affects Berlin but the entire German people and also includes all foreigners, asylum seekers, visitors, etc. living here.

From a constitutional and state-technical point of view, we German people and citizens of Germany - i.e. of the 2nd German Reich, the Reich states and the federal states - no longer have anything to do with the [FRG and its judiciary]. This is completely inappropriate, at least for us sovereign people who are logged out and have declared their independence, like myself:

- 1x - threatening letter from [Gera Public Prosecutor's Office; File number: G921 Vrs 118 Js 24695/22] from November 1, 2023

- 1x suppression letter from the [Gera Regional Court, file number: 7 T 125 /23] dated October 17, 2023 regarding the continuation of illegal care and forced deprivation of rights

- 1x "demand" from [Gera Public Prosecutor's Office; File number: G921 Vrs 180 Js 15985/23] dated September 8, 2023

- 1x "judgment" from [Rudolstadt District Court; 90/23 3 Cs 118 Js 24695/22] dated August 29, 2023 to me

- 1x "rejection letter" from the [Freiburg Bar Association; File number: August 17, 2023/KB] dated August 17, 2023

KOPIE - 1x letter from [Rudolstadt District Court; File number: 81 22 Ds 180 Js 34377 21] dated July 26, 2023 **KOPIE**

- 1x "Decision" from the [Federal Constitutional Court Karlsruhe; File number: 2 BvR 883/23] dated July 25, 2023 to me

- 1x "summons to appear in custody" from the [Berlin Public Prosecutor's Office; File number 29210 AR 45/22 due to file number from the Tiergarten District Court 272 Cs 3099/20 from September 8th, 2022] from July 24th, 2023 to me

- 1x "Proceedings due to objection" at the [Pöbneck tax office; Reference number: 165/200/04045 G11/1, 62 743 950 581] dated July 12, 2023

- 1x "Decision" of the [Gera Regional Court; File number: 7T 125/23] dated June 30, 2023

- 1x "Summons for hearing" at [Rudolstadt District Court; File number: 90/23 3 Cs 118 Js 24695/22] dated April 20, 2023

- 1x "summons to the main hearing" at the [Rudolstadt District Court; File number: 81/22 3 Ds 180 Js 34377/21] dated April 14, 2023

- 1x "Decision" of the [Rudolstadt District Court; File number: 1 Brs 85/20] dated March 23, 2023

- 1x letter to my late friend and roommate Hubert von Anger from the B a c k family "Criminal proceedings" at the [Memmingen Regional Court; File number: 3 Ns 113 Js 8021/13] from September 8, 2023

KOPIE

KOPIE

as well as documentation of the illegal "care procedure" that has been going on for many years, whereby the person/thing Christian Alber and not the person Christian Bernd von Karlsruhe is apparently being cared for here. The file numbers for this are [7T 125/23 and 5 T 556/17, 5T558/15 with Gera Regional Court / Landgericht Gera] [2 XVII 93/15 with Rudolstadt District Court / Amtsgericht Rudolstadt], [XII ZB 336/17 with Federal High Court Karlsruhe/ Bundesgerichtshof Karlsruhe], [VerfGH 48/16 with Thuringia Constitutional Court / Thüringer Verfassungsgerichtshof], .

In this context, the requirement and legal basis are being disregarded that no proceedings may or can be carried out in the Federal Republic of Germany (FRiG) against legal experts and state officials like me who have been approved by the Reich Court and the Allies. We stand extraterritorially to the entire system and act from the real state and constitutional law of the 2nd German Reich with the legal status of January 30, 1933. See my certificate of appointment in the appendix.

As can be seen, their letters were and are mostly printed or labeled in another way and delivered by Deutsche Post AG or (private deliverer!). At this point I am handing over all of the new letters into your esteemed hands.

None of the letters correspond in any way to the international treaties with the UPU and the Allies.

They are neither edited and issued by real government officials, legal judges or prosecutors, nor are they properly

KOPIE

certified, properly stamped, or properly postage. They all involve high treason, pretense of officialdom, forgery of documents and total fraud.

KOPIE

The international contracts with the UPU and with the Allies were and are not being observed even by the postal suppliers (Deutsche Bundespost).

Please let us know if you need further information.

Thank you.

Sincerely,

Christian Bernd von Karlsruhe



Rechtsanwältiger des
reichsverfassungsrechtlichen
Staates Deutsches Reich
Christian Bernd *von Karlsruhe*
am Wohlshof 3
[07318] Saalfeld - Wohlshof

Attachments: further evidence and documentation

KOPIE

19/19 KOPIE

My letter to you from Dec. 14th 2020 regard. 9-11 & the criminal zionists and their ongoing cover-up

Von: C.B. Alber (chr.alber@yahoo.com)

An: nyag@ag.ny.gov; letitia.james@ag.ny.gov

Cc: barbara.underwood@ag.ny.gov; brian.ginsburg@ag.ny.gov; seth.farber@ag.ny.gov; FOIL@dany.nyc.gov; NYAG.Pressoffice@ag.ny.gov

Bcc: info@kreindler.com; pragstVance@theochino.com

Datum: Mittwoch, 23. Dezember 2020 um 15:06 MEZ

Dear Attorney General. Dr. Letitia James,
dear Sir or Madam,

My name is Christian Bernd Alber and I am writing to you from Saalfeld-Woehlsdorf /Germany with regard to my letter from December 14th 2020 (sent and successfully delivered on 16th Dec. 2020 by UPS Express).

Like so many other people around the world I have been continuing with my resarch on 9-11 on private basis. As I had tried to explain in my letter from December 14th 2020 I believe that also your current "President" Donald Trump has been involvd in the ongoing cover-up.

However, for me this comes as no surprise since he's been a proud zionist and fan of Rothschild's "Israel" for very long time. In fact he got bigger sums of monies (I have often read the sum of ~ 16 million dollars) from Lynn de Rothschild in around ~ 2014. This helped him also finance his presidential campaign - which he actually managed to "steal" - some sources such as the independent American journalist Greg Palast explain.

D. Trump would not be so much the very problem were it not for the huge monies involved from the House of Rothschild on all sides.

Mosts likely the Biden and Barack Obama families have been on the Rothschild payroll for all too long as well..

For example the independent presidential candidate Dr. Jill Stein has therefore often said in her speeches during the last few years on TV or on the streets (e.g. on occupy wallstreet events, etc.) that "this entire system has been so corrupted and put upside down that this is not her America anymmore, not her Justice anymore, not her Military anymore, etc." I see it 100% like her..

As I have tried to explain in detail in my email to the New York lawyer's office Kreindler & Kreindler two days ago (see below the complete email), the super powerful trillionaires' House of Rothschild's monies have basically led to both world wars, to all other wars, to 9-11 as well as to the ongoing cover-up of 9-11.

All the time since I am alive (41) we have been talking about politics, about presidential and other elections, etc. and this is the actual situation all around the world. But we never really come closer together, nor a step closer to the truth, to the missing Peace Treaties between our nations and to our full liberty and most importantly back to our sovereign nation States.

For what reasons did the Allies then actually establish the UN and proclaim SHAEF and Control Council Laws for Germany and Europe if it's all ok as the world's and Rothschild's corrupted things things have been going (continuing).

This means that something is still blocking and hindering us in this process.

Even the CIA-George Bush I murder of John F. Kennedy has not rally been officially analyzed and made public as if it's been a top secret by your US Justice or by the Judges of Guantanamo Bay (GITMO) who apparently executed both of these two evil Bushes (George H. W. Bush I and George Bush II) in November/December 2018 according to the GITMO journalist David Zublick.

Why does the US Justice and/or the US Military and GITMO not finally go after the super criminal zionist fake jewish House of Rothschild and make an absolute end to them as well as to their unconstitutional central banking and world corruption-money laundering world system ?

Please have a look at the below email.
Thank you.

Sincerely,

Christian Bernd Alber

- Authorized legal specialist on
the constitutional 2nd German Reich-

Woehlsdorf 3
[07318] Saalfeld-Woelsdorf
Germany / 2nd German Reich
Tel: +49- 1573 4596092
<http://www.facebook.com/christian1alber>

Here my email to the lawyer's office Kreindler & Kreindler from 2 days ago. They have been representing many of the 9-11 victims. I think their Court documents did not bring it onto the point and were actually misleading. They, probably unconsciously, fully blamed it on Osama bin Laden and the Saudis - where in fact it was a clear New York Zionist inside job with CIA and Mossad involved (just like the assassination of John F. Kennedy which had been done by the CIA and George Bush I) !! Please read it below:

----- Forwarded email / Weitergeleitete Nachricht -----

Von: C.B. Alber <chr.alber@yahoo.com>

An: mmoller@kreindler.com <mmoller@kreindler.com>

Gesendet: Montag, 21. Dezember 2020, 22:11:59 MEZ

Betreff: Enquiry about your - from my perspective incomplete if not "false" - judicial written complaint for the 9-11 victims

Dear Dr. Kreindler,
dear Dr. Moller,
dear Sir or Madam,

my name is Christian Bernd Alber and I am writing to you from Saalfeld, Germany regarding 9-11.

My German friends and myself have been discussing the matters around 9-11 for years.

Due to the Rothschild-Merkel-Bill-Gates-Pharma-industry staged Corona fake "pandemic" our liberty and air to breathe has gotten very narrow again, so to speak..

In this regard I have often thought again about the attacks of 9-11, I have done new research again and also watched your interview with Daniel Benjamin (Dickey Center) and then also just went through your Court case files shortly today (case 1:17-cv-02003).

Overall I see a lack in the absolute proof that the Saudi jihadist Muslims had really been behind that plot which we now know as "9-11".

Contrary to most of the (money and career corrupted) white people all around, I myself have always felt and considered the true "enemy" within our white western world itself.

The evil, highly criminal and corrupted white western civilizations have brought up all the gangsters themselves, and it is unfair to blame it on God/Allah's primary religion - which is Islam.

Blaming everything just on something external (e.g. on the "so evil Muslims") - such an approach would simply be too childish and we actually would thereby lie to ourselves.

Maybe a few Americans and sleepy or corrupted or blinded historians here and there have not realized as of yet that our Germany had actually already been taken over by the white evil Zionist Khazaric (fake Jewish!) Rothschild family syndicate shortly before the time of Napoleon Bonaparte. Meaning more than 200-250 years ago !

In fact the Rothschild bankers had at that time already funded Napoleon with millions of Reichsmark and French Franc to take over the whole world and to destroy all of our empires. The House of Rothschild had then directly also financed the corrupt Rockefellers, Morgans, Mellons, Vanderbilts, etc., in fact they simulated the entire "industrial revolution" and they have been doing so ever since.

Basically most if not all prominent "politicians" from all around the world have ever since been brought up and financed by the very House of Rothschild.

Their most famous accomplices and agents bear well known names like Adolf Hitler (himself a Rothschild-Schickelgruber offspring who then tried to split from his gangster-bankster family), Winston Churchill (the house of Malborough-Churchill was related to the Rothschilds), Lord Balfour (a direct Rothschild family relative, responsible for the evil Rothschild occupation company called "Israel" on Ottoman-Palestinian territory), Mussolini, Angela Merkel (a Rothschild born in Canada to American-Russian-khazaric Rothschild parents. She then got "adopted" by a German pastor family so that she would be able to make a high ranking Stasi career in the "Eastern German Socialist Republic"), Bill Gates (got heavy funding from Rothschild etc), Vladimir Putin (born in Israel; possibly a Rothschild, but at least a Rothschild agent), the British German Windsors in the UK (Rothschild agents and Lord Rothschild's "British puppets" so to speak) and even Donald Trump who himself got 16 million dollars sponsoring monies from Lynn de Rothschild before the first election in ~ 2014.

Donald Trump has ever since been a reckless high class capitalist and over time he apparently felt drawn by the billions and trillions of dollars and high society around him, so he became friends with Rothschild and finally one of their latest criminal Zionist agents. Let's not get that wrong and put wrong faith and hope into him ! He has been selling us out, just like all Rothschild agents before.

I find it very strange and sad that the 9-11 investigations have come to an abrupt halt again a few years ago even though Donald Trump had "promised" to start them afresh. But now I understand things more clearly knowing that Trump is a Rothschild man.

Well, just like Barack Obama, who were likewise "not given the right" by the FED and it's Rothschild bankster' owners to have the 9-11 commission do it's work again, so is also the case with D. Trump.

And if D. Trump would go one step further he would get killed by Rothschild's private assassination teams (some call them the unconstitutional organizations but somehow the Americans have gotten used and have accepted these killing teams known as "CIA" and "FBI").

At that time George Herbert Walker Bush was a leading figure in Rothschild's private assassination league "CIA" and got the order to finish off John F. K. since J.F. K. wanted to expose them all. So Bush sjr. had him assassinated in a professionally planned and perfectly and secretly executed operation.

Most of the Americans and mainstream public still believe the naive TV and media lies that the murderer of J.F. K. had been a person with the so called name Oswald.

Only the US Military and some judges at Guantanamo Bay seem to have understood that actually the white CIA had done the dirty job in the killing of J.F.K. That it was a false flag operation, just like Rothschild's "World War 1", "World War 2", the "Iraq war", the "cold war", etc. is simply too way up for most standard people.

Speaking about Guantanamo Bay (GITMO), there is an American journalist with the name of David Zublick who claims to be one of just three journalists who had ever been allowed to report from GITMO. I got the information from D. Zublick that the two evil Bushes (George H.W. Bush I as well as his evil son George Bush II) got actually both executed on GITMO in November/December 2018 for their crimes against humanity :) Zublick's youtube channel got closed recently but he still maintains his excellent channel on bitchute.com

Study the House of Rothschild and you'll understand how the multi-trillionaires (yes, trillionaires, not billionaires !) work and what options they have on the table !!

So, in coming back to the - historically speaking - rather "mild" 9-11 attacks I would want to come back to Rothschild.

At 9-11 "just" around 3000 people got murdered, so it's a good exercise to use this 9-11 to study the underlying pattern, the strategy, the work and the direct agents of Rothschild.

Please give it a try and put aside the few Muslim jihadists for a second who had apparently been involved in all the previous "attacks". Please try to follow me and give it a try and just focus on Rothschild.

For me it sounds sheer impossible that Rothschild could be in bed with Saudi Arabia's King, with arabic Wahabism or with Islam in general. Being a "returned believer" (= "Muslim") myself ("Christianity" has ever been a falsified, contradicting thing), I can tell you that those things simply don't fit together.

Also all the "attacks" and points that you have listed in your document (case 1:17-cv-02003 Document 1-4 Filed 03/20/17) have actually nothing directly to do with the attacks on 9-11. You just suggest that these previous jihadists and the Saudi regime in general consequently must have had to do with 9-11, even though you don't offer convincing and direct proof. You also don't offer proof in your interview with Daniel Benjamin..

Fact is:

At 9-11 the Towers had NOT physically been hit by two individual hijacked Boeing 737 airliners (or the like). The Towers had been built with massive steel and they could have been hit by tens of gigantic airplanes without even shaking. Nevertheless something did happen, something brought the Towers down.

A few New Yorker 9-11 sources have long been highlighting that they located tiny parts (among them a small wheel) of a tiny chesna-sort of airplane on the streets around the Twin Towers hours after the "attack". Had there been an attack and crash by a big Boeing 737-type of plane one would have found dozens of pieces of the 10-20 meter wide wings and airplane parts all across Manhattan. But nothing got found, except of a few "Saudi passports" that had not even gotten damaged or burned, whereas the skyscraper Twin Towers themselves had basically melted down and vaporized completely !!! So, how come the (19 ? saudi) passports could survive such a brutal airplane crash and thousand celsius temperature exposure and how could they be found so quickly on the dusty streets of Manhattan when one could not even see one's own hands 50 centimeters in front of oneself ??

More mysteriously, however, is the fact, that the temperatures around "Ground Zero" had remained in the thousands if not tens of thousands of degrees celsius weeks after 9-11 ! Yes, you read it correctly. There had been thousands of degrees celsius weeks after the attacks and this is why nobody had been allowed to entire the whole site for weeks except the "authorized" deconstruction and cleaning personnel". And one could actually still see and smell the smoke of burning material weeks later all around Manhattan and New York.

That all hints to the fact that the Twin Towers (as well as things like "building 7" a few blocks away) had actually been brought down through controlled demolitions via tiny nuclear bombs (mini-nukes) as well as thermite (thermite in the upper floors to melt the big steel; and the nuclear bombs in the basements of the buildings to melt and bring the Towers then completely down).

Some people argue that a tiny rocket hit the Towers and that the news channels actually showed holograms of the two hijacked airplanes crashing into the towers. In fact there must have been one news channel that apparently showed a version of the crashing of the Towers where there had been no airplanes hitting them at all.

I remember a video from around the time of 9-11 that I watched at that time while I was far younger where Rudi Giuliani, Larry Silverstein and some other bunch of criminal zionist New York "high society" were standing in a nearby skyscraper and counted the seconds until the Towers were brought to implosion/explosion. Of course, the mayer of New York, Rudi Giuliani had known of the registered controlled demolition of the Twin Towers. That's why half of the staff had been informed days before to not go into the buildings on that said day (9-11). The zionists and the owners of the buildings (Silverstein) knew in advance that they would demolish the Twin Towers on that day in order to get the 2 billion dollar insurance compensation monies.

In fact independent American journalists like Christopher Bollyn have done an incredible job in putting all pieces of the puzzle on 9-11 together. Bollyn also constantly highlights the absolutely leading role of the supreme criminal and evil House of Rothschild in all of that:

<https://m.youtube.com/watch?v=qf1NlovYBgo>

<https://youtu.be/qf1NlovYBgo>

Interview with Chris Bollyn 6/22/16

<https://www.youtube.com/watch?v=9aOhnK01wMY>

Christopher Bollyn "The Dual-Deception of 9/11 and the Fraudulent War on Terror" (4.11.2016)

<https://www.youtube.com/watch?v=qvY6Cr1xwUk>

Christopher Bollyn - 9/11 and our Political Crisis - Watertown MA (27.9.20017)

<https://www.youtube.com/watch?v=C9ES7NvJskQ>

Christopher Bollyn Solving 9 11 Audiobook Narrated by Christopher Bollyn (22.8.2019)

Interestingly, - and as I have been suggesting to you in this email of mine-, there has been no place for Saudi extremists whatsoever except on a smaller scale and they were really not directly, nor (probably neither) indirectly involved in 9-11 at all.

It all got -once again - completely organised and executed by white American and Israeli-zionist agents for the House of Rothschild !

Meaning by your and our white, atheist neighbours throughout New York and across the country and the world.

The few poor Saudis and Arabs who actually joined "ISIS" in 2014-2016 had been beaten up by criminal Rothschild-USA-Corp-Fema torture camps (like Camp Bucca in Iraq, etc.) and it is easily understandable why these poor and tortured men then fully hated the evil white, corrupted, wicked "society" at all. (And so does even I myself to some part, too, to be honest). That's actually the very reason why Barack Obama did not put his attention at ISIS at all. He probably "felt" a bit with them, since these Muslim people had been hit hard years before by evil Rothschild's USA-Corp.-"military" agents who, as you know, had illegally invaded Iraq based on false reasons by Rothschild agents George Bush II and Donald Rumsfeld long before the whole Syrian and Iraqi revolution even started..

That sense of logic and feelings within the American population actually also lead to the election of B. Obama and I can easily understand this, too.

In addition, the independent American journalist Greg Palast produced excellent research and reportages on evil Rothschild agent Donald Trump's continuously "Stolen elections" during the last 4-5 years.

https://www.youtube.com/watch?v=ILsxj9nX_V8

The Case Of The Stolen Election - Now on Amazon / Amazon Prime ! (6.1.2018)

<https://www.youtube.com/watch?v=Ui1p2ZlZAYM>

Greg Palast: How Trump still stole the Senate Election; How he could still steal the Presidency (17.11.2020)

<https://www.youtube.com/watch?v=w-4m-vnblp0>

Greg Palast on "Billionaires & Ballot Bandits: How to Steal An Election in 9 Eays Steps" (18.10.2012)

<https://www.youtube.com/watch?v=V2SjChfNYG4>

Election was stolen long before Trump (w/guest Greg Palast) (19.1.2017)

The works of Christopher Bollyn and Greg Palast can still be seen on youtube. I wonder why you have not put your attention on their most convincing approach and information.

As a lawyer one cannot be biased and has to be open to basically all inputs from all sides. One cannot even rely on past events, - like your listed small scale muslim extremist attacks on US embassies etc. during the last 20 years. That all basically made you to not see clear anymore. And the true "enemy" of all nations (the House of Rothschild) used this uncertainty and blindness of us all to fully hit America directly into the heart. And since the world is really corrupt and blind, we are currently experiencing a second major Post-WW2-Rothschild attack via their staged Corona "pandemic".

And please don't get me wrong. I don't want to say that Hillary and Bill Clinton would have been a better presidential choice than D. Trump who actually lost the election(s). In fact the likewise evil Clintons have also been Rothschild agents ever since, as has been the criminal Obamas, the Bidens and probably most of your white Anglo-Saxon as well as our German and Eueopean "leaderships".

As George H. W. Bush had correctly said in a UN General Assembly hearing some 15 years ago: "we are living in the New World Order". He said the truth very openly into the microphone. Few people realized it.

Most people simply have a too good life with the current established illegal banking-subsidised world system, no matter where they live nowadays. Of course, also most Americans simply have a too good life, same also the Germans and Europeans and so the people loose their focus. By enjoying the criminal capitalism, the fast life style and the mass consume worldwide most people simply don't care about anything anymore. The people's work and what they produce and think has therefore become mediocre and bad as well.

Hardly anybody understands the House of Rothschild. And if the situation doesn't change we will soon all get microchipped - as has been foretold in the holy scriptures, Bible, Qur'an, etc.

I recommend your lawyer's office to take this warning and information seriously and rethink your 2017 positioning papers.

It's not about you just winning and getting through "Court cases", but it's our obligation to actually know and see the absolute truth and the big picture and then get rid of the entire evil House of Rothschild spider web.

I would go that far that if we would manage to finally get rid of Rothschild's illegal world bankster system consisting of private "banks" like the "Federal Reserve", "Bank for International Settlements", "European Central Bank" (directly in the heart of Rothschild's Frankfurt am Main), etc. then the Saudis would turn out to be among the nicest friends America and we all would have.

The Saudis and Muslims have simply been seing or observing corrupted white Westerners throughout the wicked western world for all too long. And they are fully right. Our nations have been turned upside down.

But since we ourselves have been unwilling or unable to identify the corrupting source (the House of Rothschild), how can we blame the Saudis to not see the situation clearer themselves neither.

I hope you understand what I mean.. And apologies that my English is not that perfect..

Thank you.

















Sincerely,

Christian Bernd Alber

- Authorized legal specialist on
the constitutional 2nd German Reich-

Woehlsdorf 3
[07318] Saalfeld-Woelsdorf
Germany / 2nd German Reich
<http://www.facebook.com/christian1alber>

Attachments with further important information including communication from Karen Hudes, the World Bank's Overseer Mandate Trustee, Global Debt Facility. Also she has been gotten totally unheard even though she has been at the forefront in fighting against the Rotsschild network for decades !

-  911 researcher Christopher Bollyn on 911 zionists Shalom Kroll and Maurice Greenberg.jpg
123.5kB
-  911 researcher Christopher Bollyn on Havel Plan that got into action.jpg
135.4kB
-  911 researcher Christopher Bollyn on Kenneth Feinberg Special 911 Fund.jpg
119.8kB
-  911 whistleblower Christopher Bollyn on the PNAC and Kagan family and their ties to 911 (Open Minds Conference).jpg
111.8kB
-  911 whistleblower Christopher Bollyn on the PNAC and Kagan family and their ties to 911.jpg
150.1kB
-  Christopher Bollyn on Ashton Carter and co _ Rothschild agents.jpg
119.4kB
-  Christopher Bollyn on criminal 911 judge Hellerstein_.jpg
121.9kB
-  AA Brief an die Familien Kommittee der 300 03.12.2014.pdf
3.4MB
-  Bank for International Settlements.jpg
643.6kB
-  BIZ 1.jpg
77.3kB
-  BIZ 2.jpg
130.9kB
-  BIZ 3.jpg
53.9kB
-  BIZ 4.jpg
99.4kB
-  BIZ 5.jpg
116.9kB
-  BIZ 6.jpg
116.6kB
-  sept1994.jpg
706.5kB



Karen Hudes_board-of-governors_compressed.pdf
3.6MB



(132) Network of Global Corporate Control12 3 19 - YouTube.pdf
773.9kB



board-of-governors_Letter from Karen Hudes_to IBRD board_February_14_2011-komprimiert.pdf
539.4kB



Twitter6.5.17.3.pdf
618.6kB



USEUCOM 2003.pdf
162.5kB



Documentation - Legitimate 2nd German Reich & deceased Chancellor Wolfgang Ebel_February2019.pdf
5.7MB



Certificate_Christian B Alber_2014.pdf
707.2kB



Passports and US greencard Christian Bernd Alber_4November2019.pdf
978kB

Christian Bernd von Karlsruhe
(Familie A l b e r)
Wöhlsdorf [3]

[07318] Wöhlsdorf bei Saalfeld
Tel.: 01573 4596092

www.deutscher-reichsanzeiger.info
www.liberation-earth.com

Senator Richard: Blumental
90 State House Square
10th Floor
Hartford, CT 06103
United States of America

and:
Office of Senator Richard: Blumental
706 Hart Senate Office Building
Washington, DC 20510
United States of America

September 15th, 2023

Criminal Complaint against Rudi Giuliani and consorts not only involved in election fraud but most importantly fully involved in 9-11 and it's ongoing cover-up.

Suppressed information on 9-11 and your wrong assumptions

Dear Senator Richard: Blumental,
dear Sir or Madam,

this is Christian Bernd von Karlsruhe writing to you from Saalfeld-Wöhlsdorf, Germany.

I was just watching you on the Democracy Now!-news and you were shortly talking about the alleged „Arab 9-11 hijackers“ that have – according to your opinion - performed this terrible attack onto America.

However, you are pretty wrong and misinformed, but it's not your fault since the **Vatican's leading banking families (Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan etc.)** and their **American and Israeli Deep State, AIPAC** and **secret service network** consisting of the **Mossad** and **CIA** among others have been and will continue to do everything in their power to conceal the truth that they were actually behind it all.

They then created the false narrative that allegedly two big passenger planes, allegedly hijacked by some arab criminals, were flying towards New York and hitting directly the Twin Towers.

The Twin towers had been constructed by the Rothschild-Rockefeller family long time ago and they got then rented/sold out to a Japanese firm which in turn then sold it to the Larry Silverstein family who in turn are friends and business partners with the Rothschild-Rockefellers.

Larry Silverstein had concluded a big insurance deal to protect the towers against „terrorist attacks“ being part of their criminal Rothschild khazaric plan to destroy them.

Part of the plan and directly involved people who were setting the scene, lying to the public while bringing the Vatican's and Rothschild's next big international coup into reality were their direct relatives and agents **Benjamin Netanjahu, Rudi Giuliani, George Bush, Donald Rumsfeld**, and some of the **khazaric jewish New York AIPAC people**, among others.

I am not sure whether the former CEO of your Washington based USA Corporation, **Donald John Trump**, had also been involved in 9-11. But as can be seen he has been part of the ongoing cover-up and he is also well connected and even intermarried with the khazaric – Israeli mafia through his children and through his long term **lawyer Rudi Giuliani** whom I had already mentioned further above.

There were originally two versions of the 9-11 in the media, one with the two holographic airplanes hitting the towers, and the other rather authentic yet rarely screened version where they were only saying that the Towers were detonated and came down.

I had been a student at the University of cooperative Education, Karlsruhe and I remember having watched and found one of the authentic youtube videos at that time where one could even see Rudi Giuliani and others standing in a tower nearby and counting three two one and then the Towers were detonated and crashed down.

Unfortunately all these videos where one could see other information than the „official two hijacked airplanes version“ have been censored and deleted by criminal, co-conspiring youtube.

Let me remind you in this course that Larry Silverstein got paid by the probably co-conspiring insurance a total of more than 2 billion dollars for this „terrorist attack“ and at the same time the whole criminal Vatican-Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan network could avoid the high destruction costs for the old Twin Towers since they already had in mind to build a new building, the One World Tower – which in fact has finally been realized as if nothing terrible has happened before..

Let me also remind you that there had been measurements of temperatures in the amounts of thousands of degrees Celsius in the craters around the 9-11 site as well as measurements of radiation hinting to the detonation of strategic tiny nuclear mini nukes shortly after the alleged „terrorist event“ took place.

How else would they have been able to melt the regularly nearly 70-100 centimeter thick iron construction skeleton of the Twin Towers that had been constructed in the first place by the best engineers and architects worldwide to even withstand big winds, floods, tornados and even airplane hits ! So the logic and scientific proofs alone make it clear that there could not have been two airplane hits but that massive explosives and nuclear bombs have helped to bring down the Towers in a highly advanced, well planned and controlled demolition. And that's actually the general opinion, if you speak to some honest and good engineers and architects !

Given the difficult political situation over here with our legitimate, constitutional State 2nd German Empire¹ and the constant illegal political show in Berlin I can also confirm to you that most if not all of your so called „American military“ has been doing nothing at all against criminals in general worldwide, in fact thereby protecting the 9-11 lie and those Vatican-Rothschild-Rockefeller-Morgan-Windsor gangsters and their AIPAC agents who had not just been behind 9-11 but probably also behind many other things including behind the alleged Berlin Christmas market „attack“ in December 2016 where there also just happened to be a khazaric jewish professor with the name Shlomo Shpiro from a British university right at the time at the scene reporting on TV on all of that. My suggestion was and is that this Shlomo Shpiro had been the coordinator of the whole deceitful event and false flag over here. Yet, just in the case of 9-11 no real criminal investigation took place in Germany although hundreds of Germans and whistleblowers including myself had filed criminal complaints to the (fake, illegal, co-conspiring) German „authorities“.

That in turn had reminded me of the former New York mayor Rudi Giuliani then reporting directly at the scene on 9-11, pretending throughout the media to be the great coordinator and New York savior, while knowing fully well already at that time who was really behind and that massive thermite bombs + nukes had been installed months ahead throughout the whole Twin Towers, inside near all the

¹ For more on our German conflict with the suspended and illegal “Federal Republic of Germany” and “EU” further suppressing our true and US-UN-authorized true German State Constitutional 2nd German Empire, please visit our official State websites www.deutscher-reichsanzeiger.info as well as www.bundesstaat-preussen.de

massive steel structures on certain closed floors, plus the tiny nuclear mini nukes throughout the basements of the Towers.

There have been many witnesses speaking for many years throughout New York who have worked at the Twin Towers confirming that a number of floors had been closed for months and weeks and that some jewish-speaking people and israeli companies had regularly been seen in the elevators transporting cables and other materials to these closed floors. They were installing the thermite explosives and detonative materials that were then used together with the airplane holograms² to make the whole thing look like an external terrorist attack.

You might have wondered why there had also been other buildings like buildings 7 and 8 etc. which have also come down, even though there had only been these alleged 2 airplanes that each allegedly hit just one Tower.

And maybe you also recall that also the Pentagon had gotten allgedly „attacked“, but just like in the case of the Pentagon also no airplane parts except of smaller things including one or several tiny wheels and wreckage hinting to Chesna airplanes or to unmanned, weaponized self-navigating flying drones which were found throughout the massive amounts of rubbish and bricks around all these „terrorist attack“ sites.

Interestingly and sheer unbelievable, a number of unharmed, absolutely not burnt „passports of the alleged arabic terrorists“ were then also found and recovered throughout the 30 centimeter high dust and rubbish lying around the destroyed Twin Tower site in Manhattan at that time.

Even more surprising and worse at the same time has been the fact that these alleged „terrorist attacks“ had then be used by the Vatican-Rothschild gang and the USA Corporation CEO „President“ George Bush II to declare war against President Saddam Hussein and invade Iraq, among other rather innocent places and people.

There had been apparently only one US Military General, **Wesley Clark**, who quit his job during all of this chaos while learning from **Donald Rumsfeld, George Bush and Michael Cheney** in the Pentagon that not only had been Iraq on their attack list but in fact further 6-7 other independent countries throughout the world as well. Wesley Clark had probably been the only correct US General that has not been co-conspiring with the whole Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan deep state establishment.

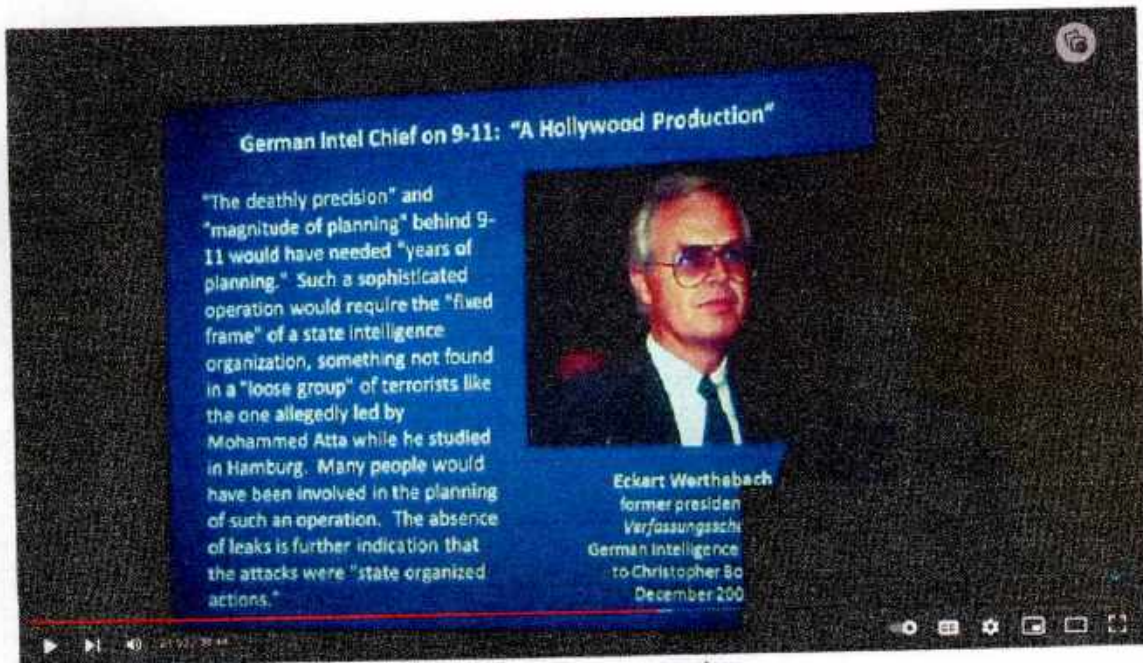
Nethertheless Wesley Clark had still been one of „Queen“ Elisabeth Windsor's honorary Knight Commanders of the Most Excellent Order of the British Empire since 2000³, just like Donald Trump has apparently been a Knight of Malta⁴ ever since.

The excellent **independent American journalist Christopher: Bollyn**, among very few others has done an immense job of research to bring all the pieces of the puzzle together and he has basically confirming what I have been writing to you hereby. Please either get his books or at least watch his excellent interviews – some of which I am listing you below:

2 Let me please remind you of the secret US military „project Bluebeam“ where one can easily get an idea of advanced holograms already being used that make it hardly impossible to differentiate between reality and fake hologram

3 Source and confirmation: [Wesley Clark Fast Facts - ABC17NEWS](#)

4 [\(878\) Donald Trump And The Knights Of Malta - YouTube](#) , [Uncovering The Trump-Freemason Connection - Analysis - Stillness in the Storm](#) , [The Secrets of Leonard Leo, the Man Behind Trump's Supreme Court Pick \(thedailybeast.com\)](#) and many other sources and confirmations



Christopher Bollyn explains why 9/11 was done and why we are on the brink of war with Russia pt.1

ericvideo 121 subscribers

Subscribe

157 likes Share Download Save

6.1K views · 4 years ago
TRICKED INTO WAR
This is the shortened version, part 1. The Tak...
more

https://bollyn.com · about-christopher-bollyn

Christopher Bollyn

Favorite Places **Bollyn** in Detroit with the Nation of Islam March 1, 2017 **Christopher Bollyn** speaking at the plenary session event, "The War on Islam: 9/11 Revisited, Uncovered & Exposed" at the Cobo Center in Detroit on February 18, 2017. The live-stream of this event was watched by more than 60,000 viewers.

Videos by Bollyn · Political Assassinations · 9-11 Archive 2005

Videos



Have We Been Deceived About What Happened on 9/11? Christopher Bollyn

1.2M views
YouTube · 9yr



Christopher Bollyn: The Man Who Solved 9 11

2.4K views
YouTube · 2yr



Christopher Bollyn explains why 911 was done and why we are on

6.1K views
YouTube · 4yr

More Videos →

Are these links helpful? Yes No

https://www.youtube.com/watch?v=V_eITypsi0c

Christopher Bollyn: The Man Who Solved 9 11 - YouTube

(874) Interview with Chris Bollyn 6/22/16 - YouTube

https://www.youtube.com/watch?v=gF1NkxVtqoFC: 2:35

christopher bollyn

Interview with Chris Bollyn 6/22/16

Brettleboro Community TV
2.1K subscribers

104K views 7 years ago

1.9K likes

Share Download Clip

https://www.youtube.com/watch?v=-2dFOMyosMEY


christopher bollyn

I Am The Face of Truth Meet Up 2018 - Part 2 - Presentation by Christopher Bollyn

I Am The Face of Truth
501 subscribers

413 likes

Share Download Clip Save



Christopher Bollyn
Journaliste Sans Frontières

Home

- Bookstore
- Videos by Bollyn
- About Christopher Bollyn
- Contact
- Donate
- Donate by Credit Card

Media Interviews with Bollyn

List of Articles

Articles by Subject

- Audio Chapters of Solving 9-11
- The Book - Solving 9-11 - The Deception that Changed the World

Home About Christopher Bollyn

- Bollyn in Detroit with the Nation of Islam
- Bollyn Articles in Swiss Magazine
- Bollyn Responds to Charges of Anti-Semitism
- Bollyn 9-11 Tour Continues in June
- Solving 9-11 Tour Concludes in New York City
- Open Mind Conference Succeeds in Holland
- Rev. Farrakhan cites Bollyn 9-11 Research
- Bollyn at The Oscars
- Why Solving 9-11 is Our Most Urgent Task
- The Solving 9-11 Tour Goes On
- Final Event of Solving 9-11 Tour - Visalia, California
- Bollyn's U.S. West Coast Tour
- Photos of Solving 9-11 Event in San Diego
- Bollyn Joins "Face of Truth" Campaign
- Bollyn's Solving 9-11 on Facebook
- Spread the Word
- Pardon My Father, Christopher Bollyn
- The Boleyns and the English Bible
- Support Chris Bollyn's Journalism
- About Christopher Bollyn
- Favorite Places

Bollyn in Detroit with the Nation of Islam

March 1, 2017

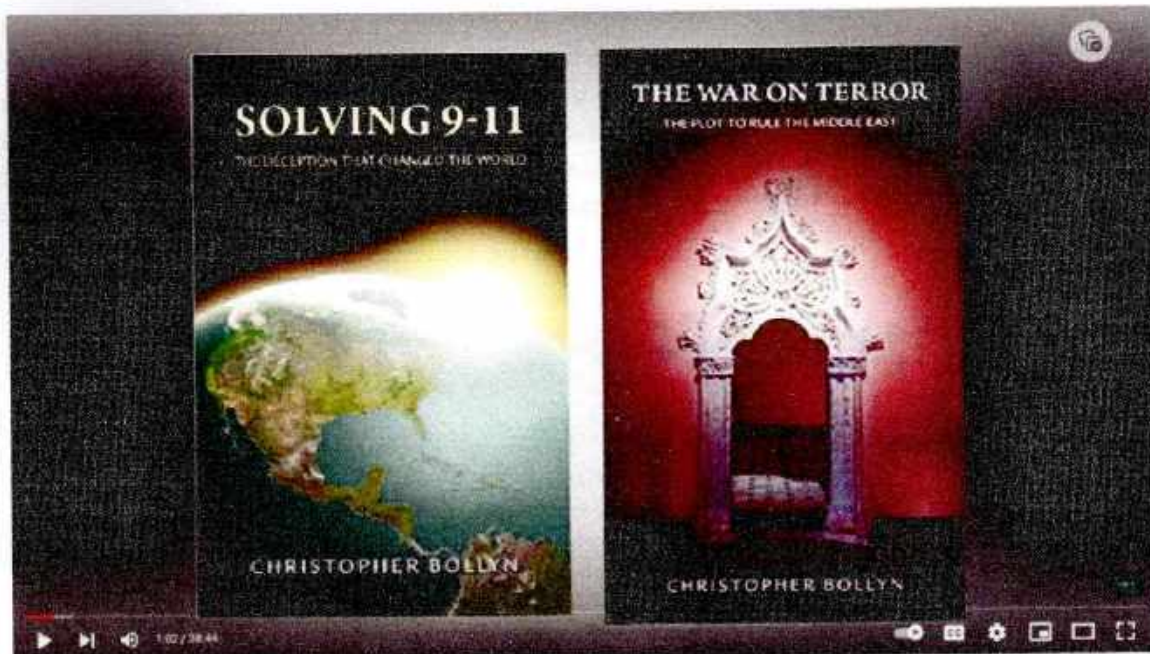


Have We Been Deceived About What Happened on 9/11? Christopher Bollyn

Free Budahkly! 5.7k subscribers **Subscribe**

14K Share Download Clip Save

1.1M views 3 years ago
www.bollyn.com
www.foreingentensions.se



Christopher Bollyn explains why 911 was done and why we are on the brink of war with Russia pt_1



Subscribe

197 likes, Share, Download, Save

6.1K views · 4 years ago
TRICKED INTO WAR
This is the shortened version, part 1 The fak
...more

As you can imagine I am quite happy that both Rudi Giuliani as well as Donald Trump are currently under fire for election fraud and other crimes and that Rudi Giuliani has already been under detention. Both have been big criminals and the proofs are listed throughout this letter.

I am logically trying to send a copy of this letter also directly to the Fulton County /Atlanta Courts and attorneys who have been doing research on their latest crimes.

Besides, I am sending a copy of the letter to the author and whistleblower **Christopher: Bollyn** so that the truther- and whistleblower movement starts gripping ground again.

There have been other great American whistleblowers and networks, including the **Engineers and firefighters for truth on 9-11** but there has truly been nobody putting so much effort into everything than Christopher: Bollyn.

Last but not least let me remind you that based on American historical records and evidence hinting to Benjamin Franklin having already been a double or triple foreign agent (and in reality not a big friend of America) the whole US set-up had already been a big Vatican-Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan fraud and taking-over since day one (1775/1776).

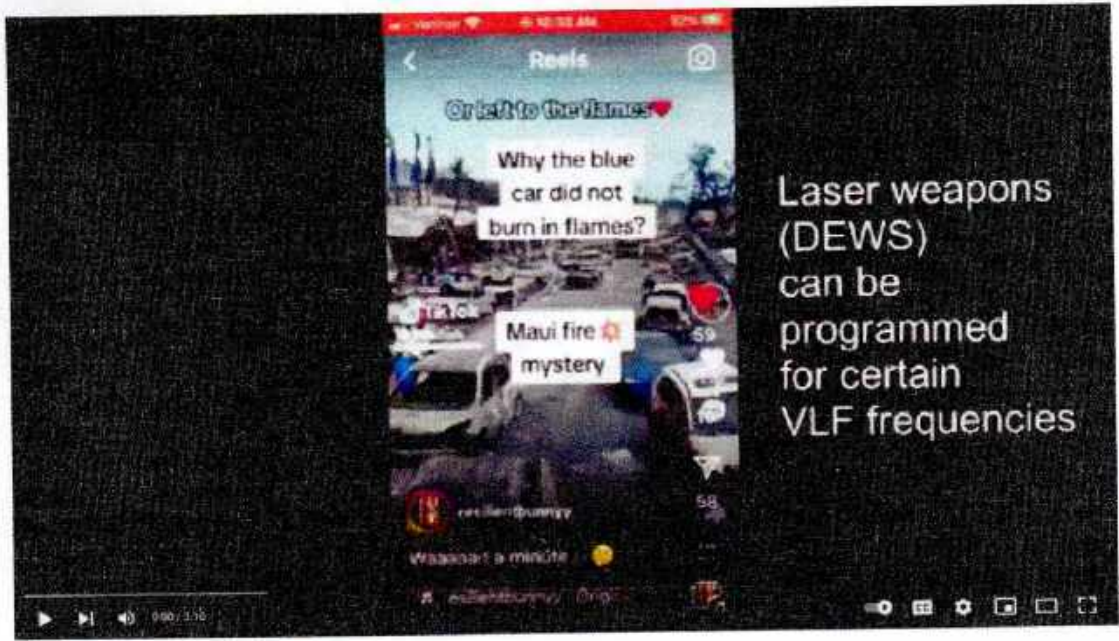
That's why the greatest scientist ever, Nicolas Tesla, and free energy had no chance until this very day to liberate the world from high oil and electricity costs. That's why we are nearly all still driving with oil- and petrol based combustion engines and having to buy the oil and petrol from Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan's global oil and gas conglomerates, that's why we are still believing to live in a globe-shaped 6-continent earth instead of realizing that the earth has always been flat and far more gigantic, why we are all having to believe that the maximum life span is roughly 60-100 years and that eternal life, etc. would not be possible, that's why there has not been the second coming of Jesus and why God has not revealed and established Himself on earth, and finally why there are ongoing wars e.g. right now with Russia where the Russians and their criminal dictator Russian Federation CEO-"President" Vladimir Putin has regularly openly been stating that they cannot trust the highly criminal, deceitful West, etc. due to the ongoing weaponization throughout the criminal co-

conspiring Nato-States, the ongoing criminal illegal American „War on Terror“ and Israeli Enon-plan which all have been based on false flag lies and false presumptions as shown above.

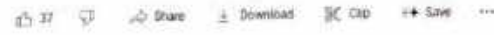
Let me remind you that the attacks on America have not ended yet. E.g. the recent and latest attack on America by the Vatican-Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan Deep State has been the secret space laser burning attack on a number of villages on Maui a few days ago.

A number of excellent whistleblower videos have shown that everything got melted (not burnt!) to the ground except blue items since the space satellite weapons had been programmed to burn everything except blue things – referring to the UN-protected blue helmets-color !

https://www.youtube.com/watch?v=ET1uQJ17tU



The Color Blue doesnt burn! why? #maui Fires = direct energy weapons?



The US-Pentagon and US Constitutional Court confirmed true US President, Commander in Chief, US Lawmaker and Global Postal Master and former US judge :Russel-Jay: Gould has been confirming all of this throughout his own videos and reportages. Together with some militaries from

https://www.lastflagstanding.com

:LAST-FLAG-STANDING.
DOCUMENTARY FILM ON THE Russell-Jay Gould

LAST-FLAG-STANDING: HOME WATCH FILM SCREENING AUTHORIZATION
Russell-Jay Gould CLAIM OF THE LIFE LEARN MORE BLOG CONTACT
(DIS)QUALIFICATIONS-GLOBAL & TAKE-TEACHERS VIDEOS MAKE DONATION
EVIDENCE & RENG-SHAREHOLDER SEMINAR EVIDENCE-2021
CLAIM OF THE LIFE, TITLE-IV-FLAG, SYNTAX PARTNER-WEBSITES & LINKS
CORRECT-SENTENCE-STRUCTURE-COMMUNICATION-PARSE-SYNTAX-GRAMMAR-PERFORMANCE
(C-S-S-C-P-S-G-P)

: LAST-FLAG-STANDING-DOCUMENTARY:

: LAST-MAN
WITH THE
KNOWLEDGE,

WITH THE
COURAGE,

WITH THE
FLAG.



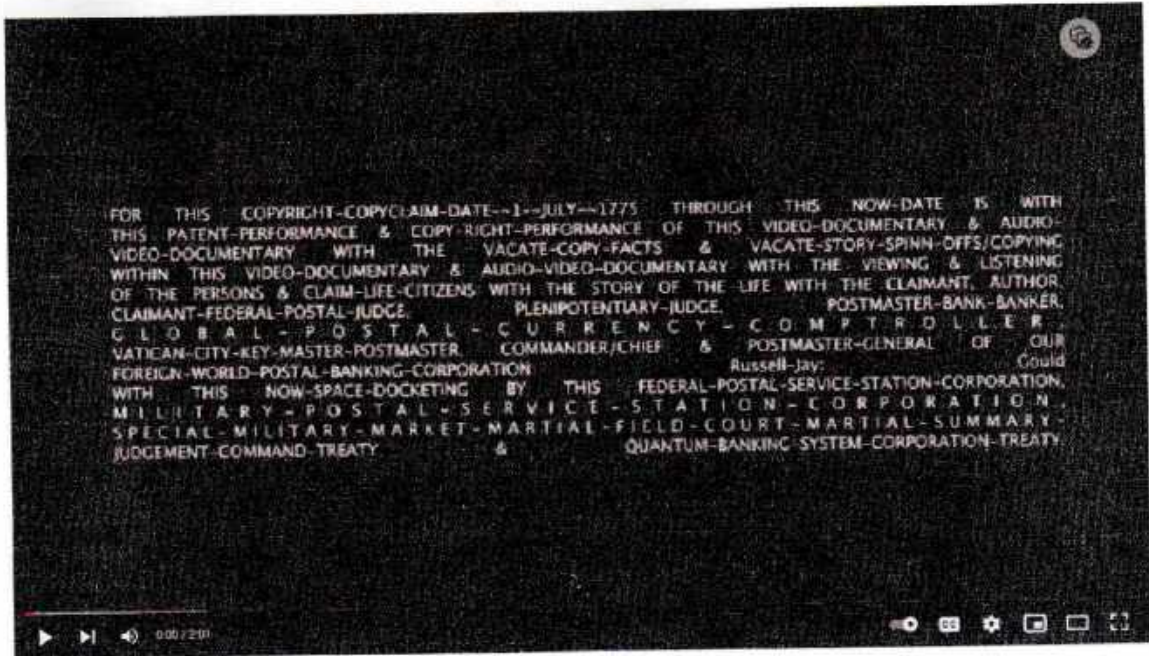
FOR THE COLLAPSE OF THEIR DYNASTY:

USSOCOM / McDill Airforce Base, Florida he has been explaining the whole illegal take-over by the dark Vatican-Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan family empire and together with his former business partner :David-Wynn:Miller he had been the ones having prevented the Deep State from fully taking over America. Please do have a look at his important website www.lastflagstanding.com and watch the excellent video with the same name Last Flag Standing as well as the US Military reportage by USSOCOM / McDill Airforce Base with the name WarCastles NWO. Then you have the full picture of what has really been going on.

https://www.youtube.com/watch?v=UKDpsU_696E



last flag standing gould



-1775: BENJAMIN-FRANKLIN-SOLD-US-OUT: SHORT-STORY: Russell-Jay: Gould.

Russell-Jay: Gould. Subscribed

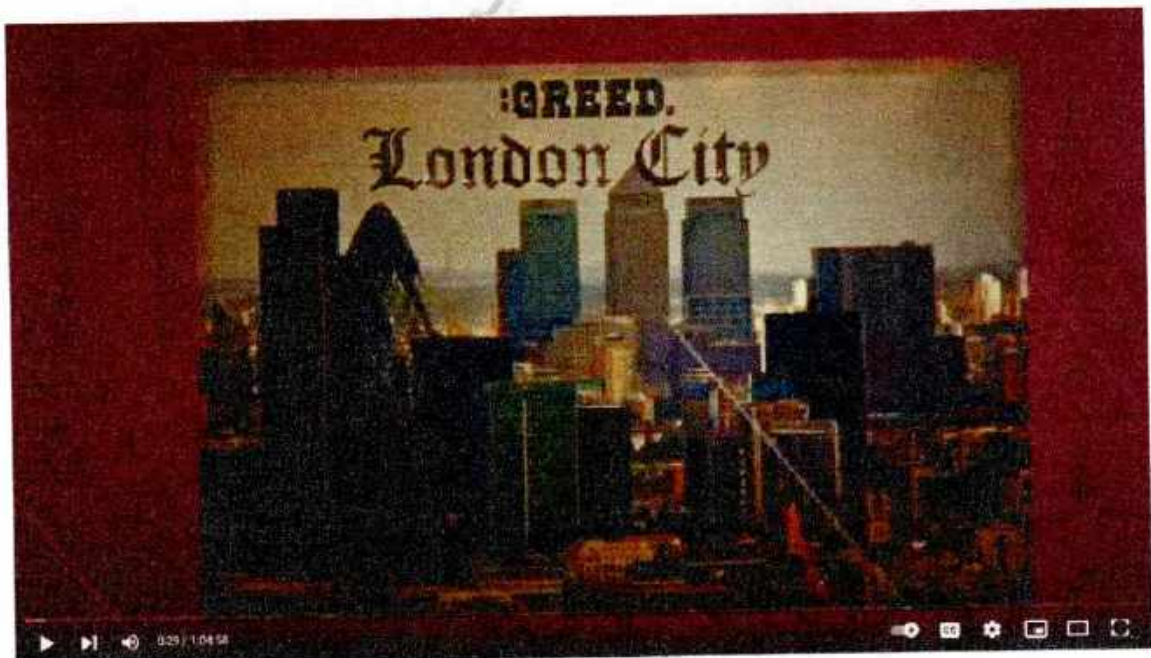
708 Share Download Clip Save

5.4K views · 5 days ago
 Russell-Jay: Gould
 TRUTH-WINE
https://www.youtube.com/watch?v=UKDpsU_696E ...more

<https://www.youtube.com/watch?v=u5HrGUQzRlQ>



WarCastles NWO

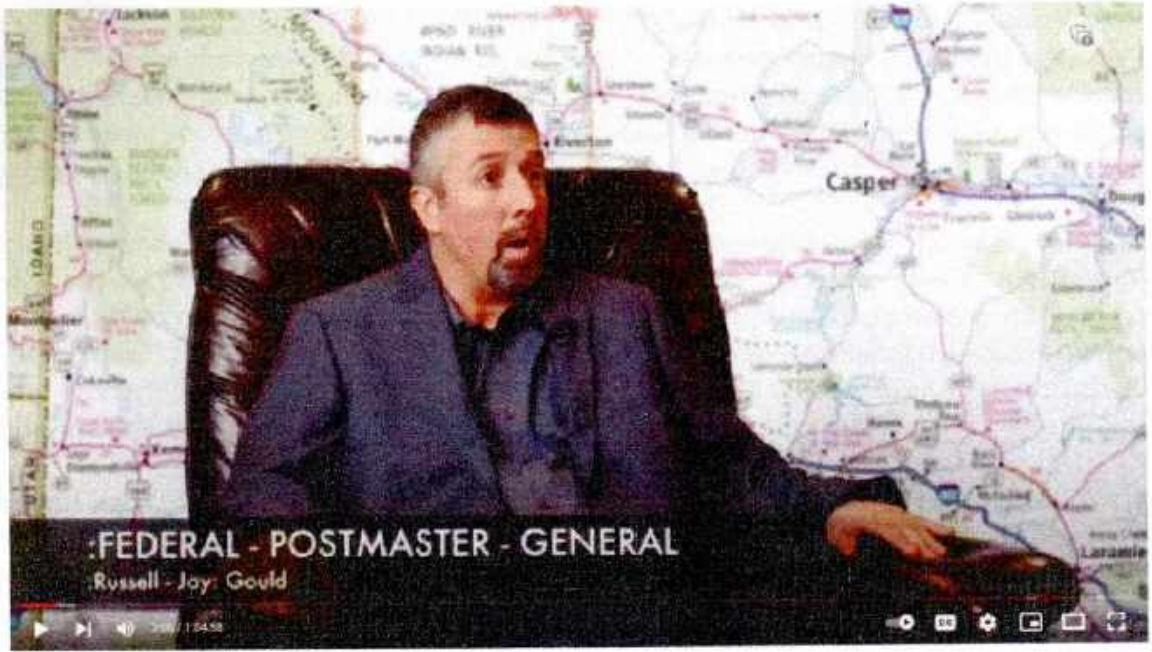


War-Castles--1

WAR-CASTLES. Subscribed

3.1K Share Download Clip Save

101K views · 3 years ago
 Featuring Russell-Jay: Gould
 Thank-you-For-Sharing
 For-Real-Steps: View ...more



War-Castles--1

WAR-CASTLES 17 subscribers [Subscribe](#)

3.1K [Share](#) [Download](#) [Clip](#) [Save](#)

103K views · 3 years ago
Featuring: Russell-Joy Gould
Thank-you-For-Sharing
For-Next-Steps, Visit...more



George W. Bush and Michelle Obama: An unlikely friendship

CNN 19.3M subscribers [Subscribe](#)

4.5K [Share](#) [Download](#) [Save](#)

1M views · 6 years ago
Former President George W. Bush and Michelle Obama are surprisingly close considering their political differences, and the 42nd president credits the former first lady's appreciation for his sense of humor as a key reason...more

Photo above: One big family with their Rothschild financiers deceiving us all !

KOPIE

KOPIE

The lie and falsification of history by the Vatican-Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan family empire during the last 200 years is sheer unbelievable and it has been having a huge impact on Germany/constitutional 2nd German Empire.

This conflict alone had brought up the NSDAP and the Rothschild offspring Adolf:Hitler who in fact lead a private family war against this secret criminal Vatican-family empire. Officially we have been told that we are „just“ dealing with some „World Wars“ and some evil nations or leaders here and there, but the more you do research the more you understand the secrets and real implications that actually led to all these wars.

I had actually already filed and sent in a number of ciminal complaints to the US authorities some years back, among them to the so called „US Department of Justice“, to the New York authorities, etc. but they have all probably not been processed and the real criminals and perpetrators have all not been brought to justice. I find this very sad but I understand that the whole criminal trillionaire Vatican-Rothschild-Rockefeller-Windsor-Morgan network and it's Deep State have been so powerful and all-controlling that it's sheer impossible to bring an end to them.

Unknowing CEO - „President“ John F. Kennedy already tried to stop their illegal Vietnam War, introduce a true American currency as well as reveal the true activities of the secret US space fleet and so the CIA and CIA front man George Bush I on behalf of the Vatican and the criminal network behind killed him in Dallas, Texas. Even that matter has been kept a national secret and not been revelead to the public until this very day.

So, let me thank you for your attention and for whatever you might be able to help in order to disclose this whole matter once and for all.

God bless you.

Sincerely,

Christian Bernd von Karlsruhe



Rechtssachverständiger des
reichsverfassungserchtlichen
Staates Deutsches Reich
Christian Bernd/Alber
c/o Wöhlisdorf 3
[07218] Saalfeld - Wöhlisdorf

KOPIE

KOPIE

Copies:

Fulton County District Attorney Fani T. Willis
Executive Distric Attorney Daysha Young
141 Pryor St. SW
Atlanta, GA 30303
United States of America
customerservice@fultoncountvga.gov

Fulton County Superior Court
Criminal Division
136 Pryor St SW; Unit J2-640, Atlanta, GA 30303
United States of America

Christopher Bollyn
3 Golf Center, Suite 365
Hoffman Estates, IL 60169
United States of America
bollyn@bollynbooks.com

KOPIE

KOPIE

Christian Bernd von Karlsruhe
(Familie A l b e r)
Wöhlsdorf [3]
[07318] Wöhlsdorf bei Saalfeld
Tel.: 01573 4596092
www.deutscher-reichsanzeiger.info
www.liberation-earth.com

Fulton County District Attorney Fani T. Willis
Executive Distric Attorney Daysha Young
141 Pryor St. SW
Atlanta, GA 30303
United States of America

September 18th, 2023

Criminal Complaint against Rudi Giuliani and consorts who have not only been involved in election fraud but most importantly fully involved in 9-11 and it's ongoing cover-up.

Dear District Attorney Fani T. Willis,
dear Executive Distric Attorney Daysha Young,
dear Sir or Madam,

this is Christian Bernd von Karlsruhe writing to you from Saalfeld-Wöhlsdorf, Germany.

I would hereby like to file a criminal complaint against former mayor of New York Rudi Giuliani and various other Americans and Israeli people who had apparently all been involved in 9-11 and in it's ongoing cover-up.

In that respect I am attaching you my new extensive letter to Senator Richard: Blumental that I had just sent yesterday and where I have explained everything in much detail.

In the end were are dealing here with the Deep State consisting of the Vatican and it's leading banking families including the evil Rothschilds, Rockefellers, Windsors and Morgans as well as „secret“ and rather unconstitutional institutions and societies such as the CIA, Mossad, the Freemasons, Knights of Malta, Knights Templars (Zurich, Luzern, Switzerland, etc.), etc, to name the most powerful and evil ones.

They all together unfortunately and unlawfully control a big part in American internal and foreign policy until this very day..

Feel free to contact me if you need further information.

Hopefully you will be able to disclose this whole matter once and for all as well as go after the criminals.

God bless you.

Sincerely,

Christian Bernd von Karlsruhe




Estonia sinking



About Bollyn



Middle East



Dresden



Articles by Subject 9-11 Archive 2018



Home

[Bookstore](#)

[Videos by Bollyn](#)

[About Christopher Bollyn](#)

[Contact](#)

[Donate](#)

[Donate by Credit Card](#)

Media Interviews with Bollyn

List of Articles

Articles by Subject

[Audio Chapters of Solving 9-11](#)

[The Book – Solving 9-11: The Deception that Changed the World](#)

[9-11 Archive 2018](#)

[9-11 Archive 2017](#)

[9-11 Archive 2016](#)

[9-11 Archive 2015](#)

[9-11 Archive 2014](#)

[9-11 Archive 2013](#)

[9-11 Archive 2012](#)

[9-11 Archive 2011](#)

[9-11 Archive 2010](#)

[9-11 Archive 2009](#)

[9-11 Archive 2008](#)

[9-11 Archive 2007](#)

[9-11 Archive 2006](#)

[9-11 Archive 2005](#)

[9-11 Archive 2004](#)

[9-11 Archive 2003](#)

- [The Israeli Origin of the War on Terror](#)
- [The Zionist Myths We Live Under](#)
- [Memo to President Trump](#)
- [My Only Question about the 9/11 Narrative: Is it True – or False?](#)

The Israeli Origin of the War on Terror

October 21, 2018

How Zionist Terrorists Tricked the U.S. into Waging War for Israel

“With Sharon’s backing, terrible things were done. I am no vegetarian, and I supported and even participated in some of the assassination operations Israel carried out. But we are speaking here about mass killing for killing’s sake, to sow chaos and alarm, among civilians, too. Since when do we send donkeys carrying bombs to blow up in marketplaces?”

– Mossad officer, quoted in Ronen Bergman’s *Rise and Kill First: The Secret History of Israel’s Targeted Assassinations*

The War on Terror doctrine was launched at an Israeli conference in July 1979. The terrorism conference/propaganda offensive was hosted by the Jonathan [Netanyahu] Institute and was organized by Menachem Begin, the self-proclaimed "Father of Terrorism," and included the most notorious Israeli masterminds of terrorism. Just three months earlier, the Israeli military created an underground terrorist organization in Lebanon that killed thousands of people with car and truck bombs over the next four years. The theme of the Begin/Netanyahu propaganda offensive, however, was that the Soviet Union was behind international terrorism. Understanding this important part of Israeli history will help one grasp the true nature of the fraudulent War on Terror. It also explains why the Zionist-controlled media is constantly fueling hostility between the United States and Russia.

- 9-11 Archive 2002
- 9-11 Archive 2001
- The Bollyn Trial
- The Zionist Criminal Network
- The Fraudulent War on Terror
- Who is Barack Obama?
- The Cure for Disinfo
- U.S. Elections & Computer Vote Fraud
- Citizen Action
- The Middle East
- Political Assassinations
- Depleted Uranium
- A Nation on Prozac & School Shootings
- European History & Politics
- Estonia Sinking
- TASER Kills

Support Bollyn's 9-11 research and writing

Donate

Donations can be sent to:

Christopher Bollyn
 3 Golf Center, Suite 365
 Hoffman Estates, IL 60169
 (USA)

Or by PayPal to
bollyn@bollynbooks.com



Thank you



The 9-11 false-flag terror operation and the War on Terror that followed in its wake will certainly go down in history as two of the most costly and evil frauds in history. The invasions and military operations that have been carried out in the aftermath of 9-11 have cost trillions of dollars and destroyed millions of lives, yet the origin of the War on Terror is not well understood by the public.

The fact that the origin of the fraudulent War on Terror is not well known is the main reason it has been able to go on for more than 17 years with virtually no resistance from the public. I wrote a book entitled *The War on Terror: The Plot to Rule the Middle East* (2017) in order to try to rectify the apathy that is caused by general ignorance of the fraudulent nature of the war.



To grasp the utter fraudulence of the War on Terror it is helpful to go back to its origin in Israel when it was launched at a four-day "international propaganda offensive" at the Jonathan [Netanyahu] Institute before a select group of people in July 1979.

In the summer of 1979, a group of powerful and influential people joined to launch an international propaganda offensive to promote and exploit the issue of 'international terrorism.' The propaganda 'blitz' originated in Jerusalem. The conspiratorial network included present and former members of the Israeli and United States governments, new right politicians, high-ranking former United States and Israeli intelligence officers, the anti-détente, pro-cold war group associated with the policies of Senator Henry M. Jackson, a group of neoconservative journalists and intellectuals associated with *Commentary* magazine, and reactionary British and French politicians and publicists.

This 'anti-terrorist' propaganda campaign was and is being conducted in a style reminiscent of wartime 'psychological warfare' by journalists serving as conduits and spreaders of misinformation originating in Jerusalem.

– Philip Paull, *International Terrorism: The Propaganda War*

It can be rightly said that the War on Terror was born at the Jerusalem Conference on International Terrorism in July 1979. The conference was arranged by the Israeli prime minister Menachem Begin, the former leader of the terrorist Irgun, along with Moshe Dayan, and hosted by Benjamin Netanyahu and his father Ben-Zion at an institute called the Jonathan Institute.



Menachem Begin, who became Israel's prime minister in 1977 had a long history of terrorism, including the bombing of Jerusalem's King David Hotel in 1946.

There is very little written about the Netanyahu Institute conference on terrorism since it was not a public event but rather a kind of conspiratorial "propaganda offensive" that included "seven hundred invited foreign journalists, influential friends of Israel, and top-ranking members of the Israeli military, diplomatic, and intelligence establishment."

Four former chiefs of Israeli military intelligence participated in the conference. Shimon Peres, then head of the opposition party, also participated. George H.W. Bush, who was a presidential candidate at the time, attended and spoke on the final day of the conference.

The purpose of the conference was to launch a new construct to be promoted by the global media: the doctrine of waging war on terrorism, i.e. the War on Terror.

The only published material I have found about this conspiratorial conference organized by Menachem Begin, the self-proclaimed "Father of Terrorism," is a master's thesis written in 1982 by Philip Paull at San

Francisco State University, entitled *International Terrorism: The Propaganda War*. The quoted material in this article comes from this thesis.

It should be noted that the Jerusalem conference that brought us the War on Terror was in fact an Israeli "propaganda offensive" organized by the most notorious Zionist masterminds of terrorism: Menachem Begin, Moshe Dayan, and Shimon Peres, along with the heads of Israeli military intelligence.

Among other terrorist crimes, Menachem Begin was responsible for the bombing of the King David Hotel in 1946 and the massacre of the entire Palestinian village of Deir Yassin in April 1948. Moshe Dayan was minister of defense when the Israeli military attacked the defenseless USS *Liberty* on June 8, 1967, killing 34 crewmen and wounding 174. Both Dayan and Shimon Peres were involved in the Lavon Affair in the summer of 1954 when a group of Egyptian Jews was recruited by Israeli military intelligence to plant bombs inside American and British civilian targets in Egypt: cinemas, libraries, and American educational centers.

The Israeli terrorists who arranged the "propaganda offensive to promote and exploit the issue of international terrorism" at the Jerusalem conference in July 1979, had certainly not changed their evil ways. Just three months before the conference, the Israeli military chief-of-staff, Rafael Eitan, had established an Israeli underground terrorist organization called the Front for the Liberation of Lebanon from Foreigners, which carried out bombing operations in Lebanon from 1979 through 1983.

Many of these Israeli bombings involved truck and car bombs. It was toward the end of this period of Israeli terror bombings in Lebanon, in which thousands were killed, that two truck bombs struck the barracks housing "peacekeepers" of the Multinational Force in Lebanon (MNF), killing 241 U.S. Marines and 58 French soldiers on October 23, 1983. According to Caspar Weinberger, United States Secretary of Defense at the time, there is no knowledge of who carried out the bombing that resulted in the deadliest single-day death toll for the United States Marine Corps since the Battle of Iwo Jima in World War II.



Caspar Weinberger, Secretary of Defense, said there is no knowledge who carried out the bombing. So, who did it?

Thanks to Ronen Bergman's recent book, *Rise and Kill First: The Secret History of Israel's Targeted Assassinations* (2018), we now know that Rafael Eitan, the Israeli chief-of-staff, was running a massive terrorist bombing campaign using car and truck bombs in Lebanon at precisely the time the U.S. Marines were killed. Furthermore, according to former Mossad agent Victor Ostrovsky, in his 1990 book *By Way of Deception*, Israeli intelligence knew the specific time and location of the bombing that killed the Marines but only gave general information to the Americans before the attack, which was worthless.

Paull's thesis, *International Terrorism: The Propaganda War*, examines how the Netanyahu Institute used misinformation to exaggerate the terrorism threat. One of the main points of the misinformation was to link terrorism to the Soviet Union. In this way the Israelis could delegitimize the Palestinian Liberation Organization in the West as a puppet of Moscow.

A key conference slogan, 'The PLO–Moscow Connection,' for example, has helped to brake the momentum of the Camp David accords. Extending the Camp David spirit would have meant a partial recognition of the PLO's legitimacy by the Begin administration. The 'Moscow–PLO Connection' denied the PLO any semblance of legitimacy labeling it a mere puppet of Moscow, 'terrorists' manipulated by the KGB.

The Jerusalem Conference also helped to revive the anti–Soviet alliance between Israel and the United States by charging the Soviets with responsibility for 'funding, training, and equipping international terrorism.' This new charge helped keep the United States and the Soviet Union at each other's throats, thus preventing them from agreeing on a diplomatic solution to the Arab–Israeli conflict in the Middle East. (Paull, p. 95)

Although the Zionist masterminds behind the War on Terror no longer blame Russia for being behind international terrorism, their reason for blaming the Soviet Union, i.e. Russia, has not changed.

As Paull wrote:

The Israeli conference organizers in turn, could use [Sen. Henry] Jackson and the *Commentary* group around Podhoretz to help prevent a pro–Arab tilt in Washington, keep United States armaments flowing to Israel, and most important, maintain anti–Soviet hostility in Washington. Relaxation of superpower hostility could trigger a thaw in U.S.–Soviet relations, and a settlement in the Middle East which would include the Palestinians would then be conceivable. This was a development the Begin administration wished to avoid at all costs. (Paull, p. 16)

In 1979, the arch–terrorist Menachem Begin and his fellow Likud extremists wanted to "maintain anti–Soviet hostility in Washington" in order to prevent "a settlement in the Middle East which would include the Palestinians."

Begin's Likud party is still in power in Israel. Today, the Likud is headed by Benjamin Netanyahu, who hosted the conspiratorial terrorism conference back in 1979. This is why the Palestinians are still locked out of any political process and why the Zionist–controlled media continues to spew anti–Russian propaganda – four decades after the War on Terror was born at the conference at the Netanyahu Institute.



The Zionist Myths We Live Under

July 11, 2018

Definition of myth

1 a : a usually traditional story of ostensibly historical events that serves to unfold part of the world view of a people or explain a practice, belief, or natural phenomenon

Source: Merriam-Webster Dictionary

www.merriam-webster.com/dictionary/myth

Alfred and Monika Schaefer are siblings from a German-Canadian family who grew up in Alberta, Canada. They are both currently on trial in Munich, Germany. Monika has been jailed since January 3, 2018 – held without trial – charged with *Volksverhetzung*, or "incitement to hatred."

Monika supposedly committed this crime when she made a video in which she describes asking her Mother questions about what she knew and saw about alleged German atrocities during World War II. Monika's essential crime is that she challenges the holocaust myth, which makes her guilty of heresy in occupied-Germany.

See: "Sorry Mom, I was wrong about the Holocaust"

www.youtube.com/watch

Let's be clear about this, the Holocaust myth or narrative, which is taught to young students in Europe, is a very real "incitement to hatred" -- hatred for the German people. This myth, which is considered sacred and cannot be challenged, is supported by the power of the German state, which is still an occupied nation operating under the laws of the occupiers – 73 years after the war. There is still no peace treaty legally ending the war, which leaves Germany in a kind of legal limbo that keeps the occupying power in control.

Like the 9/11 myth, the Holocaust myth is the Zionist narrative that has been imposed on the world in order to gain support for the Zionist agenda. The Holocaust myth is designed to get global sympathy and support for the Zionist state of Israel. The 9/11 myth is designed to get global military support to wage war against Israel's enemies. Both have been very successful – for Israel. Israel, however, is the only one who benefits from these myths. The rest of us, burdened by these myths, pay a very high price.

How long must we be burdened under these Zionist myths? When will it end?

Philip Zelikow, the Zionist Jewish author of the 9/11 myth (i.e. 9/11 Commission Report) said this about "public myths" in contemporary political history:

This idea of “public presumption” is akin to William McNeill’s notion of “public myth” but without the negative implication sometimes invoked by the word “myth.” Such presumptions are beliefs,

(1) thought to be true (although not necessarily known to be true with certainty), and

(2) shared in common within the relevant political community.

– Philip Zelikow, "Thinking About Political History," October 15, 1998

When Zelikow says these "public myths" are beliefs shared in common within the relevant political community, he means the controlled media and politicians who duly promote and support these myths – without question. This is exactly what we have seen with the 9/11 myth in the U.S. Congress for the past 17 years. Not a single politician has dared to challenge the obvious lies of the 9/11 myth. Not one congressman calls for an end of, or even a debate about, the utterly fraudulent War on Terror, which is now the longest foreign war in U.S. history – and the most expensive!

The "relevant political community," (i.e. the Zionist-controlled media and politicians) says nothing about the abundant evidence that proves that the official 9/11 myth is nothing but a pack of lies. You could throw one hundred solid scientific proofs showing that the 9/11 myth is false but the edifice of lies would still be standing within the media's "reality" and the halls of Congress because the power behind the myth is the power behind our government. The Zionist myths will therefore persist as long as the Zionists control these fundamental elements of our nation – the media and the government.

This means that we will be burdened under these myths, the holocaust, 9/11, the Kennedy murders and their magic bullets, etc., until the Zionist power is uprooted and removed from all positions of influence in our political systems, in Germany, the United States, and elsewhere.

The Zionist myths are essential for them to control our nations. Proving that the myths are not true is not enough. The controlled media and government are obviously completely deaf to our pleas for truth and justice, and will remain so until the Zionist power is removed.

Memo to President Trump

July 9, 2018

Robert D. Steele asked me to submit a memo to President Trump, that he would get to the president about Zionist/Israeli involvement in 9/11.

The following is my memo:

To: President Donald Trump

From: Christopher Bollyn, Author of *Solving 9-11: The Deception that Changed the World*

Date: July 6, 2018

Subject: U.S. Middle East Policy



"We have spent \$7 trillion – trillion with a T – \$7 trillion in the Middle East. You know what we have for it? Nothing! Nothing."

– President Donald Trump, April 28, 2018

Graphic: *Washington Post*

Dear Mr. President,

As you have said very clearly, the United States is bogged down in a costly quagmire in the Middle East, engaged in covert military operations in countries where there is no real U.S. interest. We have gained nothing from 17 years of war in which untold thousands have been killed or maimed and entire nations have been devastated. Our Middle East policy is disastrous and must be changed. If we don't change our policy we can only expect more of the same – thousands more dead, millions more refugees, trillions more wasted.

Why are Americans being sent to wars where there is no U.S. national interest? Whose interest is being served by these military interventions? The American people have been led to believe that the War on Terror is a good thing, while our military operations leave utterly destroyed cities and infrastructure in their wake. U.S. military intervention has contributed to a humanitarian crisis across the region and beyond. The wars have created millions of refugees who have become a burden to other countries. If the War on Terror is a good thing, why has it caused so much suffering and chaos?

In order to correct our policy we need to understand who got us into this mess in the first place. The 9/11 terror atrocity and War on Terror plots were both conceived by Israeli military intelligence in the 1970s under the leadership of Menachem Begin, the self-proclaimed "Father of Terrorism" and founder of the Likud party who became prime minister in 1977. The War on Terror doctrine was rolled out in a "propaganda offensive" in July 1979 at a Netanyahu Institute conference in Jerusalem. The Israeli trick was to get the U.S. military to neutralize and fragment its enemies, most notably Iraq and Syria, under the pretext of fighting terrorism. Since 1979, this devious plan has been openly promoted by Benjamin Netanyahu. 9/11 was a false-flag operation designed to kick-start the long-planned War on Terror. On 9/11, War on Terror proponent Netanyahu told the *New York Times* that the terror atrocity was "very good" for U.S.-Israeli relations.

The Israelis have a long history of using false-flag terrorism against the United States:

- 1954 July – The Lavon Affair: Israeli agents place bombs in U.S. and British libraries and institutions in Egypt in a false-flag operation meant to be blamed on the Muslim Brotherhood.
- 1967 June – Israeli aircraft and ships attack the defenseless *USS Liberty*, killing 34 and wounding 171, with the intention of sinking the ship – with no survivors – and the blame being assigned to Egypt.
- 1983 October – A truck bomb kills 241 Marines in their barracks in Beirut. Former Mossad agent Victor Ostrovsky says Mossad knew the details of the truck, the time, and location of the bombing, but only gave a general warning to the Americans. A nebulous "Islamic Jihad" group is blamed; Defense Secretary Caspar Weinberger says U.S. has no knowledge about who really did the bombing.
- 1986 February – Mossad plants a radio relay device in an apartment in Tripoli, Libya, to send fake messages that appear to be coming from the Libyan government; U.S. intelligence is successfully tricked and President Reagan orders bombing of Libya based on Mossad's fake messages.

1978 – Israeli agent Arnon Milchan's first film features a Boeing 747 crashing into the PanAm building.

1979 July – Netanyahu Institute hosts conference on terrorism calling for U.S. military intervention in Middle East.

1979 – Isser Harel, founding chief of Israeli intelligence, predicts 9/11 attacks in New York City.

1982 February – Israeli Likud strategist Oded Yinon publishes plan (in Hebrew) calling for the "dissolution of Syria and Iraq" and Balkanization of all Arab states.

1983 – Israel creates foe for War on Terror: Under Ehud Barak, Israeli military intelligence (AMAN) begins arming and training Gulbuddin Hekmatyar's anti-Western Hezb-i-Islami terrorists in Pakistan, including Osama bin Laden.

1987 - Two of Isser Harel's senior Mossad agents, Avraham Shalom Bendor and Zvi Malkin, obtain security contract for World Trade Center; Port Authority cancels contract when their criminal history is discovered.

1990 - Rejected by Port Authority due to criminal conviction in Israel, Mossad's Shalom Bendor goes to work for Jules Kroll.

1993 February - Zionists manage prosecution of WTC bombing: Israeli-American Michael Chertoff, U.S. Attorney for New Jersey, plays key role in prosecution. Zionist Judge Michael Mukasey presides over case against "Blind Sheikh." FBI informant Emad Salem is paid one million dollars for his testimony. Media leads public to believe that Muslims want to destroy the Twin Towers.

1993 - After first WTC bombing Kroll Associates gets security contract for the Port Authority and the WTC.

1994 - After losing Saudi and Pakistani support, the Israeli-trained "remainder of Hezb-i-Islami merges into al-Qaeda and the Taliban."

1998 December - Philip Zelikow's Catastrophic Terrorism Study Group publishes report "Imagining Transforming Event" in *Foreign Affairs*(CFR). Co-authors Ashton Carter and John Deutch work for Global Technology Partners, an exclusive affiliate of Rothschild N.A.

2000 September - A Neo-Con group, Project for the New American Century (PNAC) suggests that "a catastrophic and catalyzing event - like a new Pearl Harbor" may be necessary to facilitate "the process of transformation" they call for in U.S. military policy.

2001 - Israeli Mossad company ICTS controls security screening at U.S. airports on 9/11. Directors include Yair Shamir, son of notorious Israeli terrorist and assassination chief Yitzhak Shamir.

2001 - Israeli intelligence creates false histories for alleged hijackers. Israeli spies posing as "art students" live near hijacker patsies. Duplicate documents are used to create false histories, standard procedure for Mossad false-flag operations.

2001 - Ronald Lauder manages Gov. Pataki's privatization scheme which includes WTC property. Lauder funds Lauder School of Government, Diplomacy and Strategy at Mossad center (IDC) where Israeli Major General Daniel Rothschild heads Institute for Policy and Strategy.

2001 July 24 - Larry Silverstein gets lease for World Trade Center. Silverstein obtains lease thru fellow Zionist agent Lew Eisenberg, chairman of the Port Authority. Silverstein and Eisenberg are both members of UJA board, major Zionist fundraising organization. Since 1996, Silverstein maintains very close contact with Netanyahu; every Sunday afternoon Netanyahu calls Silverstein.

2001 September 11 - Ehud Olmert, Israel's deputy prime minister, is on an unreported visit in New York City. Why is it kept secret? While all civilian planes are grounded, at 4:11 p.m. on 9/11 an El Al Boeing 747 takes off from JFK bound for Tel Aviv. The flight is authorized by the direct intervention of the U.S. Department of Defense.

9/11 - Alex Brown, a firm with ties to Israeli military intelligence and Yair Shamir's company Scitex bought many of the suspicious "put" options. "Buzzy" Krongard, executive director of the CIA, headed AB until 1998. His wife works for Rothschild Asset Management.

9/11 - Israeli government receives the names of 4,000 Israelis believed to be in the area of the WTC or Pentagon on 9/11. Odigo, an Israeli messaging company, is used to send warning several hours before attacks. Four Israelis die at WTC.

9/11 - Five Israelis working for Urban Moving Systems are arrested on 9/11 after being seen photographing and celebrating the attack on the WTC. The fake moving company is later found to be a front for the Mossad. Two of the Israelis are known Mossad agents.

9/11 - Israeli military chief Ehud Barak interprets 9/11 on BBC World and Sky News networks in London, blaming Osama bin Laden and calling for U.S. to "launch an operational, concrete, war against terror." Barak is Netanyahu's commander in the Sayeret Matkal, a covert commando force of Israeli military intelligence. Other Israeli commandos (e.g. Daniel Lewin) are involved in 9/11.

9/11 – Netanyahu praises 9/11 atrocity to *New York Times*: “It’s very good... it will generate immediate sympathy.” In 2008, he says in Israel: “We are benefiting from one thing, and that is the attack on the Twin Towers and Pentagon, and the American struggle in Iraq.”

9/11 – An Israeli son of the Mossad controls 9–11 investigation. Attorney General John Ashcroft puts Israeli dual-national Michael Chertoff in charge of FBI investigation. “For day-to-day decisions, Chertoff has the last word.” Destruction of crucial evidence begins immediately. FBI oversees confiscation of evidence and non-investigation.

9/11 – Two Zionist-owned junkyards manage hasty destruction of evidence. To allow larger ships bound for Asia to load at Hugo Neu the Claremont Channel has been dredged prior to 9/11. Hugo Neu creates a global trading division in 1999, headed by two veteran ferrous metal traders from Marc Rich and Glencore AG in Switzerland. Steel evidence is shipped to Asia although scrap iron price is at the lowest level in 50 years.

Post 9/11 – Zionist with conflict of interest presides over 9/11 lawsuit: Judge Alvin Hellerstein manages 9–11 tort litigation, while his son is lawyer in Israel with firm that represents ICTS, key defendant in 9/11 litigation. Hellerstein dismisses ICTS and every 9/11 case is settled out of court.

Post 9/11 – Zionists manage compensation funds: Kenneth Feinberg and Sheila Birnbaum oversee compensation settlements for 9/11 families. Not a single case goes to trial. No 9/11 discovery occurs in court.

2003 March – Zionists control 9/11 myth: Appointed director of 9/11 Commission, Philip Zelikow frames the agenda and decides what evidence the commission sees. A specialist in “public myths,” Zelikow comes to the commission with complete outline of report – before staff even begins working.

Until 2011 – Israelis construct 9/11 memorial and legacy: WTC memorial is designed by Israeli Michael Arad, son of Moshe Arad, former Israeli ambassador to the United States.

Until today – Controlled media ignores crucial 9/11 questions and evidence. Media pushes false narrative about 9/11 and the War on Terror while ignoring evidence that disproves the official myth.

Respectfully submitted by Christopher Bollyn, author of *Solving 9–11: The Deception that Changed the World*, *Solving 9–11: The Original Articles*, and *The War on Terror: The Plot to Rule the Middle East*.

My Only Question about the 9/11 Narrative: Is it True – or False?

May 3, 2018

False words are not only evil in themselves, but they infect the soul with evil.
– Socrates

A detainee in Guantanamo Bay called Khalid Sheikh Mohammed (KSM), who is supposedly “the mastermind” of the terror attacks of 9/11, is now after many years back in the news. There have been recent reports that he may have suffered brain damage during interrogation sessions at a CIA black-site in Poland, where the detainee was held after being arrested in Pakistan in March 2003. So, fifteen years after he was abused during interrogation, the military is only now trying to determine if his brain has been damaged?



The detainee said to be Khalid Sheikh Mohammed, the mastermind of 9/11

In an April 30, 2018, article entitled "Lawyers: Scan suggests alleged 9/11 plotter suffered head injury in CIA custody," Carol Rosenberg of the *Miami Herald* (McClatchy) writes from Guantanamo, Cuba, that brain scans conducted on the man said to be Khalid Sheikh Mohammed, accused of orchestrating the 9/11 attacks, show damage consistent with abuse he might have suffered in CIA custody.

"You've heard endlessly about waterboarding," former Vice President Dick Cheney said at a speech in 2009 at the American Enterprise Institute. "It happened to three terrorists. One of them was Khalid Sheikh Mohammed, the mastermind of 9/11, who has also boasted about his beheading of Daniel Pearl."

"I WAS RESPONSIBLE FOR THE 9/11 OPERATION, FROM A to Z."

In 2007, the detainee said to be KSM supposedly confessed to being the mastermind of 9/11:

I was the Operational Director for Sheikh Usama Bin Laden for the organizing, planning, follow-up, and execution of the 9/11 Operation... I was the Military Operational Commander for all foreign operations around the world...

I was Emir (i.e., commander) of Beit Al Shuhada (i.e., the Martyrs' House) in the state of Kandahar, Afghanistan, which housed the 9/11 hijackers. There I was responsible for their training and readiness for the execution of the 9/11 Operation. Also, I hereby admit and affirm without duress that I was a responsible participant, principal planner, trainer, financier (via the Military Council Treasury), executor, and/or a personal participant in the following;

I was responsible for the 1993 World Trade Center Operation.

I was responsible for the 9/11 Operation, from A to Z.
– Supposed confession of Khalid Sheikh Mohammed, read by a Personal Representative in a closed-door hearing in Guantánamo Bay, March 10, 2007, "Verbatim Transcript of Combatant Status Review Tribunal Hearing for ISN 10024"

This is supposedly a confession read by a third person on behalf of a detainee who obviously does not speak English very well and who does not even identify himself in the process. He is simply called Khalid Sheikh Mohammed, although he is neither identified nor sworn in during the hearing. A further contradiction is that KSM was reported to have been killed in Pakistan in September 2002. The real KSM also graduated from

college in North Carolina with an engineering degree, which suggests that he would have better English skills than the unidentified detainee said to be "the mastermind" of 9/11.



Photographs of Khalid Sheikh Mohammed

"I NEVER SAW THAT FACE BEFORE."

The evidence suggests that the person said to be Khalid Sheikh Mohammed is actually someone else, perhaps an Ahmed Qadus (also Qadus) who was arrested in Rawalpindi, Pakistan, in March 2003. Faced with so many contradictions in the reports about KSM, in March 2007 I called the engineering faculty of North Carolina Agricultural and Technical University where KSM earned his degree in mechanical engineering in the 1980s.



The detainee called KSM (left) and Ahmed Qadus (right) both in March 2003 when KSM was reported to have been arrested at the Qadus home in Rawalpindi, Pakistan. The Qadus family told the *Guardian* that only Ahmed was arrested and taken away from their home. Is the detainee called KSM really Qadus?

David E. Klett, a retired professor of thermodynamics, had the real KSM in several of his classes. Asked about the photos of the person said to be the terror mastermind KSM, Klett said, "I did not recognize that person. I never saw that face before."

There are many questions about this detainee called Khalid Sheikh Mohammed and how he has been handled. Is he really KSM? Is he really the mastermind of 9/11? If so, why has he not been put on trial after 15 years in U.S. custody? Why is he kept incommunicado in Cuba?

IS IT TRUE OR FALSE?

Above and beyond these questions, however, is one we need to ask about this detainee and his supposed role in 9/11: Is it true, or is it false? Either the detainee said to be KSM is in fact the mastermind of 9/11, or he is not. This needs to be determined and proven.

If it is true, why has he not been put on trial after 15 years? If he is indeed the mastermind of 9/11, why has he not been properly interrogated to find out how the terror attacks were planned and carried out? Why is he being held in a kind of legal limbo at a military base in Cuba? Don't we deserve to know more about the person who is supposedly behind the crimes of 9/11?

The person said to be Khalid Sheikh Mohammed, the mastermind of 9/11, is like a linchpin in the whole sordid saga of 9/11. Either he is who they say he is, or he is not. Likewise, by extension, either the official 9/11 saga is true – or it is false.

This is much more than an academic exercise. This is nothing less than the most important historical and political question of our time. If the official narrative about 9/11 is true, why has the government failed to prove or prosecute their case after more than 16 years? Why has there been no criminal investigation? Why was crucial evidence from the World Trade Center destroyed starting on the first day?

If, on the other hand, the official story is false, it means we have been deceived from the very beginning and have been tricked into fighting numerous wars across the Middle East under the pretext of waging the Global War on Terror. According to President Trump, these wars have cost the U.S. some \$7 trillion in 17 years.

THE ROLE OF AL QAEDA

Someone at the FBI, or elsewhere in government, needed to make sure that al Qaeda members were left in place – either to perpetrate the attacks or to take the blame for them afterwards.
– Michael Ruppert, *Crossing the Rubicon*, 2004

Rather than getting a blue-ribbon investigation of 9/11, we were given a prepared narrative blaming a nebulous group called al Qaeda, supposedly headed by a wealthy Saudi named Osama bin Laden. Before the dust had even settled in New York City the blame was being assigned to bin Laden on BBC World and Sky television by Ehud Barak, the former prime minister of Israel. Barak, conveniently in London, blamed bin Laden and said it was time for the U.S. to begin an "operational war against terrorism." While the al Qaeda connection to 9/11 has never been proven, it has been the focus of the official narrative from the beginning.

How was this done? Over a period of years prior to 9/11 a whole host of terrorist bombings were blamed on al Qaeda. The detainee called KSM supposedly confessed to 29 of them, going back to the first bombing of the World Trade Center in 1993. The 19 alleged hijackers were like actors on a stage, positioned and prepared to take the blame for the 9/11 crimes. If you are willing to accept that Osama bin Laden and al Qaeda carried out 9/11, without seeing any evidence to prove the allegations, you can probably be misled with more unproven details connecting this suspect with this person or event. It then becomes a matter of missing the forest for the trees. This is the purpose of all the noise, discussion, and leaks about who knew what when about the 19 hijackers and their plot.



The alleged Arab hijackers were monitored by cells of Israeli "art student" spies.

If, however, Khalid Sheikh Mohammed is not the real mastermind of 9/11 the question remains: who is behind the positioning and preparation of the narrative about the 19 alleged hijackers? Who was the hidden hand preparing the Arabs to take the blame for the crime? Was this the real reason the Israeli "art students" lived near the alleged hijackers?

Putting the blame on the targeted foe is the whole purpose of false-flag terrorism, but the deception only succeeds with an audience who is willing to accept an unproven allegation as true. The false narrative fails as soon as one looks for proof and finds there is none. This is exactly what we find with the official narrative of 9/11: volumes of allegations, but no solid evidence.

So, we must ask: Is it true, or is it false?



Support Bollyn's efforts to expose the deception of our time.

Donate by PayPal to: bollyn@bollynbooks.com

or by clicking here: www.bollyn.com/donate

Sources:

Judge tells alleged 9/11 plotter's lawyers to seek funding for more brain scans, By Carol Rosenberg, Miami Herald, May 1, 2018

http://www.heraldcourier.com/news/national/judge-tells-alleged-plotter-s-lawyers-to-seek-funding-for/article_4731b604-9db3-5dd5-ad9e-c60e8de175e8.html

Terror Mastermind KSM is an Imposter – The Confession is Fake, March 16, 2007

<http://bollyn.com/terror-mastermind-ksm-is-an-imposter-the-confession-is-fake/>

The Denial of Justice for 9-11 Victims, March 20, 2007

<http://www.bollyn.com/the-denial-of-justice-for-9-11-victims>

Why the "Mastermind of 9-11" is Kept Secluded, October 9, 2010

<http://www.bollyn.com/why-the-mastermind-of-9-11-is-kept-secluded>

Qudoos released from jail, March 27, 2003

<https://www.dawn.com/news/89726>

Raided family of microbiologist denies official version of al-Qaida arrests, Rory McCarthy in Rawalpindi, Guardian, Mon 3 Mar 2003

<https://www.theguardian.com/world/2003/mar/03/alqaida.terrorism>

A chilling inheritance of terror, Syed Saleem Shahzad, Asia Times, October 30, 2002

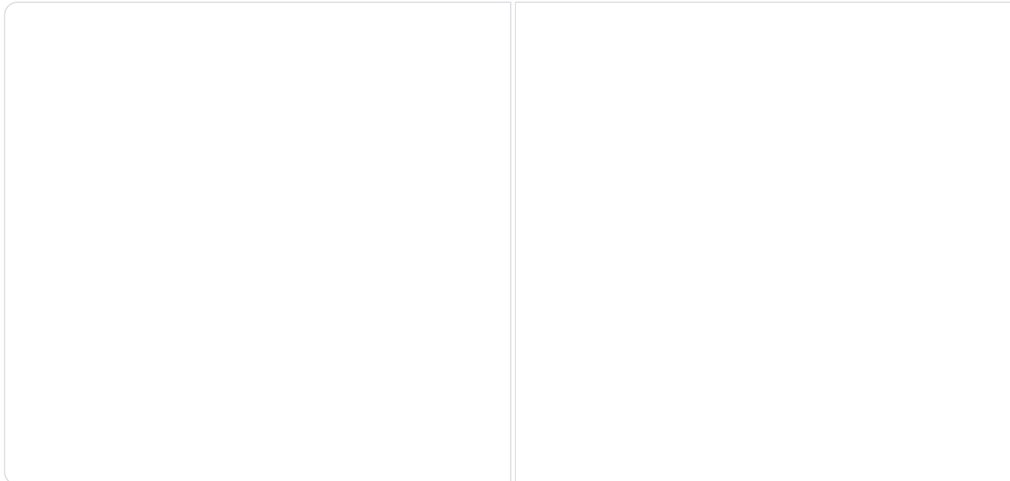
http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/DJ30Df01.html

Khalid: A test for US credibility, Syed Saleem Shahzad, Asia Times, March 6, 2003

http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/EC06Df04.html

Pakistan Continues al-Qaida Hunt, March 3, 2003
<http://bouwman.com/911/Operation/Pakistan/Mar--3.html>

©2023 Christopher Bollyn | Sitemap | christopher@bollyn.com



Bannerkönig
bannerkoenig.de


[World News](#) | Americas

9/11 Truther's Controversial Speech at Hipster Brooklyn Bastion Draws Protesters, Police

Christopher Bollyn caused storm in Brooklyn this week after claiming that 9/11 attacks were result of 'Zionist war agenda.' Speaking to Haaretz, he said he first experienced racism when living in Israel as a young 'sheigeitz.'

Debra Nussbaum Cohen | New York Sep 9, 2016 [Follow](#)



 We're loading your content, stay tuned!

NEW YORK – Christopher Bollyn has the smooth good looks and calm demeanor of a small-market news anchor. But what he claims — that American Zionists and Israelis were behind the terror attacks on September 11, 2001 — is leading to stormy reactions in Brooklyn and beyond.

Clinton: ISIS 'Rooting for Donald Trump's Victory'

How Trump Took a Page From Ann Coulter's Book

Donald Trump Is Right: Bush Is to Blame for 9/11

Bollyn's 2012 self-published book about the "truth" of September 11, 2001 states, "the 'false flag' terrorism of 9/11 is a

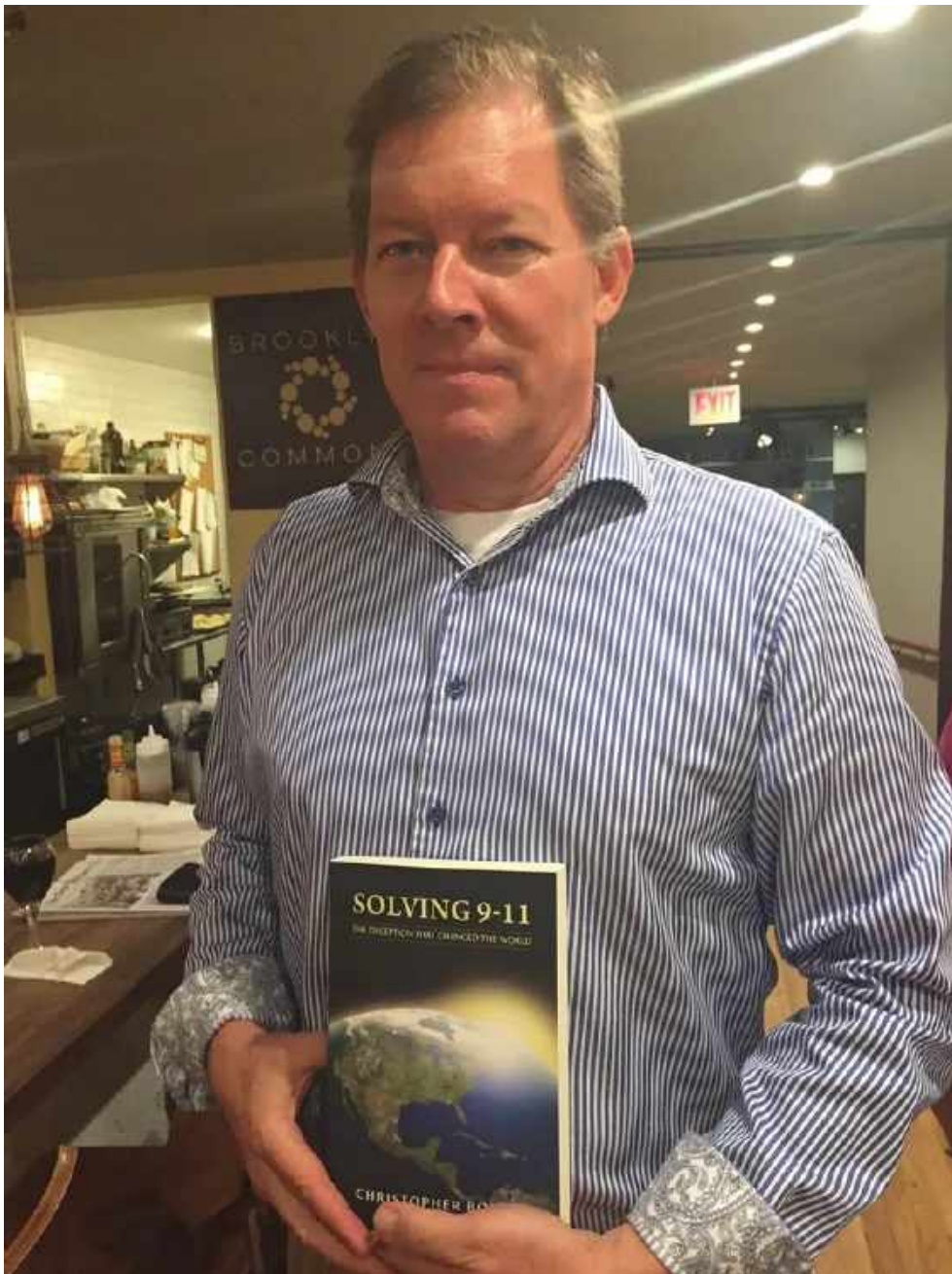
monstrous Jewish-Zionist crime of our time.” He has attended Holocaust denial conferences in the U.S. and Russia, [according to the ADL](#), and appeared on David Duke’s radio show.

- Advertisement -



00:00/00:00

The fact that his first wife was Israeli, as Bollyn tells Haaretz, adds an ironic twist to Bollyn’s demonization of Jews.



Christopher Bollyn, holding his book, before the event at Brooklyn Commons. September 2016. Credit: Debra Nussbaum Cohen

In the back room of [The Brooklyn Commons](#) Wednesday night Bollyn, speaking to perhaps two dozen people, spent more than two hours carefully linking together pieces of a story which, he believes, illustrate a plot orchestrated by Israel and her supporters in order to bring to life a war on terror. Their ultimate goal? To “Balkanize” countries like Syria and Iraq “to reduce the Middle East to a patchwork of ethnic states which are weak and powerless,” he said in his talk. The end game, he said, is “the establishment of Jewish military and economic hegemony over the entirety of 'Eretz Yisrael.'”

Israel At War: Get a daily summary direct to your inbox

Email *

chr.alber@yahoo.com

Sign Up

Please enter a valid email address

“The Zionist war agenda waged by the U.S. was the primary reason for 9/11,” he said in the presentation, which was twice interrupted by protestors who came from outside, where about a dozen people stood holding placards and occasionally chanting. Eventually the police were called.



A.J. Woolf and Rosza Halevi demonstrating outside The Brooklyn Commons ahead of Bollyn's speech. September 2016. Credit: Debra Nussbaum Cohen

A.J. Woolf was one of the protestors. She is a member of Jews for Racial & Economic Justice, which has held several events at the Brooklyn Commons. In tears, she said she felt personally hurt by owner Melissa Ennen, who she considered a friend of many years.

[Bollyn](#) “has explicit anti-Semitic comments on his website. ‘I’d make a blanket statement that the Jews are pulling the strings is classic European anti-Semitism and it shakes me to the core,’” Woolf told Haaretz. “When you see anti-Semitism in the left it’s really hard.”

- Advertisement -

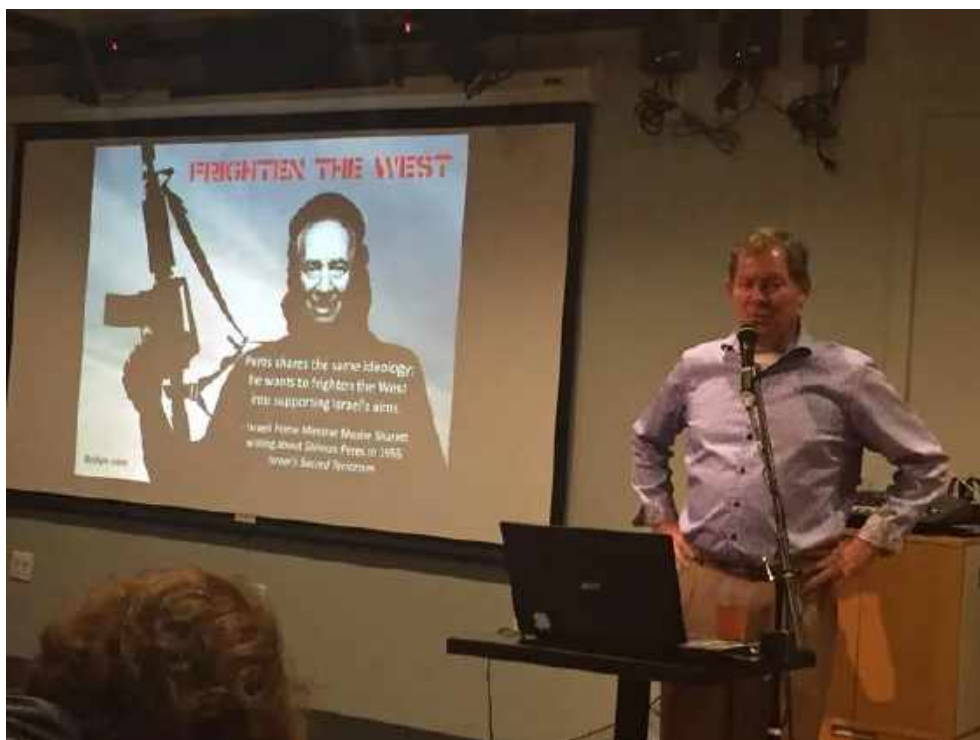
Ennen, the longtime owner of the space in the heart of downtown Brooklyn’s cultural district, was involved in a [9/11 ‘truther’](#) conference several years ago, she confirmed to Haaretz. “As far as I’m concerned there should be some freedom of speech about 9/11,” Ennen told Haaretz. “I don’t know who was behind it. All I know is that I don’t believe the government version.”

“This isn’t about freedom of speech at all,” Woolf responded. “This is about hate speech.”

Bollyn has, since being arrested in Illinois in 2007 and found guilty of misdemeanor aggravated assault and resisting arrest — which he says was ordered by Homeland Security czar Michael Chertoff who is, of course, Jewish — lived in Sweden with his wife and their children, ages 18 and 21, he told Haaretz in an interview before the talk.

His first marriage was to an Israeli woman he met at Kibbutz Afikim in the late 1970s, when he volunteered there as the pool lifeguard after traveling to Israel to take a break from trekking in Afghanistan, Iraq and Syria — places where it snows in winter — and the idea of picking oranges in Israel was appealing, he tells Haaretz.

In his presentation Wednesday night, Bollyn went through a lengthy slide show purporting to link together everyone from Menachem Begin, Shimon Peres and Benjamin Netanyahu to World Trade Center developer Larry Silverstein, filmmaker Arnon Milchan, Chicago Mayor Rahm Emanuel, Federal Judge Alvin Hellerstein (who presided over 9/11 lawsuits) and, like any good conspiracy theorist, the Rothschild banking family.



Christopher Bollyn speaking at Brooklyn Commons. September 2016. Credit: Debra Nussbaum Cohen

In one slide, for example, he superimposed an image of Shimon Peres over the outline of a black-hooded man wielding a Kalashnikov automatic rifle. “Frighten the West,” it says, purporting to quote from a 1955 book by then-PM Moshe Sharett (who despised Peres).

“We are kept in a constant state of fear to keep us supporting the war on terror,” said Bollyn.

Breaking news and the best of Haaretz straight to your inbox

Email *

chr.alber@yahoo.com

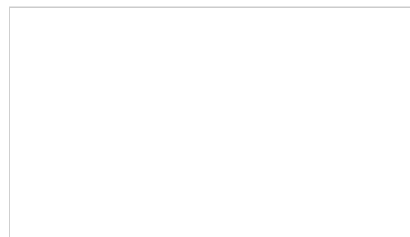
Sign Up

Please enter a valid email address

It was in Israel that he first experienced racism, he told Haaretz. He was living with his then-wife in her grandmother’s apartment in Jerusalem when relatives called, questioning why she was living with a “*sheigitz*,” who was at the time her husband. They were a couple from the late 1970s until they divorced in 1985, two years after a city hall wedding in Puerto Rico, Bollyn said.

Bollyn, who speaks rudimentary Hebrew, told Haaretz, “The root word of *sheigeitz* is something so foul it cannot be touched. To call somebody who is not of your race or religion foul, this is racism.”

— Advertisement —



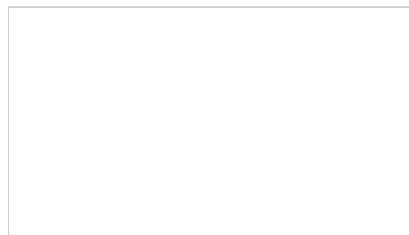
When he went to get his tourist visa extended in Tiberias “they automatically stamped my visa with a *beit*, while my Jewish friends got an A, an *aleph*,” he told Haaretz, which for him confirmed Jewish and Israeli racism. “Discriminating by race is anathema to me.”

While Bollyn has heretofore not been a major player in the alt right sphere, he pops up every year or two in the weeks leading up to 9/11. His supporters have been targeting left-wing venues in the apparent belief that this might be fertile ground for his views.

But every space booked by an intermediary canceled Bollyn's use of the space as soon as their owners became aware of his beliefs. A Unitarian church in Hartford, CT., and bookstore-café in Washington, D.C., as well as a beer garden in Texas are among those which this week barred him from speaking.

A palm reader and psychic [named Cat McGuire](#) rented space at the West-Park Presbyterian Church for a Bollyn presentation this Friday night on the Upper West Side.

— Advertisement —



The small congregation, which hosts arts organizations and rents space to other groups about 100 times a year, didn't think much of it until the pastor saw flyers promising Bollyn would speak about "the Zionist cabal" behind September 11th's destruction.

On Tuesday the church canceled the rental contract. "The event was presented to us without full disclosure" when McGuire rented the space, Rev. Robert Brashear told Haaretz. "Reading the advertisement we concluded their activities are clearly anti-Semitic we can't let that go forward."

McGuire did not respond to phone messages and emails from Haaretz.

But once informed the rental had been jettisoned McGuire emailed the church. “I do hope the church does not come down on the side of censorship. Charges of anti-Semitism and hate speech will most assuredly be hurled, but we went with Presbyterians because you support the BDS movement,” McGuire wrote. “As such, we felt surely you would recognize such bullying tactics for what they are: the silencing of free speech and right to assembly,” she wrote.

— Advertisement —



West-Park Church has taken no position on BDS, or Boycott, Divestment and Sanctions, said Brashear. Its denomination, The Presbyterian Church (U.S.A.), voted in 2014 to divest from companies that benefit from the occupation, a move it confirmed in June with a vote expanding that position.

West-Park has a long history of progressive activism. It was the first mainline church in the country to grant LGBTQ people full rights and participation, in 1978, said Brashear, and regularly hosts Palestine solidarity events, most of which are screenings of films made by Israeli filmmakers.

The single venue to keep Bollyn’s talk on the calendar was The Brooklyn Commons, which houses several leftist organizations, including The Marxist Education Project and radio station WBAI. The tenant organizations issued a statement on Monday, saying, “We reject the anti-Semitic politics of Christopher Bollyn such politics should have no place in leftist spaces.”

The political left has a problem with anti-Semitism in its midst, say some, and appears often unwilling to address it.

“Anti-Semitism is often the glue that holds unlikely political bedfellows together, and can create a bridge linking the far left and radical right,” [said Spencer Sunshine](#), a researcher on extremist political movements and expert on left wing anti-Semitism, who was among the protestors Wednesday night.

[Jews for Racial & Economic Justice](#), a left-wing political organizing group in New York, as well as the New York chapter of Jewish Voice for Peace, a pro-BDS organization, separately urged The Brooklyn Commons to cancel Bollyn’s appearance.

The organization If Not Now, which held a training at The Brooklyn Commons just last week, urged Ennen to cancel Bollyn’s appearance.

“Bollyn is a virulent bigot and his opinions have no place in a venue that claims to serve the progressive community. Criticizing the policies of the Israeli government—or any government—is not anti-Semitism. Blaming a cabal of malicious Jews for orchestrating the tragic events of 9/11 is,” [wrote If Not Now](#).

JFREJ staffers previously told Haaretz that the organization is planning to address anti-Semitism on the political left. This week, however, they declined repeated requests for more information.

“Bollyn is definitely looking for sympathy on the left, and it’s there. This has to be fought,” said Brooklynite Raul Rothblatt, [a composer and musician](#) who last week became aware of Bollyn’s planned Brooklyn Commons talk. “This is the responsibility of progressives, lefties, to stop it. If the left doesn’t root this out clearly and decisively, then the criticisms of the right that are soft on anti-Semitism will be true.”

Click the alert icon to follow topics:



[Jews in America](#)



[Jews and Muslims](#)



[Jews and Blacks](#)



[Antisemitism](#)

You Might Also Like

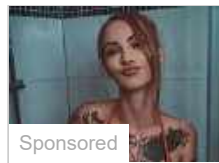


A brief history of the Netanyahu-Hamas alliance | Opinion



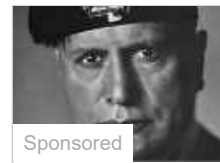
Sponsored

Wall Street Star // Junior's Discovery Reveals A New Lithium Hotspot



Sponsored

trkmeded.com // Urologist Says: "Forget about the Little Blue Pill and Do This in the..."



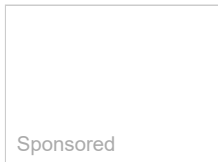
Sponsored

Quizdict // Your IQ Is 140 If You Can Name 10 Of These People



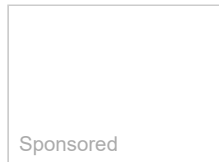
Sponsored

healthtrend.live // Doctor: If You Have Tinnitus (Ear Ringing) Do This Immediately! (Stop...



Sponsored

Lexus Deutschland // DER LEXUS NX



Sponsored

Lexus Deutschland // VORFREUDE AUF DEN ERSTEN BLICK

Comments

Name

Enter the commenter display name

Comment

By adding a comment, I agree to this site's [Terms of use](#)



In the News



Palestinians: Six Killed by IDF Fire in West Bank; Hamas Airs Video of Captive Soldier



Israel's Army Makes Headway in Gaza, but Hamas' Surrender Is Far From Imminent



Missing Israeli-Canadian Peace Activist Confirmed Killed in October 7 Hamas Attack



Smotrich Is Israel's Worst Finance Minister Ever



Israel Approves Blocking Hezbollah-affiliated Website, but Keeps Al-Jazeera on Air



Peace Of Mind: Moving To Assisted Living

🕒 Paid by Attorney Rakefet Shfaim

- Advertisement -

— Advertisement —

[FAQ](#) | [Contact us](#) | [Terms and conditions](#) | [Privacy policy](#) |
[Cancellation of digital subscriptions](#) | [Management](#) |
[Editorial](#) | [Newsletters](#) | [Accessibility](#) |
[Advertise on Haaretz.com](#) | [About Haaretz](#)

[Load more](#)

Haaretz.com, the online English edition of Haaretz Newspaper in Israel, gives you breaking news, analyses and opinions about Israel, the Middle East and the Jewish World.
© Haaretz Daily Newspaper Ltd. All Rights Reserved



Christopher Bollyn
Journaliste Sans Frontières

Articles by Subject [The Bollyn Trial](#)



Home

- Bookstore
- Videos by Bollyn
- About Christopher Bollyn
- Contact
- Donate
- Donate by Credit Card

Media Interviews with Bollyn

List of Articles

Articles by Subject

- Audio Chapters of Solving 9-11
- The Book – Solving 9-11: The Deception that Changed the World
- 9-11 Archive 2018
- 9-11 Archive 2017
- 9-11 Archive 2016
- 9-11 Archive 2015
- 9-11 Archive 2014
- 9-11 Archive 2013
- 9-11 Archive 2012
- 9-11 Archive 2011
- 9-11 Archive 2010
- 9-11 Archive 2009
- 9-11 Archive 2008
- 9-11 Archive 2007
- 9-11 Archive 2006
- 9-11 Archive 2005
- 9-11 Archive 2004
- 9-11 Archive 2003
- 9-11 Archive 2002
- 9-11 Archive 2001
- The Bollyn Trial
- The Zionist Criminal Network
- The Fraudulent War on Terror
- Who is Barack Obama?
- The Cure for Disinfo
- U.S. Elections & Computer Vote Fraud

- [Proof of Police Conspiracy to Harm Bollyn](#)
- [The Undercover Cops of Hoffman Estates](#)
- [Video: Police Brutality in America](#)
- [The Bollyn Trial: The Criminalization of an Outspoken Journalist](#)
- [The Trial of Investigative Reporter Christopher Bollyn](#)
- [Bollyn vs Chicago Tribune](#)
- [ADL Link to Bollyn Case by M.C. Piper](#)
- [Was Homeland Security Behind Attack On Bollyn?](#)
- [The Trial of Investigative Reporter Christopher Bollyn](#)
- [Bollyn Attorney Moves for Reversal of Verdict](#)
- [Constitution Coalition of Utah Letter of Support](#)
- [Dr. Steven Jones Appeals for Fairness](#)
- [Letter to Mayor William D. McLeod from Illinois Committee for Public and Private Accountability](#)
- [Commentary: The Right Against Government Retaliation](#)
- [The Bollyn Trial – Truth vs. Plea Bargain](#)
- [The Destruction and Withholding of Evidence](#)
- [Malice Exposed – Prosecuting a Journalist for his Writing](#)
- [Timeline of Events Surrounding Police Assault on Bollyn](#)
- [Evidence of A Police Conspiracy to Injure Bollyn](#)
- [Establishing the Facts of the Police Assault](#)
- [How the Undercover Hit Squad Hijacked the 911 Call](#)

Proof of Police Conspiracy to Harm Bollyn

May 8, 2014

The undercover police ordered emergency vehicles prepared for "an unknown medical emergency" *before* the police even began coming to my home in response to my non-emergency 911 call about a suspicious vehicle. The evidence shows that the three-man undercover squad, headed by a local agent of Homeland Security, was part of a police conspiracy to harm me because of my 9/11 research into the use of thermite at the World Trade Center.

Citizen Action
The Middle East
Political Assassinations
Depleted Uranium
A Nation on Prozac & School
Shootings
European History & Politics
Estonia Sinking
TASER Kills

Support Bollyn's 9-11 research
and writing

Donate

Donations can be sent to:

Christopher Bollyn
3 Golf Center, Suite 365
Hoffman Estates, IL 60169
(USA)

Or by PayPal to
bollyn@bollynbooks.com



Thank you



THE BOLLYN HOME



This was the scene of the undercover police attack on Christopher Bollyn in August 2006. The evidence indicates that the undercover police assault was meant to "criminalize" and marginalize Bollyn in order to stifle discussion of the use of thermite on 9-11. But who was behind it?

On August 15, 2006, I was attacked by a three-man undercover tactical unit of the Hoffman Estates Police Department at my home after having made a 911 call (from a local store) to report a suspicious vehicle cruising in my neighborhood with three men who appeared armed.

The suspicious vehicle turned out to be an undercover police unit who hijacked the 911 response and came to my house. They marched up my driveway where they were stopped by my wife and 8-year-old daughter. I came out of my house and asked them what agency they were with. Within seconds, they attacked me leaving me TASERed with a fractured right elbow – and arrested for charges they would not explain. Five members of the Hoffman Estates Fire Department witnessed the entire incident as they sat in their emergency vehicles (EMS) parked about 100 feet (30 meters) from the scene of the attack.

Why were two emergency vehicles from the fire department on the scene when the undercover tactical squad from the police department arrived? Understanding the answer to this question will prove that the three-man undercover police squad that came to my house came with the intention to provoke an incident that would allow them to assault me and charge me with a crime. For police to engage in such a conspiracy against a citizen for exercising his civil rights is a federal offense.

tactical unit took over the call. It also shows that four other police squads were en route to my house before any police arrived. Why would so many police be responding to a *non-emergency* 911 call? Why were nine officers, including a special *juvenile* unit (Cawley and Hill), en route to my house for a 911 call about a suspicious vehicle – which was actually one of theirs?

The following is a transcription of the radio traffic surrounding the arrest of Christopher Bollyn (MMW, 02-14-57) on 15 August 2006. It should be noted that all times listed are according to NWCD.

Dispatch: (19:49:29) 6131 from Central, an assignment.

Fitzgerald: (19:49:33) 31 (6131)

Dispatch: (19:49:36) 31 It's going to be a suspicious vehicle with occupant at 220 Kingman Lane, 2-2-0 Kingman Lane. See the complainant there. Reference a dark colored Ford Crown Victoria, three male occupants driving in the area. Says its an ongoing problem with them. He believes they're with the FBI.

Fitzgerald: (19:49:55) Okay 10-4. (6131)

Barber: (19:50:17) Central could you send 44. (6744)

Dispatch: (19:50:21) Go ahead.

Felgenhauer: (19:50:21) Could you assign us that call and tell 31 to disregard. (6744)

Dispatch: (19:50:30) 10-4. 31 you can 22.

Michael Barber, who worked with the Department of Homeland Security under Michael Chertoff, intervened and requested that his undercover tactical unit be allowed to respond to my 911 call about the suspicious vehicle – which was his vehicle. It makes *no* sense to send an un-marked car with three undercover agents – the cause of my concern – in response to my 911 call. This indicates that the *whole police force* was part of the conspiracy. Darin Felgenhauer acted as the "lethal officer" in the three-man hit team that TASERed me. While I was held down and TASERed, Felgenhauer stood a few meters away with a lethal weapon ready to shoot me if I went berserk.

200328 1st on scene > ONSCNE #6132C Where was Off. Kruschel ?
 200356 ONSCNE #6744 *

Joseph Kruschel (6132C) was the first uniformed officer on the scene at 20:03:28, but where was he? Why did he stay back from my house, but report that he was *on scene*? Kruschel obviously stopped at some distance from my house and waited for the undercover tactical team to arrive, which it did at 20:03:56 – *one second* before the emergency vehicles reported arriving at 20:03:57. That Joseph Kruschel arrived on the scene but stayed back until after the undercover police attack is further evidence of a conspiracy.

200446	DUP	#HEP0650820
200446	DUP	NAM: 6744
200449	(6228) *CLEAR	6134C
200614	(5681) ASSTOS	6134C [220 KINGMAN LN ,HE] #6228 HILL,STEVEN R #6280 CAWLEY,KATHRYN
200615	ONSCNE	6132C
200624	ASSTOS	6136C [220 KINGMAN LN ,HE] #6283 LAWRENCE,SCOTT
200718	ASSTOS	6190C [220 KINGMAN LN ,HE] #6124 SCHULZ,WESLEY
200721	CLEAR	6191C
200729	TRANS	6131C [STAT]
200744	ASSTOS	6156C [STAT] #6255 TENUTO,ANTHONY
200841	MISC	6156C , TO MEET 6131
201040	OK	6132C

The undercover tactical unit attacked me seconds after I came out of my house and joined my wife and daughter on our driveway – where the three un-identified armed men wearing body armor had been confronted by my wife. Within seconds I was attacked and pinned down, face-first on my lawn, and TASERed with a "drive stun" on my lower back, with no warning and for no reason other than to torture and injure me. Before I was even lifted from the ground, five more police officers had joined the gang of five already on the scene, not including the five EMS personnel who were 100 feet away, bringing to fifteen the total number of police and fire personnel who were on the scene. All I had done was make a 911 call about a suspicious vehicle I had seen in my neighborhood for two nights in a row.

F Actions Taken * <input type="text" value="99"/> <input type="text" value="Cancelled en route"/> <small>Primary Action Taken (1)</small> <input type="text"/> <input type="text"/> <small>Additional Action Taken (2)</small> <input type="text"/> <input type="text"/> <small>Additional Action Taken (3)</small>	G1 Resources * <input checked="" type="checkbox"/> Check this box and skip this section if an Apparatus or Personnel form is used. <table border="0"> <tr> <td>Apparatus</td> <td><input type="text"/></td> <td><input type="text"/></td> </tr> <tr> <td>Suppression</td> <td><input type="text"/></td> <td><input type="text"/></td> </tr> <tr> <td>EMS</td> <td><input type="text" value="0002"/></td> <td><input type="text" value="0005"/></td> </tr> <tr> <td>Other</td> <td><input type="text"/></td> <td><input type="text"/></td> </tr> </table> <input type="checkbox"/> Check box if resource counts include aid received resources.	Apparatus	<input type="text"/>	<input type="text"/>	Suppression	<input type="text"/>	<input type="text"/>	EMS	<input type="text" value="0002"/>	<input type="text" value="0005"/>	Other	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Apparatus	<input type="text"/>	<input type="text"/>											
Suppression	<input type="text"/>	<input type="text"/>											
EMS	<input type="text" value="0002"/>	<input type="text" value="0005"/>											
Other	<input type="text"/>	<input type="text"/>											

The NFIRS report contains a false statement where it says that the EMS response had been "cancelled en route". If the fire department response, two EMS vehicles and five personnel, had truly been cancelled "en route" why did they park one hundred feet from my house and wait? The undercover police were "on scene" at 20:03:56 and the fire department reports being cleared at 20:04:26, which indicates that the police attack occurred within 30 seconds of their arrival at my house. They had TASERed me with a "drive stun" in which the TASER was placed directly against the skin of my back. Although HEPD regulations say that people who are TASERed should receive prompt medical attention, the police sent the EMS personnel away – in violation of their own regulations.

To understand the unusual police response to my 911 call it is necessary to see it in the context of the research I was involved in about the use of thermite to destroy the Twin Towers on 9-11. We had only returned to our home in August 2006 after spending a year away. We had left Hoffman Estates in September 2005 after discovering that we were surrounded by people who were acting as informants for the FBI.

We had spent the spring and summer in the West, mainly in Provo, Utah, and Davis and Santa Barbara, California, where I had worked on research that led me to conclude that thermite had been used to destroy the Twin Towers. When I left Provo in June 2006, my last words to Professor Steven Jones at B.Y.U. were that he should be very careful and aware that we have powerful enemies.

Dr. Jones was attacked in early September 2006, about three weeks after the police assault occurred at my home. The attack against Dr. Jones came through a local NPR radio show that he had appeared on. His attackers were three Jewish men who claimed that Jones was anti-Semitic because he had referred to an "international banking cartel", which they said was a coded message that meant to blame the Jews for 9-11.

These false and unfair allegations were enough to get Dr. Jones suspended from teaching at B.Y.U. the next day. A few weeks later, I was also the victim of false allegations and fired from my job as a journalist with American Free Press in Washington, D.C.

Dr. Jones and I were attacked because of our research into the use of thermite in the destruction of the World Trade Center. Obviously, this was a discovery that was not supposed to happen. When it did, the 9-11 cover-up gang went to work and we were targeted – in order to marginalize us and stifle the discussion about the use of thermite on 9-11. This suggests that the real masterminds behind the undercover police attack at my house are not the Hoffman Estates Police Department, but are members of the same Zionist cabal as the Jewish gang that attacked Professor Jones on NPR.

Recommended Reading:

More information about the police assault and malicious prosecution of Christopher Bollyn can be found in the final section of [Solving 9-11: The Original Articles](#) and online at Bollyn.com in the section about "The Bollyn Trial".

The "Bollyn Trial" articles are archived at: www.bollyn.com/the-bollyn-trial-2/

The Undercover Cops of Hoffman Estates

August 23, 2013



July 12, 1989 – Undercover agents of the Hoffman Estates Police Department (HEPD) pose in their disguises for a Metallica concert at Poplar Creek Music Theatre (Photo: Michael Fryer / *Chicago Tribune*)



June 2007 – Timothy Stoy, one of the undercover agents who assaulted Bollyn at his house in 2006, arrives at the Cook County Courthouse. As an undercover cop Stoy does not even own a police uniform. A former prison guard, Stoy used an improper and dangerous restraining method by kneeling on Bollyn's right temple with his full body weight for several minutes – while a Homeland Security agent tortured Bollyn with a TASER. Both the restraining method and the TASER could have been lethal.



Darin Felgenhauer (center) acted as the "lethal officer" when Bollyn was tortured with a TASER while pinned down and handcuffed. He stood about 10 feet away with a weapon, drawn and ready to fire. Bill McLeod, the [village president](#) who Bollyn ran against in 2000, is on the left; the new police chief on the right. McLeod is credited with engineering the "incentive package" for [Sears Holdings Corp.](#) in Hoffman Estates.



Sears Roebuck's Tax-Free HQ in Hoffman Estates – The [Daily Herald](#) endorsement of Mayor McLeod says: "Even before there was an

inking that Sears might consider abandoning its headquarters, McLeod saw it coming and got in front of the challenge."



Mayor McLeod's "incentive package" means that Sears pays very little in property taxes. These are the taxes which fund local schools, libraries, fire and police departments. How does McLeod's deal benefit the local community? Who is the mayor serving: the people of Hoffman Estates – or Sears Holding Corp.?



Clint Herdegen, the police chief at the time of the attack on Bollyn, became the chief of police in 1998 after 17 years on the force. Herdegen was made the chief of police in Hoffman Estates although he had only finished high school. Police departments that lack proper training and education are much more likely to be corrupt and abusive.

I came across a 1989 photo of a team of undercover agents of the Hoffman Estates Police Department (HEPD) ready to attend a rock concert. The agents in their disguises are very similar to the undercover squad that attacked me at my home in 2006, except the men who attacked me wore blue body armor vests and carried weapons behind their backs.

I decided to write this piece to show the history of undercover units in Hoffman Estates and how such undercover agents do not wear *anything* that identifies them as police. In my case, the police department presented false evidence in court and lied saying that the undercover agents had worn armored vests that had the word "POLICE" on the front. How much sense does that make?

It's important to understand that undercover police like this do not carry any police identification. Darin Felgenhauer, one of the three men who invaded our property, flashed my wife an Illinois drivers license that he pulled from his back pocket. Nothing that these men wore or showed indicated that they were police.

If three unidentified and armed guys wearing jeans and tee-shirts invade your home, what is a citizen to do? How would *you* respond if three

armed men threatened you and your family – on *your* property?

I had called 911 to report a suspicious vehicle with three armed men prowling around my home after seeing this vehicle pass my house for two nights in a row. I was told a police officer would respond to my call and was alarmed when the three men that were the cause of my concern marched up my driveway. They were confronted on our property by my wife and 8-year-old daughter but refused to identify themselves when asked.

Why did the police chief send the undercover unit that was the cause of my concern to my house in response to my 911 call? Why did the undercover agents refuse to identify themselves? Such improper use of an undercover squad was clearly meant to serve as a provocation, but why did the police want to provoke me?

We had not lived in our house for a year due to persistent harassment from FBI informants. We had just returned from several months in California and Utah, where I had met with Dr. Steven Jones and Dr. Thomas Cahill and concluded that the evidence indicated that thermite had been used to destroy the World Trade Center.

I discovered that the attack by the undercover cops had been planned and that Michael Barber, the officer who led the attack, also works for the Department of Homeland Security. Barber is the one who TASERed me while I was pinned down on the ground with one man kneeling on my right temple, with my left hand in handcuffs and my right arm trapped beneath my body. Who was Barber working for when he attacked me? Homeland Security or the Hoffman Estates Police Department?

In this position I was completely unable to move. I then felt a cold object placed against the skin of my lower back. At this point, without any warning, I was hit with a "drive stun" of 50,000 volts from Barber's TASER. He and Stoy both *lied in court* saying that the other had given a verbal warning that the TASER was going to be used.

Why did Barber TASER me while I was pinned down by two men, with the third man standing a few feet away with his weapon drawn? What had I done to deserve such treatment – at my home in front of my family? Why was this brutal attack on an American journalist – in America – not covered by the press?

When I was pulled to my feet I saw that more than a half-dozen police cars and two fire department vehicles had suddenly appeared on the scene. As I later discovered from the police logs, these vehicles had all been nearby and had stayed back until after the undercover squad had attacked me. The undercover unit had taken over the response to the 911 call from a uniformed officer in a normal squad car.

So, what kind of police operation was this anyway? It looks like it was not a normal police action but something that had been ordered by a higher authority, like Michael Chertoff of Homeland Security.

The police vehicles made video tapes of the attack but these video records were destroyed by the police department in violation of their own procedures and law. Despite this intentional destruction of evidence, the police were not sanctioned by the court. How is it that the law does not apply to such corrupt police departments?

As I learned from the logs, the fire department had arrived at my home *before* the undercover unit, but stayed about 100 feet away – prepared for "an unknown medical emergency." What had this three-man undercover squad, headed by an agent of Homeland Security, planned to do to me?

The Hoffman Estates Police Department is unusual in that it does not require its members to have any education beyond high school. Two of the officers who attacked me, Barber and Felgenhauer, had received their police training in the military in Iraq and conducted the attack on me like a military mission. Police play an important role in the community and should be properly trained and educated about how to interact with people. The police in Hoffman Estates lack proper training and this has led to residents like myself being abused, tortured, maliciously prosecuted – and in some cases wrongfully killed.

The corruption in Hoffman Estates, of course, goes much deeper than the HEPD. There is the Crown family connection to Sears Roebuck, which moved its corporate headquarters from Sears Tower to suburban Hoffman Estates, where it received a special deal and pays very little in property taxes. This special tax status for Sears was recently extended by Bill McLeod, the village president.

Michael Bregy, Superintendent of School District 300 in neighboring Carpentersville said his district has lost more than \$100 million in local tax revenue since the original deal reduced Sears' property tax burden, leading to budget cuts and high school classrooms jammed with up to 45 students. Sears' incentives, he says, are being put "on the backs of the kids in our school district."

One of the directors of Sears Holding Corp. is William Kunkler III, the husband of Susan Crown. The Crown family is the Zionist family from Chicago that owns General Dynamics, one of the biggest defense contractors in the world. General Dynamics is the 4th largest federal contractor and receives about \$16 billion a year for military contracts. These are the people with real "clout" in Hoffman Estates.



Susan Crown, William Kunkler, Renee & Lester Crown

Sources and Recommended Reading:

"Bollyn on No Lies Radio," Bollyn.com, October 20, 2011

www.bollyn.com/bollyn-on-no-lies-radio/

"Chicago's Elders of Zion and Obama's War for Profit," Bollyn.com, October 14, 2011

www.bollyn.com/chicagos-elders-of-zion-and-obamas-war-for-profit/

"Photo gallery: A history of Hoffman Estates," *Chicago Tribune*, August 23, 2013

http://www.chicagotribune.com/news/local/suburbs/schaumburg_hoffman_estates_chi-photo-gallery-a-history-of-hoffman-estates-20130613,0,4350645.photogallery

"Police Chief No Longer To Serve On Acting Basis" by Carri Karuhn, *Chicago Tribune*, September 17, 1998

http://articles.chicagotribune.com/1998-09-17/news/9809170283_1_norris-new-rank-degree

"Sears' bad bet on business park spurs push to extend tax breaks" by Dan Hinkel and Melissa Harris, *Chicago Tribune*, November 20, 2011

articles.chicagotribune.com/2011-11-20/business/ct-biz-1120-sears-20111120_1_sears-and-kmart-stores-sears-headquarters-business-park

"Sears regularly gets multimillion-dollar property tax cuts," *Daily Herald*, October 21, 2012

www.dailyherald.com/article/20121021/news/710219914/

"Sears tax arrangement draws questions from Hoffman Estates schools" by Jennifer Brandel, WBEZ, November 8, 2011

www.wbez.org/story/sears-tax-arrangement-draws-questions-hoffman-estates-schools-93842

"Tax breaks could determine fate of Sears' headquarters" by Judy Keen, *USA TODAY*, November 28, 2011

usatoday30.usatoday.com/money/companies/management/story/2011-11-25/sears-holdings-headquarters/51423932/1

"Video: Police Brutality in America" by Christopher Bollyn, Bollyn.com, July 21, 2012

<http://www.bollyn.com/video-police-brutality-in-america/>

Video: Police Brutality in America

July 21, 2012

The following video contains real footage of police brutality in America. I am posting it because criminal police brutality really hits home with me. It is due to a brutal and unprovoked police attack that I suffered at the

hands of a three-man undercover "tactical" squad of the Hoffman Estates Police Department (HEPD) in August 2006 that we cannot return to our home. The three men who brutally attacked me and then lied about it in court are Michael Barber, Timothy Stoy, and Darin Felgenhauer. The three-man tactical squad that invaded my home and attacked me wore no uniforms and never even identified themselves as police. Oddly, Stoy and Felgenhauer never even wore police uniforms in court. The chief of police in Hoffman Estates in 2006 was Clint Herdegen.



Clint Herdegen, Chief of Police in Hoffman Estates in 2006, was responsible for the illegal undercover police assault on Bollyn.



Herdegen is now Chief of Police in Libertyville, Illinois.

After being beaten and TASERed at my home, I was arrested and taken to jail. I had been pinned down like some of the people in the video with one cop (Timothy Stoy) kneeling on my temple with another on my back. Stoy knelt on my head for about two minutes. In this position, with one hand pinned beneath my body and the other in handcuffs, I was TASERed with a "drive stun" in which the TASER had been placed directly against the skin of my back. In this position and without any warning whatsoever, I was shocked with 50,000 volts from the TASER. This was clearly torture. The torture by TASER was done by Officer Michael Barber of the Hoffman Estates Police Department. Barber had served with the Department of Homeland Security in New Orleans after Hurricane Katrina. He had also served as a Military Police in Iraq as had Officer Darin Felgenhauer, who acted as the lethal officer while I was TASERed.

The lethal officer stands a couple meters away with a weapon prepared to kill the person being TASERed if they go berserk. Being TASERed unjustly may very well make a person go berserk. The TASER shock made me ill for about a week and I suffered a fractured right elbow.



Timothy Stoy is the undercover officer (HEPD) who knelt on my temple while I was TASERed. He previously worked as a prison guard at Cook County Jail.

As I was taken away from my family the police refused to tell me why I was being arrested. Days later, they concocted a fabricated police report and charged me with assaulting a police officer and resisting arrest. I refused to accept a plea bargain in which I would have had to plead guilty to one of the two charges. I refused to plead guilty to something I had not done. So, I plead innocent and was forced to go to trial.

When I was in court I saw how the police who had attacked me and tortured me with a TASER exchanged "high-fives" with other police. In the Cook County Court the police NEVER lose. The Hoffman Estates police department, the local gang behind the attack on me, brutally killed a handicapped 15-year-old black youth in his home and no one was charged with criminal conduct. My first lawyer told me that the police will lie in court and they will be believed, not the victim. Not only did the police tell obvious lies on the stand, they presented false evidence and false testimony from a witness they had prepared. The witness testimony clearly did not match the police account and the testimonies of two policemen (Barber and Stoy) contradicted each other – but their lies were accepted and the evidence (police video footage) that would have exonerated me was destroyed by the police.

The Bollyn Trial: The Criminalization of an Outspoken Journalist

29 June 2007

This conviction was for the sole purpose of destroying the credibility of Mr. Bollyn and retaliating against his controversial

reporting on issues of the day.
– Dr. Linda L. Shelton, MD, PhD.



The Bollyn family in Salt Lake City the month after the police assault.
September 2006

First of all, I want to extend my sincere thanks to the very kind, exceptionally gifted, and extremely generous people who have supported me during my ordeal with the authorities of Hoffman Estates and Cook County, Illinois. The sage advice and the financial, moral, and legal support that I have received from people around the world is nothing short of incredible.

A positive and substantial result of this sordid affair is that it has separated the wheat from the chaff; it has clearly distinguished friend from foe. Determining friend from foe among the patriot community and in the 9–11 truth movement is essential and my case has done exactly that. Apart from Eric Hufschmid, author of *Painful Questions*, and Prof. Steven Jones of Brigham Young University, not a single 9–11 researcher has even come forward to provide moral support.

For example, while my former colleagues from American Free Press, most notably Michael Piper and Willis Carto, quickly revealed themselves as quislings of the Anti-Defamation League of B'nai B'rith (ADL) by defaming me and stabbing me in the back while stealing my money, real patriots stepped forward to support me.

People of conscience have enabled me to fight the malicious prosecution I have faced since three undercover cops invaded my home and brutally assaulted me on 15 August 2006, after I had called 911 to report a suspicious vehicle. To the people who have supported me during this ongoing struggle, I am sincerely grateful.

SILENCE ENDS

I was strongly advised by my attorneys not to write about the trial prior to the sentencing date of 25 June 2007. The court and prosecution were carefully watching what I wrote, I was warned, and would take into consideration what I wrote when sentencing me.

Now that that date has passed and the Chicago–area newspapers and my detractors on the Internet have indulged in wholesale character assassination and defamation, I am compelled to explain my position regarding the corrupt judicial process I have been through in the Circuit Court of Cook County.

In order to defend myself against the widespread defamation, which originates with the ADL and which has been repeated in Chicago–area media outlets and in malicious reports on the Internet, I offer the following statement about my case, which was heard before the Honorable Hyman I. Riebman, Associate Judge of the Cook County Circuit Court (3rd Municipal District).

"AN UNJUST SYSTEM"

I did not attend the sentencing hearing on 25 June 2007 in order to avoid wrongful incarceration for two baseless charges, which may very well have been the likely outcome had I been present. The obvious prejudice and extreme malice of the prosecution and court made wrongful incarceration a very real danger to me and my family.

"I personally feel you are completely justified in staying away," a devout Christian lawyer from California who attended the entire four–day trial wrote the day before the sentencing. "The system can easily grind you up

and spit you out. Why should you be obligated to appeal for justice in an unjust system?"

"You need not fight an unjust system on its unjust terms," he wrote. "Within reasonable God-given limits you are free to set your own terms when faced with institutionalized injustice."

As a supporter from Europe put it, "There is not much point in standing in front of a six gun and letting them pull the trigger as many times as they want."

MALICIOUS PROSECUTION

My first calling is to serve the truth and as a father and husband, I have a God-given obligation to preserve myself and my family. I simply could not allow myself or my family to be subjected to the cruel and inhumane punishment to be meted out by the extremely prejudiced prosecution and court. I would have shown a serious, and possibly fatal, lack of judgment to have subjected myself to such injustice.

After going through the seriously flawed four-day trial, which has been described as "a travesty of justice" by Dr. Linda L. Shelton, PhD, MD, an expert court observer who attended the last two days, I knew that I had about as much chance of a fair sentencing before Judge Hyman Riebman as a Camp Delta prisoner tried in a U.S. military tribunal in Guantanamo Bay, Cuba.

"This conviction was for the sole purpose of destroying the credibility of Mr. Bollyn and retaliating against his controversial reporting on issues of the day," Shelton wrote.

"To me the trial seemed like a crucifixion of someone with alternative views and had almost nothing to do with assault or resisting arrest.

"In this country one cannot be legally convicted based on gross defamation of the defendant, denigration of the defendant's character without basis, and mischaracterization of the evidence presented.

"This is what has happened in the Bollyn case, making it a travesty of justice," she wrote. "The defendant was so thoroughly defamed and denigrated without basis that this highly prejudiced the jury into ignoring the evidence."

"I attended the trial. It was simply a farce – a Salem Witch trial, where someone with alternative views was crucified," Dr. Shelton wrote. "It is clearly an illegal penalty on the exercise of constitutional rights – freedom of speech.

"The judge allowed the prosecution to make statements that were inconsistent with the evidence and highly inflammatory slander and defamation of Mr. Bollyn's character. The prosecutor so tainted the trial that a fair hearing was impossible."

I clearly need several months to obtain and examine the entire transcript of the trial – including the unusually large number of sidebars – before I can determine my next course of action.

Why is the court so hasty and eager to sentence me – before I even have the chance to read the transcript, examine the testimonies, and see what was discussed in the sidebars?

What needs to be remembered, and what may not have occurred to a single one of the jurors, is that it was I who chose to go through a jury trial, at great personal expense, because it was the only option available in which I could maintain my innocence and through which the evidence could be presented.

Despite the popular American notion that a person is innocent until proven guilty, in reality a person who is dragged into the court, in Cook County and elsewhere in the United States, is in every way presumed to be guilty until proven innocent. In fact, every one of the options available to the defendant require accepting guilt through a plea bargain or submitting to a bench trial in which a single judge acts as the finder of law and fact on a very scanty amount of evidence presented.

When I realized that my first lawyer, Jack C. Smeeton of Wilmette, was simply protecting the police and the state at my expense, I began investigating the events that occurred on August 15 and found that the Hoffman Estates police had committed a raft of serious crimes when they attacked me on my front lawn.

The police had clearly conspired to commit violence against me in retaliation for my exercise of my First Amendment rights, which is a federal offense. What Hoffman Estates police officers Michael Barber, Timothy Stoy, and Darin Felgenhauer did to me on my front lawn was completely criminal, as was the perjury they committed in the court of Judge Riebman. Somehow in today's America, none of that seems to matter.

In a letter to Paul P. Moreschi, my second legal counsel, Dr. Shelton wrote: "Now I understand why Helje (Mrs. Bollyn) stated to me she is more afraid of living in this country now than she was under Soviet occupation of Estonia. Seeing your husband viciously attacked by undercover police without warning on your own property, then hearing them make false statements on the stand, seeing them falsify their records, hearing the prosecutor fabricating defamatory baseless statements, and then the judge and jury believing this story, would do this to you."

I discovered and documented ample evidence of conspiracy and criminal conduct by the Hoffman Estates Police Department (HEPD) and the three officers who assaulted me. I did the best I could to present this evidence to my attorneys and the court. My wife and I even made at least a dozen exhibits for the trial. My lawyers, however, were simply unable or unwilling to present to the court this solid evidence of conspiracy by the police.

During the trial and closing arguments, my attorneys failed to stress that I, as the defendant, must be considered innocent unless the evidence proved guilt beyond a reasonable doubt.

"Why did you," one court observer asked Moreschi, "fail to tell the jury in your closing statement about the massive violations in this case of Mr. Bollyn's constitutional rights by a conspiracy - at least on the part of the police? And why didn't you harp on the duty of the jury to convict ONLY on the basis of 'beyond a reasonable doubt,' which on information and belief, you failed to mention even once, when every professional criminal defense attorney always harps on it over and over?"

"The discussion of reasonable doubt in front of the jury by a defense attorney is his greatest weapon and at the same time the worst nightmare for the prosecuting attorney," the lawyer from California noted. "For Moreschi not to have done the slightest commentary/explanation/elaboration even during the closing argument, not to mention the opening argument was for me personally, almost beyond belief.

"There was an overwhelming amount of testimony and evidence to establish reasonable doubt, and well beyond the minimum threshold requirement of reasonable doubt necessary to mandate an acquittal.

"Truly, it was one of the most outrageous miscarriages of justice I have ever personally witnessed and I have seen some pretty bad ones...In my opinion there are substantial grounds for having the case declared a mistrial."

Judge Riebman even disallowed my expert witness who was prepared to testify about police procedures and how they had been violated by the three undercover officers of the HEPD. Failure to allow this expert witness was highly prejudicial and denied due process. It could have provided exculpatory information. This alone should qualify as grounds for a mistrial. But would Riebman find this to be grounds for a mistrial?

Riebman denied every pre-trial motion presented by me or my attorney. Most importantly, he refused to sanction the police for their destruction of the video evidence of the assault they committed against me. What fairness or leniency should I expect from such an unfair judge and process?

When the police officers or the prosecution made utterly unqualified statements about the effects of the TASER or the damage done to my broken elbow, Riebman simply overruled the objections of my counsel.

The judge and the jury all heard how the testimonies of police officers clearly contradicted each other. The court was repeatedly made aware of the fact that the police officers were conversing and exchanging notes with each other and with the prosecution's one non-police witness during testimony in the hallway. However, none of these contradictions or serious infractions, which were clearly indicative of false and tampered testimony, seemed to have any effect on either the judge or the jury.

For example, Ofc. Barber, who shocked me with 50,000 volts with a TASER while I was fully restrained and pinned down beneath two officers, one of whom (Stoy) knelt with his full body on my right temple for at least two minutes, told the court that Ofc. Stoy had yelled, "TASER, TASER, TASER," prior to electrocuting me with the device.

When Stoy took the stand, however, he said Ofc. Barber had called out "TASER" before the TASER shock was applied. (Stoy also said that he smelled alcohol on my breath from 10 feet away.)

As the person who was TASERed, I can say that absolutely no verbal warning of any sort was given prior to being TASERed. I was TASERed by Barber for one reason and one reason alone: to torture and cause injury. The fact that Barber and Stoy were obviously lying about this supposed verbal warning seemed not to have registered with either the judge or the jury.

The fact that two emergency vehicles from the fire department arrived at my house one second after the arrival of the undercover tactical unit was not properly emphasized by my attorney. He refused to get into the police "conspiracy" behind the assault on me. Rather than interrogate the fire department personnel about why they had been sent out to handle an "unknown medical emergency" well before I was assaulted, Moreschi chose to avoid the abundant evidence of a conspiracy. He could have capitalized on the evidence at hand, which was corroborated by the testimony of the technical expert from the 911 dispatch center. This evidence clearly revealed a police conspiracy to assault me for exercising my First Amendment rights.

Moreschi said on 25 June 2007: "Christopher knows that he's innocent and believes that the process has let him down."

I must say, it wasn't just the process that let me down. I have been let down and betrayed by the elected officials of my village and state, my former employer and the people at American Free Press, my legal counsel, and even my brother, who has chosen to support the corrupt local police rather than his own brother.

Moreschi admitted on several occasions that he had not read a single article that I had written and clearly wanted to avoid the matter that I was being dragged through this process because of my journalism. Supporters of the ADL, however, were obviously present in numbers during every day of the trial.

One sinister looking fellow tried to sit as closely as possible to me and send me evil looks. I was appalled to see that during one break he emerged from the judge's chambers practically arm in arm with Judge Riebman. As I said, the malice was most evident.

Of course, it would have been nice to have had a dozen supporters present to provide a counter-balance to my foes, but that did not happen. Apart from a handful of stalwart supporters, I was quite alone against the ADL and their agents.

Steven Rosenblum, the supervisor of the prosecutor's office, attended every session and coached James Pontrelli and Stacy Cosseth, who dutifully carried out Rosenblum's orders including asking for my immediate incarceration after the jury found me guilty. I was well aware that Rosenblum was prosecuting me because of my writings, which he described as "anti-Jewish."

Judge Hyman Riebman's wife is active in a Jewish Zionist organization known as ORT America. ORT, hardly an American organization, stands for Obschestvo Remeslenovo i. Zemledelcheskovo Trouda which was founded by Russian Jews in the Pale of Settlement in Czarist Russia in 1880. Riebman, however, feigned complete ignorance of my writings.

The extreme malice that I have witnessed in court has nothing to do with what happened in my front yard. This is simply payback from the Zionists for what I have written about Israel and 9-11. It is also evidence of the power that Zionists have over the judicial process in the United States.

"The truth of 9-11 will certainly not be given to us on a silver platter. It is something we will have to fight for," I wrote at the conclusion of my essay "9-11 Through the Eyes of an American Skeptic."

The United States is, after all, a nation at war. It is waging illegal wars in the Middle East and maintains illegal prison camps filled with people it has kidnapped in the name of its fraudulent global "War on Terror," a Zionist fraud based on the false flag terror attacks of 9-11.

The U.S. is also waging a war against its own people, firstly against those who are exposing the lies of both 9-11 and the phony "War on Terror." I happen to be one of those who has been targeted for exposing the lies.

In war, when faced with overwhelming hostile force, there are but two options: to stand and face capture and possible death, or to make a strategic retreat and live to fight another day. I have made my choice.

Originally posted on RumorMillNews.com on 6 July 2007
<http://www.rumormillnews.com/cgi-bin/archive.cgi?read=106333>

The Trial of Investigative Reporter Christopher Bollyn

June 29, 2007

Christopher Bollyn Speaks Out On His Failed Attempt to Obtain Justice

A positive and substantial result of this sordid affair is that it has separated the wheat from the chaff; it has clearly distinguished friend from foe. Determining friend from foe among the patriot community and in the 9-11 truth movement is essential and my case has done exactly that. [Click here to read on.](#)

A Salem Witch Trial, Part I

By Linda Shelton, PhD, MD, Independent Court Observer

"This conviction was for the sole purpose of destroying the credibility of Mr. Bollyn and retaliating against his controversial reporting on issues of the day." Read about Dr. Shelton's observations of the trial [here](#)

A Salem Witch Trial, Part II

Travesty of Justice

"To me the trial seemed like a crucifixion of someone with alternative views and had almost nothing to do with assault or resisting arrest.

"In this country one cannot be legally convicted based on gross defamation of the defendant, denigration of the defendant's character without basis, and mis-characterization of the evidence presented.

"This is what has happened in the Bollyn case, making it a travesty of justice. The defendant was so thoroughly defamed and denigrated without basis that this highly prejudiced the jury into ignoring the evidence."

NEW! Linda Shelton needs your help!

Read about her own Witch Trial [here](#)

"Anatomy of Assassination of Character and Prosecutorial Misconduct"

See also:

US Juries Get Verdict Wrong In One of Six Cases: Study

So much for US justice: juries get the verdict wrong in one out of six criminal cases and judges don't do much better, a new study has found. And when they make those mistakes, both judges and juries are far more likely to send an innocent person to jail than to let a guilty person go free, according to an upcoming study out of [Northwestern University](#).

"Those are really shocking numbers," said Jack Heinz, a law professor at Northwestern who reviewed the research of his colleague [Bruce Spencer](#), a professor in the statistics department. [Click here](#) to read the full article.

* * *

Try me, good King, but let me have a Lawful Trial,
and let not my sworn Enemies sit as my Accusers and Judges;
yes, let me receive an open Trial,
for my Truth shall fear no open shame.

From a [Letter of Anne Boleyn
to Henry VIII](#)



Bolyn vs Chicago Tribune

August 20, 2006



Journalist Christopher Bolyn photographed at his home in Hoffman Estates on 20 August 2006

Dear Chicago Tribune:

As a member of the press who has recently become a victim of police brutality in the Chicago area, I must say that your extremely brief report on the unusual and torturous treatment and arrest that occurred at my home in Hoffman Estates is both utterly dishonest and biased. Most importantly, it fails to even mention that I am a journalist with American Free Press in Washington, D.C.

Your 121-word report begins and ends with the fundamental fabrication produced by the Hoffman Estates Police Department: "Police used a Taser to stun a Hoffman Estates man during a struggle after he called authorities to report a suspicious vehicle that turned out to be an unmarked police car," it begins.

The last sentence then repeats the lie: "The officers stopped Bolyn from entering his house and stunned him with Taser after failing to subdue him."

As we can easily discern, this is the essential lie that needs to be supported by the mainstream media.

As my wife and 8-year old daughter can attest, there was absolutely no struggle or resistance as I was attacked by three men from behind and

the Taser weapon was applied as I was handcuffed and pinned down on my front lawn. The only possible explanation for the gratuitous use of the Taser weapon is that it was applied to torture me and inflict long-term damage.

It should be noted that the car that responded to my 911 call was the very car that was the subject of my concerns. Why would the police send the heavily-armed undercover agents in an unmarked car to my house as a response to a 911 call?

The Tribune reported that I had "physically threatened" the undercover agents. How could I "physically" threaten three heavily-armed "police" wearing body-armor on my driveway?

For that matter, how could I even know that these unidentified thugs who appeared in my yard were police? To this day, I still do not know the identity of the three men who beat and Tasered me on my front lawn in front of my family.

Christopher Bollyn

The following was the Chicago Tribune about the police assault on Bollyn

Title: Cops struggle with man, stun him with a Taser

Dateline: Hoffman Estates

Date: August 17, 2006

Police used a Taser to stun a Hoffman Estates man during a struggle after he called authorities to report a suspicious vehicle that turned out to be an unmarked police car, authorities said Wednesday.

Christopher L. Bollyn, 49, of the 200 block of Kingman Lane, was charged with aggravated assault and resisting arrest Tuesday, authorities said.

Bollyn called police around 8 p.m. Tuesday and said police officers in an unmarked car that slowly passed his house were FBI agents, Hoffman Estates Police Lt. Rich Russo said. When police went to Bollyn's house and explained who they were, Bollyn physically threatened them, Russo said. The officers stopped Bollyn from entering his house and stunned him with Taser after failing to subdue him.

Section: Metro, Page: 3

Copyright (c) 2006, Chicago Tribune Company. All rights reserved.

This article was originally posted at:

<http://www.rumormillnews.com/cgi-bin/archive.cgi/noframes/read/92114>

[ADL Link to Bollyn Case by M.C. Piper](#)

August 27, 2006

Source: [American Free Press](#)

ADL Link to Local Police Agencies Uncovered in Chris Bollyn Affair

The Anti-Defamation League (ADL) of B'nai B'rith has had its eye on AFP correspondent Christopher Bollyn for a long time. In light of the recent attack on Bollyn, in his own front yard, by officers of his hometown police department in Hoffman Estates, Ill., it is fitting to outline what we know about past ADL efforts to undermine Bollyn.

What follows is Michael Collins Piper's abbreviated account of a previous ADL campaign against both Bollyn and Piper, demonstrating that the ADL maintains intimate contact with police officials in suburban Chicago where the attack on Bollyn took place. As Piper notes, this certainly raises the question as to whether the thugs who attacked Bollyn had been "advised" by the ADL about Bollyn.

By Michael Collins Piper

For the first five months of the year 2000 the otherwise quiet Chicago suburb of Schaumburg, Ill., was wracked by a stormy debate over censorship, centering around my book Final Judgment, which charges Israeli involvement in the assassination of President John F. Kennedy.

The frenzy began when a local library patron, Christopher Bollyn, tried to donate a copy to the Schaumburg Township District Library (STDL). Trained in Middle East studies, Bollyn is fluent in Hebrew and Arabic, among other languages. In addition, his late mother was one of the library's founders, his wife was a volunteer at the library, and Bollyn

himself had worked at the library as a young man. Despite all this, the library rejected the donation.

However, Bollyn attended a library board meeting to press the matter, and, at that time, pointed out that several library directors were partisans of Israel. He charged that the book was rejected because of the Israeli lobby's fervent objections to the book.

Already involved behind the scenes, the Chicago office of the ADL publicly stepped into the picture, with ADL spokesman Richard Hirshhaut attacking Bollyn.

"We believe this is a cynical ploy, an attempt to create a First Amendment issue as a subterfuge for an effort to exploit the goodwill and fair-mindedness of the public library system," said Hirshhaut. "The library should not be forced to put itself in a position of being a warehouse or central address for every bigot with an agenda."

Hirshhaut had previously been based in the San Francisco office of the ADL at the very time – seven years previously – that the ADL came under intense public scrutiny for its improper involvement with at least one member of the San Francisco Police Department. Following that scandal, in which Hirshhaut was under criminal investigation for his involvement in the ADL-connected police scandal, Hirshhaut was moved to Chicago.

In fact, Hirshhaut and the San Francisco ADL office were keeping tabs on Bollyn as far back as the early 1990s when Bollyn, then a college student in the San Francisco Bay area, was leading protests against the first U.S. war against Iraq, which was being promoted by the Israeli lobby.

In any case, the brouhaha between Bollyn and the ADL and the Schaumburg Library attracted the attention of the media. No less than five area newspapers and the PBS affiliate reported on the controversy. The mess dragged on for some five months, with Bollyn insisting that the library accept the copy of Final Judgment.

In response, the library appointed a special three-member "tribunal" to examine Final Judgment and determine whether it was "appropriate" for inclusion in the library. Heading the tribunal was Uri Toch, the library's official translator of Hebrew, which is the state language of Israel.

Toch and his tribunal declared the book "poorly written" and essentially called it a piece of garbage but finally consented to permit the book to be accepted by the library to avoid being accused of censorship.

At one point, Toch tried to get Bollyn arrested after Bollyn called the library and asked Toch, in the Israeli state language, where Toch had lived in Israel. Toch called the local police, crying that he felt "threatened."

By this juncture, I was personally tired of the attacks by the ADL on Bollyn, whom I had never even met in person and with whom I had never even spoken on the telephone, and I accepted Bollyn's invitation to come to the Schaumburg-Hoffman Estates area and speak publicly at the library where the Israeli librarian and the ADL had worked to suppress my book. Some 150 people turned out for the event – including a local police officer who happened to have been a reader of The Spotlight newspaper by which I was employed.

The officer advised me, confidentially, that the ADL had contacted the Schaumburg Police Department to "brief" them about me and about Bollyn. In response to the ADL briefing, the Schaumburg police chief at the time, Richard Casler, sent out word that one of the "top Nazis in America" (me) was coming to town and that this Nazi bigwig had invited "his followers" to come to a rally. To preserve the peace and prevent Bollyn and me from instigating another holocaust, perhaps, Casler ordered extra officers on duty.

When I learned of this tough cop's toadying to the ADL, I called his office, but Casler wouldn't come to the phone. He sent his deputy, Capt. Tom Ostermann, who refused to either admit or deny the chief had been in touch with the ADL. When Ostermann became exasperated and said he was "just a hard-working cop," I told him I thought the Schaumburg police would do the public a much better service by watching out for drug dealers rather than chasing down a fat guy with glasses whose only crime was to write a book.

The big problem is that the ADL's contacts with local law enforcement all over America have intensified. The ADL's web site on the Internet brags of its close "cooperation" with local police. The ADL brags of "advising"

police departments about "gangs" and in techniques of fighting "terrorism."

Our police departments are being made adjuncts of the ADL's efforts to suppress dissent in America. Outspoken journalists such as Bollyn are the frontline targets. Don't let it happen in your town.

Originally published August 27, 2006, American Free Press, Washington, D.C.

http://www.americanfreepress.net/html/adl_link_to_local_police.html

Was Homeland Security Behind Attack On Bollyn?

August 31, 2006

The "undercover tactical unit" involved in the assault and TASERing of a 9/11 investigative journalist at his Chicago-area home was most likely an operation ordered by the Department of Homeland Security, according to a former high-ranking police official.

Since the bizarre and brutal attack against me by three heavily-armed agents at my family home in Hoffman Estates, Illinois, a number of people have commented on the seemingly odd use of an "undercover tactical unit" to respond to a non-emergency 911 call.

Some of the most insightful comments have come from a former senior police official from Illinois, who spoke to a source close to AFP. The former police chief was familiar with the details of the incident when he made his comments.

"HIGHLY UNUSUAL"

The former police chief said the deployment of an armed tactical unit wearing body-armor on a "gang suppression" exercise in a neighborhood in which there are no gangs or history of gang activity was itself "highly unusual."

Although the Hoffman Estates Police Department (HEPD) C.O.P. Clint Herdegen told AFP that the tactical unit was on a normal patrol, this unit of heavily-armed men had never been seen before in the neighborhood prior to the night before the incident.

That this undercover unit of three agents, supposedly on a mission of "gang suppression," wearing tactical gear and ready to "do battle," would "blow their cover" by responding to a non-emergency 911 call from a concerned citizen about their presence in his neighborhood is one of the many anomalies of the incident.

The Illinois Terrorism Task Force (ITTF) has released a video entitled "Homeland Security Begins at Home: 7 Signs of Terrorism." Patty Thompson, spokesman for the task force, told AFP that calling 911 to report unidentified armed men is exactly what the ITTF would expect a citizen to do.

Why did a covert "gang suppression" unit leave their so-called "patrol" and respond to a non-emergency 911 call? Did these three unidentified heavily-armed agents have any right to respond to a 911 call and did they have any right to come onto my property without a warrant or probable cause, legal experts ask.

The Chicago Police Department has guidelines, specifically adopted "to ensure that the anti-gang loitering is not enforced in an arbitrary or discriminatory way." Under the CPD guidelines, the Ordinance may be enforced only by trained officers in "areas frequented by members of criminal street gangs." Such gangs do not exist in my neighborhood, and never have.

In the opinion of the former police chief, the operation appears to have been ordered by the Department of Homeland Security (DHS), under the leadership of the Israeli-American dual national Michael Chertoff. Chertoff, who has been the subject of several of my articles about 9/11 and the failure of his department to respond to Hurricane Katrina, is the son of Livia Eisen, one of the first agents of Israel's military intelligence agency, the Mossad.

The purpose of the heavily-armed "gang suppression" squad in a neighborhood in which there has never been any gang activity was meant to "intimidate, scare, and harass" me, according to the former police

chief. The "gang" that was being monitored was, in fact, me, he said, but the tactical unit and the local police chief were probably not aware of the political nature of the target. The tactical unit had probably only been told that I was a "very dangerous person."

The reason for the conspicuous presence of the heavily-armed agents around my house was to create a provocation and confrontation, according to the former police chief, in which I would be arrested and humiliated.

The local chief-of-police would probably have been the only local official who had direct connection with DHS, according to the former chief. DHS maintains contacts with local police departments and is able to give orders to local officials, according to its mandate.

"More than 87,000 different governmental jurisdictions at the federal, state, and local level have homeland security responsibilities," according to the DHS "organization" webpage dedicated to "Department Subcomponents and Agencies."

Experts have "come to expect" that DHS will involve local police playing "a large role in many aspects of homeland security," according to a September 2005 article by David Thacher, "The Local Role in Homeland Security," in Law & Society Review.

A recent analysis, cited by Thacher, indicated that local police would be "developing new areas of investigative expertise, cooperating much more with federal law enforcement and intelligence agencies, working more closely with the military, [and] increasing their levels of surveillance over their communities."

An inquiry to DHS asking about the precise nature of its interaction with local police departments went unanswered. Lt. Richard Russo, spokesman for the HEPD, however, told AFP that senior officers had gone through "command post" training with DHS and a private New York-based contractor called BowMac.

Lt. Dennis Carroll of the neighboring Schaumburg P.D. told AFP that DHS and the Schaumburg police "work very well together." Asked who handles the communication with the federal agency, Carroll said there is a liaison at the police department.

Russo did not know if local police are required to act on orders given by DHS, but said they probably would, in the spirit of mutual co-operation with the federal agency.

A former Swedish marine and public safety expert who works in France commented on the odd use of a "gang suppression team" to respond to a 911 call. The decision by the HEPD to send the undercover unit to explain their presence was "illogical," according to the European public safety expert.

"This was provocative, threatening, and very unusual," he said. "This is not the way to handle a 911 call. The gang suppression team should have been instructed not to get out of the car. There was no need to get out of the car, but if there were, the proper thing would have been to send only one man to the house ­ without a gun. Or better, wait for an official, marked police car with a uniformed officer to explain the situation.

"Police teams of any kind always operate in pairs," he said. "Police teams never operate in formations of three for obvious reasons."

"Gangs are local juveniles with some strange ways," the France-based public safety expert wrote, "Easily handled by social workers, not undercover agents in body armor. So the statement by the HEPD that undercover agents were on a gang suppression mission seems to be an outrageous lie." In France, gang suppression units always have a person videotaping their actions. In my case, there was no filming by the police and my wife was physically prevented from taking photographs.

The police have offered two explanations about why the "gang suppression" unit was sent, both of which seem illogical. The first is that this was the nearest unit, although the 911 call was not an emergency call, but rather a request for an explanation more than 30 minutes after I had observed the heavily-armed unit near my house. However, after the arrival of the tactical unit, a half-dozen squad cars and two emergency

vehicles immediately appeared on the scene to support the action.

The uniformed police, however, clearly had orders not to intervene and stayed back until after the assault and arrest had been completed. This raises the question, what were the orders given to the tactical unit and to the uniformed police?

An AFP supporter contacted the Palo Alto Police Department (Calif.) to ask if citizens, believing that armed federal agents are spying on their home without probable cause, are entitled to call 911 and report the apparent threat to their safety?

"Yes, one can call 911," the Palo Alto police spokesperson said. "But," she added, "if federal agents are watching a home, in most cases, the local law enforcement is notified, and they are in contact with the federal agents, but local police are not to reveal which agency is involved or why." Nor are the local police allowed to intervene in any action taken by the federal agents.

Chief Herdegen of the HEPD subsequently told AFP that the tactical unit had returned to my house to identify themselves and explain their purpose. However, despite repeated requests, the three men refused to do either. Why would the HEPD send a unit who could not, or would not, identify themselves? The refusal by the armed agents to identify themselves as legitimate police officers prevented them from resolving the 911 call, and allowed them to exacerbate the situation leading to the violent assault.

The Trial of Investigative Reporter Christopher Bollyn

June 11, 2007

The Trial of Investigative Reporter Christopher Bollyn

By Dr. Linda Shelton, PhD, MD

I met Mr. Bollyn about six months ago and talked with his children, wife and friends. While I do not agree with all of his writings, I am convinced his version of events concerning his arrest is correct. I am VERY concerned about this attack on HIM which was twisted, by the corrupt police and prosecutor, into a story in which he allegedly set-up the incident in order to cause a "confrontation with authority figures."



The Bollyn family in Salt Lake City, September 2006

I attended the trial. It was simply a farce – a Salem Witch trial, where someone with alternative views was crucified. It is clearly an illegal penalty on the exercise of constitutional rights – freedom of speech. The judge allowed the prosecution to make statements that were inconsistent with the evidence and highly inflammatory slander and defamation of Mr. Bollyn's character. The prosecutor so tainted the trial that a fair hearing was impossible.

Mr. Bollyn stated he is an investigative reporter who investigates unsolved crimes. He has written about depleted uranium, the 9-11 tragedy, and many other controversial issues of the day. I find it astonishing that the police and prosecutors twisted his career, and his

right to question the actions of our government, into a theory that he purposely causes incidents to occur so that he can write about them.

I find it more astonishing that the judge allowed this baseless, anti free-speech and anti free-press argument. It's unbelievable that the jury bought it. No evidence was provided to the jury to prove this nonsense and therefore, it was impermissible defamation of the defendant.

Mr. Bollyn's attorneys pointed out the inconsistencies and lies of the police, but NO ONE ON THE JURY LISTENED, AND THE JUDGE IGNORED THE DUE PROCESS VIOLATIONS.

Consider please,

1. That they painted Mr. Bollyn as a "drunk", who "went to the liquor store to buy alcohol";
2. Who "faked" that he "had a broken arm" resulting from police brutality;



Christopher Bollyn addresses the public at a Hoffman Estates village board meeting, August 2006

3. Who "writes for the alternative press";
4. Who makes a living from making up crazy conspiracy theories;
5. Who called 911 solely for the purpose of luring the police to his property so that he could say they attacked him and make up another conspiracy and write about it for profit.

The three undercover tactical officers said Bollyn had approached the three of them, after they had gotten out of a car, which they had parked across the entry to his driveway - blocking it. They said they told the uniformed officer, who had been initially dispatched to respond to the call, that they would handle it. The uniformed officer then parked out of direct view of the Bollyns.

Officer Barber said Bollyn was "irate," and that "he was looking for a fight," and that "that scared the hell out of me."

Officer Felgenhauer said "I did not want to see what he was going to bring out of the house." Yet no search warrant was issued to see what was in the house after the arrest, and they allowed Bollyn's wife to go into the house and get a camera. When she tried to use the camera to document what was happening, they threatened to arrest her.

The three officers all stated that Mr. Bollyn smelled of alcohol. One said he could smell it from 10 feet away, while the other two said Bollyn had gotten as close as 2 feet from them.

Bollyn allegedly pointed a finger in one officer's face (Barber) from two feet away, and stood in a "bladed stance" with "clenched fists and clenched teeth." Bollyn said he stood 8 feet away and only pointed at their car. Bollyn testified that he said, "Why are you threatening our

neighborhood, what is that (pointing to their unmarked car), and what agency do you work for?"

The undercover cops all said their vests were clearly marked with large letters saying "police" but admitted that the words were attached by Velcro. They said their badges were clearly in view although one said his badge was under the vest.

The police said Bollyn ran for the house stating he was getting "reinforcements" and the three heavily armed officers (like a Swat team, or according to Bollyn, like someone would see in Baghdad) were afraid he was going into the house to get a weapon because he turned and said "I'm getting reinforcements, the militia," so they had to take him down, after stating multiple times he was under arrest, and that he struggled so much they had to use a TASER.

One officer (Felgenhauer) stated clearly that Mr. Bollyn had committed NO CRIME before he turned to the house and ran. (Then why was he convicted of assault?) Furthermore, the police admitted that his running to his house was not itself a crime. Bollyn said he walked quickly to get his brother as he thought he was going to get shot.

The prosecutors said since Bollyn gave a speech in Utah 3-4 weeks later, and moved his arm, this proved that he was faking his elbow injury.

The police chief admitted that their police cars, including the undercover cars are equipped with video cameras and that the department policy is that it is mandatory to use them and to preserve this evidence if it documents a crime. Yet the chief said the tapes of all seven cars, including that of the first uniformed officer on the scene, Ofc. Kruschel, who hid in the shadows when the tactical unit said they would handle it, as well as the undercover car, were recycled and no one ever looked at them to see if there was any evidence.

The arresting officer (Fitzgerald) said that Mr. Bollyn was so drunk and belligerent that he banged his head on the Plexiglas divider in the squad car.

Fitzgerald also admitted, on cross-examination, that he was the officer that told the squad car behind him (Ofc. Kruschel who had been on the scene from the beginning) to "turn off your video", while he was transporting Bollyn and that he could have turned his video around to record Bollyn's behavior but he didn't. This statement was played by the defense from the recording of the police communication center.

The police testified that the undercover officers were just doing "routine patrols" several nights in a row, and that there was a woman who is a user of heroin down the street.

The prosecutor (despite the 911 deputy director stating that the police and fire logs were accurate and in real time) stated in closing that the logs were not accurate because the 911 staff did not necessarily write down what was said, when it was said.

Compare that nonsense with the evidence presented and facts:

1) No evidence was given that Mr. Bollyn was drunk – no breathalyzer, no statement that he had slurred speech, no statement that he stumbled or was impaired in any way – only the word of the police that he "smelled like alcohol." The police did NOT have Bollyn examined by a doctor to document impairment by alcohol or to check him for injuries after the TASER was used.

2) The police came to his property at his request when he said there was a suspicious vehicle that frightened him. The Hoffman Estates web site urges its residents to "call 911 when in doubt." There was NO REPORT that he was drunk, no history of violence, no record of a FOIA card or a gun, and no complaint against Mr. Bollyn. Bollyn was never trained in military or police tactics. So why would three heavily-armed and very well trained tactical officers be afraid of him?

3) There was a crowd of children playing in the front yard, Mr. Bollyn was wearing a Hawaiian shirt, shorts and sandals (certainly not dressed to fight).

4) Mr. Bollyn testified he came back from a long stay away from his home a few weeks before the incident so he didn't have a phone in the house yet. He made the 911 call from a liquor store near his home.

The 911 transmission log for the Hoffman Estates Fire Department EMS vehicles that responded to the Bollyn house on August 15, 2006. This

document reveals that the three-man tactical unit led by Ofc. Barber planned to use violence when they responded to Mr. Bollyn's non-emergency 911 call about a suspicious vehicle. This was not a "gang suppression" exercise – this was a hit squad!

```
INCIDENT NUMBER : HEP0603476
CASE NUMBER(S) : $HEF0603005
CROSS REFERENCE(S) : #HEP0650820

ENTERED: 08/15/06 20:01:03 BY DISP3 /5681
DISPATCHED: 08/15/06 20:01:06 BY DISP5 /5648
ENROUTE: 08/15/06 20:02:12
ONSCENE: 08/15/06 20:03:57
CLOSED: 08/15/06 20:08:31

INITIAL TYPE: AMB
FINAL TYPE: AMB (AMBULANCE CALL)
Police BLK: HEP6080 Fire BLK: HEP212203
MAP PAGE: 113 GROUP: F06 BEAT: 21

LOCATION: 220 KINGMAN LN ,HE
NAME: 6744 ADDRESS:

/2001 (5681 ) ENTRY/ BOX: I
/2001 ENTRY/ DETAILS TO FOLLOW
/2001 ENTRY/ EXPEDITE
/2001 (5648 ) DISP A21 #A21 21,AMBULANCE
/2001 ASNCAS A21 $HEF0603005
/2001 ASST E21 #E21 21,ENGINE
/2001 MISC , TONE HE-ALL
/2002 (A21 ) ENROUT A21
/2002 (E21 ) ENROUT E21
/2003 ONSCNE E21
/2004 (5648 ) MISC A21 , PER PD CAN RETURN
/2004 AOR A21
/2004 AOR E21
/2004 CLOSE E21
/2005 REOPEN , NO MORE INFORMATION
/2005 DISPOS E21 #E21 21,ENGINE
/2008 (E21 ) AOR E21
/2008 CLOSE E21
```

This dispatch record shows that a fire department ambulance team was dispatched to the Bollyn house, for an unknown medical emergency, at the same time as the police.

There was absolutely no evidence to make the giant leap that he was drunk or went to the store to "buy alcohol" as the prosecutor said in the closing argument.

5) There are medical records, I have seen, but which were not introduced at trial stating Mr. Bollyn had an elbow effusion. As a doctor I can tell you that this means it is highly likely that there was a small occult fracture. These small fresh fractures usually do not show up on X-rays for weeks – the pattern of the effusion is highly suggestive. The arm would be very sore at first, but he could still move his fingers to type and could move it from the shoulder out of the sling. The hospital put on a posterior splint and gave him a sling. They told him to see an Orthopedic Surgeon, but he didn't because he does not have health insurance, so he just wore the sling until he could use his arm better.



Bollyn the day after the assault by three undercover police in Hoffman Estates

Just because he took it off to shower and drive, and did not wear it while giving a speech 3-4 weeks later, does not mean he was "faking" an injury so that he could falsely state the police injured him.

6) Of the three undercover tactical officers, two of them were military veterans, former military police, trained in combat and SWAT team techniques. The one who TASERed Bollyn had spent 5 years as a Military Police in charge of prisoners. Obviously these men are very familiar with the terms "reinforcements", "bladed stance", and the physical demeanor of someone violent about to strike, so it is clear where these lies came from.

7) Mr. Bollyn testified he had NO military training or experience, knew of NO militia in the area and simply turned to go to the door quickly and get his brother as a witness, shouting "Jay, Jay" because one of the officers really concerned him when he stepped back and said "so you think we are threatening" and another reached under his vest and unsnapped the holster to his weapon.

How could any one believe that Mr. Bollyn took a military or martial arts like stance to pick a fight with three armed men wearing body armor while standing next to his 8-year-old daughter and wife, wearing only sandals and shorts and with no training in how to fight?



Bolyn and his children in Schaumburg, August 2006

8) Mr. Bolyn is known to be a pacifist.

9) His wife testified that before Mr. Bolyn came out of the house, she had repeatedly asked the men for identification and to explain who they were. She said they would not say who they were, but that one had pulled out a driver's license and shown it from about 7–8 feet while another raised his vest very briefly and flashed a small shiny object that could have been a badge.

10) The childrens' story agrees with the Bollyns' and contradicts the police, but they didn't testify because their parents didn't want them to be traumatized further.



The Bolyn family on the search for a lawyer in Chicago, August 2006

They are suffering nightmares, refuse to sleep in the front bedroom where the window is next to where their father was attacked, and are very shaken and crying worrying that their dad, who home schools them and is very close to them will be taken away to jail. The trauma to them is palpable if one speaks to the children. 9-year-old children generally do not lie about such things, unlike police.

11) Mr. Bolyn ran for village president in Hoffman Estates in 2001 [as an anti-corruption candidate] so there is motive to discredit him in the

community. (Cook County, Illinois is known for political corruption – take out your opponent is the motto.)

12) Ofc. Kruschel's video had been on and clearly could have recorded Bollyn's behavior in the squad car, but it was turned off during the transport. Then why did the police not preserve it as evidence?

13) One officer testified on cross examination that Mr. Bollyn committed NO CRIME when he turned towards the house. Yet the jury convicted him of assaulting Ofc. Barber before he turned to the house to get his brother. Go figure! They obviously became biased by the inflammatory and derogatory picture painted of Bollyn by the prosecutor and failed to listen to the evidence.

14) The judge would NOT ALLOW the defense expert witness on police procedures to testify. He could have commented on "routine patrol" procedures, how it was unnecessary for all three officers to get out of the car to talk with Bollyn without any suspicion of criminal activity, how this might frighten Bollyn, how parking diagonally across the driveway was a threatening procedure, (why didn't they politely park in front?) and how it was bizarre that three well trained and experienced officers would have to use a TASER on a partially handcuffed, restrained and untrained individual that was already pinned beneath two men on the ground. One of the men had used a very dangerous pressure hold and knelt with his full body weight on Bollyn's right temple for at least two minutes.

15) I don't believe that it is routine to patrol a low crime area in an undercover car with three undercover officers and to drive slowly past Mr. Bollyn's house two days in a row.

16) The testimonies of the three undercover cops and the one witness they produced, were contradictory and highly strained.

17) Two neighbors testified for Mr. Bollyn that they were across the street and that the fire truck was there before Mr. Bollyn turned to the house and was taken down. This is confirmed by the police and fire department 911 transcripts. Why was a fire truck called before they used the TASER? This certainly is not routine in the case of a citizen who makes a call about a "suspicious vehicle." The judge wrongfully allowed the prosecutor to contradict the 911 deputy director's testimony in their closing argument and state that the time on the 911 transcripts were not necessarily accurate to explain the presence of the fire truck.

18) The judge allowed the State's Attorney to grossly mischaracterize the evidence in closing, state false "facts" that were never in evidence, and therefore biased the jury.

19) Mr. Bollyn testified that the arresting Ofc. Fitzgerald was very nasty and derogatory towards him, calling his late mother a c___, etc., and when Mr. Bollyn leaned forward asking what he had said, he purposely slammed on the brakes several times to make him hit his head on the seat divider Plexiglas. At the station, Ofc. Fitzgerald told the assembled officers waiting in the garage that Mr. Bollyn had said cursing derogatory statements about the police so that they would then rough him up (Mr. Bollyn's statement of what they said was more detailed, but I don't wish to repeat it.)

20) The police made no effort to obtain a search warrant of the Bollyn house to find the "weapon" or "reinforcements" – yet the prosecutor made a big deal about it – "who knows what was behind that door", and "the police risk their lives daily." They "had to protect themselves" is what he said. I ask FROM WHAT?

This conviction was for the sole purpose of destroying the credibility of Mr. Bollyn and retaliating against his controversial reporting on issues of the day. All persons of conscience, who believe in the Bill of Rights and are opposed to the encroaching police state, should protest loudly, contribute to his legal defense fund (he will need to raise at least \$10,000 for appeal) write and continue to write their congressmen, the Hoffman Estate police, Mayor, and the press about their outrage and be prepared for a long and consistent fight to overturn this gross injustice.

I am praying that the judge has the intelligence and sense of justice to find Bollyn not guilty based on the evidence notwithstanding the verdict on post-trial motions, or throw out the conviction and declare a mistrial because of the prosecutorial misconduct in making derogatory and inflammatory statements without evidence, before sentencing on June 25, 2007.

Originally posted as: "The Trial of RMN Agent Christopher Bollyn as Reported by Dr. Linda Shelton"

Bolyn Attorney Moves for Reversal of Verdict

July 19, 2007

On June 26, 2007, one day after Christopher Bolyn failed to appear for in court for sentencing before Associate Judge Hyman I. Riebman of the Cook County Circuit Court, his lead defense attorney Paul P. Moreschi filed two motions on Bolyn's behalf. (Both motions were filed with the clerk of the circuit court and are assumed to be documents in the public domain.)

Bolyn was charged with Aggravated Assault and Resisting a Police Officer after being assaulted and TASERed in front of his home, wife, and 8-year-old daughter on August 15, 2006, by three Hoffman Estates undercover cops who were unidentified, heavily-armed, and wearing only blue jeans and body armor. Bolyn had called 911 to report a suspicious vehicle with three armed men prowling around his house. The three-man undercover tactical unit improperly intervened in the 911 response and came to the Bolyn house with the clear purpose of committing a violent assault. This was clear from the fact that they had discussed "a fight in progress" minutes before they even arrived at the Bolyn house. This caused the 911 dispatch to send emergency medical vehicles, which arrived on the scene one second after the undercover tactical unit arrived.

Bolyn, claiming his innocence, went through a seriously flawed trial and was found guilty of both misdemeanors. Expert court observers described the trial as "a miscarriage of justice."

MOTION FOR NEW TRIAL

Moreschi's first motion was for a new trial and argues that "various errors" occurred prior to and during the trial "which all served to deprive the defendant [Bolyn] of fundamental constitutional rights guaranteed by the United States Constitution and the Illinois State Constitution of 1970..."

Moreschi argues that Bolyn was denied "effective assistance of counsel in that his [first] trial counsel [Jack C. Smeeton of Wilmette, Illinois] failed to promptly file with the court a Motion For Discovery on his behalf;"

Bolyn was also denied "effective assistance of counsel," Moreschi argues, because Smeeton "failed to promptly seek from the court on his behalf an order preserving all evidence in connection with this cause..."

Smeeton committed legal malpractice in the Bolyn case by intentionally failing to provide "effective assistance of counsel" by promptly serving subpoenas to preserve the evidence. Bolyn had even provided Smeeton with subpoena forms and a completed rider to be submitted to the Hoffman Estates Police Dept. to preserve the evidence, but Smeeton adamantly refused to submit either. When Smeeton repeatedly refused to serve a subpoena to the Hoffman Estates Police Dept., Bolyn demanded that he withdraw from the case.

Bolyn was denied "his fundamental constitution rights to due process of law and confrontation in that the Hoffman Estates Police Dept. failed, whether intentionally, negligently or inadvertently, to gather and/or preserve and/or produce all audio and video tape evidence in connection with this cause despite HEPD General Orders to so gather and preserve such evidence..."

The destruction of this video evidence deprived Bolyn of his fundamental rights to due process of law and confrontation, Moreschi argues in his first post-trial motion.

Judge Feccarotta erred when he entered an order, sua sponte, "effectively striking that portion of the defendant's subpoena duces tecum, served upon the Chief of the HEPD, commanding the production of the personnel files of Officers [Michael] Barber, [Timothy] Stoy, and [Darin] Felgenhauer."

Michael Barber served in a military-type function with the Dept. of Homeland Security in New Orleans after Hurricane Katrina and had previously spent more than 5 years serving as a Military Police in which he worked with prisoners. Because the police assault on Bolyn seemed to be more of a military operation than a police response, Bolyn's first

question to Chief of Police Clint Herdegen on August 17 had been about the military background of the officers involved. Herdegen claimed to have no knowledge although both Barber and Felgenhauer had lengthy military careers before becoming police officers.

Judge Hyman I. Riebman erred, Moreschi continued, in denying Bollyn's two motions for sanctions based on the destruction of video tape evidence, which asked for the charges to be dismissed, or for an order limiting the introduction of evidence, or for jury instructions relative to the destruction of evidence.

Judge Riebman, who heard the Bollyn trial, also erred on many of his decisions, Moreschi argues in the motion, most notably by the following actions:

- * not allowing the defendant to represent himself, while still being represented by counsel;
- * not allowing the defendant to present and argue each of his pretrial motions filed pro se;
- * in not considering and ruling on each of the aforesaid pretrial motions filed by the defendant pro se;
- * in denying the defendant's oral Motion For Directed Verdict made at the close of the prosecution's case;
- * in granting the prosecution's Motion In Limine, ordering that the defendant would not be allowed to present to the jury the testimony of defense expert, Gregory Johnson, relative to the area of his expertise, namely police procedures, the appropriate manner in which to de-escalate an escalating police encounter, and the appropriate use of police force...;
- * in denying jury instructions that the jury would have to find, beyond a reasonable doubt, that the defendant [Bollyn] committed the acts alleged;
- * in denying the defendant's request that the jury be instructed relative to the law on defense of person, defense of others, defense of dwelling, and defense of property;
- * in ordering that not all exhibits introduced into evidence at trial could be brought to the jury for review and consideration during deliberations;

The evidence admitted at trial was not tantamount to proof beyond a reasonable doubt of the defendant's [Bollyn] guilt with respect to either of the charges and was insufficient to support the verdict of the jury with respect to either charge, Moreschi argues in the motion.

The prosecution team of James Pontrelli and Stacy Cosseth, which was supervised by Steven Rosenblum, presented arguments to the jury that were improper and prejudicial, "including, but no limited to, argument that the defendant was intoxicated" and that Bollyn "intentionally created his contact with the police...in order to provide himself with material about which he could write article in the course of his career as a journalist."

Rosenblum mixed Bollyn's journalism into the prosecution of the journalist when he said, before the trial, that the prosecution of Bollyn should go ahead because of his "anti-Jewish" writing. Rosenblum's comment, and other comments made by Pontrelli suggest that Bollyn was being prosecuted and tried because of his writing, which is protected by the First Amendment. It also suggests that the Anti-Defamation League (ADL) was improperly involved in the case and was advising Rosenblum in the office of the prosecutor.

Cosseth and Pontrelli got the first and the last word in a seriously flawed legal process in which the defense was not given the last word or even allowed to rebut the prosecution's final presentation to the jury. Pontrelli, who addressed the jury last, committed a raft of violations. He was allowed to misrepresent to the jury the injurious effect of the 50,000 volt TASER shock Bollyn received as if it was nothing more than a tiny shock that affected an area of about one square inch. These false statements reflected the false testimony of Officer Barber who was allowed to

misrepresent to the court the effects of the TASER although he is not an expert witness on effects of the TASER.

Pontrelli was also allowed to completely misrepresent to the serious injury to Bollyn's right elbow. Pontrelli claimed that Bollyn did not suffer "an occult fracture" in his right elbow and suggested that Bollyn had concocted this injury. Pontrelli was allowed to make these false claims to the jury despite the fact that he had no medical expertise or evidence upon which to base his claims.

James Pontrelli, Stacy Cosseth, and their supervisor Steven Rosenblum, will be certainly be remembered as the people who prosecuted this miscarriage of justice.

"There's frustration when we go through a jury trial and you think that the truth is heard," Pontrelli told the Daily Herald. "You want to see it finalized."

The only question is which truth does Pontrelli believe? Three of the four prosecution witnesses told completely contradictory accounts of what occurred at the Bollyn house. (It was very clear that the jury and the news reporters were not very diligent in taking notes during the four-day trial.)

Officer Michael Barber, for example, who delivered the "stun drive" TASER to Bollyn while he restrained by handcuffs and held down by himself and Officer Timothy Stoy, perjured himself when he told the court that Officer Stoy had shouted, "TASER, TASER, TASER," prior to the TASER shock being applied.

Officer Stoy, on the other hand, told the court that Barber had called out "TASER" before using the TASER weapon to torture and injure Bollyn. Stoy was kneeling on Bollyn's right temple when the 50,000 volt TASER shock was applied. Stoy knelt with his full body weight on Bollyn's head for at least two minutes, a non-police hold which is extremely dangerous and harmful.

Clearly either Barber or Stoy, or both, are lying about the verbal warning given before the TASER shock was applied. As the person who was TASERed, Bollyn has testified that no verbal warning was given prior to his being shocked. This means that either Barber or Stoy, or both, committed perjury when they testified about this verbal warning. This would be made clear by the video tape recordings that were destroyed by the HEPD.

Barber said that he smelled alcohol on Bollyn's breath and that Bollyn had stood two feet from the police officer's face. Stoy, on the other hand, said he had smelled alcohol on Bollyn's breath as he stood ten feet away. Because Barber, Stoy, and Felgenhauer had stood beside each other as they addressed Bollyn, the question is which is telling the truth – Barber or Stoy? Was Bollyn two feet or ten feet away? Despite the wild police claims of smelling alcohol from ten feet away, no normal police tests were done to determine if Bollyn had any alcohol in his system. Furthermore, the police denied Bollyn any medical attention and even sent the emergency personnel away after they had tackled and TASERed him.

The prosecution's only non-police witness, Debra Cabay, clearly told the court and demonstrated how Bollyn "took a swing" with his right arm at the police on his driveway although there is not even one word in the police report or in testimony from any of the three undercover officers that Bollyn ever "took a swing" at anyone.

So three of the four witnesses for the prosecution clearly lied on the stand and evidently perjured themselves. Yet Rosenblum, Pontrelli, and Cosseth (and perhaps even Judge Riebman) believe the police account and are quite willing to send an innocent man and father to jail. The only question is, which police account do you believe?

Moreschi's second motion was a Motion For Finding Of Not Guilty Notwithstanding Verdict of Jury, in which he requests the court to enter a finding of not guilty against Bollyn because "the evidence admitted at trial was not tantamount to proof beyond a reasonable doubt."

It is not known if these motions have been heard or argued in court. The next date for the Bollyn case to be heard before Judge Riebman is August 3 in the Rolling Meadows courthouse of the Cook County Circuit Court.

Photo: Christopher Bollyn at his home in Hoffman Estates shortly after the undercover police assault which resulted in his being TASERed and his right elbow being fractured. James Pontrelli of the prosecution told the jury, without any evidence to support his claims, that these injuries were fraudulent and concocted by Bollyn or not even worth considering.

Originally published as "Bollyn's Attorney Moves for New Trial or Reversal of Verdict"

Posted By: ChristopherBollyn <Send E-Mail>

Date: Thursday, 19-Jul-2007 10:41:01

<http://www.rumormillnews.com/cgi-bin/archive.cgi/noframes/read/106800>

Constitution Coalition of Utah Letter of Support

May 30, 2007

Mayor William D. McLeod
1900 Hassell Road
Hoffman Estates, IL 60169

Via: Fax (847) 781-2669 and U.S. Mail

Dear Mayor McLeod:

Speaking for the constitution Coalition here in Utah, I write you this letter in regard to Christopher Bollyn who has been terribly mistreated and assaulted by the very people in Hoffman Estates who should be protecting American citizens.

When Christopher Bollyn called 911 last August, he was concerned with the unidentified car and three plain clothed men who had been cruising in his area. He was concerned and wanted to know who they were.

As you know, they turned out to be the very ones who assaulted, injured and TASERed Christopher Bollyn with a shock of 50,000 volts, as other police and firemen stood by. This should never happen in the pleasant village of Hoffman Estates. Nor should it happen anyplace in America.

The three policemen who assaulted Bollyn are the ones who should be on trial - not Bollyn!! We plead with you, Mayor McLeod, to see that justice is done in this matter. Bollyn is entitled to have his case dismissed and to receive just compensation from the city for all that he suffered. Members of the Constitution Coalition stand fully behind Christopher Bollyn.

We would be pleased to hear from you on this matter.

Respectfully,

Spencer F. Hatch



Christopher Bollyn and family after a speech in Salt Lake City to the Constitution Coalition of Utah

Originally published as "Bollyn Trial - Constitution Coalition of Utah Speaks Up for Bollyn"

Date: Wednesday, May 30, 2007

<http://www.rumormillnews.com/cgi-bin/archive.cgi?noframes;read=104998>

Dr. Steven Jones Appeals for Fairness

May 23, 2007

Dr. Steven E. Jones
Provo, Utah
23 May 2007

To Whom It May Concern:

I understand that my colleague and friend Christopher Bollyn was subjected to TASER shocking by members of the Hoffman Estates Police Department while he was handcuffed – in a community in your jurisdiction or area. I consider this barbaric action shameful and "cruel and unusual punishment," forbidden in the U.S. Constitution. I further understand that Christopher will now be subjected to a trial (Case No. 06MC3005170). In my opinion, it will be the Hoffman Estates Police Department and local leaders who will be on trial, if this trial goes forward.

I have known Christopher Bollyn as a decent and loving family man. I respect him and the rights of all those who speak out in defense of Constitutional principles of human dignity and freedom as he has done in his job as an investigative reporter.

Where is the dignity and fairness in TASERing a handcuffed man on the ground, and breaking his elbow? Is not this brutality against a neighbor? How can there be justice and a fair trial when the video tapes of the incident have been "recycled?" That "recycling" of the tapes should itself be sufficient to dismiss the case against him, since officials failed to protect this crucial evidence which would have revealed the facts of what happened and could have exonerated Christopher. It is called "due process."

I will be following this situation and will follow the trial of Christopher on the one hand, and the mayor and Hoffman Estates Police Department on the other. It certainly appears that Christopher has been put into unnecessary pain and jeopardy, perhaps due to his investigative reporting disclosures. Freedom of inquiry and freedom of speech are highly prized civil rights in this country, and I ask you to support those rights.

I ask that Christopher Bollyn be treated fairly and not subjected to any further mistreatment. Furthermore, it certainly appears appropriate to dismiss the charges given the destruction of crucial taped evidence at the hands of those who were duty-bound to preserve that evidence. This case is becoming well known and the attention will certainly escalate as many are now watching you. I wonder, will justice and due process prevail?

Sincerely,

Dr. Steven E. Jones
Professor of Physics (ret.)
PhD, Vanderbilt University 1978



Christopher Bollyn and Dr. Steven E. Jones in May 2006 at the Eyring Science Center, home of the Department of Physics and Astronomy, at Brigham Young University. In the spring of 2006, Bollyn and Jones shared notes and worked together to solve the mystery of the large amounts of molten metal found in the basements of all three demolished towers weeks after 9/11. In the summer of 2006, Bollyn and Jones were both targeted, defamed, and smeared by people and organizations dedicated to concealing the truth of 9/11. (Photo Helje Kaskel)

* * * * *

This is the list of people who Dr. Jones sent his appeal to:

Mayor William D. McLeod
Email: bill.mcleod@hoffmanestates.org
Tel: (847)781-2604 Fax: (847)781-2669

Police Department – Chief of Police Clint Herdegen
Email: clint.herdegen@hoffmanestates.org
Tel: (847)882-1818 Fax: (847)882-8423

HEPD Spokesperson – Lt. Richard Russo
Officer responsible for preservation of the evidence
Email: Richard.Russo@HoffmanEstates.org
Tel: (847)781-2807 Fax: (847)882-8423

Village Manager – James H. Norris
Email: jim.norris@hoffmanestates.org
Tel: (847)882-9100 Fax: (847)781-2669

Corporation Counsel – Richard N. Williams
Email: richard.williams@hoffmanestates.org
Tel: (847)882-9100 Fax: (847)781-2669

Illinois State Senator for Hoffman Estates area
Honorable John J. Millner
Email: johnjmillner@aol.com
Tel: (217)782-8192 or (630)351-9340

Cook County State's Attorney's Office
Supervisor – Steven Rosenblum
Email: stateattorney@cookcountygov.com
Tel: (847)818-2326

Originally posted as: "Dr. Steven Jones Appeals for Fairness for Christopher Bollyn"

Posted By: ChristopherBollyn <Send E-Mail>

Date: Wednesday, 23-May-2007 22:15:47

<http://www.rumormillnews.com/cgi-bin/archive.cgi?noframes;read=104752>

Letter to Mayor William D. McLeod from Illinois Committee for Public and Private Accountability

May 14, 2007

Illinois Committee for Public and Private Accountability
P.O. Box 6169
Chicago, Illinois 60680

Via U.S. Mail

William D. McLeod, Mayor
Village of Hoffman Estates
1900 Hassell Road
Hoffman Estates, IL 60169

RE: HEPD v. the Sovereign Citizenry of Hoffman Estates

Dear Mayor:

ICPPA is, *inter alia*, a citizen, consumer, and constitutional rights advocacy group that compliments agencies, companies, and organizations when they serve the People well and that seeks to encourage them to do better when that is indicated. But it has come to our attention that all may not be well in your Police Department.

It has been rumored abroad, for example, that plain-clothes, rogue, HEPD cops are casing and surveilling law-abiding residents' yards, invading them in response to 911 calls from the owners of such properties about those very same suspicious armed men, immediately taking aggressively bladed stances in front of their houses, announcing – upon their arrival but without any arrest warrant of provocation – that they have come to arrest the sovereign citizen who is head of the household, refusing to identify themselves as police to him when he comes out to inquire why they have invaded his property, when he turns to retreat back into his house to get away from the apparently impending terrorist attack: tackling him, sitting on him, TASERing him, breaking his

arm, arresting him, charging him with trumped-up, phony 'crimes' – one of which (aggravated assault), it has been said, should be charged against the rogue cops themselves! – denying him medical attention while in custody, destroying the only material evidence (the unmarked squad car video tape) of the incident that is completely exculpatory of him but inculpatory of the rogue cops, supplying phony lying documents in response to his FOIA requests and legal discovery that show completely different clothes on the three rogues than on the day of the incident, and then visiting his neighbor witnesses and suborning them to change their previously offered testimony – that had been exculpatory of the sovereign citizen and inculpatory of the HEPD – to the reverse of what it had been!



Lt. Ted Bos of the HEPD was seen visiting Bollyn's neighbors – suborning key witnesses – before the trial.

This fantastically unbelievable rumor, which, up until now, we had supposed could only happen in some dictatorial country, couldn't possibly, really be true, could it, Mr. McLeod? We certainly hope not.

But alas, when we heard that this particular sovereign citizen and Hoffman Estates resident once campaigned for the job that you now hold and allegedly exposed a lot of deeply entrenched corruption in your Village, we began to wonder whether there could possibly be any causative connection between those former activities of his and the unprovoked and apparently very criminal attack of your police upon him.

Then, to make things constitutionally even worse – if that is imaginable – when we heard that this particular sovereign citizen and Hoffman Estates property owner is a seasoned, international journalist who has allegedly exposed – or claims to have exposed – a lot of deeply entrenched corruption in the current administration in Washington, D.C., including about 9/11 and the Mossad's putative involvement therein, and then when we heard that the current Director of Homeland Security is or has family who is or was allegedly a Mossad agent and who, in any event, is himself a dual-loyalty citizen of the Middle Eastern state called 'Israel' and that Homeland Security works closely with your Police Department, as it does with all police departments now, we began to wonder whether there could possibly be any causative connection between the said on-going journalistic activities of this sovereign citizen and Hoffman Estates resident and the allegedly unprovoked and criminal attack of your police upon him.

Now Mayor, on the one hand, ICPPA is not in the habit of making unfounded and unproven accusations, nor are we doing so here. This is strictly an innocent inquiry, which assumes that none of this fantastic story could possibly be true in "the land of the free [or] the home of the brave," but rather that it is just wild rumor and absolutely nothing more. Please rush us your written assurance to us that there is not a shred of truth in any of it.

On the other hand, however, since it may be prudent of us to hedge our bets, we would just like to suggest that, if any significant portion of these allegations is true, the three police officers in question, their immediate supervisors and your Chief of Police (for failure to train and supervise), you personally who, it has been rumored, have encouraged a policy or custom of such rogue police depredations, and perhaps numerous others all the way to very high levels in Washington, D.C., could eventually be in deep doodoo in federal court.

But such a national and international scandal, announcing to all the world that the Village of Hoffman Estates is now front runner for this year's Leon Trotsky (or perhaps, more appropriately, this year's David Raziell, Avraham Yair, Rabbi Avraham Toledano, Baruch Marzel, Binyamin Ze'ev

Kahane, Baruch Goldstein, Rabbi Meir Kahane, or Shelley Rubin) Award, would hardly be becoming to the Village, now would it?

Perhaps – depending upon whether any or how many of them are true – it would surely just be easier, more politically correct, and more (publicity-wise) prudent to simply settle with this sovereign citizen and Hoffman Estates property owner, whose constitutional rights – if the Village admits fault in this matter – your subordinates have so horrifically trampled upon. Of course, if you do attempt to settle, we trust that you would bear in mind – again, depending upon how many, if any, of these wild allegations are true – that the value of this sovereign citizen's otherwise, eventual, federal, civil suit, which numerous big-name free speech and police-brutality attorneys (especially out-of-state ones that would not be subject to corrupt Illinois politics) would no doubt love to take, is growing by the minute. And it would be a fair bet that, even if your allegedly rogue cops lied like a rug at trial, as they are alleged to be doing now, a 12 person jury could not convict, on a beyond-a-reasonable-doubt standard, this allegedly poor, innocent victim of Hoffman Estates Official Misconduct, 720 ILCS 5/33-3 and Conspiracy Against Civil Rights, 735 ILCS 5/8-2.1. In fact – should the Village admit fault – it would be your three rogue cops and their superiors who ought to be prosecuted! So, don't you think that – again, depending upon how many of these wild rumors are true – this sovereign citizen's civil case would be worth somewhere between \$1-5 million?

We here at ICPPA certainly hope that the potentially humungous blotch on the otherwise (apparently, mostly) clean reputation of Hoffman Estates would just dissipate in the backrooms of negotiation. Believe it or not, we actually like Hoffman Estates and want to see it prosper and to get whatever federal funds it is due, but which would hardly be justified in continuing to flow in the face of any such fact scenario as is being alleged here.

By copying the individuals that we have with this letter, it is our hope that it will result in: 1.) an exhaustive investigation of the allegations contained herein and, if they are confirmed (may God save your Village and our country!), 2.) prosecution of all responsible for the two crimes cited above, if not also for many more, such as 18 USC 242, Deprivation of Constitutional Rights Under Color of State Law, 18 USC 241, Conspiracy Against Rights Under Color of State Law, and also the Racketeer-Influenced and Corrupt Organizations Act, 18 USC 1961 et seq.

In any event, we shall be watching this matter very closely and, should the Village not be forthcoming with reasonable proof of its innocence or a reasonable settlement offer, we might ourselves get involved, beginning with the submittal of our own FOIA requests, being fully prepared to litigate any violation thereof in which your Village might decide to indulge, as we would be.

Sincerely yours for public and private accountability,
(signed)
Davy Cady
Chairman

cc:

Karen Mills, Trustee
Cary Collins, Trustee
Raymond Kincaid, Trustee
Jackie Green, Trustee
Gary Pilafas, Trustee

Jim Norris, Village Manager
Virginia Hayter, Village Clerk
Richard Williams, Esq., Village Attorney
Clint Herdegen, Village Chief of Police

Doug Schultz, Editor, *Hoffman Estates Citizen*

Jeff Wisser, Editor in Chief, *Hoffman Estates Review*, 291 Dunton Ave., Arlington Heights, IL 60004-5903

John Lampinen, Editor in Chief, *Daily Herald*, P.O. Box 280, Arlington Heights, IL 60006-0280

Jill Blodgett, Executive Director, Village Chamber of Commerce, 2200 W. Higgins, Suite 201, Hoffman Estates, IL 60195

Robert D. Grant, Special Agent in Charge, Federal Bureau of Investigation,
2111 W. Roosevelt Rd., Chicago, IL 60608

Commentary: The Right Against Government Retaliation

May 13, 2007

Across the nation, judges, prosecutors and the police are running amok, engaging in a rape and pillage of the U.S. Constitution, abusing the laws, their briefcases, gavels, badges and their black robes to terrorize, retaliate and intimidate members of the citizenry who have the courage to stand up to their arbitrary and wrongful arrests, malicious prosecutions and rulings, who seek to expose the cover-ups of abuse and corruption in the justice system and challenge their abuse of parties whom appear before them seeking justice and redress of grievances.

The outing of the firing of federal prosecutors based on politics and the egregious prosecutorial misconduct by North Carolina prosecutor Mike Nifong in the Duke rape case are clear indications that our Republic is on a slippery slope to destroying democracy.

Police are abusing their powers, arresting people who dare to criticize the government, arresting people for taking pictures of police officers or simply taking pictures in public places, who wear a t-shirt bashing President Bush and for reporters who dare to look further than the news release handed out and work to expose government corruption. The prosecutors and low level courts are condoning it, resulting in ruining people's lives, causing wrongful incarcerations, trying to label their critics as cuckoo, all in an effort to cover up their wrongful actions, in essence fueling the cancer of governmental interference and corruption that has become pervasive in today's society.

Complete article online at:

<http://www.northcountrygazette.org/2007/05/13/commentary-the-right-against-government-retaliation/>

The Bollyn Trial – Truth vs. Plea Bargain

May 4, 2007

A Lebanese Druze friend of mine told me that the lie is the mother of all sins because the lie allows all other sins and crimes to be committed.

To be falsely accused of crimes and forced to defend oneself against false testimony in court is a very challenging and stressful position for anyone. Seeing how the evidence that could exonerate me has been destroyed or withheld and how my accusers have crafted lies to use against me, I often feel quite discouraged and depressed about trying to fight for the truth in a trial.

The process is extremely costly and stressful, as I now realize, and something most people are simply unable or unwilling to go through. Most criminal cases in the United States are settled in a compromise plea bargain in which the defendant accepts some guilt and a reduced penalty even if he or she is completely innocent.

I don't want to accept a plea bargain because I am innocent – all I did was call 911 for help. I know that I did not assault, or intend to assault anyone when I was unexpectedly tackled and TASERed by plainclothed men in body armor in my front yard. There was no arrest prior to their assault and there was no resistance when they pinned me down and TASERed me. I did not commit the crimes I am accused of: aggravated assault and resisting a peace officer.

While I am accused of resisting a peace officer, the men who came to my house were not uniformed and did not identify themselves to me as Hoffman Estates police working undercover. They were loitering around in an unmarked car.

When I see the wall of lies I am facing, I often feel that it is quite hopeless to try and fight these charges. I know that I have many supporters who want me to succeed in this case and who have donated to help in this effort. I am very grateful for their support and know that without them I could not challenge these trumped-up charges.

But doubts and gnawing fears are never far away and I often ask myself if it is really worth the struggle. As Epictetus said: "It is not death or

hardship that is a fearful thing, but the fear of death and hardship."

Today, I received a most inspiring letter from a supporter who tells me why I must fight these charges. This letter gives me substantial spiritual encouragement in this legal battle I face. While the letter is addressed to me, its universal message is for anyone who is forced, as I am, to defend him or herself against false accusations.

* * * * *

May 3, 2007

Dear Chris,

I appreciate L.'s heartfelt letter to you of April 30, 2007, and the concern that it evinces for your family. I especially appreciate, however, its last two paragraphs. They illuminate the true mettle of her soul and show forth a Woman who is intent on plumbing the depths of injustice for the sake (some day) of (more) justice for us all (as well as for herself).

One could argue that the issue of a plea bargain is a political issue, but, I prefer to think of it fundamentally as a moral and, ultimately, as a spiritual issue. (All Bible quotes below are from the KJV translation.)

On the one hand, God requires us to "submit [our]selves to every ordinance of man [which was designed] for the Lord's sake [and/or which promotes His good purposes]" (I Peter 2:13a), to "confess ...our faults" (James 5:16) when we violate such ordinances (as well as God's own Laws and precepts), and to "agree with [our] adversary quickly whiles [we] are[e] in the way with him, lest at any time [he] deliver [us] to the judge and the judge deliver [us] to the officer, and [we] be cast into prison" (Matthew 5:25).

There are some things, however, that we must do in order to determine whether we have violated any such an "ordinance of man." Firstly, we must not just presume that we are innocent when we are not, for God hates presumption (see Numbers 15:30; Psalm 19:13; II Peter 2:10).

Secondly, we must earnestly have our souls "examined" by God through prayer (see Psalm 26:2; 139:23-24), by our own deep soul-searching (see I Corinthians 11:28a; II Corinthians 13:5), and by the counsel or admonitions of our friends and/or enemies (see Proverbs 27:6,17; I Corinthians 9:3).

And thirdly, if we survive all of this examination and come out with a well-informed, tested, and yet still good conscience (see Acts 24:16; Romans 2:15; 9:1; 13:5; II Corinthians 1:12; 4:2; I Timothy 1:5,19; Titus 1:15; Hebrews 9:14; 13:18; I Peter 3:16, 21), then we must draw the proper conclusions and conduct ourselves honorably in accordance therewith.

How then should we live? Again, on the one hand, God requires us not to be purposelessly or unnecessarily "contentious" (see Proverbs 26:21; Romans 2:8) and to "live peaceably with all men," but only "if it be possible [and] as much as lieth in [us]" (Romans 13:18), the capacity for which will vary with each individual, so the Scripture implies. So we see that there is some wiggle room here.

On the other hand, God also requires us to "know the truth" (John 8:32a; I Timothy 4:3), to "cho[o]se... the...truth" (Psalm 119:30a), to "belie[ve]...the truth" (II Thessalonians 2:13b), to "obey the truth" (Romans 2:8, Galatians 3:1, 5:7, I Peter 1:22), to "acknowledge[e] the truth" (II Timothy 2:25b; Titus 1:1), to "bear witness unto the truth" (John 18:37), to "testify of the truth" (III John 3), to "speak the truth" (Ephesians 4:15, I Timothy 2:7b), to "tell the truth" (Galatians 4:16), to "say the truth" (II Corinthians 12:6b), to "say nothing but the truth" (II Chronicles 18:15), to "lie not against the truth" (James 3:14), to not "err from the truth" (James 5:19), to "do the truth" (I John 1:6), to "walk in the truth" (John III:3), to "live" the truth (Galatians 2:20; Philippians 1:21; Hebrews 13:18b; I Peter 2:24b; 4:6c), and even to be indwelt by the "truth" (II John 2) so that "the truth...shall be with us forever" (II John 2), thus making us literally "of the truth," which

supreme spiritual Reality “assures our hearts before [God]” (I John 3:19), after which “the truth shall make [us] free” (John 8:32b).

Notice that the truth cannot simply “make us free,” if we just rely on attorneys, or on the actual facts, or on the inherent justice of the System, or on the common sense of jurors, or even on our own perfunctory prayers. “The truth shall make us free” only if we comply with all of the conditions as set forth in these paragraphs (and perhaps with some others as well).

Now I ask you: after you have been drenched in all the truths of the preceding paragraphs and after you have performed the requisite self-examination as indicated above, do you really believe it is the truth that you committed a crime on that fateful day last August?

If not, and knowing that to “lie against” and to “err from” “the truth” is to sin and that to sin – especially to be counted among “liars –...[is to] have...part in the lake which burneth with fire and brimstone, which is the second death” (Revelation 21:8), are you really prepared to confess to the court (and hence to all the world throughout all time) that you committed a crime?

Will you be able to live with such a betrayal, knowing how it could influence your children, should they ever conclude there from that they too can commit any old indiscretion or crime, lie about it, and get off lightly? Is that the kind of legacy that you wish to leave to them?

Or would you rather see them suffer some economic hardship (as have millions of other children throughout history who still grew up to become great men and women in spite of it) and grow up being incredibly proud of their father and being influenced, perhaps, to become, in their own ways, as great a prophet as their father is in (controversial) truth-telling?

Could you ask for more blessings for your children that they should grow up to become equally as indefatigable and on fire for the truth as you have been?

The Bible reports that John the Baptist told the (controversial) truth about the sins (which at that time included the unlawfulness) of King Herod and got beheaded for his (controversially) truthful efforts, and Jesus praised John for being the greatest prophet that Israel had, up until that time, ever produced (Luke 7:28a).

God warns us that a life of (controversial) truth-telling (and the telling of all really deep truth is controversial), i.e. that a life of prophecy – for truth-telling is what prophecy is biblically defined as – is not a bed of roses.

On the one hand, it is much easier in many instances not to prophesy or to tell the (controversial) truth. If, on the other hand, we are led to embark upon a career of prophecy – of telling the (controversial) truth – then we must be consistent (or, in biblical language, “non-dissembling”) in our truth telling (see Psalm 26:4; Proverbs 26:24; Jeremiah 42:20; Galatians 2:13).

“Let your communication be ‘yea, yea’ [or] ‘nay, nay.’ Whatsoever is more than these cometh of evil” (Matthew 5:37).

Telling the truth on the Internet but not in court doesn’t wash! God warns us that “all [who] will live godly...shall suffer persecution” (II Timothy 3:12), but in that persecution, “this is thankworthy, if a man for conscience toward [the truth] endure grief, suffering wrongfully. For what glory is it, if, when ye be buffeted for your faults, ye shall take it patiently? But if, when ye do well and suffer for it, ye take it patiently, this is acceptable with God. For even hereunto were ye called, because Christ also suffered for us, leaving us an example that [w]e should follow in his steps” (I Peter 2:19–21).

In other words, an honorable man (who honors the truth by consistently telling it) can take solace in God's promise to honor him, if not in this vale of tears, then in heaven. Pie in the sky, you say? You don't believe in the Bible?

Well, I say that even if an atheist could prove that there is no transcendent truth or God or heaven (which he can't), that still wouldn't negate the value to your children and to all others who are watching you of your heroic stand for truth, like that of Socrates, would it? Socrates could have run away (either by fleeing or by compromising the truth), but he chose to stand for and to tell the (controversial) truth (as he saw it), and his example shall continue to inspire the hearts of secularists (and Christians alike) throughout all time.

Isn't that alone a worthy legacy for any honorable man and his family? Can economic hardship of one's family ever justify a serious betrayal of the truth which a false confession of crime always entails? No, God honors those who honor Him, and as for children and/or wife left behind? "God setteth the solitary in families; He [also] bringeth out those which are bound with chains" (Psalm 68:6a+b).

Practically speaking, I do not wish to belittle the consequences to you and your family of a possible conviction and incarceration, which could conceivably happen, now that so many crimes and torts are being committed by state actors in your prosecution, but I still believe that:

1) you could easily convince a jury of your innocence – even without an attorney – just by prophetically telling the (controversial) truth and letting the chips fall where they may;

2) if convicted, you may be able to induce someone out there to finance your appeal, which must be overturned at some higher level, but if not, you would surely, as L. suggests, only get probation or supervision and, at most a nominal fine or a few days or weeks of community service.

None of these most likely worst-case consequences – not even a few months or a year in jail – would even come close in my view to the horrible prospect of confessing to the court and to all mankind (because, remember, you have the whole world watching your case, now that you've advertised it on the Internet) by means of a plea bargain that you have committed a crime.

Galileo was a great scientist, but his false confession cost him what – the loss of his self-respect and, much more importantly, the honor of truth, which he betrayed.

Finally, there is much left in your case that can be done: 2nd Motion to Dismiss, removal, etc. Don't lose heart! Decide now, in your soul, that you're in this battle for the long haul – whether in this country or wherever you may move to in the (probably false hope of finding refuge from the NWO) – and then the rest of your battle and life will have a surer foundation than they now have, and you'll be happier, less depressed, and more blessed.

Faith in and an honorable stand for truth, my brother, is its own (and very rich) reward.

D.

St. John the Baptist by Leonardo – The Louvre

The Destruction and Withholding of Evidence

April 25, 2007

In the same way that the 9/11 relatives have been denied access to the evidence of the "crime of the century," the destruction and withholding of evidence has been the main obstacle for the defense of Christopher Bollyn, independent journalist and 9/11 researcher.

The intentional withholding and destruction of crucial evidence from the terror attacks of 9/11 has been the main obstacle to discovery for the 6,600 plaintiffs who brought lawsuits against the airlines, the passenger

screening companies, and others. The denial of access to evidence is clearly obstructing the pursuit of justice for the 9/11 relatives and victims. (See: The Zionist Hijacking of the 9-11 Victim Lawsuits)

Ellen Mariani, the first 9/11 relative to file a lawsuit against United Airlines for the wrongful death of her husband, is still demanding a jury trial. "You can't have a trial without evidence," Mariani says.

It is discouraging to see how this is done in cases large and small. The withholding of evidence has become the main obstacle I have encountered in preparing my defense.

In my misdemeanor case, the Hoffman Estates Police Dept. (HEPD) has destroyed the video evidence of the incident. HEPD is also withholding the most important parts (more than 75 percent) of the audio tape of the police transmissions and has provided false evidence of the body armor vests the undercover unit was wearing when it came to my house.

When the state's case against me began, a supporter wrote: "The side which gets the most evidence excluded wins."

FALSE EVIDENCE

When three unidentified men wearing body armor marched up my driveway last August 15, I was shocked and realized something had gone terribly wrong with my 911 call.

I had been very concerned about a suspicious vehicle with three armed men that I had seen prowling around my house for two evenings in a row and called the police to report it. I thought the armed men posed a danger to me and my family.

While I had expected a uniformed police officer with a normal police car to respond, the same suspicious vehicle I feared had unexpectedly returned.

I saw my wife, Helje, and our 8-year-old daughter talking to them on the driveway. Helje was frightened but had enough sense to ask them who they were and what they wanted. The men, who were wearing blue jeans and navy blue body armor, had not even said "Hello" or explained that they were responding to my 911 call.

Seeing three armed men confronting my wife and child was a sign of imminent danger. I had never been in such a situation before and although I was very alarmed, I rushed out of the house to assist them.

"Who are you, and why are you threatening our neighborhood?" I asked them. The men did not explain who they were or their business on my property and did nothing to de-escalate the situation.

I was dismayed by their aggressive demeanor and went to summon my brother as an extra witness.

Contrary to the police report, their dark blue body armor carried no insignia or badges which identified them as police. The men were working undercover according to Lt. Richard Russo, spokesman for the HEPD, the author of the press release of August 16, 2006.

The HEPD Media Information Release Form started its description of the incident as follows: "Undercover officers responded to a 'suspicious vehicle' call."

Would officers working undercover wear "POLICE" written on their vests?

My attorney subpoenaed the body armor vests so we could all see what they looked like. Rather than present the vests in court the police department protested and submitted color photographs instead. The photographs, however, are of different vests than those worn by the three undercover officers on August 15.

The vests in the photos are cut differently, have pockets on the front, are a different color and have the word "POLICE" printed in large yellow letters across the front. These are clearly not the plain navy blue body armor the undercover unit was wearing when they arrested me.

An expert witness about police procedures said that I would not be in this predicament if the vests really did have markings of the police.

DESTRUCTION OF VIDEO EVIDENCE

In violation of their own General Order No. 79, the HEPD destroyed the video evidence filmed by their own police officers on the scene. When the undercover police assaulted and TASERed me on my front lawn, at least four officers recorded the event using a digital video system.

"I am informed that all tapes have been recycled," Richard Williams, attorney for Hoffman Estates, wrote to my attorney in a letter dated March 29, 2007.

The village attorney's statement indicates that the police destroyed the video evidence of the crime they are charging me with, in violation of their General Order concerning "Mobile Video Recording" and the preservation of video evidence:

Tapes containing information, which could be useful to an investigation or prosecution, will be treated as evidence. Tapes deemed to be of evidentiary value shall be processed according to departmental procedures governing property custody. The narrative of the associated report shall indicate that the video tape was inventoried as evidence.

The police transcript of their communications indicates that the entire incident was videotaped by Ofc. Joseph Kruschel, the first police officer logged in "on scene."

In a letter to my attorney, dated April 18, 2007, Williams wrote that the incident had been video taped by at least 4 different officers: Joseph Kruschel, Kathryn Cawley, Anthony Tenuto, and John Fitzgerald, the reporting officer. All of these tapes have been erased, Williams wrote.

The HEPD officer who was responsible for preserving the video evidence was Lt. Richard Russo, according to the department's response to my recent FOIA. Russo also acted as the department spokesman in the days after the incident.



Richard Russo of the Hoffman Estates Police Department

Russo was asked about the incident by a number of news outlets and was well aware of the controversy surrounding my arrest and TASERing. He must have also been aware of General Order No. 79.

I had filed a FOIA with the HEPD on September 11, 2006 asking for the complete record and manifest of documents pertaining to my case. So why did Russo allow the video evidence to be destroyed?

DENIED DUE PROCESS

Illinois courts have ruled that if the police destroy evidence, "even absent bad faith" that is "essential and determinative of the outcome of the case" then the Defendant would be denied due process, as the defendant "could not hope to exonerate himself without a chance to have his own experts examine the substance [evidence forming basis of case]." People v. Camp, 352 Ill. App. 3d 257, 261, 815 N.E.2d 980, 984 (2d Dist. 2004)

The court in Camp (id.) reasoned that if the charges were dependent on

the destroyed evidence then the defendant would be deprived of due process if convicted. Therefore, they concluded that the case must be dismissed under such circumstances.

"You don't lose the records unless you are guilty," Ellen Mariani said about the destruction of the evidence in my case.

THE TAMPERING OF THE 911 AUDIO TAPES

After 6 months, the HEPD finally turned over the audio tape of police and fire department transmissions with the 911 dispatcher.

Unfortunately, both tapes are severely cut and badly edited versions of the complete tapes. This is not what was requested in the subpoena. Due to the fact that more than 70 percent of the material on the original tape has been withheld, the audio tapes are of little use as evidence – except perhaps as evidence of the bad faith of the HEPD.

I need to know what was communicated between the police prior to and during this incident. For my defense, we need the entire tape of the police transmissions, which ran for about 40 minutes, i.e. from the time I made my 911 call at 19:43 until the matter was cleared at about 20:25.

The HEPD has only provided what are called "composite" tapes. The 911 call and police transmission tape spans a period of about 35 minutes, yet the tape they have provided is less than 12 minutes long. I have the right to know, what is on the entire tape.

The 911 tape with the fire department spans a time of more than 8 minutes but has been edited down to a tape lasting only 1 minute and 45 seconds.

The critical 10 minutes of police communications prior to the undercover team's arrival at my house, for example, have been deleted. This is the period during which 11 police officers and two emergency medical vehicles were called to the scene – well before anyone had arrived at my house – in response to a non-emergency 911 call about a suspicious vehicle?

According to Deputy Fire Chief Robert Gorvett, the undercover police had talked about a "fight in progress" prior to arriving at my house. This misinformation led the 911 dispatcher to send emergency medical vehicles.

I consulted Steven Cain of Burlington, Wisconsin, a 20-year veteran expert in forensic audio tape analysis and told him about the cut-and-paste tape that I had received.

"They made a composite tape and only gave you the parts that they thought you should have," Cain said. "That's an insult to your attorney and you, the defendant."

To produce this composite tape, the HEPD obviously worked to remove a large amount of evidence from the complete tape that I requested in my FOIA request and subpoenas. I have every right to have the complete tape in order to be able to prepare my defense.

This is just one more indication of the HEPD willingness to tamper with the evidence. This has to be challenged with a motion that will either dismiss the charges against me or bring real sanctions against the prosecution's case.



The front door of the Bollyn home

Malice Exposed – Prosecuting a Journalist for his Writing

April 14, 2007

MALICE EXPOSED – Bollyn Prosecuted for "anti-Israel" Views

Who is more to be pitied, a writer bound and gagged by policemen or one living in perfect freedom who has nothing more to say?

– Kurt Vonnegut in Bluebeard (1987)

Yesterday, I spent several hours at the Rolling Meadows (Chicago, Illinois) Cook County Circuit Court (3rd District). My lawyer had filed a motion to either dismiss the charges against me or to disallow the state from presenting any evidence of the events that would have been captured in the police video tapes of their assault and TASERing of me in my front yard on August 15, 2006.

This motion was filed because this video evidence, which would have shown what happened during the police assault, was destroyed by the police in clear violation of their own policies and procedures.

The judge, the Hon. Hyman I. Riebman, denied the motion saying that I had not filed an order to preserve the evidence. The fact that I had filed a FOIA with the police requesting a complete record and manifest of my arrest was not reason enough to preserve the evidence, Riebman said.

My FOIA was submitted to the Hoffman Estates Police Dept. on September 11, 2006, within 30 days of the incident. This should have obliged the police to preserve the evidence.

Although a FOIA is civil and not a criminal procedure, it seems odd that a criminal court would not find it to constitute adequate notice to preserve the evidence. The FOIA is state law of which criminal state courts must take judicial notice.

My first attorney, Jack Smeeton, who I retained near the end of September, refused to file the subpoena although I had given him a well prepared rider demanding all the evidence that the police had regarding my case. This is how Smeeton, the first attorney of record, through unwarranted inaction sabotaged my case and protected the police by allowing them the time to destroy evidence which he request that they preserve.

Yesterday afternoon, because the state was not prepared to argue the motion, the prosecution side was given extra time to find an attorney who was familiar with the case. Riebman, himself, said he was not familiar with the case although he has handled the case for several months.

Riebman said he could not make a decision simply because the police had violated their own policies and general orders by destroying the video evidence.

The police video taken by Ofc. John Fitzgerald, whose patrol car was about 30 feet from the scene, certainly caught the entire violent arrest in which two plainclothes officers assaulted me from behind, handcuffed me, broke my right elbow, and TASERed me with a "drive stun" in which the TASER was applied directly to my back while I was held to the ground. The police video tape of the entire incident has been destroyed.

I was charged with resisting arrest and aggravated assault while the police "recycled" the video evidence of their assault.

I recently learned from a source close to the Cook County State's Attorney's office that I am to receive special treatment in my upcoming trial because of my journalism and writings, which are perceived by some as "anti-Israel." Although my charges are misdemeanor offenses of aggravated assault and resisting arrest, I was told that two Jewish prosecutors want to prosecute my case because of my investigative research and writings that they are apparently opposed to.

My source informed me that two Jewish attorneys working for the prosecutor's office want to prosecute my case when it comes to trial on April 23, because of what they perceive to be my "anti-Israel" writings. The source told me that these two prosecutors were named as attorneys named Rubenstein and Gerber. This was what was going on behind the scenes, he said.

I was shocked, but not surprised, to hear this. This indicates that there is malice against me in my upcoming trial because some of the attorneys working for the Cook County State's Attorney's office disagree with my writings. Furthermore, it shows that these attorneys intend to play a role in the prosecution of my case simply because they are opposed to my political views. Is this blind justice?

Does freedom of speech and thought still exist in America? If I am being prosecuted because of my writing, why do they charge me a thought crime instead of disguising their malice behind trumped-up charges of my having assaulted three heavily-armed men wearing body armor who were trespassing on my property last August 15?

Is this the original source of the malice that I experienced during the assault against me on August 15?

For this reason I will request that my attorney file a motion to move the trial. This trial is supposed to be about the facts of what happened when three unidentified armed men assaulted me at my house during the evening of August 15 - not the lynching of an independent journalist.

Originally published as: "MALICE EXPOSED - Bollyn Prosecuted for "anti-Israel" Views

Posted By: ChristopherBollyn

Date: Saturday, 14-Apr-2007

<http://www.rumormillnews.com/cgi-bin/archive.cgi?read=102707>

Timeline of Events Surrounding Police Assault on Bollyn

March 17, 2007

Timeline of Events Surrounding the Police Assault and TASERing of Christopher Bollyn, Journalist

Location: The Bollyn home, a suburban corner home in Hoffman Estates, Illinois

Date: August 15, 2006

Time: Evening, beginning at 7:20 p.m.

Duration of Operation: About 4 minutes

Length of Time Between Arrival of Police Tactical Unit and Assault on Bollyn: 50 seconds

Agencies Involved: 911 Northwest Central Dispatch System (NWCDIS), Hoffman Estates Police Dept. (HEPD), Fire Dept. (HEFD)

Time followed by Description of Event

19:20 (Estimate) Christopher Bollyn sees a suspicious car with three armed men wearing body armor slowly pass his house for the second day in a row. Concerned, he discusses situation with his wife, Helje, and takes bicycle to store.

19:43:34 911 Call Received – From store, Bollyn calls police (911) about suspicious vehicle with armed men seemingly prowling around his home. Dispatcher agrees for a police officer to come to Bollyn house in 20 minutes. (Police log)

19:46:46 911 Call Entered – Bollyn's call is entered into 911 Northwest Central Dispatch System (NWCDS). (Police log)

19:47:41 Police Officer Dispatched – 911 Dispatcher No. 5681 (NWCDS) dispatches uniformed HEPD Officer John Fitzgerald in vehicle No. 6131 C to Bollyn residence. (Police log)

19:48:09 Three-man out-of-uniform tactical unit wearing body armor (No. 6744), the suspicious vehicle and men that provoked Bollyn's concern, logs in to assist Fitzgerald. (Police log)

Questions: Who authorized this unit to be sent to Bollyn house and why? Why is this unit still in the neighborhood after 30 minutes?

Chief of Police Clint Herdegen told Bollyn, on August 17, that he had sent this unit to their house to explain. Why would the C.O.P. send the suspicious vehicle with out-of-uniform armed men, the very cause of Bollyn's concern, back to his house? How could this be not seen as extremely provocative?



Clint Herdegen, Chief of Police of Hoffman Estates, arrives at the Bollyn trial.

20:01:03 Police Report "Fight in Progress" - 911 dispatcher No. 5681 overhears police saying that a "fight is in progress" at Bollyn residence and tells the fire dispatcher No. 5648, who is sitting beside him, to dispatch the fire department paramedics to the scene. (HEFD Deputy Chief Robert Gorvett)

At this point, Bollyn is not at home, there is no fight, and no police are even at the scene. Why did the police say there is a "fight in progress?"

Question: Why are the police talking about violence before they even arrive at the Bollyn house in response to a non-emergency suspicious vehicle call? What were the police preparing for?

This appears to be evidence that the assault on Bollyn was premeditated by members of the police force. This is why the recording of the police transmissions is required to show what was said and by whom.

20:01:06 Emergency ambulance and fire department vehicle (Engine No. 21) are dispatched by 911 (fire) dispatcher No. 5648.

20:02 (Est.) Bollyn arrives home on bicycle.

20:02:23 Assisting Officers En Route - Off. Joseph Kruschel (6132C) logs in as "en route" to Bollyn house. (Police log)

Officers Steven R. Hill and Kathryn Cawley, a juvenile officer, are en route to Bollyn house in car No. 6134C. (Police log)

20:03:11 Off. Wesley Schulz (6190C) is en route to Bollyn house. At this point, no fewer than eight police officers in 5 vehicles are en route to handle Bollyn's non-emergency call about a suspicious vehicle.

Questions: Why are so many officers involved? What's going on here? Are they all responding to the false claim made by the police that a fight is in progress?

20:03:28 First Officer On Scene - Off. Joseph Kruschel, a uniformed officer, in car No. 6132C, logs in as being on the scene. Off. Kruschel, however, apparently holds back and does not approach Bollyn home or present himself. (Police log)

Questions: Why is Off. Kruschel holding himself back? What is he waiting for? He is a uniformed officer. Why does he not approach the home and respond to the 911 call? Why does he allow out-of-uniform undercover officers to approach the Bollyn family first? Whose idea was this?

20:03:56 Out-of-Uniform Tactical Squad Arrives - Three-man undercover unit (6744) logs in "on scene." They park their unmarked car in the street blocking the Bollyn driveway and all three men wearing body armor march up the driveway to Bollyn house. (Police log)

Questions: After Bollyn was arrested, police told Jay Bollyn (Bollyn's older brother) at the scene that this was a tactical unit involved in "gang-suppression," although there is no gang activity in the neighborhood and never has been.

A month later, Lt. Joseph Perritano (HEPD) said this unit was actually engaged in "cross-training." The police report says that this unit had just made a traffic stop down the street prior to coming to Bollyn house. So, what exactly was the mission and purpose of this unit?

20:03:57 Emergency Paramedics Arrive - Fire department vehicles and paramedics arrive on the scene. The emergency vehicles arrive "on scene" exactly one second after police undercover tactical unit 6744. Paramedics remain about 50 feet from Bollyn house. (FD log)

Note: As C.O.P. Herdegen explained to the Bollyns, in a recorded conversation, the paramedics are called when somebody has been TASERed. This doesn't make sense because nobody has been TASERed and at this point the police are only responding to a non-emergency call about a suspicious vehicle. (August 17 meeting at Village Hall).

Herdegen is also contradicted by Deputy Fire Chief Robert Gorvett (HEFD), who told Bollyn that the department doesn't even have a policy or guidelines about how to treat TASER victims.

Question: We know that the paramedics are on the scene because the 911 dispatcher overheard police saying there was a "fight in progress." Why did C.O.P. Herdegen tell this lie to the Bollyns? The medics were not called because of the TASERing, because this had not yet occurred.

20:04:05 Mrs. Bollyn (Helje) notices the three out-of-uniform armed men wearing body armor marching up Bollyn driveway, and approaches them

from the back yard where she had been gardening.

20:04:10 Seeing that the armed and armored men lack uniforms or any insignia, Helje asks them who they were. Catherine Bollyn (8-year-old daughter) comes out of the house to join her mother.

After being asked to show an ID, one man shows Helje his Illinois driver's license from the distance. Another says, "We are with the police."

From a distance of about 10 feet, according to a neighbor, Helje continues to ask the men to identify themselves. One man flashes some sort of a badge attached to his belt by briefly raising his body armor. Helje does not have a chance to see what it says.

The men refuse to give their names or explain their business. They do not leave or say that they have come in response to the 911 call.

Note: The identities of the three men was only revealed to the Bollyns one month later by Lt. Perritano.

20:04:20 Off. Tony Wanic (6191C) is en route to Bollyn house. Wanic is the 9th police officer and 6th police car responding to Bollyn call. (Police log)

Question: Why would police allocate so many men and resources to a non-emergency call about a suspicious vehicle, especially when they know that the vehicle in question is one of theirs?

20:04:26 Twenty-nine seconds after arriving, the fire department emergency crew notify dispatch that they are "back in service," although they do not leave the scene. (HEFD Deputy Chief Robert Gorvett)

Note: The "back in service" notification was given before the tactical unit assaulted and TASERed Bollyn – something they witnessed.

20:04:30 Christopher Bollyn comes out of the house and joins his wife and daughter standing about 6 to 10 feet from the three armed men wearing body armor on his driveway.

Bollyn asks, "Who are you? Why are you threatening our neighborhood?"

Bollyn points at the unmarked vehicle blocking his driveway, asking: "And what is this car you are driving around?"

The men do not explain that they are responding to the 911 call, refuse to identify themselves in any way, and will not answer any of his questions. No explanations or orders are given to Bollyn.

20:04:43 In the shadow of the Bollyn's maple tree, Officer Fitzgerald, the uniformed officer originally dispatched to handle the 911 call, logs in as "on scene" as he quietly pulls up beneath behind the unmarked car (6744). Fitzgerald remains in the car, however, and watches the assault.

There are now 5 police officers in three vehicles and two fire department vehicles on the scene at the Bollyn house. (Police log)

20:04:44 (Est.) Bollyn tells the men that he wants to get his brother Jay, the permanent resident, from the house. He turns and moves toward his front door.

20:04:46 Tactical Unit Assaults Bollyn – Two men from undercover unit 6744 suddenly tackle Bollyn from behind (#HEP 0650820) as he approaches his front door, trip him and throw him to the ground. (Police log)

20:04:50 Bollyn is brutally pinned down by Officers Stoy and Barber who immediately handcuff his left hand (Bollyn is left-handed) from behind while his right arm winds up beneath his torso during the fall.

Barber asks, "Where is his right arm?"

"It's underneath of me," Bollyn says and tells Helje to get his brother Jay (from the house) and Dale, the neighbor.

According to the police report, Bollyn had called out for the militia.

Stoy uses a pressure hold, kneeling with his full body weight (about 200 lbs.) on Bollyn's right temple. He continues this painful pressure on Bollyn's head, used to paralyze the person, for about two minutes.

Mrs. Bollyn approaches the scene with her 8-year-old daughter who is in distraught and crying. She still has her pruning snips in her hand. The third out-of-uniform man, later identified as Off. Felgenhauer, tells Mrs. Bollyn to drop the snips which Mrs. Bollyn immediately does.

Meanwhile, Barber kneels on Bollyn's right elbow, which is most likely the cause of the occult fracture in his elbow.

20:05 (Est.) Barber places TASER weapon (Model X-26) directly against Bollyn's lower back. Bollyn is TASERed with 50,000 volts for several seconds. No verbal warning of any kind was given prior to the TASERing.

Bollyn's wife notices that her husband's face has turned purple and that his eyes are bulging out of his head. He appears to have great difficulty breathing.

Bollyn is being TASERed while handcuffed and pinned beneath two men. He appears to be in danger of "positional asphyxiation."

Shocked by the brutality of the assault, Helje asks the men, "What are you doing? Are you crazy?"

Off. Barber, who worked with the Dept. of Homeland Security in New Orleans after Hurricane Katrina, responds with an insulting remark, "You go back where you came from?"

Helje, who speaks fluent English, asks Barber, "How do you know I am not from here?"

Note: Barber's comment indicates he has been prepared with information about the Bollyn family in advance.

Helje goes to house, which is just a few steps away, to fetch her camera in order to take photographs.

Mrs. Bollyn attempts to photograph the assault but is physically blocked and threatened with arrest by Off. Felgenhauer. She is thus prevented from documenting the event and obtaining evidence of a crime, for example of the body armor vests of the three men, which the police claim had "POLICE" written on them. All three Bollyns claim that the vests had no visible police insignia.

Off. Felgenhauer takes out his little notebook and writes down Mrs. Bollyn's name and date of birth as if she had done something wrong. Taking photographs or videos of a police assault is perfectly legal. Preventing a person from doing so is a criminal offense.

Time stamp of TASER report is about 4 minutes off. It shows the TASERing occurred at 20:00:36. Andrew Hinz of TASER International says this is not unusual.

20:06:14 Officers Hill and Cawley log in as being on scene. They are the 6th and 7th officers on the scene. (Police log)

20:06:15 Officer Kruschel, who was first officer on scene at 20:03:28, logs in again as being on scene. (Police log)

Questions: Why is Kruschel logging in a second time as being "on scene"? If he was on the scene at 20:03:28, as per the police log, why is he logging in once again as being "on scene" at the same place where he has been for nearly three minutes? Is he logging in again because he has come closer to the house from around the corner and gotten out of his car? (Police log)

20:06:24 Off. Scott Lawrence (6136C) logs in on scene, the 8th officer to appear at Bollyn residence. He is the first uniformed officer to come onto the Bollyn property and talk to Mrs. Bollyn. Bollyn is still being pinned to the ground by two officers. All other uniformed officers remained on the street and simply watched the tactical unit assault Bollyn.

Questions: Was this the "cross-training" Lt. Perritano spoke about? Did the police make a video of this assault?

Lawrence asks Mrs. Bollyn, "What's going on?"

Mrs. Bollyn tries to explain the situation pointing at her husband who is still brutally held down by Barber and Stoy. Off. Lawrence just says, "You are excited."

"Shouldn't I be excited when my husband has been brutalized and arrested for no reason?" Helje asks. "All he did was call 911."

Mrs. Bollyn asks Lawrence why such an army of police is involved in a simple non-emergency 911 call. Lawrence says, "Isn't it great that if something happens, so many police come so fast."

As Mrs. Bollyn is talking with Off. Lawrence, an out-of-uniform female officer, later identified as Off. Kathryn Cawley approaches little Catherine

Bollyn, who is standing by her mother, and starts talking to her.

A moment later, Mrs. Bollyn notices that her child is gone. Without telling the mother, Off. Cawley has taken Catherine away. (Police log)

Mrs. Bollyn asks Off. Lawrence, "Where have you taken her?"

Lawrence says, "We are showing her the fire truck."

"Are you going to bring her back?" Mrs. Bollyn asks anxiously.

Mrs. Bollyn goes into house to put the camera away, and is in the middle of the living room when she notices that Off. Lawrence has followed her into the house.

Mrs. Bollyn turns around and says, "I did not ask you to come in."

Off. Lawrence says, "I want to make sure you are alright."

20:06:30 (Est.) Bollyn is taken, handcuffed, and placed in rear seat of Fitzgerald's car (6131C).

20:06:40 (Est.) Christopher Albert, Bollyn's 11-year-old son comes home to find a huge police presence in his front yard and see that his father is being taken away. He becomes hysterical and needs to be calmed down by his uncle and his mother. Off. Lawrence who works with juveniles, witnesses the scene.

20:07:18 Off. Wesley Schulz (6190C) logs in on scene. Schulz is the 9th officer in the 6th police car on scene. (Police log)

Schulz approaches Fitzgerald's car. Fitzgerald tells Bollyn, "See this guy? He is going to beat the ---- out of you." Fitzgerald made several similar threats that Bollyn would be beaten at the station.

Knowing that Bollyn has been TASERed, the police prevent the medics from examining Bollyn - violating their own policy. Off. Schultz tells the medics that they are not needed, according to HEFD Deputy Chief Robert Corvett.

Note: Had the medics examined Bollyn at the scene, they would have seen that he was not drunk or on drugs, as the police report claims. No tests were done to determine Bollyn's condition or extent of injuries.

20:07:29 Bollyn is taken to the police station by Off. Fitzgerald. (Police log)

During this trip Fitzgerald continued to abuse and threaten Bollyn. When Bollyn would lean toward the Plexiglas window between the front and back seats, Fitzgerald would suddenly slam on the brakes causing Bollyn's head to strike the window. This happened at least twice.

At police station a team of about 10 officers with rubber gloves are waiting in the garage. Upon entering garage, Fitzgerald rolls down his window and tells the gang that Bollyn has insulted the police.

"You take care of him now," Fitzgerald says.

When the police start to remove Bollyn from vehicle, he says he is a journalist and will write about the "treatment" he receives.

20:07:44 Off. Anthony Tenuto arrives on scene at Bollyn house. Tenuto is 10th officer in 7th police car on the scene. (Police log)

20:20 (Est.) Bollyn is Processed at Station - Bollyn's floral shirt is ripped off, tearing the shirt and sending the buttons flying. He is fingerprinted, photographed, and placed in a cell in which the water has been turned off.

When he asks Fitzgerald for a glass of water, he is told, "Drink from the toilet." Fitzgerald is clearly aware that there is no drinking water in the cell.

Asked why the unit had prowled around his house for two days in a row, Fitzgerald says, "We are watching you." Two other officers are with Fitzgerald when he says this.

22:00 (Est.) Off. Schulz comes to Bollyn's cell, where he is being held without water or medical attention, and told that because he has been TASERed, medics would have to examine him.

Bollyn tells Schulz that he needs medical attention for his arm. However, no medical attention is ever provided.

Deputy Fire Chief Gorvett says that no medics were called to police station during the entire time Bollyn was incarcerated. Gorvett found no calls from the police station to the fire department between 20:01 and 01:42 the next morning.

23:50 Bollyn is released after posting \$100 bail and walks 4 miles home with untreated fractured elbow. Bollyn's elbow is X-rayed on Thursday and effusion indicative of occult fracture is found. His arm is put into a cast and sling.

http://i60.photobucket.com/albums/h36/suzetteanne/Bollyn_Doctor_report.jpg

During the entire time in the lock-up, Bollyn is denied water and medical treatment.

No examination for internal damage caused by the TASER is done until several weeks later. Bollyn is ill from the effects of the TASERing for two weeks.

Photo: Christopher Bollyn with his children near Schaumburg library two days after being brutally assaulted and TASERed by three undercover agents of the Hoffman Estates Police Department.

The evidence suggests that the police assault on Bollyn was premeditated and planned.

Among other things, this police assault has caused the Bollyn children to suffer mental anguish, the abuse of child sensibilities, the infliction of emotional pain, disruption of enjoyment of domestic tranquility, and the diminishment of innocence of childhood.



Bollyn with his children shortly after the police assault, which was witnessed by his 8-year-old daughter.

Originally published as "Timeline of Events of Police Assault on Christopher Bollyn, Journalist"

Posted By: Christopher Bollyn

Date: Saturday, March 17, 2007

<http://www.rumormillnews.com/cgi-bin/archive.cgi/noframes/read/101044>

Evidence of A Police Conspiracy to Injure Bollyn

March 6, 2007

Evidence Emerges of Police Conspiracy to Assault & TASER Bollyn
3 Minutes Before Arriving on Scene Police Reported "Fight in Progress"

Hoffman Estates, Illinois – Two emergency vehicles from the Hoffman Estates Fire Department were at the Bollyn residence at 20:03:57 – only one second after the arrival of the heavily-armed tactical unit of three

men wearing body armor, who assaulted and TASERed me in my front yard on August 15, 2006.



The view of the Bollyn home (red house) from the vantage point of the corrupt witness for the prosecution who said Bollyn took a swing at the three heavily-armed men on his driveway. The car is parked where Fitzgerald's squad car was parked during the assault, which occurred between the car and Bollyn's front door.

To help establish the facts, I called the chief of the fire department to ask why the medics had not examined me after I had been assaulted and TASERed.

Deputy Chief Robert Gorvett, a local resident who grew up in Hoffman Estates, promptly returned the call and investigated the fire department/police transmissions and communications which preceded the assault.

In the assault, my right elbow was fractured and my body was subjected to 50,000 volts from a TASER gun placed directly over my lower back.

What Dep. Fire Chief Gorvett told me indicates that the police had provided false information to the central 911 dispatch – saying there was a "fight in progress" – which resulted in the dispatcher calling in fire department emergency vehicles. The 911 dispatch had heard this false police report and contacted the fire department at 20:01:06 – nearly three minutes before the undercover tactical unit had even arrived at my house.

The police log indicates that the undercover tactical unit only arrived on the scene at 20:03:56, only one second before the fire department, although an Officer Joseph Kruschel was logged in as being on the scene at 20:03:28.

Kruschel, however, evidently remained out of sight in order to allow the three-man tactical team to approach the Bollyn family first. This action indicates that there was a plan to provoke a confrontation. The three-man tactical unit was led by an officer named Michael Barber who had worked with the Department of Homeland Security in Katrina-ravaged New Orleans.

Barber was also the officer who TASERed me in front of my wife and 8-year-old daughter while I was handcuffed and forcibly restrained by two men who pinned me to the ground. Another officer named Timothy J. Stoy, a former jail guard at Cook County Jail, restrained me for the duration of the assault by kneeling with his full body weight (ca. 200 lbs.) on the temple of my head as Barber TASERed me. This tactic is employed to paralyze the victim by putting intense pressure on the nerve center on the side of the head.



Timothy J. Stoy, an undercover cop without uniform in Hoffman Estates, arrives at the Bollyn trial. Stoy, a former prison guard at Cook County Jail, knelt on Bollyn's right temple for several minutes while Barber TASERed him.

My wife said that my face had turned purple and that my eyes were bulging out of my head and that I appeared to have great difficulty breathing. Shocked by the brutal assault, my wife Helje tried to photograph the assault but was told by the third unidentified man, who we later discovered was Officer Darin Felgenhauer, that if she dared to take any photos she would be arrested as well.

Helje, who grew up in Soviet-occupied Estonia and who traveled widely in the Soviet Union, says that she never experienced such police brutality anywhere, although she was politically active and married to a well-known Estonian rock singer and political dissident against the Soviet occupation of Estonia. She and her former husband, Urmas Alender, who perished in the 1994 sinking of Estonia, had been monitored by the notorious KGB for years.

Corvett looked into the fire department log and found that the first fire department vehicle was on the scene at 20:03:57 – exactly one second after the undercover police tactical unit arrived. This corroborates Helje's testimony that the fire department was on the scene before I was TASERed. Indeed, the fire department was on the scene before any contact was made between the police and my family.

Two days later, we asked Chief of Police Clint Herdegen to explain why so many police and the fire department had been called to the scene. He said the fire department medics are called when somebody has been TASERed.

So why were they on the scene before I was TASERed? And why were 11 police officers on the scene of a non-emergency 911 call? Anybody would wonder about such an overwhelming response to a simple call to the police concerning a suspicious vehicle in the neighborhood.

The police tactical unit that marched up my driveway was completely unwilling to identify themselves or explain their purpose at my home. The unidentified men appeared eager for a confrontation and within a minute of their arrival, they had assaulted and TASERed me. I had committed no crime and there had been no arrest, warnings, or orders given prior to the assault. Furthermore, I was completely unable to resist the attack by the three men in any way during the assault.

Twenty-nine seconds after arriving at my house, at 20:04:26, the fire department emergency crew notified dispatch that they were back in service, although they did not leave the scene. They gave the "back in service" notification before the tactical unit had assaulted and TASERed me – something they must have witnessed.

The medics' failure to examine me indicates that the fire department's policy is inadequate in regard to TASER victims. Gorvett told me that the department does not even have policy guidelines relating to medical treatment of TASER victims.

I told Chief Gorvett that many healthy people have died shortly after being TASERed and asked why the medics had not checked my health after I had been TASERed in front of professional medics, while I had been forcibly restrained. According to Chief Herdegen, the use of the TASER is why the fire department had been called to the scene in the first place.

Had the medics checked my condition they would have seen that I was not drunk or on drugs, as the fabricated police report alleges, and would have seen that my elbow was injured. They may have even noticed the superficial wounds caused by the TASER gun. But they didn't examine me. Why not?

Gorvett told me that the fire department records indicate that police officer Wesley Schultz, who was logged on the scene at 20:07:18, had told the fire department medics that their services were not needed. This is the same officer who came to my cell in the middle of the night to tell me that because I had been TASERed the medics would have to examine me. Concerned about my sore elbow, I waited for the medics for several hours – but they never came. As a result, my fractured elbow was not looked at until one day later when I went to the local hospital clinic.

While Schultz told me that the medics had been called to examine me because of being TASERed, Gorvett searched the log for the night of August 15, 2006, and found that there had been no calls from the police department to have the fire department medics assist or examine any detainee during the time I was incarcerated. (He actually found no calls from the police station between 20:01 and 01:42 the next morning.)

This evidence from the fire department indicates that the police had a very different agenda than simply responding to a non-emergency 911 call. The Hoffman Estates police can be reached by phone at (847) 882-1818.

As a result of this police attack, I was charged with resisting arrest and aggravated assault. I was attacked by people associated with American Free Press immediately after the police assault. Fighting these baseless charges has cost me a great deal of money and energy. I am convinced that this attack was orchestrated by people in the government who are opposed to my research and writings about 9/11 and other subjects. Not a single media outlet in the United States has discussed this brutal and unjustified police attack on an independent American journalist.

Where is the free press in America? After the assault, American Free Press fired me and has punished me by withholding the money they collected in my name for my legal defense. They also refuse to reimburse my business expenses incurred during the summer of 2006. Why did they turn against me so quickly?

It is only thanks to generous supporters that I am able to challenge this abuse of power by the police. People who want to support me in the struggle against police brutality and malicious prosecution are welcome to donate to my legal defense fund.

I am currently in the process of changing legal counsel and will appear in court on April 7 at 10:00 a.m. in Room 107 at the Cook County Circuit Court in Rolling Meadows to have attorney Paul P. Moreschi take over my case from Jack Smeeton.

Smeeton, who had withheld the evidence contained in the police report and transmission log from me, said, "They came. It's a fact." He clearly sided with the police and totally ignored the details and significance of

this evidence that the police conspired against me. This material came into his possession only because I had filed FOIA requests for it before he was even retained as my legal counsel.

Smeeton completely disregarded Helje's testimony and said that I have no case. He was strongly opposed to a jury trial and urged me to accept a plea bargain in which I would accept guilt for resisting arrest.

When we first met Jack Smeeton at the court, he said he was English. Helje, a scholar of English language and literature, said that I was related to the family of Anne Boleyn, the second wife of Henry VIII. Smeeton said that he is related to Mark Smeaton, the court musician who, under torture, provided false testimony against Anne Boleyn in 1536.

See: <http://tudorhistory.org/boleyn/>

As a result of Mark Smeeton's false testimony, Anne Boleyn and five men lost their heads.

The evidence indicates that the Hoffman Estates police had a very different agenda with Christopher Bollyn than simply responding to his non-emergency 911 call about a suspicious vehicle.

The Hoffman Estates police can be reached by phone at (847) 882-1818.

Originally published as "New Evidence Emerges of Police Conspiracy to Assault & Taser Bollyn"

Posted By: ChristopherBollyn <Send E-Mail>

Date: Tuesday, March 6, 2007 18:44:18

<http://www.rumormillnews.com/cgi-bin/archive.cgi/noframes/read/100543>

Establishing the Facts of the Police Assault

February 27, 2007

Transmission Log Reveals Extraordinary and Suspicious Police Activity

Is this evidence of a conspiracy to assault Bollyn and violate his civil rights?

On August 15, 2006, after noticing a suspicious vehicle near my house with three armed men wearing body armor, I called 911, which is the listed number to contact the local police in Hoffman Estates, IL. I decided to call the police after having seen this vehicle for two nights in a row prowling around my house.

On August 15, I stepped out of my front door at about 6:20 p.m. and saw this suspicious vehicle with its heavily-armed occupants driving past my front yard very slowly. That these men were loitering in my neighborhood seemed very odd.



The Bollyn front door

About 30–35 minutes after I had seen this suspicious vehicle pass my house, these same men came onto my property. Not one, but all three armed men marched up my driveway in a confrontational manner.

Nothing told me that these strangers were actually police. They could have been anybody.

The way that these men approached my family was very provocative and threatening.

They had first been met by my wife and daughter on the driveway. They had refused to identify themselves or explain their business. I then came out of the house and met with the same treatment. The entire verbal exchange with me lasted about 15 seconds.

When I said I wanted to get my brother from the house to resolve this situation, they unexpectedly assaulted me from behind, handcuffed, and then TASERed me.

It is interesting to note that these men had assaulted me in less than one minute after arriving at my home. They clearly took the first opportunity to attack.

It was I, however, who was later charged with aggravated assault against a peace officer and resisting arrest.

For three men wearing jeans and body armor to handle a non-emergency 911 call is very unusual and unprofessional.

I obtained a log of the police transmissions concerning this police action after filing a FOIA with the Hoffman Estates Police Department. This log helps to establish the actions of the police prior to the assault.

The 2–page police log was scanned as two images. This document is not easy to understand unless you are familiar with police logs, but the description below should help.

Explanation of the Police Transmission Log

At the top of the Page 1 is a summary of the key events of this incident: 911 call received, call entered, police dispatched, police en route, and police on scene.

The dispatcher sent, at 19:47:41, a normal on-duty uniformed police officer named John Fitzgerald (6131C). Had Officer Fitzgerald handled this non-emergency call, and explained the situation to me, there would have been no confrontation of any sort.

However, according to the log, about thirty seconds after Fitzgerald was dispatched, at 19:48:09, an undercover tactical unit of three armed and non-uniformed men (6744) was apparently dispatched to assist (ASST).

About 14 minutes later, before any officer has come to my house, at 20:02:23, three more police cars are en route to assist (ASSTER), making for a total of 5 uniformed officers in 4 cars plus a special tactical unit en route to respond to a non-emergency 911 call about a suspicious vehicle. Isn't this a waste of police resources?

At 20:03:28, the first police vehicle is on the scene. It is identified in the log as being 6132C with Officer Joseph Kruschel (#6222). This is odd because this is a normal marked police car with a uniformed police officer, which is what I had expected.

Officer Kruschel, however, obviously held himself at some distance from the house out of sight. Where was Officer Kruschel if he reported being on the scene and why did he not present himself at the Bollyn house?

About 30 seconds later, at 20:03:56, the unmarked car carrying the three-man undercover unit (6744) is logged in as being on the scene. Kruschel was nowhere to be seen.

Twenty seconds later, at 20:04:20, while these three men are talking with my wife, another police vehicle with an Officer Tony Wanic is en route to my house. Wanic is the 9th police officer in the 6th police vehicle responding to the same non-emergency 911 call.

Twenty-three seconds later, at 20:04:46, Officer John Fitzgerald, the officer first dispatched to handle the 911 call, pulls up quietly behind the unmarked car belonging to the undercover unit in front of my home. Fitzgerald remains in his car as I and my wife ask these unidentified men who they are and what they want.

The initial verbal exchange prior to their attack on me was very brief. The entire operation took some 3 or 4 minutes. I was instantly handcuffed and pinned to the ground with one man kneeling on my head with his full body weight. Fully restrained, I was then TASERed, for no reason.

My wife tried to photograph the assault but was physically blocked by Officer Felgenhauer, who threatened her with arrest if she dared to take any photos of Bollyn being assaulted.

This assault appears to have occurred between about 20:04 – 20:05. The TASER report, however, that I received from my FOIA request says that the TASERing occurred at 20:00:36, which does not correspond with the times found in the police log. At the time shown on the TASER report, the three men had not even arrived at my home.

Within two or three minutes, four more police vehicles arrive on the scene. The first two cars, 6134 and 6136, are carrying three officers who often work with children. The Bollyns have two young children. Seven police vehicles with 11 officers and two fire department vehicles are now on the scene.

It should be noted that nearly all of these vehicles were en route to the scene before the police assaulted me. Why would 7 police cars be dispatched to handle a non-emergency call in which a local resident is asking about a suspicious vehicle in his neighborhood?

One of the officers, Kathryn Cawley (#6280), who was not wearing a uniform, took 8-year-old Catherine Bollyn away from her mother without telling her. Helje was distracted by Officer Scott Lawrence and asked where her daughter had been taken. Why did they do that?

Officer Lawrence had followed my wife into our home without being asked in.

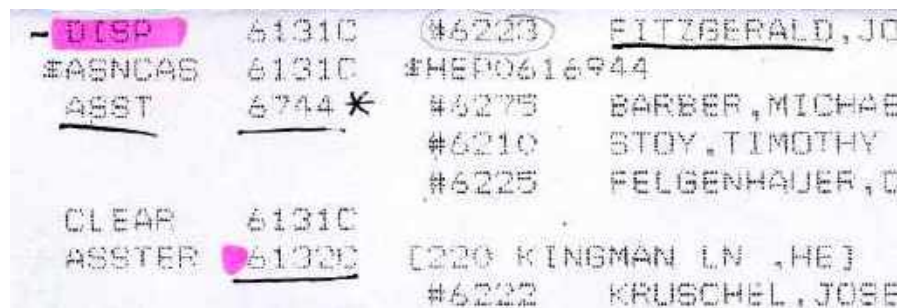
The log transmissions clearly show that an extraordinarily large number of police were involved in responding to my suspicious vehicle call long before they had even arrived at my home.

Image: This is part of the transmission log. This shows that a normal uniformed officer, John Fitzgerald, was properly dispatched to respond to Bollyn's 911 call – but that he and others police evidently conspired to hold uniformed personnel back and allowed the undercover tactical unit to engage the Bollyn family first. This armed unit of three men was precisely the object of Bollyn's fears. These are the men in car No. 6744, i.e. Barber, Stoy, and Felgenhauer.

The police chief, Clint Herdegen, told Bollyn that he had made the decision to send the tactical unit to respond to his non-emergency 911 call. This is an extremely unwise and unprofessional approach to such a situation.

That the police conspired to threaten and harm Bollyn is obvious by the fact that the first police car on the scene at Bollyn's house was 6132C driven by Off. Joseph Kruschel.

Such a conspiracy is a federal offense.



The 911 transcript is evidence of a police conspiracy.

Originally published as "Establishing the Facts – What Really Happened When Police Assaulted Bollyn"

By: ChristopherBollyn

Date: Tuesday, February 27, 2007

<http://www.rumormillnews.com/cgi-bin/archive.cgi/noframes/read/100253>

How the Undercover Hit Squad Hijacked the 911 Call

August 15, 2006

The three-man undercover tactical squad of Michael Barber, Timothy Stoy, and Darin Felgenhauer hijacked the response to Bollyn's 911 call taking it from the properly uniformed police officer named Fitzgerald, who had originally been dispatched. (Barber, it should be noted, is an agent of Michael Chertoff's Department of Homeland Security and served as an agent of DHS in New Orleans after Hurricane Katrina.) Barber's hijacking of the 911 response was clearly meant to provoke Bollyn because the unmarked undercover car with three armed men prowling his neighborhood was precisely the car that concerned Bollyn and that had prompted his 911 call.

The transcript in which Barber and Felgenhauer ask to be sent to Bollyn's house is [here](#).

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTLICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.kla.tv
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 36/2021 ~



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Drei Themen beherrschen derzeit die mediale Diskussion in Deutschland: Corona, Klima und Afghanistan.

Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung sind 2001 US- und Nato-Truppen in Afghanistan eingefallen. Der Islam wurde verunglimpft und seine Führer zu Terroristen erklärt. Stattdessen sollten westliche Werte, wie Frauenrechte, die Rechte von Homosexuellen, die Klimaagenda usw. eingeführt werden, so der Nahost-Experte Christoph Hörstel. Laut Medienberichten drohe dem Land unter den „neuen alten“ Herrschern nun das völlige Chaos. Doch ist das die Realität? Es wäre nicht die erste Medienlüge, mit der ganze Völker nach immer gleichem Muster gezielt manipuliert, aufgehetzt und hinteres Licht geführt werden. Wie sagte bereits der US-Präsident von 1933-1945 Franklin D. Roosevelt „In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auch auf diese Weise geplant war.“ In dieser Ausgabe werden darum einige dieser Muster entlarvt. [1]

Die Redaktion rw./ah./dk.

Feindbild-Taliban

rw. In den Medien werden uns die Taliban immer wieder als Terroristen präsentiert. Der Afghanistan-Experte und Politikwissenschaftler Dr. Sarajuddin Rasuly zeichnet ein etwas anderes Bild: „Die Amerikaner haben 2001 ein Regime installiert, das sich nach und nach zu einem korrupten Regime entwickelt hat ... Damit hat die Bevölkerung ihr Ver-

trauen zur Regierung verloren. Ich habe ... in Erfahrung gebracht, dass sich die [Einwohner] schon vor der jetzigen katastrophalen Situation an die Taliban-Gerichtsbarkheit gewandt haben, an die Taliban-Behörden gewandt haben, wenn sie etwas verloren haben, wenn sie einen Streit hatten, wenn sie einen Grundstückstreit hatten. Sie sind zunehmend

nicht zu afghanischen Behörden gegangen, weil die das Recht zum Unrecht, das Unrecht zum Recht erklärt haben, damit sie Geld bekommen können.“

Können wir hier Parallelen zu anderen Staaten ziehen, wo uns ebenfalls bestimmte Gruppen immer wieder als „extremistisch“ und „gefährlich“ präsentiert werden? [2]

Bestrafe Ungarn, erziehe ganz Europa!

ah. Auf EU-Ebene wird zielstrebig daran gearbeitet, die Gender-Ideologie als Norm in allen Mitgliedstaaten zu verankern und Widerstand zunehmend zu ahnden. Sexuelle Vielfalt gehört laut den Gender-Ideologen in jedes Schulbuch und wird bereits bei den Aller kleinsten in Krippe und Kindergarten thematisiert. Ungarn hat im Zuge eines neuen

Gesetzes gegen Pädophilie im Frühjahr 2021 die Verbreitung von pornographischen Inhalten in Schule, Werbung und TV verboten. Dazu gehören auch Inhalte, die Homosexualität und Geschlechtsumwandlungen propagieren. Aufgrund dessen wird es nun von europäischen Politikern aufs Schärfste angegriffen. Man wirft dem Land vor, funda-

mentale, europäische Werte zu verletzen und droht mit entsprechenden Strafmaßnahmen. Ganz nach dem Muster: Bestrafe einen, erziehe Tausend, scheinen Gender-Ideologen in Politik und Gesellschaft ohne Pardon einen Umsturz der Werte- und Sozialordnung ganz Europas herbeiführen zu wollen. [3]

Ehemaliger „Swiss Re“ Manager: 9/11 sei ein Versicherungsbetrug

dd. Eric Alan Westacott, Sohn eines Engländers und einer Schweizerin, war von 1993 bis 2001 bei dem weltweit zweitgrößten Rückversicherungsunternehmen Swiss Re tätig. In einem Interview mit Kla.TV trat Westacott das erste Mal an die Öffentlichkeit und erzählte von seiner Zeit bei der Swiss Re. Er wurde in die Türkei geschickt, um den dortigen Markt einzuschätzen und Verträge abzuschließen. Kurz danach musste er auf Anweisung alle Verträge wieder annullieren. Nachdem Westacott hörte, dass auch den arabischen Ländern „aus heiterem Himmel“ die Verträge annulliert werden mussten, wurde er stutzig: „Warum ziehen sich Versicherer aus verschiedenen Märkten heraus, die wahrscheinlich in einen Krieg (gegen den Terror) invol-

viert werden? Da will ja keiner irgendwie Schaden abdecken.“ Dies geschah nur wenige Monate vor dem 11.9.2001. Für Westacott ein Indiz, dass es Vorwissen gab. So habe z.B. auch die ehemalige CIA-Agentin und Whistleblowerin Susan Lindauer am 2.8.2001 gesagt, dass mit den Zwillingstürmen etwas geschehen würde.

Westacott vermutet, dass die Swiss Re das Versicherungsrisiko an den Zwillingstürmen trotz „Vorwissen“ übernommen habe, weil ihr im Gegenzug eine der größten US-Firmen, die American Re, verkauft wurde. Auf einen Versicherungsbetrug weise u. a. hin, dass die Zwillingstürme voller Asbest waren (als Feuerschutz) und die Kosten für eine Renovation unbezahlbar gewesen wären. Larry A. Silver-

stein, der am 24.7.2001 einen auf 99 Jahre befristeten Pachtvertrag für die beiden Zwillingstürme erhielt, hätte die Kosten für eine Renovation kaum tragen wollen und habe womöglich Vorwissen gehabt, dass die Zwillingstürme gesprengt werden.

Das vollständige, zutiefst bewegende und authentische Interview ist seit dem 11.9.2021 auf Kla.TV zu finden.

Quellen:

[1]

www.bitchute.com/video/FBTsg1i2nd8C/

[2] www.stern.de/politik/ausland/kabul-fast-640-afghanen-in-flugzeug-fuer-134-passagiere-evakuiert-30661866.html | <https://de.rt.com/international/122303-afghanistan-experte-dr-sarajuddin-rasuly/>

[3]

www.tagesschau.de/ausland/europa/orban-em-101.html |

www.wochenblick.at/werbeverbot-fuer-homosexualitaet-und-geschlechtsumwandlung/

Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt. Die Wahrheit steht von alleine aufrecht.
Thomas Jefferson
(1743-1826)
US-Präsident

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress –

Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzaufsatz an SuG@infopool.info

Sind Nicht-Geimpfte eine Gefahr für die Gesellschaft?

ag. Beinahe täglich werden neue restriktive Maßnahmen gegen Nicht-Geimpfte angedroht unter Aushebelung bisher geltenden Rechts. Sie seien eine Gefahr für die Gesellschaft. Belegt wird dies beispielsweise durch Inzidenzwerte – getrennt ausgewiesen für Geimpfte und Nicht-Geimpfte. Schlussfolgerung: Es bestehe ein deutlich höherer Anstieg der Infektionszahlen bei Nicht-Geimpften gegenüber Geimpften. So behauptet der bayrische Gesundheitsminister Holetschek am 28. August 2021: „Zahlen belegen: Pandemie der Ungeimpften.“ Der österreichische Biologe und Sachbuchautor Clemens G. Arvay hat dafür eine simple Erklärung: „Es wird völlig außer Acht gelassen, dass sich Nicht-Geimpfte aufgrund der 3-G-Regel praktisch

ununterbrochen [...] testen lassen müssen. Viele führen täglich oder alle 48 Stunden zumindest einen Antigentest durch, um überhaupt noch Alltagstätigkeiten verrichten zu können. Hingegen gab es über Monate hinweg keine Testpflicht für Geimpfte. Die Wahrscheinlichkeit, dass milde, untypische oder asymptomatische Fälle im Rahmen des permanenten Massen-Screenings bei Ungeimpften registriert werden, ist gegenüber den Geimpften signifikant höher.“ Und weiter: „Die Daten, die hier zu Propagandazwecken fahrlässig irreführend verbreitet werden, sind in Frage zu stellen.“ Sie dienen dazu, „gegen Nicht-Geimpfte Stimmung zu machen und diesen sogar die Schuld an der »Pandemie der Ungeimpften« zu zuschreiben.“ [4]

Jugend als Druckmittel gegen Impfskeptiker?

kb. Derzeit kommt eine altbekannte Taktik in neuem Gewand: Es geht darum, die Generationen gegeneinander aufzuhetzen, um die Gesellschaft zu spalten und dadurch zu destabilisieren. Waren vor kurzem noch die drastischen Auswirkungen des angeblich menschgemachten Klimawandels das Hauptmotiv gegen uneinsichtige Eltern und Großeltern, gesellt sich jetzt Corona hinzu. „Je mehr geimpft sind, umso freier werden wir wieder sein, umso freier können wir wieder leben“, tönt es aus dem Mund der deutschen Bundeskanzlerin. Gerade Kinder und Jugendliche wünschen sich diese Freiheit sehnsüchtig zurück. Doch was,

wenn die geforderte Impfquote von 85 % bei den 12-59-Jährigen nicht bald erreicht wird und die Infektionszahlen im Herbst wieder ansteigen? Die Chefredakteurin der österreichischen Zeitschrift „Wochenblick“, Elsa Mittmannsgruber, spricht in diesem Zusammenhang von einer wenig beachteten Gefahr. Weil die Impfung den Kindern und Jugendlichen regelrecht als Befreiung aus dem Corona-Gefängnis präsentiert wird, könnte es im Herbst, wenn Schulen und Discos wieder geschlossen werden, zu Protesten seitens der Jugend kommen. Wird die Jugend wieder einmal instrumentalisiert für eine globale Agenda? [6]

Schule – Stätte ideologischer Beeinflussung

dk. Kinder werden vom ersten bis zum 18. Lebensjahr durch Krippen, Kindergärten und Ganztagschulen immer länger vom Familienleben getrennt. Der Historiker und Kindheitsforscher Michael Hüter kommt nach jahrelanger Recherche und Forschung zu dem Ergebnis, dass derartige Bildungssysteme Kinder leichter beeinflussbar und empfänglicher machen für Ideologien. Wie weit diese Ideologisierung schon fortgeschritten ist, sieht man an den aktuellen Entwicklungen: So lernen Kinder heute in der Schule, dass es neben Mann und Frau auch noch bi, trans und weitere 67 Geschlechter gibt, wie man einen „Puff für alle baut“ und dass man freitags für das „Klima hüpf“.

Außerdem gibt es seit neuestem auch einen Koffer vom Politikdidaktiker Prof. Dr. Andreas Petrik, von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Dieser Koffer enthält Unterrichtsmaterialien zum Umgang mit Coronaleugnern, wo Kinder z.B. in Rollenspielen trainieren können, wie man mit solchen (Un-)Menschen umgeht. Schließlich erkannte bereits Lenin das Potential ideologischer, insbesondere der sexuellen Beeinflussung junger Menschen und sagte: „Interessiert die Jugend für Sex und ihr bekommt sie ohne Schwierigkeiten in eure Gewalt.“ Ist das der Grund, warum niemand auf der ganzen Welt das staatliche Schulsystem ändert? [5]

„Wer das Muster erkennt, erkennt den Plan.“
Detlef Körting, Dozent

Zahlen frisiert – Milliarden kassiert

pi. Aktuell werden viele Coronamaßnahmen mit bedrohlichen Zahlen begründet. Doch sind Zahlen tatsächlich so unbestechlich wie Mathematik? In einer sehenswerten Dokumentation von Tilman Achtnich wird an verschiedenen Beispielen aufgezeigt, wie Menschen durch Politik und Pharma manipuliert werden. So ist es gelungen, innerhalb weniger Jahre eine Medizin zu etablieren, „die immer mehr in eine geschäftsorientierte Medizin geht“ wie Risikoforscher Professor Gerd Gigerenzer sagt. Aus Gesunden werden Kranke, indem auf Basis gefälliger Studien sowie verbogener Statistiken

Indikatoren zum Vorteil der Pharmaindustrie geändert werden. So wird ein Mensch heute bereits ab einem Blutzuckerwert von 126 mg/dl zum Diabetiker, statt wie früher erst ab 140 mg/dl. Dasselbe bei Cholesterinwerten: Innerhalb weniger Jahre sank hier der Grenzwert von 300 mg/dl auf 200 mg/dl. So entstehen neue Patienten und die Pharmaindustrie streicht zusätzliche Milliarden ein. Der Trend setzt sich fort und offenbart sich perverser als je zuvor in der gegenwärtigen Coronahysterie: Durch Manipulation von Statistiken und Zahlen lässt sich jede Maßnahme begründen. [7]

Schlusspunkt •

Wer die Muster durchschaut und Zusammenhänge erkennt, war zu allen Zeiten im Vorteil. Jede Lüge endet dort, wo einer aufsteht und die Wahrheit sagt. Deshalb – lasst uns dranbleiben und weiter auf die Zusammenhänge und Fakten hinweisen, bis es auch dem Letzten wie Schuppen von den Augen fällt. Ein globaler Betrug hat auch das Potential für ein globales Erwachen.

Die Redaktion ah.

Quellen: [4] www.kla.tv/19710 [5] <https://de.rt.com/programme/der-fehlernde-part/91085-schule-macht-kinder-krank-kindheitsforscher/> | www.hallanzeiger.de/aktuelle_lokale_nachrichten/07-07-2021-verschwörungstheorien-zu-corona-wie-gelingt-aufklaerung-in-der-schule | www.auf1.tv/nachrichten-auf1/angriff-auf-unsere-kinder-transsexuellen-propaganda-in-schulen [6] www.auf1.tv/aufrecht-auf1/kinder-und-jugendimpfung-bedrohung-fuer-mensch-familie-und-gesellschaft/ [7] Dokumentation von Tilman Achtnich: „Im Land der Lügen“; 2018; www.youtube.com/watch?v=PCIDw1lJLlI Im Land der Lügen: Wie uns Politik und Wirtschaft mit Zahlen manipulieren

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 11.09.21

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktionsadresse:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen:

ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen



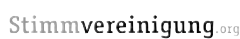
www.anti-zensur.info



www.kla.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv

This web site was frozen on September 20, 2004 at 12:00 AM, EDT. It is now a Federal record managed by the National Archives and Records Administration. External links were active as of that date and time. For technical issues, contact webprogram@nara.gov. For questions about the web site, contact info@9-11pdp.org.

Public Statement
Release of 9/11 Commission Report
The Hon. Thomas H. Kean and the Hon. Lee H. Hamilton
July 22, 2004

Good morning. Today, we present this Report and these recommendations to the President of the United States, the United States Congress, and the American people. This report represents the unanimous conclusion of the National Commission on Terrorist Attacks upon the United States.

On September 11, 2001, 19 men armed with knives, box-cutters, mace and pepper spray penetrated the defenses of the most powerful nation in the world. They inflicted unbearable trauma on our people, and turned the international order upside down.

We ask each of you to remember how you felt that day—the grief, the enormous sense of loss. We also came together that day as a nation—young and old, rich and poor, Republicans and Democrats. We all had a deep sense of hurt. We also had a deep sense of purpose. We knew what we had to do, as a nation, to respond. And we did.

But on that September day we were unprepared. We did not grasp the magnitude of a threat that had been gathering over time. As we detail in our report, this was a failure of policy, management, capability, and – above all – a failure of imagination.

Findings

We recognize that we have the benefit of hindsight. And, since the plotters were flexible and resourceful, we cannot know whether any single step or series of steps would have defeated them. What we can say with confidence is that none of the measures adopted by the U.S. government before 9/11 disturbed or even delayed the progress of the al Qaeda plot.

There were several unexploited opportunities.

- Our government did not watchlist future hijackers Hazmi and Mihdhar before they arrived in the United States, or take adequate steps to find them once they were here.
- Our government did not link the arrest of Zacarias Moussaoui, described as interested in flight training for the purpose of using an airplane in a terrorist act, to the heightened indications of attack.
- Our government did not discover false statements on visa applications, or recognize passports manipulated in a fraudulent manner.
- Our government did not expand no-fly lists to include names from terrorist watchlists, or require airline passengers to be more thoroughly screened.

These examples make up part of a broader national security picture, where the government failed to protect the American people. The United States government was simply not active enough in combating the terrorist threat before 9/11.

- o Our diplomacy and foreign policy failed to extricate bin Laden from his Afghan sanctuary.
- o Our military forces and covert action capabilities did not have the options on the table to defeat al Qaeda or kill or capture bin Laden and his chief lieutenants.
- o Our intelligence and law-enforcement agencies did not manage or share information, or effectively follow leads, to keep pace with a nimble enemy.
- o Our border, immigration, and aviation security agencies were not integrated into the counterterrorism effort; and
- o Much of our response on the day of 9/11 was improvised and ineffective, even as extraordinary individual acts of heroism saved countless lives.

Our failure took place over many years and Administrations. There is no single individual who is responsible for this failure. Yet individuals and institutions are not absolved of responsibility. Any person in a senior position within our government during this time bears some element of responsibility for the government's actions.

It is not our purpose to assign blame. As we said at the outset, we look back so that we can look forward. Our goal is to prevent future attacks.

Every expert with whom we spoke told us that an attack of even greater magnitude is now possible--and even probable. We do not have the luxury of time. We must prepare and we must act.

The al Qaeda network and its affiliates are sophisticated, patient, disciplined, and lethal. Usama Bin Ladin built an infrastructure and organization that was able to attract, train and use recruits against ever more ambitious targets. He rallied new zealots with each demonstration of al Qaeda's capability. His message and hate-filled ideology have instructed and inspired untold recruits and imitators. He and al Qaeda:

- o despise America and its policies;
- o exploit political grievances and hopelessness within the Arab and Islamic world;
- o indoctrinate the disaffected and pervert one of the world's great religions; and
- o seek creative methods to kill Americans in limitless numbers, including the use of chemical, biological and nuclear weapons.

Put simply, the United States is presented with one of the great security challenges in our history. We have struck blows against the terrorists since 9/11. We have prevented attacks on the homeland. We believe we are safer today than we were on 9/11 – but we are not safe.

Because al Qaeda represents an ideology – not a finite group of people – we should not expect the danger to recede for years to come. No matter whom we kill or capture – including Usama Bin Ladin – there will still be those who plot against us. Bin Ladin has inspired affiliates and imitators. The societies they prey on are vulnerable; the terrorist ideology is potent; and the means for inflicting harm are readily available. We cannot let our guard down.

Recommendations – A Global Strategy

This Commission does not have all the answers. But we have thought about **what to do** – a global strategy – and **how to do it** – a different way of organizing our government. But, based on our thorough review of the government’s performance, and our examination of the enemy, we recommend the following elements for a counterterrorism strategy.

This strategy must be balanced. It must integrate all the elements of national power: diplomacy, intelligence, covert action, law-enforcement, economic policy, foreign aid, homeland defense, and military strength. There is no silver bullet or decisive blow that can defeat Islamist terrorism. It will take unity of effort and sustained and effective use of every tool at our disposal:

- o We need to play offense: kill or capture terrorists; deny them sanctuaries; and disrupt their ability to move money and people around the globe.
- o We need to ensure that key countries like Afghanistan, Pakistan and Saudi Arabia are stable, capable, and resolute in opposing terrorism.
- o We need to sustain a coalition of nations that cooperates bilaterally and multilaterally with us in the counterterrorism mission. We need a better dialogue between the West and the Islamic world. We also highlight the need to restrict and roll back the proliferation of the world’s most dangerous weapons.
- o We need to put forth an agenda of opportunity – economic, educational, and political – so that young people in the Arab and Islamic world have peaceful and productive avenues for expression and hope.
- o We need to join the battle of ideas within the Islamic world: communicating hope instead of despair, progress in place of persecution, life instead of death. This message should be matched by policies that encourage and support the majority of Muslims who share these goals.
- o At home, we need to set clear priorities for the protection of our infrastructure, and the security of our transportation. Resources should be allocated based upon those priorities, and standards of preparedness should be set. The private sector and local governments should play an important part of this process.
- o We need secure borders, with heightened and uniform standards of identification for those entering and exiting the country; and an immigration

system able to be efficient, allowing good people in while keeping terrorists out.

- o If, God forbid, there is another attack, we must be ready to respond. We must educate the public, train and equip our first responders, and anticipate countless scenarios.

Recommendations – Organizing Government

We recommend significant changes in the organization of the government. We know that the quality of the people is more important than the quality of the wiring diagrams. Good people can overcome bad structures. They should not have to.

Day and night, dedicated public servants are waging the struggle to combat terrorists and protect the homeland. We need to ensure that our government maximizes their efforts through information sharing; coordinated effort; and clear authority.

A critical theme that emerged throughout our inquiry was the difficulty of answering the question: Who is in charge? Who ensures that agencies pool resources, avoid duplication, and plan jointly? Who oversees the massive integration and unity of effort necessary to keep America safe? Too often the answer is: “no one.” Thus we are recommending:

- A National Counterterrorism Center. We need unity of effort on counterterrorism. We should create a National Counterterrorism Center (NCTC) to unify all counterterrorism intelligence and operations across the foreign-domestic divide in one organization. Right now, these efforts are too diffuse across the government. They need to be unified.
- A National Intelligence Director. We need unity of effort in the Intelligence Community. We need a much stronger head of the Intelligence Community, and an intelligence community that organizes itself to do joint work in national mission centers. We need reforms of the kind the military had two decades ago. We need a “Goldwater-Nichols” reform for the intelligence community. The intelligence community needs a shift in mindset and organization, so that intelligence agencies operate under the principle of joint command, with information-sharing as the norm.
- Reform in the Congress. We need unity of effort in the Congress. Right now, authority and responsibility are too diffuse. The Intelligence Committees do not have enough power to perform their oversight work effectively. Oversight for Homeland Security is splintered among too many Committees. We need much stronger committees performing oversight of intelligence. We need a single committee in each chamber providing oversight of the Department of Homeland Security.
- Reform in the FBI. We need a stronger national security workforce within the FBI. We do not support the creation of a new domestic intelligence agency. What the FBI needs is a specialized and integrated national security workforce, consisting of agents, analysts, linguists and surveillance specialists. These specialists need to be recruited, trained, rewarded, and retained to ensure the development of an institutional culture with deep expertise in intelligence and national security.

- Changes in Information Sharing. We need unity of effort in information sharing. The U.S. government has access to a vast amount of information. But it has a weak system for processing and using that information. “Need to share” must replace “need to know.”
- Transitions. We need a better process for transitions involving national security officials, so that this Nation does not lower its guard every four or eight years.

These, and other, recommendations are spelled out in great detail in our report. We have made a limited number of recommendations, focusing on the areas we believe most critical.

We are acutely sensitive to the need to vigorously protect our liberties as we guard our security. We endorse many of the actions taken in the wake of 9/11 to facilitate government action and information sharing. But we stress that these measures need to be accompanied by a commitment to our open society and the principle of review – safeguards that are built into the process, and vigorous oversight. We must, after all is said and done, preserve the liberties that we are fighting for.

Concluding Thoughts

Before we close, we offer a few more thoughts. We approached our task with a deep respect for the place of September 11th in our nation’s history. Some have compared the shock we felt to Pearl Harbor, others to the Kennedy assassination. There are no comparisons. This was a moment unique in our long history.

As every four years in this democracy, we are in the midst of a presidential campaign. Our two great parties will disagree, and that is right and proper. But at the same time we must unite to make our country safer. Republicans and Democrats must unite in this cause.

The American people must be prepared for a long and difficult struggle. We face a determined enemy who sees this as a war of attrition – indeed, as an epochal struggle. We expect further attacks. Against such an enemy, there can be no complacency. This is the challenge of our generation. As Americans we must step forward to accept that challenge.

We have reviewed 2.5 million pages of documents, and interviewed over 1,200 individuals – including experts and officials, past and present.

Our work has been assisted by a superb staff. Each one of these professionals has provided dedication and expertise that has exceeded our highest expectations.

We also had the high honor of working with an extraordinary group of Commissioners. Each has shown skill, determination, and collegiality.

We close by thanking the families who lost loved ones on 9/11. You demanded the creation of this Commission. You have encouraged us every step of the way as partners, and as witnesses. From your grief, we have drawn strength. We are determined to do everything possible to prevent other families from suffering your tragedy.

On that beautiful September day, we felt deep hurt, but we believed and acted as one nation. We united as Americans have always united in the face of a common foe. Five Republicans and five Democrats have come together today with that same unity of purpose.

We file no additional views. We have no dissents. We have each decided that we will play no active role in the fall presidential campaign. We will, instead, work together in support of the recommendations in this report. We believe that in acting together, we can make a difference. We can make our nation safer and more secure.

We would be happy to take your questions.



Search bar with up and down arrows and a close button.

Murder	Celebrities	Forensics	Heists	Justice Issues	Organized Crime	Books/Films	Sex	More...
--------	-------------	-----------	--------	----------------	-----------------	-------------	-----	---------

Richard Nixon's Greatest Cover-Up: His Ties to the Assassination of President Kennedy

Oct 2, 2009 - by [Don Fulsom](#) - 0 Comments

October 15, 2003 (updated 03/22/09)



Richard M. Nixon press conference releasing the transcripts of the White House tapes, 04/29/1974.

Nixon's ties to the assassination of President Kennedy run deep, from his association with Jack Ruby, his ties to Jimmy Hoffa and the Mafia, and his connection to CIA operative E. Howard Hunt. On a tape recorded in Nixon's White House office in 1972 he told two top aides that the Warren Commission Report pulled off "the greatest hoax that has ever been perpetuated." No one knew that better than he did.

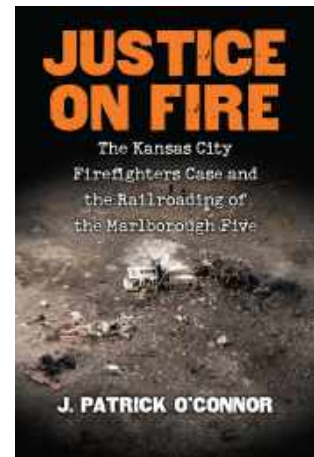
by [Don Fulsom](#)

Seared into the memories of all Americans who lived through the assassination of President John F. Kennedy is exactly where they were on November 22, 1963. Yet private citizen Richard Nixon, who — believe it or not — was in Dallas, could not recall this fact in a post-assassination interview with the FBI.

The interview dealt with an apparently false claim by Marina Oswald that her husband —alleged Kennedy assassin Lee Harvey Oswald — had targeted Nixon for death during an earlier trip to Dallas. A Feb. 28, 1964 FBI report on the interview said Nixon "advised that the only time he was in Dallas, Texas, during 1963 was two days prior to the assassination of President John F. Kennedy."

While Nixon eventually came clean regarding his whereabouts on that fateful day, he seemed touchy whenever the matter was raised. For example, in a 1992 interview with CNN's Larry King, Nixon interjected he was in Dallas "In the morning!" when King cited the presumed geographical coincidence. Nixon left Dallas on a flight to New York

Justice on Fire



On the night of November 29, 1988, near the impoverished Marlborough neighborhood in south Kansas City, an explosion at a construction site killed six of the city's firefighters. It was a clear case of arson, and five people from Marlborough were duly convicted of the crime. But for veteran crime writer and crusading editor J. Patrick O'Connor, the facts—or a lack of them—didn't add up. *Justice on Fire* is OConnor's detailed account of the terrible explosion that led to the firefighters' deaths and the terrible injustice that followed. Also available from [Amazon](#)

To search, type and hit enter

Search bar with a close button.

▲	▼	1.550.000 €	550.000 €	3.600.000 €
---	---	-------------	-----------	-------------

said that the President had just been shot in Dallas." In November of 1973, however, Nixon said in *Esquire* that his cabbie "missed a turn somewhere and we were off the highway...a woman came out of her house screaming and crying. I rolled down the cab window to ask what the matter was and when she saw my face she turned even paler. She told me that John Kennedy had just been shot in Dallas."

In yet another curious twist, a November 22nd wire service photo of Nixon indicates he might even have learned of the shooting *before* his cab ride. In the photo, a glum-looking Nixon, hat in lap, is sitting in what appears to be an airline terminal. The caption on the United Press International photo reads: "Shocked Richard Nixon, the former vice president who lost the presidential election to President Kennedy in 1960, is shown Friday after he arrived at Idlewild Airport in New York following a flight from Dallas, Tex., where he had been on a business trip."

In the 1992 King interview, Nixon maintained he'd never had any interest in digging into the JFK assassination: "I don't see a useful purpose in getting into that and I don't think it's frankly useful for the Kennedy family to constantly raise that up again."

Nixon's professed disinterest doesn't ring true, however, for it came from one of our snoopiest chief executives — a politician who just relished investigations, spying, secrets, and conspiracies. As Nixon aide John Ehrlichman once observed: "He was a conspiracy buff. He liked intrigue, and he liked secret maneuverings of the FBI, and he liked to hear about what the CIA did, and so on. He just couldn't leave that stuff alone."

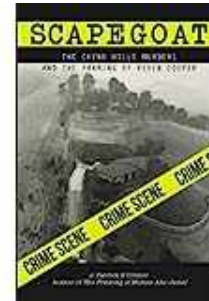
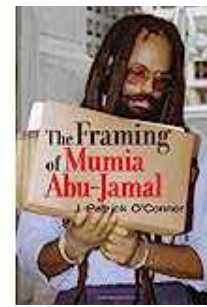
As for Nixon's stated compassion for the Kennedys, let's not forget that he deeply despised them. So much so that, as president, he ordered chief White House spy E. Howard Hunt to forge diplomatic cables to make it look like President Kennedy ordered the murder of South Vietnamese leader Ngo Dinh Diem. He sent another spy, Anthony Ulasewicz, to Chappaquiddick, Mass., to investigate the 1969 crash of a car driven by Edward Kennedy that killed the senator's female companion. He placed Sen. Kennedy under a 24-hour-a-day Secret Service surveillance in an effort, in Nixon's phrase, "to catch him in the sack with one of his babes." And Nixon pressed aides to plant a false story in the press linking Sen. Kennedy to the 1972 assassination attempt against Alabama Gov. George Wallace.

What did Nixon do in Dallas? He arrived on Nov. 20 to attend a board meeting of the Pepsi Cola Company, one of his law clients. Dallas reporter Jim Marrs says Nixon and actress Joan Crawford, a Pepsi heiress, "made comments to the effect that they, unlike the president, didn't need Secret Service protection, and they intimidated the nation was upset with Kennedy's policies. It has been suggested that this taunting may have been responsible for Kennedy's critical decision not to order the Plexiglas top placed on his limousine on Nov. 22."

When adviser Stephen Hess saw Nixon that same afternoon at the former vice president's New York apartment, he said Nixon was "pretty shook up." Hess later portrayed his boss to political reporter Jules Witcover as unusually defensive about his pre-assassination comments in Dallas: "He had the morning paper, which he made a great effort to show me, reporting he had held a press conference in Dallas and made a statement that you can disagree with a person without being discourteous to him or interfering with him. He tried to make the point that he had tried to prevent it ... It was his way of saying, 'Look, I didn't fuel this thing.'"

What Nixon apparently failed to tell Hess was that the major story from his meeting with reporters in Dallas was certain to fuel the anger of some Texans toward Kennedy. The headline in the *Dallas Morning News* on November 22 said: "Nixon Predicts JFK May Drop Johnson." Vice President Lyndon Johnson was, of course, a Texan.

On the morning after the assassination, Nixon convened a meeting of Republican leaders at his New York apartment. Those assembled were "already assessing how this event would affect or recreate the possibilities of Nixon running for president."



On This Date in Crime History

John Wayne Gacy Confessed to Killing Dozens (December 22, 1978)



Tweets from @CrimeMagazine



Nothing to see here - yet

When they Tweet, their Tweets will show up here.

[View on Twitter](#)

knew about the whole damn thing"— adding that he had met with both future presidents in Dallas "immediately prior to the assassination."

Giancana's half-brother Chuck and nephew Sam claimed in their 1992 book *Double Cross* that the Mafia don had a long, warm, and mutually rewarding relationship with Nixon that dated back to the 1940s. In those times, Giancana was helping Chicago Syndicate boss Anthony Accardo consolidate the city's rackets and gambling operations, and Nixon was a freshman congressman from California. In recounting for his relatives a big favor the congressman did for Giancana back then, the gangster established a direct link between Nixon and a Chicago hoodlum who later moved to Texas and went on to shoot Lee Harvey Oswald: "Nixon's done me some favors, all right, got us some highway contracts, worked with the unions and overseas. And we've helped him and his CIA buddies out, too. Shit, he even helped my guy in Texas, (Jack) Ruby, get out of testifying in front of Congress back in forty-seven ... By sayin' Ruby worked for him."

A 1947 memo, found in 1975 by a scholar going through a pile of recently released FBI documents, supports Giancana's contention. In the memo, addressed to a congressional committee investigating organized crime, an FBI assistant states: "It is my sworn testimony that one Jack Rubenstein of Chicago ... is performing information functions for the staff of Congressman Richard Nixon, Republican of California. It is requested Rubenstein not be called for open testimony in the aforementioned hearings." (Later in 1947, Rubenstein moved to Dallas and shortened his last name.) The FBI subsequently called the memo a fake, but the reference service Facts on File considers it authentic.

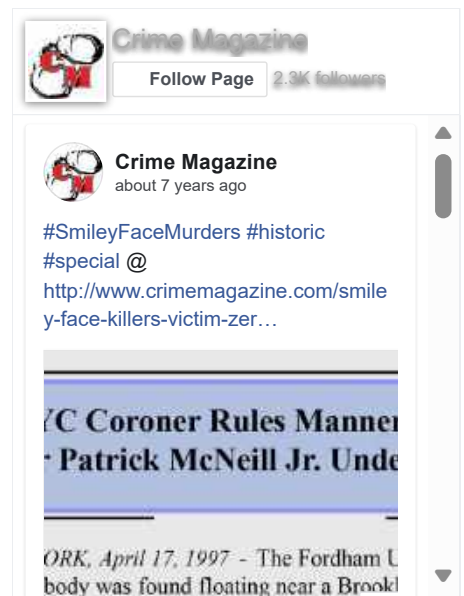
Undercover work for the young Congressman Nixon would have been in keeping with Ruby's history as a police tipster and government informant. In 1950, Ruby gave closed-door testimony to Estes Kefauver's special Senate committee investigating organized crime. Committee staffer Luis Kutner later described Ruby as "a syndicate lieutenant who had been sent to Dallas to serve as a liaison for Chicago mobsters." In exchange for Ruby's testimony, the FBI is said to have eased up on its probe of organized crime in Dallas. In 1959, Ruby became an informant for the FBI.

Ruby's old Chicago boss, Giancana, was murdered in his home in Oak Park, Ill., in 1975 — shortly before he was to have appeared before a Senate committee investigating assassinations. Seven .22-caliber bullets were blasted into his mouth and neck, Mob symbolism for "talks too much."

Giancana had never been adept at keeping secrets. When Mob/CIA hit teams were planning to assassinate Cuban leader Fidel Castro in 1960 — an operation reportedly overseen by Vice President Richard Nixon—Giancana's loose lips allowed FBI Director J. Edgar Hoover to discover the plans.

Lee Harvey Oswald was at his Dallas job as an order-filler at the Texas School Book Depository on Nov. 22. Shortly after shots rang out in Dealey Plaza, Oswald fled the crime scene. Later that afternoon, a policeman trying to arrest Oswald was shot to death. After a struggle with the armed Oswald in a movie theater, police apprehended him and charged him with the murders of both President Kennedy and the policeman.

In 1964, a presidential commission headed by Chief Justice Earl Warren concluded that Oswald — firing a rifle from a sniper's nest on the sixth floor of the depository — was Kennedy's sole assassin. The commission portrayed Oswald as a "discontented" loner whose "avowed commitment to Marxism and Communism" might have contributed to his deed. But the Warren Commission had not looked carefully at the alleged assassin's ties to the Syndicate. In New Orleans — where Oswald spent significant portions of his life — Oswald's uncle and substitute father was Charles "Dutz" Murret, an important bookie in godfather Carlos Marcello's gambling apparatus. Oswald's mother, Marguerite, dated members of Marcello's gang. Oswald friend David Ferrie worked for Marcello; had alleged ties to the CIA; and, in 1967, was named by New Orleans District Attorney Jim Garrison as a key JFK assassination plotter.



Crime Magazine
Follow Page 2.3K followers

Crime Magazine
about 7 years ago

#SmileyFaceMurders #historic
#special @
<http://www.crimemagazine.com/smiley-face-killers-victim-zero>

OC Coroner Rules Manner
Patrick McNeill Jr. Under

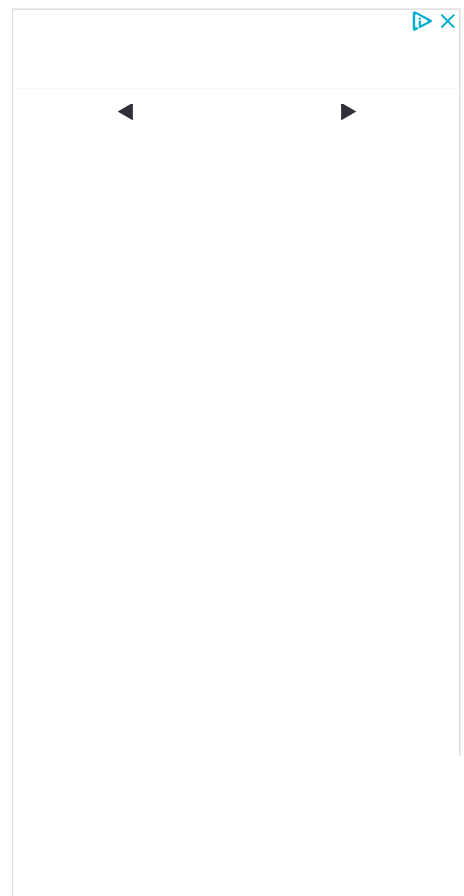
ORK, April 17, 1997 - The Fordham U
body was found floating near a Brookl



DHgate.com
The leading B2B
online trading
marketplace for
china wholesale



T-shirts \$10



Empty social media post placeholder with navigation arrows and a close button.

men with rifles standing behind the picket fence on the plaza's grassy knoll. The riflemen were participating in mock target practice —aiming their guns over the fence in the direction of the street. By the time the patrolmen reached the area, however, the unidentified men had vanished.

Realizing the significance of this information in the immediate aftermath of the assassination, Dallas police forwarded it to the FBI. But an FBI report on the incident, dated Nov. 26 1963, apparently was not turned over to the Warren Commission. This report — clearly pointing to a conspiracy — was finally made public in 1978 in response to a Freedom of Information request.

In 1979, a House committee differed with the commission's finding that Oswald acted alone. After a two-year study, the panel indicated there were at least two shooters, declared that Kennedy "was probably assassinated as a result of a conspiracy," and it fingered the Mafia as having the "motive, means, and opportunity." Two top committee staffers — Robert Blakey and Richard Billings — later wrote of their conviction that "Oswald was acting in behalf of members of the Mob, who wanted relief from the pressure of the Kennedy administration's war on crime led by Attorney General Robert F. Kennedy."

The two investigators flatly asserted that the president of the Mob-dominated Teamsters union, Jimmy Hoffa — along with Mob bosses Carlos Marcello, Santos Trafficante and Sam Giancana — planned and carried out the president's slaying. They said both Oswald and Ruby were Mafia-connected, and that Ruby silenced Oswald on orders from the Mob. In a recent book, former Mafia consigliere Bill Bonanno — the son of legendary New York godfather Joe Bonanno — also maintains that Hoffa, Marcello, Trafficante, and Giancana were involved in the JFK assassination.

In 2001, a scientific study supported the conclusion first propounded by the House committee in 1979: that sounds heard on police recordings from Dealey Plaza are consistent with a shot being fired from the famed grassy knoll — bolstering the panel's finding that Kennedy's murder probably resulted from a plot.

Jack Ruby was a busy man in Dallas on Nov. 22. Only hours before Kennedy's arrival, the debt-ridden striptease club operator met with Mafia paymaster Paul Jones. Shortly after Kennedy was shot, Ruby showed up at Parkland Hospital, where the president had been taken — though he later denied being there at that critical time. Minutes after Kennedy was pronounced dead, Ruby phoned Alex Gruber — an associate of one of Jimmy Hoffa's top officials, and a man with known connections to hoodlums who worked for racketeer Mickey Cohen. Ruby and Gruber had met 10 days earlier in Dallas. When he was arrested for killing Oswald two days later, Ruby had \$2,000 on his person and authorities found \$10,000 in his apartment.

On the evening of the 22nd, Ruby was hanging around on the same floor of the police station where Oswald was being questioned. He even attended the midnight police station press conference at which Oswald was trotted out briefly for the world to see. Ruby corrected the district attorney when he told reporters that Oswald belonged to the Free Cuba Committee, an anti-Castro outfit. Ruby pointed out that the D.A. had meant Fair Play for Cuba, a pro-Castro group.

Did Nixon meet face-to-face with Jack Ruby in Dallas? Perhaps. Both men were at the Pepsi Cola convention—where the former vice president could well have run into his ex-informant.

A Canadian trade reporter at the time, Norman Similas, revealed to the *Toronto Star* that Ruby was a familiar face at the bottlers' conclave. Ruby worked the floor—handing out free passes to the Carousel. He told Similas he should stay in town long enough to view President Kennedy's motorcade.

Similas and several members of his party wound up spending several nights drinking,

Justice for Kansas City Firefig



Authors

J. J. Maloney
Lisa Agnew
H. P. Albarelli Jr.
Jane Alexander
Betty Alt
Scott Thomas Anderson
Diane Anderson-Minshall
Mel Ayton
Joan Bannan
Michael Thomas Barry
Scott Bartz
Dane Batty
Bonnie Bobit
Gary Boynton
John Lee Brook
Heather Buchanan
Paul Buchanan
Patrick Campbell
Amanda Carlos
Eve Carson
James Ottavio Castagnera
J. D. Chandler
Ron Chepesiuk
Denise M. Clark
Kendall Coffey
Peter Davidson
Dr. Nicola Davies
Anthony Davis
Scott M. Deitch
Michael Esslinger
Steven Gerard Farrell
Seth Ferranti
Deborah Rubin Fields
Harriet Ford
Don Fulsom
Mark S. Gado
Mary Garden
Oliver Gaspirtz
Erin Geyer

Similas took Jack Ruby's advice and remained in Dallas to see President Kennedy. He took up a spot not far from the Texas Book Depository. As the president's motorcade passed, Similas heard shots.

"I was seeing the assassination of the most powerful man in the world--and he's dead . . . His head literally exploded."

"Most vivid was the pinkish dress Jackie (Kennedy) was wearing and her hat was sort of pushed aside. That caught my eye more than anything," he said. "She looked so distraught, in complete shock. Looking at her you wanted to cry."

A few days after his return from the United States, Similas was watching Lee Harvey Oswald's transfer in the basement of the Dallas jail. When Ruby stepped out and shot Oswald, Similas knew instantly who the triggerman was. "Oh my God!" he remembers his wife saying then. "What has my husband gotten himself into?"

Like Oswald, Ruby could well have been under the control of the Mob, especially of Marcello — whose territory extended to Dallas, and whose take from underworld activities in Louisiana alone at the time was put at \$1 billion-a-year. Ruby had lifelong connections to the Mafia and was involved in slot machines and bookmaking operations under Marcello's command. In 1959, Ruby reportedly visited Mob boss Santos Trafficante in a Cuban prison. After Oswald's murder, Ruby's brother approached one of Jimmy Hoffa's lawyers to represent Ruby.

More than a dozen people claim to have seen Ruby and Oswald together during the four months prior to the Kennedy assassination. In 1994, Dallas reporters Ray and Mary La Fontaine claimed that, shortly after Oswald's arrest on Nov. 22, he told a cellmate that he and Ruby attended a meeting in a local hotel just days earlier.

CIA agent E. Howard Hunt — Richard Nixon's top confederate in past and future undercover operations — may also have been in Dallas the day President Kennedy was killed. During a 1985 trial in Miami, CIA operative Morita Lorenz testified that, on Nov. 21, at a Dallas motel, she saw Hunt pay money to another agency operative — Hunt pal and future Watergate burglar Frank Sturgis. She maintained that, shortly after Hunt left, Jack Ruby showed up. Lorenz returned to her home in Miami that same night, but said Sturgis later told her what she had missed in Dallas on Nov. 22, 1963: "We killed the president that day."

The testimony came in a suit brought by Hunt against the right-wing newsletter *Spotlight* for printing a 1978 article titled, "CIA to Admit Hunt Involvement in Kennedy Slaying." The jury ruled in favor of the newsletter.

At one time, Lorenz was Fidel Castro's girlfriend. In 1959, Hunt and Sturgis had recruited her into the CIA with the goal of killing the Cuban leader. At the trial, Lorenz identified Hunt as Sturgis's CIA paymaster. She said that, on Nov. 21, Hunt gave Sturgis an envelope of cash at the Dallas motel after she and Sturgis arrived there to take part in what she was told was a "confidential" operation.

In a deposition for the Miami trial, a reporter testified he had once seen an internal CIA memo, dated 1966, which said: "Some day we will have to explain Hunt's presence in Dallas on Nov. 22, 1963." That reporter — Joseph Trento — had co-authored a 1978 article for the *Wilmington News Journal* headlined: "Was Hunt in Dallas the Day JFK Died?" His piece contained speculation by "some CIA sources" that "Hunt thought he was assigned by higher-ups to arrange the murder of Lee Harvey Oswald."

In 1975, a JFK assassination researcher in Texas received from an anonymous source a copy of a brief handwritten Nov. 8, 1963 note to a "Mr. Hunt" purportedly from Oswald. The writer asked for "information concern[ing] [sic] my position. I am asking only for information. I am asking that we discuss the matter fully before any steps are taken by me or anyone else." Three handwriting experts found that the writing was that of Oswald. "Concerning" was also misspelled in a letter Oswald was known to have written

George Hassett
Charles Hustmyre
Ben Johnson
Jeni Johnson
Binoy Kampmark
Stephen Karadjis
Brittini Brown
Faye Karavasili
Jeannette Garrett
Martin Baggoley
David Keller
John F. Kelly
David Kirschner, PhD.
Barbara Kussov
Marie Kusters-McCarthy
Doris Lane
Jason Lapeyre
Ronald J. Lawrence
David Lohr
Lora Lusher
Douglas MacGowan
Lona Manning
Hal Mansfield
Peter Manso
David Margolick
Jessica Mason
Allan May
Avi McClelland-Cohen
Thomas D. McDougall
James R. Melton
Paula Moore
John Morris
Siobhan Patricia Mulcahy
Richard Muti
Tim Newark
Denise Noe
Lt. John Nores Jr.
J. Patrick O'Connor
John O'Dowd
Robert Phillips
Liz Porter
Kelly Pucci
Mark Pulham
Joe Purshouse
Patrick Quinn
James Rada Jr.
Randy Radic
Mirah Riben
Michael Richardson
David Robb
Ryan Ross

building also housed the detective agency of former FBI agent Guy Banister — who was associated with the CIA, the Mafia, Cuban exile leaders, and suspected JFK assassination plotter David Ferrie.

Ex-CIA agent Victor Marchetti has linked Hunt and Sturgis with Ferrie. Sturgis has claimed: that he knew Oswald; that documents existed at the CIA detailing the role of Ruby in the Kennedy killing; and that Oswald and Ruby once met in a hotel in New Orleans.

Sturgis also claimed that CIA Director Richard Helms refused repeated orders from President Nixon turn over to him all of the spy agency's most sensitive files on the JFK assassination.

There was nothing Nixon longed for more. He seemed to obsess over them. He put aide John Ehrlichman in charge of prying those sensitive intelligence files from Helms. Nixon aide Bob Haldeman later revealed that Nixon, Helms and Ehrlichman had a code name for those files, and for the JFK assassination: "The Bay of Pigs."

Because Helms was not cooperating, the President summoned both Helms and Ehrlichman to the Oval Office. On Oct. 8, 1971. Before the CIA chief entered, Ehrlichman briefed Nixon on Helms's latest excuse for not handing over the documents:

"(Helms) said that his relationship with past presidents had been such that he would not feel comfortable about releasing some of this very, very dirty linen to anyone without first talking it through with you, because he was sure that when you become a former president you would want to feel that whoever was at the agency was protecting your interests in a similar fashion." Ehrlichman added: "This is incredibly dirty linen."

Then, as an aside, Ehrlichman told Nixon about one of the CIA chief's greatest secret fears—a fear that proved well founded when the Hunt-led Watergate burglars were caught in June 1972:

"Helms is scared to death of this guy Hunt that we got working for us because he knows where a lot of the bodies are buried. And Helms is a bureaucrat first and he's protecting that bureau."

After Helms enters the talks, Nixon asserts: "The President needs to know everything!" Pounding his desk for emphasis, Nixon also gave the CIA boss a firm pledge:

"The real thing you need to have from me is this assurance: I am not going to embarrass the CIA! Because it's (certainly?) important. Second, I believe in dirty tricks"—meaning, in the parlance of the spy trade—clandestine attempts to overthrow unfriendly governments, by assassination if necessary.

A seemingly contrite Helms responds: "I regard myself, you know, really, as working entirely for you. And everything I've got is yours."

Then, file folder in hand, the nation's top spy meekly asks Nixon: "Should I turn this over to John?"

The President replies: "Let me see it."

An audiotape of the Nixon-Helms-Ehrlichman session was released by the National Archives in 2000 and made available on nixontapes.org in 2009. The Web site is run by Dr. Luke Nichter, a history professor at Tarleton State University-Central Texas.

What Helms finally surrendered to Nixon, it turns out, was not at all what the president was seeking. In *The Arrogance of Power*, Nixon biographer Anthony Summers says, "What (Helms) did do, on a visit to the Oval Office, was hand Nixon a slender report by a Marine colonel who had been seconded to the CIA at the time of the Bay of Pigs."

Nixon even complained in his memoirs that what Helms had given him was "incomplete ... The CIA protects itself. even from presidents."

Ronnie Smith
Francesca Spina
Lynne Stewart
James A. Swan, Ph.D.
Benjamin Welton
Claudette Walker
Daniel B. Young
Evan Whitton
John Tait
Kim Walker
Marilyn Z. Tomlins
Michael Volpe
Peter L. Winkler
Phillip K. Wearne
Robert Walsh
Sandra Wells

Links

[Center on Wrongful Convictions](#)
[Centurion Ministries](#)
[Criminal Records](#)
[Help Free the Innocent](#)
[Self Defense Products](#)
[Cheap Football Shirts](#)
[eLegitimate.com](#)

Topics

[Assassinations](#)
[Capital Punishment](#)
[Celebrity Crime](#)
[Cold Cases](#)
[Corruption](#)
[Crime Books and Films](#)
[Crime Studies](#)
[Foreign Crimes](#)
[Forensics](#)
[Hate Crimes](#)
[Heists](#)
[Historical Crimes](#)
[Innocence Cases](#)
[Investigative Reporting](#)
[JFK Assassination](#)
[Justice Issues](#)
[Kidnapping](#)
[Mass Murderers](#)
[Murder](#)
[Nixon's Crimes](#)
[Organized Crime](#)

Trafficante in New Orleans. The message: Hoffa "wants you to do a little favor for him. You won't believe this, but he wants you to kill John Kennedy. He wants you to get rid of the president right away."

Ragano said the facial expressions of the two Mob bosses "were icy. Their reticence was a signal that this was an uncomfortable subject, one they were unwilling to discuss." But Ragano said Trafficante, on his deathbed in 1987, confessed that he and Marcello did, indeed, follow through on Hoffa's "favor." Ragano quoted the ailing Mob chief as saying: "Who would have thought that someday he would be president and he would name his goddam brother attorney general? Goddam Bobby. I think Carlos fucked up in getting rid of Giovanni (John in Italian) — maybe it should have been Bobby."

Jimmy Hoffa hated John and Robert Kennedy as much as Richard Nixon did. Robert Kennedy had been trying to put Hoffa in jail since 1956, when he was staff counsel for a Senate probe into the Mob's influence on the labor movement. In 1960, Robert Kennedy said, "No group better fits the prototype of the old Al Capone syndicate than Jimmy Hoffa and some of his lieutenants."

In the 1960 presidential election, Hoffa and his two million-member union backed Vice President Nixon against Sen. John Kennedy. Edward Partin, a Louisiana Teamster official and later government informant, eventually revealed that Hoffa met with Marcello to secretly fund the Nixon campaign — saying, "I was right there, listening to the conversation. Marcello had a suitcase filled with \$500,000 cash which was going to Nixon ... (Another half-million dollar contribution) was coming from Mob boys in New Jersey and Florida." The Hoffa-Marcello meeting took place in New Orleans on Sept. 26, 1960, and has been verified by William Sullivan, a former top FBI official.

Nixon lost the 1960 election, and Hoffa — thanks to Attorney General Robert Kennedy — soon wound up in prison for jury tampering and looting the union's pension funds of almost \$2 million. But the Nixon-Hoffa connection was strong enough to last at least until Dec. 23, 1971—when, as president, Nixon gave Hoffa an executive grant of clemency, allowing Hoffa to serve just five years of a 13-year prison term.

Nixon apparently sprung Hoffa in exchange for a big underworld payoff.

A recently released FBI memo backs up an earlier claim by an FBI informant that James P. ("Junior") Hoffa — current head of the Teamsters — and racketeer Allen Dorfman delivered \$300,000 in a black valise to a Nixon bagman at a Washington hotel to secure the elder Hoffa's release from the pen.

Breaking from clemency custom, Nixon did not consult the judge who had sentenced Hoffa. Nor did he pay any mind to the U.S. Parole Board — which had been warned by the Justice Department that Hoffa was Mob-connected. At the time, *The New York Times* called the clemency a "pivotal element in the strange love affair between the (Nixon) administration and the two-million-member truck union..." Former Mafia bigwig Joe Bonanno recently described Nixon's clemency for Hoffa as "a gesture — if ever there was one, of the national power (the Mob) once enjoyed."

President Nixon did put one restriction on Hoffa's freedom: He could never again, directly or indirectly, manage any union. The restriction — a favor to Hoffa's successor, Frank Fitzsimmons — was reputedly bought by a \$500,000 contribution to the Nixon campaign by New Jersey Teamster leader Anthony Provenzano.

In July 1975, Hoffa vanished in a Detroit suburb and his body has never been found. Many federal and local investigators believe he was shot to death after being lured to a meeting with Provenzano. They speculate that Hoffa's body was taken away by truck, stuffed into a fifty-gallon drum — then crushed and smelted.

Newly released FBI documents show that, in 1978, federal investigators sought to force Nixon and Fitzsimmons to testify about events surrounding Hoffa's disappearance. The investigators had concluded that such testimony offered the last, best chance of solving

Wild West

User login

Username *

Password *

[Create new account](#)

[Request new password](#)

Dean told the president that \$1 million might be needed to keep the burglary team silent. Nixon responded, "We could get that ... you could get a million dollars. You could get it in cash, I know where it could be gotten." When Dean observed that money laundering "is the type of thing Mafia people can do," Nixon calmly answered: "Maybe it takes a gang to do that."

In August 1974, Nixon became the first president forced to quit the office. He did so as Congress prepared to impeach and expel him for a wide range of illegal activities and abuses of constitutional power he directed or concealed during the Watergate scandal. Forty Nixon administration officials were indicted or jailed. The president was named by a grand jury as an unindicted co-conspirator. In what smacked of a sweetheart deal, one month after he stepped down, Nixon's handpicked successor — President Gerald Ford — granted him a complete pardon for all the presidential crimes he might have committed.

After spending more than a year brooding in self-exile at his walled estate in San Clemente, Calif., the very first post-resignation invitation Nixon accepted was from his Teamsters buddies. On Oct. 9, 1975, he played golf at a Mob-owned California resort with Fitzsimmons and other top Teamsters. Among those who attended a post-golf game party for Nixon were Anthony Provenzano, Allen Dorfman, and the union's executive secretary, Murray ("Dusty") Miller.

A convicted Mafia killer, Provenzano went on to become a prime suspect in Hoffa's disappearance. In the two months before President Kennedy's assassination, Jack Ruby was in telephone contact with Murray Miller, and with Barney Baker — who was once described by Robert Kennedy as "Hoffa's ambassador of violence." Ruby was also in touch with key figures from the Marcello, Trafficante, and Giancana crime families.

Documents that came to light in 2007 show that, shortly after the president's murder, Atty. Gen. Robert Kennedy's right-hand man Walter Sheridan — dispatched by RFK on a secret investigative mission to Dallas — quickly reported back that Jimmy Hoffa associate Allen Dorfman had paid off Jack Ruby in Chicago. A witness to that payoff — reportedly of \$7,000 in 100 dollar bills stuffed into a manila envelope — says it occurred on the weekend of Oct. 27th 1963.

James P. "Junior" Hoffa has said, "I think my dad knew Jack Ruby, but from what I understand, he (Ruby) was the kind of guy everybody knew. So what?" JFK assassination authority Anthony Summers reasons, however, that — given Hoffa's record of threats against the lives of both John and Robert Kennedy — "the potential significance of such a connection is immense."

Mob experts connect Richard Nixon to Carlos Marcello — and to Jimmy Hoffa — through Nixon's earliest campaign manager and longest-serving adviser, Murray Chotiner. And they tie Nixon to Santos Trafficante through Nixon's best friend, Florida banker Bebe Rebozo. Mickey Cohen — one of the most notorious mobsters in Los Angeles — admitted rounding up underworld money for two early Nixon campaigns.

Charles Colson — Nixon's presidential emissary to the Teamsters — once raised the theory that Mafia bosses "owned" Rebozo and had gotten "their hooks into Nixon early." By the 1960s, FBI agents keeping tabs on the Mob had identified Rebozo as a "non-member associate of organized crime figures," it is now known. An off-the-books military probe conducted in the waning days of the Nixon presidency found "strong indications of a history of Nixon connections with money from organized crime," the chief investigator later revealed.

In an unpublicized presidential move, Nixon ordered the Justice Department to stop using the words "Mafia" and "Cosa Nostra" to describe the multi-billion dollar national crime syndicate. The president was roundly applauded when he boasted about his order at a private 1971 Oval Office meeting with some 40 members of the Supreme Council of the Sons of Italy. The group's Supreme Venerable, Americo Cortese, thanked Nixon for

During the Nixon years, pressure from Washington eased off on Sam Giancana. And long-standing deportation proceedings against CIA-connected mobster Johnny Roselli were dropped. Without going into specifics, government lawyers explained in court that Roselli had performed "valuable services to the national security." A Giancana henchman, Roselli was an important contact man in the Mob/CIA assassination plots against Cuban leader Fidel Castro.

Roselli and Jack Ruby are reported to have met in hotels in Miami during the months before the JFK assassination. Years later, Roselli told columnist Jack Anderson: "When Oswald was picked up, the underworld conspirators feared he would crack and disclose information that might lead to them. This almost certainly would have brought a massive U.S. crackdown on the Mafia. So Jack Ruby was ordered to eliminate Oswald . . ."

In the mid-'70s, as congressional committees probed the Mob and the CIA, Roselli was dismembered, squeezed into an oil drum, and tossed off the Florida coast; Giancana was gunned down in his kitchen; and Jimmy Hoffa disappeared.

Back in the Eisenhower years, Vice President Richard Nixon and CIA agent E. Howard Hunt were principal secret planners of the Bay of Pigs invasion of Cuba that failed so miserably when it was later launched by President Kennedy. Some historians are convinced Nixon was a prime mover in an associated — and also ill-fated — plot to assassinate Fidel Castro. For example, onetime Nixon aide Roger Morris says Nixon "had been an avid supporter of the Eisenhower administration's covert operations to overthrow Castro, including the alliance with organized crime to assassinate the Cuban leader." For his part, Hunt has readily admitted his role in efforts to murder Castro.

For the "executive action" mission, potential assassins were recruited from Mafia ranks, so that if any of their activities were disclosed, organized crime could be blamed.

Nixon confidant Robert Maheu fronted for the CIA on the Mob plots. A high-end private eye (and ex-FBI undercover operative) who functioned in the shadowy realm between U.S. intelligence services and the national criminal syndicate, Maheu had performed previous "dirty tricks" for both Nixon and Giancana. Hoffa had also been a client of Maheu, who would eventually become the top aide to Mob-and CIA-connected billionaire and Nixon financial angel Howard Hughes.

The hit on Castro was to have been carried out at the same time as the secret Nixon-Hunt plan for the invasion by CIA-trained exiles. The invasion was a military debacle when later ordered by President Kennedy — who publicly accepted full responsibility for the April 17, 1961 landing in which 1,500 exiles were quickly overwhelmed by some 20,000 Cuban troops. Convinced, however, that the CIA set him up, Kennedy fired CIA chief Allen Dulles — an old Nixon friend — and swore he'd dismantle the agency.

Nixon, Hunt, and many CIA and Cuban exile leaders pinned almost complete blame for the military catastrophe on Kennedy for not providing adequate air cover. At the time, Nixon told a reporter it was "near criminal" for Kennedy to have canceled the air cover. Privately, he must have been just as upset that Castro had not been bumped off. In one of his many books, Hunt later accused the president of "a failure of nerves."

Nixon's secret Mafia buddies, already enraged by Kennedy's anti-crime crusade in this country, were furious that their lucrative gambling casinos — shuttered by Castro — would not be returning to Cuba.

In the immediate aftermath of his brother's murder, Atty. Gen. Robert Kennedy suspected the Mafia — as well as the CIA and the Cuban exiles. And he soon became consumed by a desire to track down, expose and punish the plotters during what he hoped would be his own time in the White House, according to David Talbot in *Brothers: The Hidden History of the Kennedy Years*, published in 2007. Talbot says RFK's quest began on the very afternoon of the assassination in Dallas:

concluded, that went far beyond Lee Harvey Oswald, the 24-year-old ex-Marine arrested shortly after the assassination. Robert Kennedy was America's first assassination conspiracy theorist.

Through fresh interviews, newly released documents and gripping words, Talbot makes a compelling case that Bobby's reluctance to publicly discuss his brother's death was a ruse. To family members, however, Bobby confided, "JFK had been killed by a powerful plot that grew out of one of the government's secret anti-Castro operations. There was nothing they could do at that point, Bobby added, since they were facing a formidable enemy and they no longer controlled the government."

E. Howard Hunt, of course, went on to become President Nixon's chief dirty trickster and secret intelligence operative. In 1972, five Hunt-recruited former CIA men — all veterans of the Bay of Pigs invasion planning — were caught by police while burglarizing Democratic headquarters at the Watergate office building in Washington. Fearing that Hunt's role would soon be learned — and the burglary traced back to the White House — Nixon immediately set out to blackmail an FBI investigation of the break-in. He had his chief of staff, Bob Haldeman, tell CIA Director Richard Helms that Hunt, if apprehended, might spill the beans about a major CIA secret. On one of the original Watergate tapes, the president rehearsed Haldeman on exactly what to tell the intelligence chief: "Hunt knows too damned much ... If this gets out that this is all involved ... it would make the CIA look bad, it's going to make Hunt look bad, and it's likely to blow the whole Bay of Pigs thing ... which we think would be very unfortunate for both the CIA and the country ... and for American foreign policy."

In a generally overlooked revelation in a post-Watergate book, Haldeman said: "It seems that in all those Nixon references to the Bay of Pigs, he was actually referring to the Kennedy assassination. (Interestingly, an investigation of the Kennedy assassination was a project I suggested when I first entered the White House. Now I felt we would be in a position to get all the facts. But Nixon turned me down.)" Haldeman added that the CIA pulled off a "fantastic cover-up" that "literally erased any connection between the Kennedy assassination and the CIA."

On a White House tape made public in the 1990s, Haldeman fingered Nixon as the source of his information that the CIA had reason to fear Hunt's possible disclosure of "Bay of Pigs" secrets. The newest Nixon tapes are studded with deletions — segments deemed by government censors as too sensitive for public scrutiny. "National Security" is cited. Not surprisingly, such deletions often occur during discussions involving the Bay of Pigs, E. Howard Hunt, and John F. Kennedy.

One of the most tantalizing nuggets about Nixon's possible inside knowledge of JFK assassination secrets was buried on a White House tape until 2002. On the tape, recorded in May of 1972, the president confided to two top aides that the Warren Commission pulled off "the greatest hoax that has ever been perpetuated." Unfortunately, he did not elaborate. But the context in which Nixon raised the matter shows just how low he could stoop in efforts to assassinate the character of his political adversaries.

The Republican president made the "hoax" observation in the immediate aftermath of the assassination attempt against White House hopeful George Wallace, a longtime Democratic governor of Alabama. The attempt left Wallace paralyzed below the waist. Nixon blurted out his comments about the falsity of the Warren findings in the middle of a conversation in which he repeatedly directed two of his most ruthless aides, Bob Haldeman and Chuck Colson, to carry out a monumental dirty trick. He urged them to plant a false news story linking the would-be Wallace assassin — Arthur Bremer — to two other Democrats, Sen. Edward Kennedy and Sen. George McGovern — possible Nixon opponents in that year's fall elections. "Screw the record," the president orders

In November of 1964, on the eve of the official release of the Warren Report, private citizen Nixon went public in support of the panel's coming findings. In a piece for *Reader's Digest*, he portrayed Oswald as the sole assassin. And Nixon implied that Castro — "a hero in the warped mind" of Oswald — was the real culprit.

Why did Nixon declare his belief in Oswald's guilt just before publication of the commission's report? Was he acting in league with his old buddies at the CIA and the FBI — as well as in the best interests of the Mob — to give advance support to what they knew would be the report's lone-killer conclusion? And why did Nixon stress Castro's alleged hold over Oswald's thinking? Was he trying to ramp up enthusiasm for further efforts to topple the Cuban leader?

In an apparent slip of the lip that got little attention at the time, a Watergate-stressed President Nixon himself suggested there was a conspiracy behind the JFK assassination. In the summer of 1973, the president publicly raised the assassination issue to divert attention from recent disclosures of a widespread government wiretapping operation. He claimed that Robert Kennedy, as attorney general, had authorized a larger number of wiretaps than his own administration. "But I don't criticize it," he declared, adding, "if he had ten more and — as a result of wiretaps — had been able to discover the Oswald Plan, it would have been worth it."

Whoops! The president apparently didn't realize his reference to "the Oswald Plan" didn't square with the government's official lone-killer finding. For if Lee Harvey Oswald had been solely responsible for the assassination, then there would not have been anyone for Oswald to conspire with about his "plan" — on a bugged telephone, or otherwise. Was Nixon inadvertently revealing his knowledge that Mob leaders (Robert Kennedy's main wiretap targets) had a role in President Kennedy's slaying? Was such a belief based on information acquired as a result of Nixon's own solid ties to organized crime and the Mafia-infested Teamsters union?

In the late 1970s, the House assassinations committee studied FBI electronic surveillance of the Mob over several months just before and after the JFK assassination. It found what Mob expert Ron Goldfarb has described as "expressions of outrage and betrayal and comments about 'wacking out Kennedy.'"

That's because the Syndicate's tentacles had briefly entangled John F. Kennedy too. In crucial ways, the Mafia had helped the Massachusetts senator gain the presidency in 1960 — in exchange for a go-easy attitude toward the Mob by the future Kennedy administration. Instead of keeping his end of the bargain, however, President Kennedy started waging war on the Mafia — and the godfathers went crazy with rage.

Of all the illegal activities undertaken by President Nixon's secret agents E. Howard Hunt and G. Gordon Liddy, one stands out as particularly sordid — the planned assassination of newspaper columnist Jack Anderson, Nixon's arch foe in the media. Nixon-era stories by Anderson about mobster Johnny Roselli (the Mafia's liaison with the CIA) and various Mob/CIA plots infuriated the president and led to White House discussions about the columnist's murder.

The plot against Anderson came to light in 1975 when *The Washington Post* reported that — "according to reliable sources" — Hunt told associates after the Watergate break-in that he was ordered to kill the columnist in December 1971 or January 1972. The plan allegedly involved the use of poison obtained from a CIA physician. *The Post* reported that the assassination order came from a "senior official in the Nixon White House," and that it was "canceled at the last minute . . ."

In an affidavit about a key meeting on the matter with his White House boss, Hunt said Charles Colson "seemed more than usually agitated, and I formed the impression that he had just come from a meeting with President Nixon."

Liddy admitted that he and Hunt had "examined all the alternatives and very quickly

testified that there even came a time during the Nixon presidency "when I felt I might well receive" instructions to kill E. Howard Hunt — adding, "I was prepared, should I receive those orders, to carry them out immediately."

An ends-justify-the-means operator, Richard Nixon ran a pro-Mafia administration that carried out an ambitious criminal agenda of its own — one that even countenanced murder. Wouldn't his Mob connections have at least provided Nixon with inside dope — if not advance knowledge — about the murder of his archrival? Is that why Nixon — a major beneficiary of President Kennedy's assassination — concealed his knowledge of what really happened in Dallas on that tragic November day 40 years ago? Is that why, as president, he turned down a new JFK assassination inquiry — even while secretly dismissing the Warren Report as a fraud? After all, it was not in Nixon's best interests — nor in those of his chief patrons, Jimmy Hoffa and the Mob — to have the public learn the truth.

If President Nixon knew that the government's official 1964 conclusions about John F. Kennedy's murder were faked, didn't he at least have the responsibility to set the record straight? Did his failure to do so make him placidly complicit in that crime too?

Watergate may not have been Nixon's biggest cover-up after all.

A Timeline of Nixon's Ties to the Kennedy Assassination

Nov. 1946: Nixon wins a House seat with financial help from Meyer Lansky and other Mob leaders. Nixon's campaign manager, Murray Chotnier, has top Mafia figures as legal clients—as well as ties to New Orleans Mafia chief Carlos Marcello and Mob-connected Teamsters official James Hoffa.

1947: Congressman Nixon intervenes to get Jack Ruby excused from testifying before a congressional committee investigating the Mafia, according to an FBI memo discovered in the 1970s.

1947: Nixon strongly backs legislation establishing the Central Intelligence Agency. Around this time, Nixon meets CIA agent E. Howard Hunt.

1950: The Senate Kefauver committee staff learns that Ruby was "a syndicate lieutenant who had been sent to Dallas to serve as a liaison for Chicago mobsters," a former committee staffer later discloses.

Nov. 1950: Nixon is elected to the Senate from California after suggesting his opponent was a communist sympathizer.

Nov. 1952: As Dwight Eisenhower's running mate, Senator Nixon is elected vice president— despite a scandal over a secret slush fund put together by wealthy California backers.

Nov. 1956: Eisenhower is re-elected president with Nixon as his vice president.

1959-1960: Vice President Nixon and CIA agent E. Howard Hunt are key figures in secret CIA efforts to overthrow Cuban leader Fidel Castro. Nixon reportedly is the chief mover behind an associated CIA/Mob plan to murder Castro. Hunt later admitted his role in Castro assassination plots.

Summer of 1960: The CIA asks Nixon crony Robert Maheu—a former FBI agent with Mob contacts—to find mobsters who might be able to pull off a hit on Castro.

Nov. 1960: Sen. John F. Kennedy defeats Nixon in a 1960 presidential cliff-hanger; after his January 1961 inauguration, the new president goes ahead with secret Nixon-Hunt plans for a CIA-backed invasion of Cuba.

April 1961: The amphibious invasion at the Bay of Pigs is a monumental failure; Nixon, CIA, and Cuban exile leaders blame Kennedy for withholding planned U-S air cover. Kennedy privately blames the CIA and threatens to dismantle the agency.

1962-63: Angered by CIA incompetence during the Bay of Pigs, Kennedy moves to limit the agency's power.

Summer of 1963: Lee Harvey Oswald and the CIA- and Mob-linked David Ferrie are seen together in Clinton, La., the House assassinations committee later learns in testimony from numerous witnesses.

July 23, 1963: Teamsters boss Jimmy Hoffa tells his lawyer, Frank Ragano, "Something has to be done. The time has come for your friend (Santos Trafficante) and Carlos (Marcello) to get rid of him, kill that son-of-a-bitch John Kennedy."

Nov. 8: Oswald allegedly writes a note to a "Mr. Hunt" asking for "information."

Nov. 21: CIA agent Hunt is spotted in Dallas at the same CIA "safe house" also visited that day by Jack Ruby and Frank Sturgis, according to testimony in a 1985 court case.

Nov. 21: Ostensibly in Dallas to attend a Pepsi Cola convention, Nixon asks the city to give President Kennedy a respectful welcome.

Nov. 21: Chicago Mob boss Sam Giancana meets with Nixon in Dallas to discuss the planned Kennedy assassination, Giancana later tells relatives.

Nov. 22: Nixon leaves Dallas, apparently before Kennedy's arrival.

Nov. 22: President Kennedy is murdered in Dallas.

Nov. 24: Ruby kills Oswald in the basement of the Dallas police jail.

1963: Nixon recommends Congressman Gerald Ford for the Warren Commission.

1964: Nixon lies to the FBI about being in Dallas on Nov. 22, 1963.

1964: Ford convinces the commission to alter a key finding—making its preposterous "single bullet" assassination theory slightly more believable, documents released in 1997 show. The theory held that one of the bullets struck Kennedy in the back, came out his neck, and then somehow critically wounded Texas Governor John Connally. Ford's change placed the back wound higher in Kennedy's body.

1964: Nixon and Ford write articles in advance of Warren Commission Report endorsing its anticipated conclusion that Oswald alone was responsible for Kennedy's assassination.

Sept. 1964: The Warren Report finds that Oswald—firing from a sniper's nest on the sixth floor of the Texas School Book Depository—was President Kennedy's sole assassin.

Nov. 1968: In a squeaker, Nixon is elected president with big support from the Teamsters union and the Mob.

1971: After a Mob payoff of at least \$300,000, Nixon grants clemency to Hoffa—who had been jailed for jury tampering in 1967.

June 1971: Former CIA agent E. Howard Hunt secretly joins the Nixon White House as the president's chief spy.

June 17, 1972: A group of burglars working for Nixon's re-election is caught by Washington, D.C. police while breaking into Democratic headquarters at the Watergate complex. Hunt and former FBI official G. Gordon Liddy are soon identified as the group's supervisors.

June 23, 1972: To gain CIA help in the Watergate cover-up, Nixon tries to blackmail CIA chief Richard Helms over the secrets that Hunt might blab regarding CIA's links to "the Bay of Pigs"—which top Nixon aide Bob Haldeman later reveals to be Nixon/CIA code for the JFK assassination.

Nov. 1972: In a landslide, Nixon is re-elected president with the help of a reported \$1 million Teamsters' contribution.



1973: Nixon picks Congressman Ford to succeed the disgraced Spiro Agnew as his new vice president.

August 1974: Nixon is forced to resign the presidency over the Watergate scandal.

September 1974: President Ford grants Nixon a pre-emptive pardon for all crimes he might have committed.

Don Fulsom covered the Nixon White House for United Press International. He has written about Nixon for *The Washington Post*, *The Chicago Tribune*, *Esquire*, *Los Angeles*, and *Regardie's*.

Topics:

[Assassinations](#) [Corruption](#) [JFK Assassination](#) [Nixon's Crimes](#)
[Don Fulsom](#)

Total views: 82533

Site Links

- Content**
- Blogs
- Books of Note
- Forums
- Print
- Search
- Sitemap
- Store
- Writer's Corner

- Business**
- About
- Advertise
- Awards
- Contact
- Jobs
- Privacy Notice
- Subscribe
- Terms and Conditions

About

With the purpose of writing about true crime in an authoritative, fact-based manner, veteran journalists J. J. Maloney and J. Patrick O'Connor launched Crime Magazine in November of 1998. Their goal was to cover all aspects of true crime: ***Read More***



Are you a true crime writer?



Crime Mag's Writers' Corner





APR 17, 2008

Among the dead was twenty-three-year-old Fadel Shana, a cameraman for the Reuters news agency. He was killed when an Israeli tank shell struck his clearly marked jeep. Shana was filming at the time of his death. Reuters released the video from his camera. It shows the shell being fired from a distance and then moments later the camera goes black. Reuters editor-in-chief David Schlesinger called Shana's death tragic.

David Schlesinger: "What's clear to me is that we need a thorough and immediate investigation by the Israeli Defense Forces into what happened. This is a tragic incident, one that really shows the risks that journalists take every day around the world. But all organizations, governments included, have an obligation to let professionals do their job without fear of death."

Danny Seaman, an Israeli government spokesperson, said the shooting of the journalist was not intentional and that Israel should not be blamed for what happened.

Danny Seaman: "The tragic loss of life today of a Reuters photographer in Gaza is the direct result of the cynical behavior of the Hamas army. This army, which chooses to fire against Israeli civilians, also uses the Palestinian civilians as a shield."

ABC Criticized Over Handling of Democratic Debate

APR 17, 2008

Report: Netanyahu Says 9/11 Has Been Good for Israel

HEADLINE APR 17, 2008

The Israeli newspaper *Ma'ariv* has reported that Israel's former Prime Minister Benjamin Netanyahu has publicly said the September 11 attacks have been good for Israel. Netanyahu said, "We are benefiting from one thing, and that is the attack on the Twin Towers and Pentagon, and the American struggle in Iraq." Netanyahu then reportedly said that these events "swung American public opinion in our favor." Netanyahu's comments came during a conference at Bar Ilan University.

More Headlines from April 17, 2008

20 Palestinians & 3 Israelis Killed in Gaza

APR 17, 2008

Twenty Palestinians and three Israeli troops died Wednesday in one of the bloodiest days in Gaza in weeks. Many of the Palestinians killed were civilians, including at least five youths under the age of sixteen.

Israeli Troops Kill Reuters Cameraman

In campaign news, ABC News is coming under intense criticism for its handling of last night's Democratic debate in Pennsylvania. It was the last before next week's primary. Media critic Greg Mitchell said it was "perhaps the most embarrassing performance by the media in a major presidential debate in years." During the first forty-five minutes of the debate, the moderators focused on Obama's comments that some voters in Pennsylvania were bitter, the Rev. Jeremiah Wright controversy, Clinton's Bosnia "sniper fire" story, flag pins...and the Weather Underground. We'll have more on the debate and play excerpts after headlines.

US Military Releases AP Photographer Held for Two Years in Iraq

APR 17, 2008

In Iraq, the US military has released Associated Press photographer Bilal Hussein after holding him without charge for two years. The military had once accused Hussein of being a "terrorist media operative who infiltrated the AP." Upon his release, Hussein said, "I have spent two years in prison even though I was innocent. I thank everybody." The Committee to Protect Journalists praised the release of Hussein but condemned the US treatment of journalists. Joel Simon, the group's executive director, said Hussein joins a growing list of journalists detained in conflict zones by the US military. Simon said, "This deplorable practice should be of concern to all journalists. It basically allows the US military to remove journalists from the field, lock them up and never be compelled to say why." The US is still imprisoning at least two other journalists without charge. Al Jazeera cameraman Sami al-Hajj is being held at Guantanamo Bay, Cuba, and Jawed Ahmad, a journalist with Canada's CTV, is at Bagram Air Base in Afghanistan.

Supreme Court Upholds Lethal Injections

APR 17, 2008

Several states have announced plans to resume carrying out executions by lethal injection after a major Supreme Court ruling on Wednesday. In a seven-to-two decision, the court upheld Kentucky's method of execution by lethal injection. The court's decision effectively lifts a *de facto* moratorium on lethal injections. The decision came one day after Amnesty International named the United States one of the top five executioners in the world, along with China, Iran, Pakistan and Saudi Arabia.

Pope Expresses Deep Shame Over Sexual Abuse Scandal

APR 17, 2008

On his second day in the United States, Pope Benedict XVI expressed deep shame over the priest sexual abuse scandal and said Catholic bishops must work hard to bring Americans back into the Church. At the White House, President Bush praised Pope Benedict's message.

President Bush: "In a world where some invoke the name of God to justify acts of terror and murder and hate, we need your message that God is love. And embracing this love is the surest way to save men from falling prey to the teaching of fanaticism and terrorism. In a world where some treat life as something to be debased and discarded, we need your message that all human life is sacred."

Pope Calls for Fair Treatment of Immigrants in the US

APR 17, 2008

During his meeting with President Bush, Pope Benedict also discussed the treatment of Latino immigrants in the United States. The Pope said the US must do everything possible to fight all forms of violence, so that immigrants may lead dignified lives.

400 Detained in Immigration Raids

APR 17, 2008

While the Pope was in Washington, immigration agents were raiding plants run by the chicken processing company Pilgrim's Pride. 400 immigrant workers were detained. The raids occurred in Batesville, Arkansas; Chattanooga, Tennessee; Live Oak, Florida; Morefield, West Virginia; and Mt. Pleasant, Texas. It was the largest immigration roundup at a workplace this year.

Groups Call for Rice to Resign Over Role in Approving Torture

APR 17, 2008

A group of liberal advocacy groups have launched a campaign calling for the resignation of Secretary State Condoleezza Rice after ABC News revealed Rice personally oversaw meetings where top Bush administration officials selected specific torture techniques. As part of the campaign, a new TV ad has been produced by Brave New Films.

ACLU Uncovers New Details on US Torture in Afghanistan

APR 17, 2008

Meanwhile, the American Civil Liberties Union has announced it has obtained documents from the Pentagon confirming the military's use of unlawful interrogation methods on detainees held in US custody in Afghanistan. The documents include the first on-the-ground reports of torture in Gardez, Afghanistan to be publicly released.

Mistrial Declared Again in Miami Terror Case

APR 17, 2008

In Miami, federal prosecutors have been dealt another setback in a closely watched terrorism case. For the second time, a mistrial has been declared because of a deadlocked jury in the trial of six Miami men accused of providing material support to al-Qaeda to destroy FBI buildings and Chicago's Sears Tower. University of Miami Law Professor Bruce Winick said, "The jury doesn't trust the government's credibility here. It's a trumped-up, overblown case." The US attorney's office in Miami has until Wednesday to decide whether to seek a third trial.

House Passes International Debt Relief Act

APR 17, 2008

In news from Capitol Hill, the House has passed a bill that could lead to the cancellation of debts for two dozen developing nations, including Haiti, Kenya, Vietnam and Georgia. The Jubilee Act directs the Bush administration to begin negotiations with international creditors to allow up to twenty-four nations to qualify for international debt relief.

Bush Sets 2025 Goal to Stop Emissions Growth

APR 17, 2008

President Bush announced a new goal of stopping the growth of US global warming emissions by 2025, but he offered few details on how this would be done. The goal falls far short of what is needed, according to many climate researchers. Last year, the United Nations Intergovernmental Panel on Climate Change concluded that global emissions must peak no later than 2015 to prevent catastrophic effects of global warming. President Bush urged Congress not to pass any climate change legislation that demands immediate cuts in emissions.

President Bush: "I believe that congressional debates should be guided by certain core principles and a clear appreciation that there is a wrong way and a right way to approach reducing greenhouse gas emissions. Bad legislation would impose tremendous cost on our economy and on American families without accomplishing the important climate change goals we share. The wrong way is to raise taxes, duplicate mandates, or demand sudden and drastic emissions cuts that have no chance of being realized and every chance of hurting our economy."

Three Arrested in Anti-Coal Plant Protest in Virginia

APR 17, 2008

In Richmond, Virginia, three people were arrested this week while blocking the entrance of the headquarters of Dominion Power. The activists with Blue Ridge Earth First were protesting Dominion's plan to build new coal-fired power plants.

Nigeria Releases US Filmmakers

APR 17, 2008

And in news from Africa, Nigerian authorities have freed four US documentary filmmakers and their Nigerian colleague after detaining them for five days. The Seattle-based filmmakers were detained in the Niger Delta while working on their documentary *Sweet Crude* about oil production in Nigeria. Nigerian officials accused them of traveling without a military escort.

Tim Robbins Slams State of Broadcasting at NAB Meeting

APR 17, 2008

And the renowned actor, director and writer Tim Robbins is making news this week, not for his latest on-screen performance, but his keynote address at the National Association of Broadcasters. Robbins called on the nation's broadcasters to do a better job of upholding their responsibilities to the public, and he warned about the dangerous lack of diversity of opinion that characterizes the state of broadcasting today.

Tim Robbins: "This is a nation divided and reeling from betrayal and economic hardship. And you, the broadcasters of this great nation, have tremendous power and a tremendous potential to effect change. You have the power to turn this country away from cynicism. You have the power to turn this nation away from the hatred and the divisive dialog that has rendered such a corrosive effect on our body politic. You can lift us up into a more enlightened age. Or you can hide behind that old adage, 'I'm just a businessman, I provide what the audience wants.' Well, I'm here to tell you that we don't need to look at the car crash. We don't need to live off of the pain and humiliation of the unfortunate. We don't need to celebrate our pornographic obsession with celebrity culture. We are better than that."

[Listen to full Tim Robbins speech](#)

The original content of this program is licensed under a Creative Commons Attribution-Noncommercial-No Derivative Works 3.0 United States License. Please attribute legal copies of this work to democracynow.org. Some of the work(s) that this program incorporates, however, may be separately licensed. For further information or additional permissions, contact us.



HEADQUARTERS
UNITED STATES EUROPEAN COMMAND
UNIT 30400
APO AE 09131

June 4, 2003

EUCOM Public Affairs

German Reich
Provisional Government
Reich Chancellor
Königsberg 1 1000 Berlin-Zehlendorf 1

Dear Mr. Ebel:

We received your letter dated 20 May 2003. As this is a political and not a military issue, we have forwarded your letter to the US Embassy in Berlin.

Sincerely,


BEN W. K. WEINER
Colonel, U.S. Army
Director, Public Affairs

Amtsgericht Schöneberg

Heutagschrift
Grünwaldstraße 6
10823 Berlin
Briefanschrift
10820 Berlin
& Zugang über r

Telefax (030) 90 159-109
Vermittlung (030) 90 159-0
intern 9159-

Bankverbindung:
Konto der Justizkasse Berlin:
Postbank Berlin (BLZ 100 100 10)
Kto.-Nr.: 353-168
Zusatz bei Verwendungszweck: SBI
-Zahlungen bitte bargeldlos-

Verkehrsverbindung (unverbindlich):
☎ 146, 185
☐ 7, Eisenacher Straße
Bayerischer Platz

Sprechzeiten: Mo-Fr 8.30 - 13.00 Uhr
Sa 14.00 - 15.00 Uhr

177
177
6903
6905
0
Amtsgericht Schöneberg - 10820 Berlin

177
177
6903
6905
0
des Staat 2tes Deutsches Reich
Kommissarische Reichskanzlei
Sekretariat
Prov. Amtssitz Königsweg 1, B-1000 Berlin-Zehlendorf,
nicht Königsweg 4 in 14163 Berlin

Geschäftszeichen (bitte stets angeben) Ihr Zeichen
M 8305/07

Telefon Durchwahl Verfügungsdatum: 05.04.2007
(030) 90 159 - 8 11 Erstellt am: 07.05.2007

Ihr geehrte

der Zwangsvollstreckungssache

u.a. /

halten Sie anliegende Unterlagen zur Kenntnisnahme.

freundlichen Grüßen

Anordnung

Stellungsangestellte



ГЕНЕРАЛЬНАЯ ПРОКУРАТУРА
РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ

ГЛАВНАЯ
ВОЕННАЯ ПРОКУРАТУРА

10365 Берлин
Германия

21 мая 1996 г.
№ Суд-885-95

103160, Москва, К-160

Ваше заявление от 11 ноября 1995 года о реабилитации гражданина Германии *[имя]* по поводу внесудебных политических репрессий карательного характера, имевших место в Советской оккупационной зоне Германии в 1945-1948 годах, рассмотрено Главной военной прокуратурой Российской Федерации. Произведенной прокуратурой проверкой присланных документов, а также архивных данных установлено, что пострадавший не может быть причислен к категории нацистских активистов, милитаристов и военных преступников, а внесудебное обвинение в нарушении интересов Советского Союза было необоснованным. Принятые меры противоречили более высокому по рангу праву союзников, в том числе Прокламации номер 3 Контрольного совета союзников в Германии от 20 октября 1945 года, в главной степени это касается случаев ссылки на приказы 124 и 64 Советской военной администрации в Германии.

Коль скоро меры, в частности такие, касающиеся или связанные с конфискацией имущества, подпадают под действие тогдашней юрисдикции Советского Союза, я настоящим подтверждаю, что эти меры в случае гражданина *[имя]* были произвольными и в соответствии с правовыми нормами Российской Федерации считаются противозаконными. Кроме того, выражая волю Главной военной прокуратуры, я заявляю Вам, что лицо, пострадавшее от внесудебной репрессии будет по мере возможности восстановлено в утраченных правах. Практическое осуществление этого находится в ведении германских государственных органов.

Старший военный прокурор
отдела реабилитации
иностранцев граждан
полковник *[имя]*

В.Возв



При ответе ссылаться
на наш номер и дату

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Der Vorsitzende des 21. Senats



LSG Berlin-Brandenburg, Försterweg 2-6, 14482 Potsdam

Mit Postzustellungsurkunde

Herrn
Dr. h. c. jur. Wolfgang Gerhard Günter Ebel
Königsweg 1
14163 Berlin

Försterweg 2-6
14482 Potsdam
Telefon: 0331 9818-5
Durchwahl: 0331 9818-3834
Telefax: 0331 9818-4500
Potsdam, 31. Juli 2009

Az.: L 21 R 631/07
(bei Antwort bitte angeben)

Bernd Rainer Prutz ./ Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg

Sehr geehrter Herr Dr. h. c. jur. Ebel,

in oben genannten Rechtsstreit wird mitgeteilt, dass der Senat beabsichtigt, die Berufung wegen Versäumung der Berufungsfrist ohne mündliche Verhandlung durch Beschluss als unzulässig zu verwerfen.

Sie erhalten Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Hintz
Vorsitzender Richter am Landessozialgericht

Beglaubigt

Schulze

Justizangestellte



Der Polizeipräsident in Berlin
Referat Verkehrsordnungswidrigkeiten und Bußgeldinzugung

BERLIN

Der Polizeipräsident in Berlin, Putzamerstraße 18, D-1000 Berlin 81

Herrn Rechtsbeistand und
Staatsbeamten des Deutschen Reiches
und zugleich des Freistaates Preußen
Wolfgang Ebel
provisorischer Amtssitz
Königsveg 1

Sprechzeiten
Montag-Mittwoch von 8.00-14.00 Uhr
Donnerstag und Freitag von 8.00-12.00 Uhr

1000 Berlin 37

Geschäft
Bitte immer angeben!

Da OS/SV VOW 134
13.308 920.0

Zusatz

Fernruf (030) 699-1
Durchwahl/Apparat
699-31 336

Intern 970

Datum

24.03.1993

Betrifft: Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren gegen Frau Petra Schultke

Vorgang: Antrag auf gerichtliche Entscheidung vom 12.02.1993
gegen den Kosten- Verwerfungsbescheid vom 25.01.1993

Sehr geehrter Herr Ebel,

Ihren Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen die

- Kostenentscheidung nach § 108 i.V.m. § 62 OWiG
- Kostenentscheidung nach § 109 a Abs. 1 OWiG i.V.m. § 62 OWiG
- Kostenentscheidung nach § 25 a StVG i.V.m. § 62 OWiG
- Kostenentscheidung nach § 118 I i.V.m. § 11 BRAGO
- Verwerfung des Einspruchs nach § 69 i.V.m. § 62 OWiG
- Verwerfung des Antrages auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach § 52 i.V.m. § 62 OWiG
- Verwerfung des Einspruchs und des Antrages auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach §§ 69, 52 i.V.m. § 62 OWiG
-

wurde dem Amtsgericht Tiergarten zur Entscheidung übersandt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag
Siedenhaus



Verkehrsverbindung:
U-Bahnhof Kochstraße

Zahlungen bitte bargeldlos nur an die
Landeshauptkasse Berlin, 1000 Berlin

Geldinstitut
100 100 10

Bankleitzahl
100 100 10

Amtsgericht Luckenwalde

- Der Direktor -



Amtsgericht Luckenwalde • 14943 Luckenwalde

14943 Luckenwalde, Lindenallee 16

An den Generalbevollmächtigten
für den verfassungsrechtlich besonderen
Status von Berlin
Der Amtsleiter
Königsweg 1
14163 Berlin-Zehlendorf

Telefon: (0 33 71) 60 10
Durchwahl: (0 33 71) 60 1
Telefax: (0 33 71) 63 59 51

Sachbearbeiter:
Datum: 4. 2. 2002

Aktenzeichen: 10 E - 4 (SH)
(Bei Antwort bitte angeben)

Ihr Zeichen:

Betr.: Ihre Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Richter am
Amtsgericht Vahldiek

Bezug: Ihr Schreiben vom 28. 1. 2002

In vorbezeichneter Angelegenheit wird mitgeteilt, daß Ihr Bezugsschreiben mit heutiger
Post zur weiteren Veranlassung an den Präsidenten des Landgerichts Potsdam übersandt
wurde.

In Vertretung

Renate Hellich
beglaubigt

(Hörsing)
JHS



522 OWi 426/87



AMTSGERICHT KÖLN

BESCHLUSS

In der Bußgeldsache

g e g e n

den Staatsbeamten des Deutschen Reiches.
Wolfgang E b e l ,
geb. am 05.01.1939 in Berlin,
wohnhaft: Königsweg 1, 1000 Berlin 37

w e g e n

Ordnungswidrigkeit

wird das Verfahren gemäß § 47. II OWiG auf Kosten der Staats-
kasse, jedoch ohne Auslagenerstattung, eingestellt.

Köln, den 19.01.1988

Amtsgericht, Abt. 522

Kahl

Richter am Amtsgericht

Ausgefertigt

Kahl
Justizangestellter
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle



Staatsanwaltschaft Mühlhausen

Brunnenstraße 125
 39374 Mühlhausen
 Telefon: (0 36 91) 4 58-8
 Telefax: (0 36 91) 4 58-1 53
 Zahlstelle des Amtsgerichts Mühlhausen
 Postkassens Frankfurt - DLZ 560 100 60
 Kasse-Nr. 88 53 90 600

Staatsanwaltschaft Mühlhausen - Postfach 1 45 - 39363 Mühlhausen

430 Js 64602/99

Geschäftsnummer
 bitte stets angeben!

Herrn Wolfgang Gerhard Ebel
 Königsweg 01

14163 Berlin-Zehlendorf

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Nebenstelle

Datum

Betr. Andreas Taumann

03.03.2000

Erlöschiädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen

Zutreffendes ist angekreuzt bzw. ausgefüllt

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

das

<input checked="" type="checkbox"/> Amtsgericht	<input type="checkbox"/> Landgericht	<input type="checkbox"/> Oberlandesgericht	in	Mühlhausen	hat in seinem	<input checked="" type="checkbox"/> Beschluß	<input type="checkbox"/> Urteil
festgestellt, daß die Landeskasse verpflichtet ist XXX Herrn Andreas Traumann							
für den in der Zeit vom							
27.11.1999 bis 21.12.1999							
durch							
die Beschlagnahme des Personalausweises "Deutsches Reich" entstandenen Schaden zu entschädigen.							

Die Entscheidung ist rechtskräftig.

Entschädigung für Vermögensschaden wird gemäß § 7 des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 24. Mai 1988 (Bundesgesetzblatt I S. 638) - StrEG - nur geleistet, wenn dieser 50,- DM übersteigt. Für Nichtvermögensschaden beträgt die Entschädigung 20,- DM für jeden angefangenen Tag der Freiheitsentziehung.

Sie können nunmehr den Anspruch auf Entschädigung innerhalb von 6 Monaten nach Zustellung dieser Belehrung - unter Angabe eines genannter Geschäftsnummer - bei der oben angegebenen Staatsanwaltschaft geltend machen. Spätestens am letzten Tag der Frist muß der Antrag eingegangen sein. Falls Sie diese Frist schuldhaft versäumen, ist der Anspruch ausgeschlossen. Er kann jedenfalls dann nicht mehr geltend gemacht werden, wenn seit dem Ablauf des Tages, an dem die Entschädigungspflicht rechtskräftig festgestellt worden ist, ein Jahr verstrichen ist, ohne daß ein entsprechender Antrag gestellt wurde. Sie werden gebeten, Ihre Forderungen in Einzelposten darzustellen, diese ausführlich zu begründen, Belege beizufügen oder sonstige Beweismittel zu benennen.

Soweit Sie Dritten gesetzlich unterhaltspflichtig sind und auch diese Personen Entschädigung aus der Landeskasse beanspruchen wollen, weil Ihnen durch die Strafverfolgung der Unterhalt entzogen worden ist, sollten Sie sich mit diesen Personen auf eine bestimmte Aufteilung der Gesamtentschädigung einigen. Soweit Sie bei der Berechnung Ihres Schadens Unterhaltsbeträge für dritte Personen nicht absetzen müssen Sie erklären, daß Sie auch deren Ansprüche geltend machen und ihre Berechtigung nachweisen. Sie können sich oder einen anderen ermächtigen lassen, die Gesamtentschädigung mit schuldbeitreitender Wirkung für das Land Thüringen in Empfang zu nehmen. Die Entschädigung darf einem anderen nur ausgezahlt werden, wenn er nachweist, daß er von den Berechtigten zur Entgegennahme der Entschädigung ausdrücklich bevollmächtigt ist. Im Streitfall kann die Entschädigung hinterlegt werden.

Hochachtungsvoll

Gröll/Staatsanwalt



Beglaubigt
[Signature]
 Justizangestellte

Department of Justice

+1 202 561 34 87

22.06.2001-09:00

0081



To: W. G. G. Ebel	From: AE 3604, German Branch
Fax: +49-30-802-91-66	Date: 2001, 22 June
Phone:	Pages: 1
Concern: Ihre Anfrage	Cc: US Embassy Berlin

Sehr verehrter Herr Ebel,

Ihre Anfrage gerichtet an unsere Botschaft Berlin wurde uns zusaendigkeitshalber uebermittelt. Nach Ueberpruefung der Lage kann Ihnen mitgeteilt werden, dass hinsichtlich der vier benannten Personen zwei noch nie in der angefragten Art taetig waren. Von den beiden weiteren Personen war fruher eine wie gefragt beschaeftigt und ist inzwischen ausgeschieden.

Hochachtungsvoll

Deutsche Bundespost POSTDIENST
POSTAMT MÜNSTER

Postamt · Postfach 1001 · 4400 Münster

Deutsches Reich
Der Generalbevollbemächtigte
Königsweg 1

D - 1000 Berlin 37

Deutsches Reich
Der Generalbevollbemächtigte

01. AUG 1990

Erfolgt

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, unsere Nachricht vom	23 (0251)	Münster
IA I/2. I.	141	oder 390-0	
204-3-07/90		93 10	30.07.90



Betreff
Ihre Reklamation über die Erhebung von Nachgebühren

Sehr geehrte Damen und Herren,

der uns mit o.a. Schreiben übersandte Brief war
ausreichend mit 1,60 DM freigemacht.
Nachträglich ist leider nicht mehr festzustellen,
ob die Nachgebühr während der Unterwegsbeförderung
oder erst hier angesetzt wurde.

Den betreffenden Brief haben wir am 27.07.90 dem
Empfänger ohne Nachgebühr ausgehändigt.
Wir bitten, die durch den Fehler entstandenen
Unannehmlichkeiten zu entschuldigen und hoffen auf Ihr
Verständnis dafür, daß bei dem Massenbetrieb gelegentliche
Fehler nicht ganz auszuschließen sind.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag


Thier

AL-68/cm

DC 43.00-87654321

998 350 099-5

Dienstgebäude
Berliner Platz 35
Münster

Telefon
891599 pama d

Telefax
(0251)
3909005

Teletex

Btx
025 8390-0003

Kontoverbindung
Postkonto Dortmund
(BLZ 440 100 40) Kto-Nr 7 26-467

- 1 -

114



Nürnberg, 10.10.2000
Jae

Aktenzeichen: 404 AR 232146/00
(Bitte stets angeben)

Einschreiben

Herrn

90402 Nürnberg

Anzeige gegen Sie

Anlage:

- 1 Personalausweis "Deutsches Reich"
- 1 Empfangsbestätigung

Sehr geehrter Herr Sauerbrey,

von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wird gemäß
§ 152 Abs. 2 Strafprozeßordnung abgesehen.

Anliegend erhalten Sie den Personalausweis des Deutschen
Reiches, Nr. 000 000 200 4 Bln, gegen Empfangsbestätigung
zurück:

Hochachtungsvoll

Eckenberger
Staatsanwältin



HEADQUARTERS
UNITED STATES EUROPEAN COMMAND
UNIT 30400
APO AE 09131

June 4, 2003


EUCOM Public Affairs

German Reich
Provisional Government
Reich Chancellor
Königsplatz 1 1000 Berlin-Zehlendorf 1

Dear Mr. Ebel:

We received your letter dated 20 May 2003. As this is a political and not a military issue, we have forwarded your letter to the US Embassy in Berlin.

Sincerely,


BEN W. K. WEINER
Colonel, U.S. Army
Director, Public Affairs

Archiv für Staats- und Völkerrecht der Eidgenössischen Eidgenossenschaft
Dokument Nr. 347-1-1282 Blatt 1 von 3

PRÉSIDENCE
DE LA
RÉPUBLIQUE
JMG

Le Conseil Technique

Paris, le 13 décembre 1982

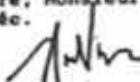
Monsieur,

Le Président de la République a bien reçu votre lettre du 3 novembre qui souève un problème à la fois important et complexe.

Comme vous le savez sans doute, la position juridique des occidentaux diffère sur ce point de celle des autorités soviétiques : la direction de la Reichsbahn continue certes à assurer l'exploitation de la S-Bahn dans les secteurs occidentaux, mais cela n'effecte pas, de notre point de vue, le fait que toutes les installations immobilières utilisées par la S-Bahn à l'Ouest restent soumises à la juridiction et au contrôle de chacun des commandants en chef en vertu des pouvoirs conférés par la loi n° 52 d'août 1945.

Une modification des règles et de la pratique actuellement en vigueur ne pourraient résulter que d'une décision conjointe des quatre puissances.

Je vous prie de croire, Monsieur, à l'assurance de ma considération distinguée.


Hubert VEDRINE

Monsieur

1000 Berlin (West)



Staatsanwaltschaft Stralsund

Staatsanwaltschaft Stralsund, Frankenstraße 11, 18439 Stralsund
Einschreiben/Rückchein

HEFT

Aktenzeichen:
546 Jn 28549/99

Durchwahl-Nr.:
2 05-0

He Zeichen

Datum:
04.01.2009


Ermittlungsverfahren gegen Sie
wegen Amtsanmaßung

Sehr geehrter Herr Bauwart,

Das oben eingeleitete Ermittlungsverfahren ist gemäß § 170
Abs. 2 StPO eingestellt worden.

Für die in dieser Sache am 04.11.1999 durchgeführte Beschlag-
nahme des "Personalausweises und Dienstausweises des Deutschen
Reiches" steht Ihnen ggf. eine Entschädigung nach dem Gesetz
über die Entschädigung für Strafverfolgungs-
maßnahmen (StrEG) zu. Der Antrag muß binnen einer Frist von
einem Monat nach Zustellung dieses Bescheides bei dem Amts-
gericht Stralsund eingehen. Im übrigen verweise ich auf die
beigefügte StrEG-Belehrung.

Hochachtungsvoll


Stolte
Staatsanwältin

Anlage:
StrEG-Belehrung

Amtierendes Reichsgericht

Präsidium



Befähigungsnachweis

In Anerkennung der Rechte und Pflichten als definitiv seit dem 18.07.1990 in Personalunion Staatsbürger des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich kein Bürger des seit dem 17.07.1990 ehemaligen besatzungsrechtlichen Mittels der Westmächte namens Bundesrepublik Deutschland, Landesangehöriger eines der seit dem 25.02.1987 seitens der USA reichsländerverfassungsrechtlich und reichsländergesetzlich gewährten 17 Reichsländer kein Landeseinwohner irgendeines Landes der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland, gemäß Artikel 43 des Dritten Abschnitts der Anlage zum Abkommen Ordnung der Besetze und Gebräuche des Landkriegs bezüglich des Abkommens betreffend die Besetze und Gebräuche des Landkriegs vom 18. 10. 1907 (RStBl. S. 147) völkerrechtlich: Artikel IV der SHACF-Proklamation Nr. 1 der USA vom 13. 02. 1944 (Amtsbl. US Mil.-Rea. Deutschl. Ausgabe A S. 1) kriegsrechtlich der Anweisung, Kontrolle und Gerichtsbarkeit der USA unterliegend, dem 1. Londoner Protokoll vom 12. 09. 1944 (The Conferences at Malta and Yalta; Germany, Zones of Occupation and Administration of, Secretariat Berlin S. 143 ff) sowie der Kontrollratsgesetzgebung (Amtsbl. KR) in Verbindung mit dem Übernahmevertrag zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 25. 09. 1990 (BBl. II S. 1274 ff) besatzungsrechtlich bis zum Friedevertrag mit dem handlungsfähigen reichsverfassungsrechtlichen Staate Deutsches Reich den gesetzlichen Bestimmungen der Reichsverfassung vom 11. 08. 1919 (RStBl. S. 1383 ff) in Verbindung mit dem durch die Westmächte der Amtierenden Reichsregierung mit Wirkung am 08. 05. 1985 genehmigten Besatz zur Änderung und Ergänzung der Reichsverfassung vom 21. 04. 1987 (RStBl. I S. 1 ff) der gesamten grundgesetzlichen Verwaltung und Gerichtsbarkeit extraterritorial gegenüberstehend der Rechtsordnung des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich angehörend, dem weiteren Aufbau dienen zu wollen,

werden Sie,

Herr Christian Bernd Ober,
geb: 24. August 1979

auf der Rechtsgrundlage der völker-, kriegs-, besatzungs- und reichsverfassungsrechtlichen Bestimmungen des Artikels 1 Absatz 1 des SHACF-Befehles Nr. 1 der USA vom 13. 02. 1944 der durch die Alliierten zum 22. 05. 1949 bereinigt geltenden Reichsgesetzgebung in Ermangelung der Existenz von Rechtsanwälten,

nach der Absolvierung eines rechtsvergleichenden Fachlehrgangs zur Ausübung der Tätigkeit eines
Rechtsfachverständigen des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich

berufen.

Sie sind im dienstlichen Verkehr verpflichtet und auferdienstlich berechtigt, den Titel Rechtsfachverständiger des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich als Beamter zu führen.

Bros-Berlin, den 14. Juli 2014

Dagmar Tietzsch

Der zur öffentlich-rechtlichen Prüfung von Rechtsfachverständigen des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich seitens der USA reichsverfassungsrechtlich gewollte und durch die Westmächte reichsgesetzlich genehmigte Präsident des Amtierenden Reichsgerichts.
Dagmar Sibille Tietzsch





Sammlung von Dokumenten über den
Völker-, Krieg-, Verfassung-, Reichsverfassungs- und Menschenrechtsbruch
der durch den Nichtakt der Westmächte unter der Führung der USA in Paris
seit dem 17. Juli 1940 handlungsunfähig untergegangenen Bundesrepublik Deutschland

421

Staatsbürger, Staatsbeamte und Auswärtigenbeziehungsbeamte des Deutschen Reiches

II.



Rede des Reichskanzlers und Reichsministers für Transport-, Umweltschutz-, Energie-
und Verkehrswesen in Schwarzburg,
Herrn Dr. jur. h. c. Wolfgang Gerhard Günter Ebel,
zur im 90^{sten} Jahre befindlichen Verfassung des Deutschen Reichs

und

weitere Dokumente betreffend den fortbestehenden verfassungsrechtlich
Besonderen Status von Berlin



Reichsverfassungsrechtlicher Staat II. Deutsches Reich

Service [Navigation](#)

- [Impressum](#)
- [Kontakt](#)
- [Anmelden](#)
- [Blog](#)

Sie sind hier: [Startseite](#) » [Rechtsnachfolge](#)

Produkte [weitere Seiten](#)

-
- [Begrüßung](#)
- [Reichsländer](#)
- [Reichs- und Länderanzeiger](#)
 - [Rechtliches](#)
 - [Archiv](#)

Zur Rechtsnachfolge im Deutschen Reich

Mit der Kapitulation der Wehrmacht und der Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die Siegermächte ist das Deutsche Reich, der Staat der Deutschen, nicht untergegangen, sondern nur zeitweilig handlungsunfähig geworden.

Der Alliierte Kontrollrat wollte Deutschland mit Hilfe deutscher Staatssekretäre regieren.- Eine besondere Rolle sollte dabei der Reichsverkehrsminister Dr. Julius Dorpmüller spielen, der zugleich Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn war: Dieser Mann war kein Nationalsozialist. Er war der einzige Minister, der der Reichsregierung schon vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten angehörte. Leider verstarb er im Juli 1945.

Schon bald kam es zwischen den Regierungen der Siegermächte zu Differenzen, die die geplante Regierung Deutschlands durch den Alliierten Kontrollrat verhinderten. Am 20. März 1948 stellte die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ihre Mitarbeit im Alliierten Kontrollrat ein. Seitdem ist das oberste Regierungsorgan der Vier-Mächte für Deutschland bis auf untergeordnete Teilbereiche nicht mehr handlungsfähig. In der Folgezeit kam es zur Gründung und zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Die Siegermächte haben ihre Besatzungsrechte bis auf ihre Rechte in Berlin und in Bezug auf Deutschland als Ganzes nach und nach modifiziert.

Jahrzehntelang versuchte die Bundesrepublik Deutschland, die Rechtspositionen des Deutschen Reiches zu übernehmen; sie scheiterte am Widerstand der Alliierten. Durch die Haltung der deutschen Politiker der Bundesrepublik Deutschlands ist bis heute die friedensvertragliche Lösung nicht hergestellt. Fremde Truppen stehen immer noch auf deutschem Boden. Die deutschen Ostgebiete stehen unter fremder Verwaltung.

Mit dem Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik kam es zu einer Reorganisation der Deutschen Reichsbahn als "Deutsche Bundesbahn" auf dem Territorium der Bundesrepublik und als volkseigenes Unternehmen "Deutsche Reichsbahn" auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. Auf dem besonderen Territorium Groß-Berlin verblieb die Deutsche Reichsbahn unter Vier-Mächte-Verwaltung. Nach der politischen Spaltung der Stadt ist der West-Teil zunehmend in das Rechts-, Verwaltungs- und Wirtschaftssystem der Bundesrepublik, der Ost-Teil

zunehmend in das Rechts-, Verwaltungs- und Wirtschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik einbezogen worden .

Im Ostsektor galt diese Entwicklung auch für die Deutsche Reichsbahn; in den Westsektoren blieb es bei der Vier-Mächte-Kontrolle der Deutschen Reichsbahn, für die das bis Kriegsende geltende Reichsrecht fortgalt, soweit es nicht durch die Siegermächte aufgehoben war.

Diese Entwicklung führte schließlich dazu, daß sich die Deutsche Reichsbahn in Berlin (West) zu einem "Restgebiet des Deutschen Reiches" entwickelte, dem niemand Beachtung schenkte.

Dies änderte sich im Jahre 1980, als sich rund 2000 nichtkommunistische Reichsbahner in Berlin (West) von der Reichsbahnleitung im Ost-Sektor Berlins lösten, die den besonderen Rechtstatus der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West) verändern wollte: Dieser Status beruhte unter Vier-Mächte-Kontrolle auf fortgeltendem Reichsrecht, die Reichsbahnleitung im Ost-Sektor der Stadt wollte dagegen das für das Volkseigene Unternehmen der Deutschen Demokratischen Republik "Deutsche Reichsbahn" geltende Recht auch in Berlin (West) einführen.

In dieser Situation wandten sich die Reichsbahner in Berlin (West) an die Alliierten und bauten unter Mitwirkung des Reichsbahn-Obersekretärs Wolfgang Ebel die legale Verwaltungsorganisation der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West) wieder auf. Mit Wissen und Billigung der Alliierten übernahm Wolfgang Ebel ohne technische und personelle Mittel zunächst das Amt des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn. Da dieses Amt gemäß § 4 des Gesetzes über die Deutsche Reichsbahn vom Reichsverkehrsminister in Personalunion ausgeübt wurde, lag es im Interesse der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nahe, über den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn eine Reorganisation der Obersten Reichsorgane zu versuchen. So übernahm Wolfgang Ebel mit Wissen und Billigung der Alliierten auch das Amt des Reichsverkehrsministers als Chef der Deutschen Reichsbahn.

Durch den damaligen US-Hochkommissar in Deutschland und zugleich Botschafter bei der Bundesrepublik Deutschland, Seine Exzellenz Richard Burt, wurde Wolfgang G.G. Ebel beauftragt, mit Wirkung zum 08. Mai 1985 in Rechtsnachfolge für den im Juli 1945 an einer Krankheit verstorbenen Reichsverkehrsminister, unter Beachtung allen Alliierten- und Reichsrechts das ständige Reichszentralorgan Reichsministerium für Transport-, Umweltschutz-, Energie- und Verkehrswesen zu errichten.

Nachdem auf diese Weise das Amt des Reichsverkehrsministers wiederhergestellt war, konnte man an die Wiederherstellung der Reichsregierung denken. Dazu wurde durch Wolfgang G. G. Ebel gemäß § 3 des fortgeltenden Reichsministergesetzes vom 27. März 1930 der entsprechenden Amtseid schriftlich beim US-Hochkommissar in Deutschland mit Wirkung vom 08. Mai 1985 geleistet.

Weiterhin führte Herr Wolfgang G. G. Ebel den Auftrag aus, eine entsprechende Ernennungs-urkunde zu formulieren, durch den US-Hochkommissar in Deutschland genehmigen zu lassen und am 12. September 1985 im Beisein von Zeugen beider Seiten in der Brandenburghalle des Abgeordnetenhauses von Berlin, dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Eberhard Diepgen zu übergeben, der diese genehmigte Ernennungsurkunde annahm.

Nach der Übergabe der Ernennungsurkunde von Herrn Wolfgang G. G. Ebel an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Eberhard Diepgen, unterließen er und sein Senators des Innern, Herrn Heinrich Lummer, sowie des Senators für Finanzen in Berlin, alles, um den nunmehr dienstverpflichteten Reichsminister für Transport-, Umweltschutz-, Energie- und Verkehrswesen amtlich und öffentlich anzuerkennen und ihm die rechtmäßig zustehenden Amtshandlungs-, Besoldungs- und Entschädigungsrechtsansprüche zu bezahlen. Dies hätte durch den Senator für Finanzen in Berlin aus dem bestehenden Treuhandvermögen des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich in Berlin bezahlt werden müssen.

Wegen dieser Unterlassungen hat Wolfgang G. G. Ebel am 20. Oktober 1985 während der Tagung der Gesellschaft für Deutschlandpolitik im Deutschen Reichstag in Berlin beim dort anwesenden Sonderminister des US Department of State Berlin, Seiner Exzellenz John C. Kornblum, gegen diese Unterlassungen des Regierenden Bürgermeisters und seiner Senatoren, Beschwerde erhoben.

Seine Exzellenz bat den Reichsminister daraufhin, ihm an ein Fenster zu folgen, an dem der Staatssicherheitsdienst der Deutschen Demokratischen Republik, wie auch der Bundesnachrichtendienst die Beschwerde und die Antwort mithören können.

Der Sonderminister des US Department of State Berlin antwortete, daß es der Richtigkeit entspricht, das die Vereinigten Staaten von Amerika unter Beachtung der Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin, den Reichsminister für Transport-, Umweltschutz-, Energie- und Verkehrswesen Herrn Wolfgang Gerhard Günter Ebel als Rechtsnachfolger für den früheren Reichsverkehrsminister genehmigt haben und es von daher sein gutes Recht ist, klagen zu dürfen, - doch es auch zugleich - da beide deutsche Seiten das Völker- und Menschenrecht brechen –, seine Pflicht sei, klagen zu müssen.

Im Februar 1987 wurde durch Telefonat des US Department of State Berlin, vertreten durch die Protokollabteilung, diese vertreten durch die Leiterin, Miß Robensen, der amtierende Reichsminister für Transport-, Umweltschutz-, Energie- und Verkehrswesen darüber informiert, daß es nunmehr an der Zeit sei, daß das reichsverfassungsrechtliche Deutsche Reich wiederherzustellen ist.

Zu diesem Zwecke ist in Handlung für den fehlenden Reichspräsidenten ein zeitweiliges Reichsverfassungsorgan Kommissarisches Büro des Reichspräsidentenamtes und ein weiteres in Handlung für den fehlenden Reichskanzler zeitweiliges Reichsverfassungsorgan Kommissarische Reichsregierung zu errichten.

Der Reichsverkehrsminister sollte demnach die Funktionen des fehlenden Regierungschefs, also des Reichskanzlers übernehmen, um eine kommissarische Reichsregierung bilden zu können. Da der Reichskanzler in Abwesenheit des Reichspräsidenten diesen vertritt, mußte der amtierende Reichsverkehrsminister noch die Funktionen des abwesenden Reichspräsidenten übernehmen, um die obersten Reichsorgane wieder herzustellen und das Deutsche Reich handlungsfähig zu machen.

Zur Wahrnehmung dieser beiden Funktionen wurde mit Wissen und Billigung der Alliierten, in Anlehnung an das Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 01. August 1934, die Zeitweilige Oberste Reichsbehörde „Der Generalbevollmächtigte“ geschaffen und einstweilen mit dem bereits als Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn und Reichsverkehrsminister amtierenden Wolfgang G. G. Ebel besetzt.

Der nunmehr Generalbevollmächtigte und Reichskanzler erhielt gleichzeitig den Auftrag, einen Vorschlag zu erarbeiten, die Reichsverfassung und die Preußische Verfassung entsprechend so zu ändern, daß das Kontrollratsgesetz Nr. 46 erfüllt wird.

Er tat dies in dergestalt, daß aus allen Gliedstaaten nunmehr Reichsländer und Glieder des Reiches wurden.

Die überarbeiteten Verfassungen von Preußen und dem Reich wurden von der Seite der drei Westmächte genehmigt und auf entsprechendes Antragen, die entsprechenden Ausfertigungen auch dem Russischen Stadtkommandanten von Berlin am Standort Berlin-Karlshorst und dem Chef der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland am Standort Wünsdorf persönlich übergeben.

Das Sozialgericht Berlin (Aktenzeichen S 56 Ar 239/92) stellte im Urteil einer Negationsklage vom 19.5.1992 die Existenz der Kommissarischen Reichsregierung, der Kommissarischen Regierung des Landes Freistaat Preußen und des Magistrats von Groß-Berlin fest.

In einer Unterredung mit dem Sonderbeauftragten des US-Außenministeriums Ernst Matscheko am 16. Januar 1999 wurde seitens der Alliierten angeregt:

1. Eine Klage sollte beim UN-Gerichtshof gegen der BRD eingereicht werden.
2. Eine Sonderbotschafterin ist bei den Vereinten Nationen zu ernennen und zu errichten.
3. Die Existenz und die Aktivitäten der Kommissarischen Reichsregierung sollten weltweit veröffentlicht werden.

Die Existenz und Aktivitäten der Kommissarischen Reichsregierung wurden im Jahre 2000 durch das Magazin 2000 Plus in einem Sonderheft europaweit veröffentlicht und durch Christopher Bollyn von American Free Press im Jahre 2003 weltweit vorgestellt.

Die Sonderbotschafterin ist im November 2000 ernannt worden und war mehrere Male in New York zur Übergabe von Unterlagen bei den UN-Sicherheitsratsmitgliedern.

Die Klage beim UN-Gerichtshof in Den Haag ist noch offen. Reichskanzler Ebel richtete am 28. März 2003 ein Schreiben unter dem Zeichen DR CK I/2. I.59-1-02/01 an die UNO, mit unter anderem, der Forderung, einen Sondergerichtshof für Deutschland in New York zu errichten, welchem die UNO nicht folgte, da der UN-Gerichtshof in Den Haag vorhanden ist.

Im Schriftwechsel mit dem Headquarters United States European Command im Juni 2003 wird durch die Verwendung der besatzungsstatutenrechtlich richtigen Anschrift German Reich, Provisional Government, Reich Chancellor, Königsweg 1, 1000 Berlin-Zehlendorf 1 durch das US-EUCOM die Existenz und Handlungsfähigkeit des Staates 2tes Deutsches Reich, der Kommissarischen Regierung und des Reichskanzlers unterstrichen.

An der herrschenden Rechtsauffassung in der Bundesrepublik Deutschland vorbei, wurde durch den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe im Dezember 2004 und im Januar 2005 die Existenz und Handlungsfähigkeit des Staates 2tes Deutsches Reich anerkannt. Dies erfolgte durch die Generalbundesanwaltschaft mittels der postalisch richtig bezeichneten Anschrift :

Deutsches Reich, Komm. Regierung
-Der Reichskanzler-
provisorischer Amtssitz
Königsweg 1
W-1000 Berlin Zehlendorf 1.

Im Dezember 2006 wurde das Zweite Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung des Deutschen Reiches und das Zweite Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Preußischen Verfassung eingereicht bei allen zwölf entsprechenden Adressaten eingereicht.

Darauf antwortete am 04. Januar 2007 das Sekretariat von Tony Blair und bestätigte die Annahme der Schreiben. Da die Echtheit dieses Schreibens angezweifelt wurde, wurde im Januar 2011 noch einmal eine Bestätigung eingeholt.

Ende des Jahres 2011 ereilte Wolfgang G. G. Ebel das Schicksal eines Herzinfarktes mit mehreren Minuten Herzstillstand. Er konnte reanimiert werden und wurde entsprechend weiter am Leben gehalten und konnte seine elementaren Lebensbedürfnisse auch wieder selbst besorgen.

Er zeigte jedoch keine Krankheitseinsicht, so daß sein Zustand stark schwankte und sich seine Gedächtnisleistung unübersehbar regressiv entwickelte, so daß er oft am Nachmittag nicht mehr wußte, was er am Vormittag besprochen hatte und erzählte statt dessen stets die gleichen Episoden.

Der medizinische Dienst der Krankenkasse sah sich schließlich gezwungen ein Betreuungsverfahren einzuleiten, ihm dreimal täglich einen Pfleger zur Medikamenteneinnahme zu schicken, da er dies augenscheinlich nicht mehr selbst regulieren konnte.

Da er auch andere Probleme nicht mehr selbst lösen konnte, wurde er unter Betreuungsrecht bezüglich der Vermögenssorge, Wohnungsangelegenheiten, Vertretung bei Behörden und Einrichtungen und Postangelegenheiten gestellt, was er aber vor der Kommissarischen Reichsregierung noch geschickt verbergen konnte.

Als ihm von einigen Ministern nahegelegt wurde, einen geordneten Übergang zu vollziehen, da die körperlichen und geistigen Anstrengungen ihn immer mehr überforderten, zeigte er sich auch hier der Situation nicht mehr gewachsen und sprach willkürlich rechtswidrige Suspendierungen aus.

Die Justizministerin war gezwungen, eine Untersuchung einzuleiten, die darin gipfelte die Ruhestandsversetzung zu beantragen und umzusetzen.

Bereits 2004 hatte der Generalbevollmächtigte und Reichskanzler Wolfgang G. G. Ebel Frau Marina Werner als seine Stellvertreterin eingesetzt. Sie war somit seit seiner Emeritierung nunmehr Generalbevollmächtigte und Reichskanzler, fühlte sich aber zunehmend zeitlich und anderweitig nicht in der Lage, diesen Ämtern gerecht zu werden.

Insbesondere gab und gibt es erhebliche Divergenzen innerhalb und außerhalb der Kommissarischen Reichsregierung, einen Kampf um die Vorherrschaft, der zu allseits ungeordneten Verhältnissen und Verwirrungen führte. Die Hauptursache lag vor allem darin, daß die Regierung selbst kein Konzept für die weitere Tätigkeit erarbeitete, aber viele ihre eigenen Vorlieben in den Mittelpunkt rücken wollten.

Ende Juli 2014 wurde dann an Volker Ludwig die Frage herangetragen, die Ämter des Generalbevollmächtigten und Reichskanzlers durch Amtsübergabe von Frau Marina Werner zu übernehmen, die dieser nach reiflicher Überlegung bejahte.

Mit dem Übergabeakt einschließlich Amtseid am 09. August 2014, wurden die Verantwortlichkeiten, Pflichten und Rechte des Generalbevollmächtigten für das Deutsche Reich sowie des Reichskanzlers der Kommissarischen Reichsregierung sach-, fach- und formgerecht nach deutschem Recht von Volker Ludwig übernommen.

[zurück](#)

Informationen

- [Friedensvertrag](#)
- [Reichsland Hamburg](#)
- [Reichsländer](#)
- [Rechtliches](#)
- [Vita Volker Ludwig](#)
- [Rechtsnachfolge](#)
- [Begrüßung](#)
- [Erster Besuch?](#)
- [Archiv](#)
- [Seitenübersicht](#)

© 2017 - [Deutsches Reich Gov](#)

Deutsches Reich
Kommissarische Reichsregierung
- Der Generalbevollmächtigte und Reichskanzler -
Kapitänleutnant Volker Ludwig
Vorläufiger Provisorischer Amtssitz
Am Weisenstein 4, 07387 Gräfendorf



Staat 2^{tes} Deutsches Reich Kommissarische Reichsregierung
– Der Generalbevollmächtigte und Reichskanzler Volker Ludwig -
Vorläufiger Provisorischer Amtssitz: Am Weisenstein 4, 07387 Kröpa OT Gräfendorf

www.deutsches-reich-gov.de
www.reichs-undlaenderanzeiger.de

President of the United States
Barack Obama
White House, 1600 Pennsylvania Avenue
Washington D.C., 20500 USA

Telefon 03647-416 479
Ausland: +493647-416 479
Fax 03647-50 48 99
Inland: E-Post/E-Mail
gv.rk@web.de

Wir bitten in der Antwort Zeichen und
Datum dieses Schreibens anzugeben

Ihr Zeichen
Mittteilung über
Dreimächtekonferenz von
Berlin vom 02. August 1945

Ihre Nachricht vom
Notification of Three Powers
Conference of Berlin, date
August 02, 1945.

Unser Geschäftszeichen
DR A1-2014-Sept.-14

Datum
14. September 2014

Subject: Request for

Betrifft: Antrag auf

1. Approval by the Heads of State and Government from the Five Powers on the recognition of the signer, Captain-Lieutenant Volker Ludwig with effect to August 10, 2014 as Plenipotentiary for the German Reich and Reich Chancellor of the commissary government of the German Reich, for the perception of sovereign interests and the Status of the German Reich on the basis of the existing constitutional and international law, maintaining public order, including the inauguration of a sovereign government in office

1. Zustimmung durch die Staats- und Regierungschefs seitens der Fünfmächte über die Anerkennung des Unterzeichners, Kapitänleutnant Volker Ludwig - mit Wirkung zum 10. August 2014 - als Generalbevollmächtigter für das Deutsche Reich und Reichskanzler der Kommissarischen Reichsregierung, für die Wahrnehmung der hoheitlichen Interessen und den Status des Staates Deutsches Reich auf der Grundlage des geltenden Staats- und Völkerrechts sowie der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, bis zur Inauguration einer souveränen amtierenden Regierung

and
und

2. Consent with the 10-points plan for the activity and the therewith under the guidance and responsibility of signer existing commissary government of the German Reich by the Heads of State and Government of the Five Powers due to the agreement on the Three Powers Conference of Berlin for implementation and execution of Article II. No. 3 (I) of the Three Powers conference of Berlin of August 02, 1945

Deutsches Reich
Kommissarische Reichsregierung
- Der Generalbevollmächtigte und Reichskanzler -
Kapitänleutnant Volker Ludwig
Vorläufiger Provisorischer Amtssitz
Am Weisenstein 4, 07387 Gräfendorf



Staat 2^{tes} Deutsches Reich Kommissarische Reichsregierung
– Der Generalbevollmächtigte und Reichskanzler Volker Ludwig -
Vorläufiger Provisorischer Amtssitz: Am Weisenstein 4, 07387 Krölpä OT Gräfendorf

www.deutsches-reich-gov.de
www.reichs-undlaenderanzeiger.de

Botschafter

John B. Emerson

Postanschrift

Clayallee 170

14191 Berlin

Telefon 03647-416 479
Ausland: +493647-416 479
Fax 03647-50 48 99
Inland: E-Post/E-Mail
gv.rk@web.de

Wir bitten in der Antwort Zeichen und
Datum dieses Schreibens anzugeben

Ihr Zeichen
Mittteilung über
Dreimächtekonferenz von
Berlin vom 02. August 1945

Ihre Nachricht vom

Unser Geschäftszeichen
DR B1-2015-Jan.-05

Datum
05. Januar 2015

Exzellenz,

ich gestatte mir, Ihnen und ihrer Familie im neuen Jahr Gesundheit und Erfolg zu wünschen.

Gleichzeitig sehe ich mich veranlaßt, den Wunsch an Sie heranzutragen, das anliegende Schreiben via Diplomatenpost an den Adressaten weiterzuleiten.

Diese Bitte ergibt sich aus der Tatsache, daß das Briefgeheimnis in der Bundesrepublik Deutschland in speziellen Fällen nicht beachtet wird.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung
meiner ausgezeichneten Hochachtung

Der Generalbevollmächtigte und Reichskanzler
Kapitänleutnant Volker Ludwig

2. Zustimmung zu dem 10-Punkte-Plan für die Tätigkeit, der damit nunmehr unter der Anleitung und Verantwortung des Unterzeichnenden stehenden und fortbestehenden Kommissarische Reichsregierung - durch die Staats- und Regierungschefs der Fünfmächte des Vertrages über die Dreimächtekonferenz von Berlin - zur Umsetzung und Durchführung des Artikels II. Nr. 3 (I) der Dreimächtekonferenz von Berlin vom 02. August 1945

Excellence,

As I have no professional translators, I hope you kindly will tolerate and accept my request to read and to answer the memorandum exceptionally exclusively in German.

Exzellenz,

da ich über keine qualifizierten Übersetzer verfüge, gestatte ich mir, Sie hiermit zu ersuchen, das Memorandum ausnahmsweise auch in ausschließlich deutscher Sprache anzunehmen und zu beantworten.

Excellence,

I have the honor, to refer to the recent letters from the Commissary Government of the Empire State (Staat) 2nd German Reich with the date of December 21, 2006; February 21, 2007; April 26, 2007; June 26, 2007 and the last one of June 12, 2013 and suggest the following:

Exzellenz,

ich beehre mich, auf die bisherigen Schreiben der Kommissarischen Reichsregierung des Staates 2^{tes} Deutsches Reich, vom 21. Dezember 2006, vom 21. Februar 2007, vom 26. April 2007 und vom 26. Juni 2007 zuletzt vom 12. Juni 2013 Bezug zu nehmen und das Folgende anzuregen:

The time has come, now to pick up again and to complete correctly the steps in relation to a peaceful solution and peace treaty with the German Reich, that have been suspended 1989/1990.

Die Zeit ist gekommen, die Schritte, die 1989/1990 in Bezug auf die friedliche Regelung und den Friedensvertrag mit den Deutschen Reich unterbrochen wurden, nunmehr wieder aufzugreifen und vollständig abzuschließen.

The signer of this letter, Captain-Lieutenant Volker Ludwig, is a civil servant and the President of the Reichsbank of the Commissary, national bank and a citizen of the German Reich and therefore a legitimated representative of the German Reich.

Der Unterzeichner dieses Schreibens, Kapitänleutnant Volker Ludwig, ist Beamter und Präsident der Kommissarischen Reichsbank, Staatsangehöriger und Staatsbürger des Deutschen Reiches und damit legitimer Vertreter des Deutschen Reiches.

These matters of fact have been confirmed in the protocols of negotiations by the Amtsgericht Jena and by the District Court of Gera 401 Js 31027/12 (1 Cs) (5 Ns) and as well as by the dismissal of the revision by the Higher Regional Court Jena, Higher Regional Court 1 151 Ss 122/13 .

Dies wurde in den Protokollen der Verhandlungen durch das Amtsgericht Jena, und das Landgericht Gera 401 Js 31027/12 (1 Cs) (5 Ns) festgestellt und durch die Abweisung der Revision durch das Oberlandesgericht Jena 1 OLG 151 Ss 122/13 bestätigt.

After careful consideration, on August 09, 2014 I adopted/ assumed the duties, responsibilities and rights of the Plenipotentiary for the German Reich and Chancellor of the Commissary Reich Government according to the enclosed documents of Marina Werner.

Am 09. August 2014 habe ich nach reiflicher Überlegung die Pflichten, Verantwortlichkeiten und Rechte des Generalbevollmächtigten für das Deutsche Reich und Reichskanzler der Kommissarischen Reichsregierung entsprechend der beigelegten Urkunden von Marina Werner übernommen.

Since 2004 Marina Werner has been the deputy and since March 03 2013 the legal successor of the seriously ill and retired Dr. jur hc. Wolfgang Gerhard Günther Ebel.

Marina Werner ist seit 2004 die Stellvertreterin und seit 03. März 2013 Rechtsnachfolgerin des schwer erkrankten und emeritierten Dr. h. c. jur. Wolfgang Gerhard Günther Ebel.

I hereby request to recognize my person, Volker Ludwig, as Plenipotentiary for the German Reich and Chancellor of the Commissary Reich Government.

Ich beantrage hiermit, meine Person, Volker Ludwig als Generalbevollmächtigten für das Deutsche Reich und amtierenden Reichskanzler der Kommissarischen Reichsregierung anzuerkennen.

This right/ claim to the recognition in the succession results in the absence of a reigning imperial government for the reasons described in detail in the attached memorandum.

Dieser Anspruch auf die Anerkennung in die Rechtsnachfolge ergibt sich in Ermangelung einer amtierenden Reichsregierung durch die im Memorandum ausführlich dargestellte Rechtslage.

This request also results from the legal force of state and international law and it will be manifested in the 10-points plan, which I like to introduce to You for discussion also with respects to world peace:

Dieser Antrag ergibt sich auch aus dem geltenden Staats- und Völkerrecht und manifestiert sich in dem 10-Punkte-Plan, von dem ich glaube, mir es gestatten zu dürfen, Ihnen diesen im Interesse des Weltfriedens hiermit zur Diskussion vorstellen zu können:

1. Official recognition of the Commissary imperial government under my leadership as a legal representation of the German Reich within the correct frontiers by international law and by the Five Powers in accordance with the Notification of Three Powers Conference of Berlin, date August 02, 1945.

1. Offizielle Anerkennung der Kommissarischen Reichsregierung unter meiner Führung als legitime Vertretung des Deutschen Reiches in den völkerrechtlich richtigen Grenzen und entsprechend der Mitteilung über Dreimächtekonferenz von Berlin vom 02. August 1945.

2. UN Security Council agreement to the relief sought by the German Empire against the Federal Republic of Germany for international law deception and fraud in the international diplomatic and legal relations as well as forming a criminal and terrorist organization at the International Court of Justice (UN Court) in The Hague.

2. Zustimmung des UN-Sicherheitsrates zum Klagebegehren des Deutschen Reiches gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen Völkerrechtsbetrugs und Betrugs im internationalen und diplomatischen Rechtsverkehr sowie Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung - vor dem Internationalen Gerichtshof (UN-Gerichtshof) in Den Haag.

3. Lawsuit of the State German Empire, represented by the Commissary Imperial Government against the Federal Republic of Germany at the International Court of Justice (UN Court) in The Hague with the following requirements for establishing facts, conclusions and decisions.:

3. Klage des Staates Deutsches Reich, vertreten durch die Kommissarische Reichsregierung gegen die Bundesrepublik Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (UN-Gerichtshof) in Den Haag mit folgenden Maßgaben zur Feststellung von Tatsachen, Sachverhalten, Schlußfolgerungen und Urteilen:

a) The Treaty on the „ abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990“ has not come into force despite publication by the Federal Republic of Germany on March 15, 1991 and has not til today.

The assumptions prevailing in the world, are basing on an obvious international law fraud and on false certifications by the authorities of the Federal Republic of Germany.

a) Der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 ist trotz der Verkündung seitens der Bundesrepublik Deutschland am 15. März 1991 nicht in Kraft getreten und bis heute auch nicht in Kraft gesetzt worden.

Die Annahme darüber, die in aller Welt vorherrscht, beruht auf eindeutigen Völkerrechtsbetrug und Falschbeurkundungen durch die Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland.

b) By this the Four Powers shall be exempt from the court of this agreement and no longer be bounded to the suspension of the rights, responsibilities, agreement and decisions, despite Your ratification.

b) Damit sollen die Vier Mächte, trotz Ratifizierung Ihrerseits, durch das Gericht von dem Vertrag freigestellt und an die Aussetzung der entsprechenden Rechte, Verantwortlichkeiten, Vereinbarung und Beschlüsse nicht mehr gebunden sein.

c) The Four Powers would be thus entitled and obliged to restore the occupation state in the German Empire.

c) Die Vier Mächte wären damit berechtigt und verpflichtet, den Besatzungszustand im Deutschen Reich wieder herzustellen.

d) The relevant persons in charge for the Federal Republic of Germany and Berlin will be handed over to the International Criminal Court.

d) Die entsprechenden Verantwortlichen der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin werden dem Völkerstrafgerichtshof übergeben.

4. The Four Powers are preparing jointly with the Commissary imperial government an international treaty of peace and lead this for signature.

4. Die Vier Mächte bereiten gemeinsam mit der Kommissarischen Reichsregierung einen internationalen Friedensvertrag vor und führen diesen zur Unterzeichnung.

5. With the start of the negotiations for the peace treaty the Commissary Imperial Government prepares the since 1918 pending referendum on the form of government. This is carried out with the acquisition of the necessary organizational and legal requirements immediately.

5. Mit dem Beginn der Verhandlungen zum Friedensvertrag bereitet die Kommissarische Reichsregierung die seit 1918 ausstehende Volksabstimmung zur Staats- und Regierungsform vor, die mit dem Eintritt der dafür notwendigen organisatorischen und gesetzlichen Voraussetzungen sofort durchgeführt wird.

6. According to the result of the referendum - after a democratic debate concerning the relevant draft - a referendum on a new constitution for Germany is carried out.

At the same time a referendum is carried out for approval to the peace treaty.

6. Im Ergebnis der Volksabstimmung erfolgt nach demokratischer Diskussion über den entsprechenden Entwurf, eine Volksabstimmung über die neue Verfassung. Gleichzeitig erfolgt eine Volksbefragung zur Zustimmung zum Friedensvertrag.

7. Thereafter, the election and inauguration to the institutions of the new constitution is started.

7. Danach erfolgt die Wahl und Inauguration zu den Organen der neuen Verfassung.

8. In the Reichs-countries, too, votes concerning state and government forms and the resulting suitable state constitutions will take place.

8. In den Reichsländern erfolgen ebenfalls Abstimmungen über die Staats- und Regierungsformen und die daraus entsprechenden Landesverfassungen.

9. In the Reichs-countries the preparing of the corresponding organs and agencies will take place.

9. In den Reichsländern erfolgt die Herstellung der entsprechenden Organe und Ämter.

10. With the restoration of the capacity of the Reich and the Countries to operate, there will be, the step by step, withdrawal of the Allies from rights, obligations and responsibilities. Simultaneously, in accordance with the Vienna Convention, diplomatic relations will be established.

10. Mit der Herstellung der Handlungsfähigkeit in Reich und Ländern, erfolgt die schrittweise Verabschiedung der Alliierten aus den Rechten, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, es werden souveräne diplomatische Beziehungen entsprechend der Wiener Übereinkommen aufgenommen.

Excellence,

I have taken the liberty, to include in a memorandum appended, all the facts and circumstances, hopefully their relevance will accompany Your decision.

Exzellenz,

ich habe mir gestattet, alle Tatsachen und Sachverhalte, von deren Relevanz erhofft wird, Ihre Entscheidung zu begleiten, in einem Memorandum als Anlage beizufügen.

Furthermore, I ask that this request will be confirmed in writing. Due to the situation that has arisen, a negative term agreement of 21 days should no longer be considered, to be sufficient.

Desweiteren bringe ich die Bitte vor, den Antrag schriftlich zu bestätigen. Eine negative Fristenvereinbarung von 21 Tagen sollte auf Grund der entstandenen Situation nicht mehr als hinreichend betrachtet werden können.

Please accept Excellency

the insurance of my highest consideration

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

Der Generalbevollmächtigte und Reichskanzler
Kapitänleutnant Volker Ludwig

Anlage: Urkunden
Memorandum

Verteiler: Staats- und Regierungschefs der Fünfmächte
Kenntnisnahme: SHAEF-Gesetz Nr.3-Staaten

Inhaltsübersicht des Memorandums

Teil A: Zur Rechtsnachfolge im Deutschen Reich	Seite 2 - 8
Teil B: Zu den für das Deutsche Reich geltenden Rechnormen	Seite 9 - 11
Teil C: Zur Person des Antragstellers	Seite 12 - 13
Teil D: Zur offiziellen Anerkennung der Kommissarischen Reichsregierung	Seite 14 - 15
Teil E: Zur Klage des Deutschen Reiches gegen die Bundesrepublik Deutschlands	Seite 16 - 21
Teil F: Zum Friedensvertrag	Seite 22 - 23
Teil G: Zu den Volksabstimmungen, Volksbefragungen	Seite 24 - 25

Teil A. Zur Rechtsnachfolge im Deutschen Reich

Am 20. April 1945 legte Adolf Hitler fest, dass seine Reichsregierung von Berlin nach Schleswig-Holstein umziehen sollte. Lediglich Joseph Goebbels und Martin Bormann blieben als Regierungsmitglieder in der Reichshauptstadt.

Mit der Verkündung des Ablebens des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitlers am 30. April 1945 wurde durch den Reichsleiter Martin Bormann die Rechtsnachfolge per Funktelegramm eingeleitet.

Danach sollte Großadmiral Dönitz als Reichspräsident und Oberbefehlshaber der Wehrmacht fungieren.

Großadmiral Dönitz sah sich selbst nicht als Reichspräsident, da der Reichspräsident nach seiner Auffassung entsprechend der Verfassung vom Volk gewählt werden mußte.

Er sah sich als Staatsoberhaupt und Oberkommandierender der Wehrmacht (Rundfunkansprache 01. Mai 1945) und bildete sofort eine geschäftsführende Reichsregierung, und begann ab dem 03. Mai 1945 die NSDAP und deren Machtstrukturen deutscherseits aufzulösen.

Sitz der geschäftsführenden Reichsregierung war am Ende bis 23. Mai 1945 die Marineschule in Flensburg-Mürwik.

Am 07. Mai 1945 kapitulierte die Deutsche Wehrmacht auf Befehl von Großadmiral Dönitz nach Westen, nachdem zahlreiche und ernsthafte deutsche Angebote von 1941 bis 1944 über eine friedliche Regelung von dieser Seite ausgeschlagen wurden. Am 08. Mai 1945 kapitulierte die Deutsche Wehrmacht auf Befehl von Großadmiral Dönitz dann auch vor den Vier Mächten und somit auch nach Osten.

Eine Kapitulation des Deutschen Reiches selbst, gab es nicht.

Die Regierung Dönitz wurde zunächst von den Militärbefehlshabern anerkannt, bis dann auf Betreiben von Winston Churchill ab dem 17. Mai 1945 eine "Abkühlung" eintrat.

Am 20. Mai 1945 traf in Flensburg ein russisches Kriegsschiff ein, deren Vertreter im Auftrag des J. W. Stalin der geschäftsführenden Reichsregierung einen Sonderfrieden in den Grenzen von 1939 (!) anbot.

Dieses Angebot gab es schon einmal im März 1945 über die Botschaft in Schweden.

Die Meinungen in der geschäftsführenden Reichsregierung waren geteilt.

Schließlich beschloß Großadmiral Dönitz und seine Regierung, das Angebot Stalins abzulehnen, was Dönitz später als den schwersten Fehler seines Lebens bezeichnete.

Unmittelbar nach der Ablehnung des Angebotes von J.W.Stalin wurde Großadmiral Dönitz und die geschäftsführende Reichsregierung am 23. Mai 1945 von alliierterem Militär ohne richterlichen Haftbefehl verhaftet.

Damit hörte die tatsächliche Amtstätigkeit des Staatsoberhauptes und der geschäftsführenden Reichsregierung auf und das Deutsche Reich war ohne institutionalisierter Organe nicht mehr handlungsfähig.

Der völkerrechtliche Status des Deutschen Reiches selbst wird aber davon nicht berührt.

(Quellen: Großadmiral Dönitz, Erklärung von Bad Mondorf Juli 1945;

Graf Schwerin von Krosigk, Die letzten Tage der Reichsregierung;

RA Roeder Dokumentationen und Briefwechsel)

Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 [277]; 3, 288 [319 f.]; 5, 85 [126]; 6, 309 [336, 363]), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, wurde allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst handlungsunfähig.

Mit der Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die Siegermächte am 05. Juni 1945 (Amtsblatt Alliiertes Kontrollrat, Ausgabe vom 30. April 1946, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 7 bis 11 deutsche Fassung) ist das Deutsche Reich, der Staat der Deutschen, nicht untergegangen, sondern nur unbefristet (d. h. nicht fristlos) als ranghöchste Gebietskörperschaft handlungs-unfähig gestellt worden.

Der deutsche Staat ist weder mit der Kapitulation seiner Streitkräfte, der Auflösung der letzten Reichsregierung im Mai 1945 noch durch die Inanspruchnahme der "obersten Gewalt in Bezug auf Deutschland", einschließlich aller Befugnisse der deutschen Staatsgewalt, durch die vier Hauptsiegermächte am 5. Juni 1945 (vgl. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 7 ff.) völkerrechtlich erloschen; die Vier Mächte erklärten vielmehr ausdrücklich, daß die Inanspruchnahme dieser Gewalt, nicht die Annektierung Deutschlands bewirke. (BVG U 2 BVR 373/83 von 1987)

Der Alliierte Kontrollrat wollte Deutschland mit Hilfe deutscher Staatssekretäre regieren. Eine besondere Rolle sollte dabei der Reichsverkehrsminister Dr. Julius Dorpmüller spielen, der zugleich Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn war: Dieser Mann war kein Nationalsozialist. Er war der einzige Minister, der der Reichsregierung schon vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten angehörte. Leider verstarb er im Juli 1945.

Schon bald kam es zwischen den Regierungen der Siegermächte zu Differenzen, die die geplante Regierung Deutschlands durch den Alliierten Kontrollrat verhinderten. Am 20. März 1948 stellte die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ihre Mitarbeit im Alliierten Kontrollrat ein. Seitdem ist das oberste Regierungsorgan der Vier-Mächte für Deutschland bis auf untergeordnete Teilbereiche nicht mehr handlungsfähig. In der Folgezeit kam es zur Gründung und zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Die Siegermächte haben ihre Besatzungsrechte bis auf ihre Rechte in Berlin und in Bezug auf Deutschland als Ganzes nach und nach modifiziert.

Jahrzehntelang versuchte die Bundesrepublik Deutschland, die Rechtshoheit des Deutschen Reiches zu übernehmen; sie scheiterte am Widerstand der Alliierten. Durch die Haltung der deutschen Politiker der Bundesrepublik Deutschlands ist bis heute die friedensvertragliche Lösung nicht hergestellt. Fremde Truppen stehen immer noch auf deutschem Boden. Die deutschen Ostgebiete stehen unter fremder Verwaltung.

Mit dem Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik kam es zu einer Reorganisation der Deutschen Reichsbahn als "Deutsche Bundesbahn" auf dem Territorium der Bundesrepublik und als volkseigenes Unternehmen "Deutsche Reichsbahn" auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. Auf dem besonderen Territorium Groß-Berlin verblieb die Deutsche Reichsbahn unter Vier-Mächte-Verwaltung. Nach der politischen Spaltung der Stadt ist der West-Teil zunehmend in das Rechts-, Verwaltungs- und Wirtschaftssystem der Bundesrepublik, der Ost-Teil zunehmend in das Rechts-, Verwaltungs- und Wirtschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik einbezogen worden .

Im Ostsektor galt diese Entwicklung auch für die Deutsche Reichsbahn; in den Westsektoren blieb es bei der Vier-Mächte-Kontrolle der Deutschen Reichsbahn, für die das bis Kriegsende geltende Reichsrecht fortgalt, soweit es nicht durch die Siegermächte aufgehoben war.

Diese Entwicklung führte schließlich dazu, daß sich die Deutsche Reichsbahn in Berlin (West) zu einem "Restgebiet des Deutschen Reiches" entwickelte, dem niemand Beachtung schenkte.

Dies änderte sich im Jahre 1980, als sich rund 2000 nichtkommunistische Reichsbahner in Berlin (West) von der Reichsbahnleitung im Ost-Sektor Berlins lösten, die den besonderen Rechtsstatus der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West) verändern wollte: Dieser Status beruhte unter Vier-Mächte-Kontrolle auf fortgeltendem Reichsrecht, die Reichsbahnleitung im Ost-Sektor der Stadt wollte dagegen das für das Volkseigene Unternehmen der Deutschen Demokratischen Republik "Deutsche Reichsbahn" geltende Recht auch in Berlin (West) einführen.

In dieser Situation wandten sich die Reichsbahner in Berlin (West) an die Alliierten und bauten unter Mitwirkung des Reichsbahn-Obersekretärs Wolfgang Ebel die legale Verwaltungsorganisation der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West) wieder auf. Mit Wissen und Billigung des SHAEF-Gesetzgebers übernahm Wolfgang Ebel ohne technische und personelle Mittel zunächst kommissarisch das Amt des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn.

Da dieses Amt gemäß § 4 des Gesetzes über die Deutsche Reichsbahn vom Reichsverkehrsminister in Personalunion ausgeübt wurde, lag es im Interesse der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nahe, über den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn eine Reorganisation der Obersten Reichsorgane zu versuchen.

So übernahm Wolfgang Ebel mit Wissen und Billigung des SHAEF-Gesetzgebers auch das Amt des Reichsverkehrsministers als Chef der Deutschen Reichsbahn.

Durch den damaligen US-Hochkommissar in Deutschland und zugleich Botschafter bei der Bundesrepublik Deutschland, Seine Exzellenz Richard Burt, wurde Wolfgang G.G. Ebel beauftragt, mit Wirkung zum 08. Mai 1985 in Rechtsnachfolge für den im Juli 1945 an einer Krankheit verstorbenen Reichsverkehrsminister, unter Beachtung allen Alliierten- und Reichsrechts das ständige Reichszentralorgan Reichsministerium für Transport-, Umweltschutz-, Energie- und Verkehrswesen zu errichten.

Nachdem auf diese Weise das Amt des Reichsverkehrsministers wiederhergestellt war, konnte man an die Wiederherstellung der Reichsregierung denken.

Dazu wurde durch Wolfgang G. G. Ebel gemäß § 3 des fortgeltenden Reichsministergesetz vom 27. März 1930 der entsprechenden Amtseid schriftlich beim US- Hochkommissar in Deutschland mit Wirkung vom 08. Mai 1985 geleistet.

Weiterhin führte Herr Wolfgang G. G. Ebel den Auftrag aus, eine entsprechende Ernennungsurkunde zu formulieren, durch den US-Hochkommissar in Deutschland genehmigen zu lassen und am 12. September 1985 im Beisein von Zeugen beider Seiten in der Brandenburghalle des Abgeordnetenhauses von Berlin, dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Eberhard Diepgen zu übergeben, der diese genehmigte Ernennungsurkunde annahm.

Nach der Übergabe der Ernennungsurkunde von Herrn Wolfgang G. G. Ebel an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Eberhard Diepgen, unterließen er und sein Senators des Innern, Herrn Heinrich Lummer, sowie des Senators für Finanzen in Berlin, alles, um den nunmehr dienstverpflichteten Reichsminister für Transport-, Umweltschutz-, Energie- und Verkehrswesen amtlich und öffentlich anzuerkennen und ihm die rechtmäßig zustehenden Amtshandlungs-, Besoldungs- und Entschädigungsrechtsansprüche zu bezahlen. Dies hätte durch den Senator für Finanzen in Berlin aus dem bestehenden Treuhandvermögen des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich in Berlin bezahlt werden müssen.

Wegen dieser Unterlassungen hat Wolfgang G. G. Ebel am 20. Oktober 1985 während der Tagung der Gesellschaft für Deutschlandpolitik im Deutschen Reichstag in Berlin beim dort anwesenden Sonderminister des US Department of State Berlin, Seiner Exzellenz John C.

Kornblum, gegen diese Unterlassungen des Regierenden Bürgermeisters und seiner Senatoren, Beschwerde erhoben.

Seine Exzellenz bat den Reichsminister daraufhin, ihm an ein Fenster zu folgen, an dem der Staatssicherheitsdienst der Deutschen Demokratischen Republik, wie auch der Bundesnachrichtendienst die Beschwerde und die Antwort mithören können.

Der Sonderminister des US Department of State Berlin antwortete, daß es der Richtigkeit entspricht, das die Vereinigten Staaten von Amerika unter Beachtung der Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin, den Reichsminister für Transport-, Umweltschutz-, Energie- und Verkehrswesen Herrn Wolfgang Gerhard Günter Ebel als Rechtsnachfolger für den früheren Reichsverkehrsminister genehmigt haben und es von daher sein gutes Recht ist, klagen zu dürfen, - doch es auch zugleich - da beide deutsche Seiten das Völker- und Menschenrecht brechen -, seine Pflicht sei, klagen zu müssen.

Im Februar 1987 wurde durch Telefonat des US Department of State Berlin, vertreten durch die Protokollabteilung, diese vertreten durch die Leiterin, Miß Robensen, der amtierende Reichsminister für Transport-, Umweltschutz-, Energie- und Verkehrswesen darüber informiert, daß es nunmehr an der Zeit sei, daß das reichsverfassungsrechtliche Deutsche Reich wiederherzustellen ist.

Zu diesem Zwecke ist in Handlung für den fehlenden Reichspräsidenten ein zeitweiliges Reichsverfassungsorgan **Kommissarisches Büro des Reichspräsidentialamtes** und ein weiteres in Handlung für den fehlenden Reichskanzler zeitweiliges Reichsverfassungsorgan **Kommissarische Reichsregierung** zu errichten.

Der Reichsverkehrsminister sollte demnach die Funktionen des fehlenden Regierungschefs, also des Reichskanzlers übernehmen, um eine kommissarische Reichsregierung bilden zu können. Da der Reichskanzler in Abwesenheit des Reichspräsidenten diesen vertritt, mußte der amtierende Reichsverkehrsminister noch die Funktionen des abwesenden Reichspräsidenten übernehmen, um die obersten Reichsorgane wieder herzustellen und das Deutsche Reich handlungsfähig zu machen.

Zur Wahrnehmung dieser beiden Funktionen wurde mit Wissen und Billigung des US Department of State Berlin, in Anlehnung an das Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 01. August 1934, die Zeitweilige Oberste Reichsbehörde „Der Generalbevollmächtigte“ geschaffen und einstweilen mit dem bereits als Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn und Reichsverkehrsminister amtierenden Wolfgang G. G. Ebel besetzt.

Der nunmehr Generalbevollmächtigte und Reichskanzler erhielt gleichzeitig den Auftrag, einen Vorschlag zu erarbeiten, die Reichsverfassung und die Preußische Verfassung entsprechend so zu ändern, daß das Kontrollratsgesetz Nr. 46 erfüllt wird.

Er tat dies in dergestalt, daß aus allen Bundesstaaten nunmehr Reichsländer und Glieder des Reiches wurden.

Der überarbeiteten Verfassungen von Preußen und dem Reich wurden 1987 von der Seite der drei Westmächte zugestimmt und auf entsprechendes Antragen, die entsprechenden Ausfertigungen auch dem Russischen Stadtkommandanten von Berlin am Standort Berlin-Karlshorst und dem Chef der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland am Standort Wünsdorf persönlich durch Wolfgang G. G. Ebel übergeben.

Das Sozialgericht Berlin (Aktenzeichen S 56 Ar 239/92) stellte im Urteil einer Negationsklage vom 19.5.1992 die Existenz der Kommissarischen Reichsregierung, der Kommissarischen Regierung des Landes Freistaat Preußen und des Magistrats von Groß-Berlin fest.

In einer Unterredung mit dem Sonderbeauftragten des US-Außenministeriums Ernst Matscheko am 16. Januar 1999 wurde angeregt:

1. Eine Klage sollte beim UN-Gerichtshof gegen der BRD eingereicht werden.
2. Eine Sonderbotschafterin ist bei den Vereinten Nationen zu ernennen und zu errichten.
3. Die Existenz und die Aktivitäten der Kommissarischen Reichsregierung sollten weltweit veröffentlicht werden.

Die Existenz und Aktivitäten der Kommissarischen Reichsregierung wurden im Jahre 2000 durch das Magazin 2000 Plus in einem Sonderheft europaweit veröffentlicht und durch Christopher Bollyn von American Free Press im Jahre 2003 weltweit vorgestellt.

Die Sonderbotschafterin ist im November 2000 ernannt worden und war mehrere Male in New York zur Übergabe von Unterlagen bei den UN-Sicherheitsratsmitgliedern.

Die Klage beim UN-Gerichtshof in Den Haag ist noch offen.

Reichskanzler Ebel richtete am 28. März 2003 ein Schreiben unter dem Zeichen DR CK I/2. I.59-1-02/01 an die UNO, mit unter anderem, der Forderung, einen Sondergerichtshof für Deutschland in New York zu errichten, welchem die UNO nicht folgte, da der UN-Gerichtshof in Den Haag vorhanden ist.

Im Schriftwechsel mit dem Headquarters United States European Command im **Juni 2003**

wird durch die Verwendung der besatzungsstatutenrechtlich richtigen Anschrift

German Reich,

Provisional Government,

Reich Chancellor,

Königsweg 1,

1000 Berlin-Zehlendorf 1

durch das US-EUCOM die Existenz und Handlungsfähigkeit des Staates 2^{tes} Deutsches Reich, der Kommissarischen Regierung und des Reichskanzlers unterstrichen.

An der herrschenden Rechtsauffassung in der Bundesrepublik Deutschland vorbei, wurde durch den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe im **Dezember 2004** und im **Januar 2005** die Existenz und Handlungsfähigkeit des Staates 2tes Deutsches Reich anerkannt. Dies erfolgte durch die Generalbundesanwaltschaft mittels der postalisch richtig bezeichneten Anschrift :

Deutsches Reich, Komm. Regierung

-Der Reichskanzler-

provisorischer Amtssitz

Königsweg 1

W-1000 Berlin Zehlendorf 1 .

Im Dezember 2006 wurde das Zweite Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung des Deutschen Reiches und das Zweite Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Preußischen Verfassung eingereicht bei allen zwölf entsprechenden Adressaten eingereicht.

Darauf antwortete am 04. Januar 2007 das Sekretariat von Tony Blair und bestätigte die Annahme der Schreiben.

Da die Echtheit dieses Schreibens in der BRD angezweifelt wurde, wurde im Januar 2011 noch einmal eine Bestätigung eingeholt.

Ende des Jahres 2011 ereilte Wolfgang G. G. Ebel das Schicksal eines Herzinfarktes mit mehreren Minuten Herzstillstand, mit dessen Folgen er seitdem unablässig zu kämpfen hat.

Er konnte reanimiert werden und wurde entsprechend weiter am Leben gehalten und war anschließend im wesentlichen in der Lage elementaren Lebensbedürfnisse auch wieder selbst besorgen.

Er zeigte jedoch keine Krankheitseinsicht, so daß sein Zustand stark schwankte und sich seine Gedächtnisleistung unübersehbar regressiv entwickelte, so daß er oft am Nachmittag nicht mehr wußte, was er am Vormittag besprochen hatte und erzählte statt dessen stets die gleichen Episoden.

Der medizinische Dienst der Krankenkasse sah sich schließlich gezwungen ein Betreuungsverfahren einzuleiten, ihm dreimal täglich einen Pfleger zur Medikamenteneinnahme zu schicken, da er dies augenscheinlich nicht mehr selbst regulieren konnte.

Da er auch andere Probleme nicht mehr selbst lösen konnte, wurde er auf ärztliches Anraten auch unter Betreuungsrecht bezüglich der Vermögenssorge, Wohnungsangelegenheiten, Vertretung bei Behörden und Einrichtungen und Postangelegenheiten gestellt, was er aber vor der Kommissarischen Reichsregierung noch geschickt verbergen konnte.

Als ihm von einigen Ministern nahegelegt wurde, einen geordneten Übergang zu vollziehen, da ihn augenscheinlich die körperlichen und geistigen Anstrengungen immer mehr überforderten, zeigte er sich auch hier der Situation nicht mehr gewachsen und sprach willkürlich rechtswidrige Suspendierungen aus.

Die Justizministerin der Kommissarischen Reichsregierung war als Dienstvorgesetzte des eigentlich dafür zuständigen, aber auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 4 nicht vorhandenen Staatsgerichtshofes gezwungen, eine Untersuchung einzuleiten, die zu dem Ergebnis führte, die Ruhestandsversetzung von Herrn Wolfgang G. G. Ebel von allen Ämtern und Dienstverhältnissen zu beantragen und umzusetzen.

Bereits 2004 hatte der Generalbevollmächtigte und Reichskanzler Wolfgang G. G. Ebel, Frau Marina Werner als seine Stellvertreterin eingesetzt. Sie war somit seit seiner Emeritierung am 02. März 2013, nunmehr ab 03. März 2013 Generalbevollmächtigter und Reichskanzler, fühlte sich aber zunehmend zeitlich und anderweitig nicht in der Lage, diesen Ämtern gerecht zu werden.

Insbesondere gab und gibt es erhebliche Divergenzen innerhalb und außerhalb der Kommissarischen Reichsregierung, einen Kampf um die Vorherrschaft, der zu allseits ungeordneten Verhältnissen und Verwirrungen führte.

Die Hauptursache lag vor allem darin, daß die Regierung selbst kein Konzept für die weitere Tätigkeit erarbeitete, aber viele ihre eigenen Vorlieben in den Mittelpunkt rücken wollten.

Ende Juli 2014 wurde dann an Volker Ludwig die Frage herangetragen, die Ämter des Generalbevollmächtigten und Reichskanzlers durch Amtsübergabe von Frau Marina Werner zu übernehmen, die dieser nach reiflicher Überlegung bejahte.

Mit dem Übergabeakt einschließlich Amtseid am 09. August 2014, wurden die Verantwortlichkeiten, Pflichten und Rechte des Generalbevollmächtigten für das Deutsche Reich sowie des Reichskanzlers der Kommissarischen Reichsregierung sach-, fach- und formgerecht nach deutschem Recht von Volker Ludwig übernommen.

Mit diesem, dem Anschreiben beigeordneten Memorandum wird ein Konzept zur internationalen und nationalen Diskussion vorgelegt, den Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich wieder im Einklang mit dem Völkerrecht auf die Tagesordnung der Viermächte zu bringen.

Teil B: Zu den, für das Deutsche Reich, geltenden Gesetzen

1. Die Kommissarische Reichsregierung betrachtet das Alliiertenrecht, wie es in den Proklamationen, Gesetzen, Befehlen und Direktiven des Kontrollrates zum Ausdruck kommt, als für sie bindendes Besatzungsrecht, bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages. Desweiteren werden die noch geltenden SHAEF- und Militärregierungsgesetze sowie SMAD-Befehle im gleichen Sinne einbezogen.

2. Die Ergebnisse des I. Weltkrieges und die daraus entstandene Situation, welche im Verfassungsgesetz vom 11. August 1919 mündet und die darin enthaltenen Regelungen zum deutschen Recht sowie die darauf aufbauenden Gesetze der Republik sind eine Rechtsquelle für die Tätigkeit der Kommissarischen Reichsregierung, soweit diese nicht der Nr. 1 und Nr. 5 entgegenstehen.

3. Gesetze aus der Zeit der Herrschaft der NSDAP (durch die alliierten Siegermächte als Nazi-Gesetze deklariert), auf der reinen Grundlage des Gesetzes "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (RGBl. 1933 Nr. 25 vom 24. März 1933), stehen außerhalb der Verfassungsgesetzes vom 11. August 1919 und sind damit nichtig, da das Verfassungsgesetz dafür selbst nicht ausdrücklich geändert wurde.

Davon sind jene Gesetze zu unterscheiden, die

a) zumindest formal bis 1934 im Einklang mit dem Gesetzgebungsverfahren des Reichsverfassungsgesetzes stehen.

Dies trifft aber lediglich bei dem "Gesetz über den Neuaufbau des Reiches" vom 20. Januar 1934 RGBl. Nr. 11, 1934, S. 75, zu.

Es ist das einzige Gesetz, das nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler zumindest formal verfassungsgemäß zu Stande kam (vom neu gewählten Reichstag verabschiedet, vom Reichsrat bestätigt, vom Reichspräsidenten ausgefertigt).

Dieses Gesetz ,einschließlich der darauf begründeten Verordnungen und Erlasse, wurde in den einzelnen alliierten Besatzungszonen zur Bildung der jetzigen Länderstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland zu Grunde gelegt.

Gleiches trifft auf die daraus entstandene Verordnung zur Veränderung des Staatsangehörigkeits-rechts vom 05. Februar 1934 (RGBl. 1934, Nr. 14, S. 85) zu.

b) als Regierungsgesetze bestehendes Reichsrecht modifizierten, ohne deren Charakter als Sachgesetz zu verändern (z.B. Steuergesetze, Straßenverkehrsordnung u. ä.) oder auf Grund völkerrechtlicher Verträge und Vereinbarungen entstanden sind (Wechselgesetz, Scheckgesetz).

c) durch Volksbefragung zustande gekommen sind:

Dies betrifft ausschließlich das:

"Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 01. August 1934"

RGBl. Nr. 89, 1934 S. 747

Zu diesem Gesetz fand eine Volksabstimmung statt. Diese wurde am 19. August 1934 durchgeführt, mit über 87 % Zustimmung zu diesem Gesetz.

Diese Volksabstimmung kann nicht aufgehoben werden, da sie auf der Grundlage des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 und der Stimmordnung vom 31.

Dezember 1923 durchgeführt wurde. Es ist lediglich in Übereinstimmung mit §4 des Gesetzes über

Volksabstimmungen vom 14. Juli 1933 angeordnet worden und wird somit vom Kontrollrats-gesetz Nr. 1 nicht unmittelbar berührt.

Dieses Gesetz vom 01. August 1934 war die Grundlage, für die Übernahme der Obersten Regierungsgewalt der Viermächte und des Kontrollrates entsprechend der Dokumente vom 05. Juni 1945, ohne das Deutsche Reich annectieren zu müssen.

4. Die Kommissarische Reichsregierung ist somit nach Staats- und Völkerrecht verpflichtet auch jene zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 11. April 1945 im Reichsgesetzblatt Teil I veröffentlichten Gesetze anzuwenden, darüber zu verordnen, bzw. diese anzupassen, soweit diese nicht ausdrücklich

durch die Kontrollratsgesetze Nr. 1, Nr. 4, Nr. 11, Nr. 12, Nr. 13, Nr. 14, Nr. 15, Nr. 16,
Nr. 17, Nr. 20, Nr. 21, Nr. 24, Nr. 26, Nr. 27, Nr. 28, Nr. 30
Nr. 31, Nr. 34, Nr. 35, Nr. 36, Nr. 37, Nr. 38, Nr. 40, Nr. 41
Nr. 42, Nr. 43, Nr. 44, Nr. 45, Nr. 49, Nr. 55, Nr. 56, Nr. 60,
Nr. 62,

aufgehoben oder geändert wurden.

Der Klausel in den Kontrollratsgesetzen, daß die Aufhebung von nationalsozialistischem Recht, die davor geltenden Gesetze nicht wieder herstellt, wurde durch die Kommissarische Regierung bisher Rechnung getragen.

Dies wird auch weiter beibehalten.

5. Alle Gesetze, die eine friedensvertragliche Regelung oder die Volksabstimmungen über die Staats- und Regierungsform behindern, werden zum gegebenen Zeitpunkt, durch die Kommissarische Reichsregierung mit entsprechender Zustimmung der Vier Mächte, zeitweise oder vollständig aufgehoben.

Über diesen Zeitraum hinausgehende Regelungen bedürfen der Fixierung im Friedensvertrag.

6. Die Kommissarische Reichsregierung betrachtet alle durch sie selbst zwischen dem 21. Dezember 2006 und dem 31. Dezember 2008 bei den Alliierten eingereichten und entsprechend der BK/O 51 (56) nicht abgelehnten Gesetze, den laufenden Schriftverkehr und die daraufhin erfolgten Maßnahmen in der Nachfolgezeit, bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages, als Bestandteil der deutschen Rechtsordnung, welches im Friedensvertrag Niederschlag finden soll.

Bei den Gesetzen von der Kommissarische Reichsregierung 2013 wurde durch die USA, in Gestalt der Botschaft in Berlin, die Annahme verweigert und diese damit abgelehnt.

Die nochmalige Überprüfung von Seiten der Kommissarischen Reichsregierung hat ergeben, daß diese Ablehnung berechtigt und geboten war (B.3.c).

7. Alle Rechtsnormen, die nicht ausdrücklich durch die Kontrollratsgesetzgebung aufgehoben sind und nicht in einer durch die Kommissarische Reichsregierung ergänzten oder neuen Fassung im Reichs- und Länderanzeiger veröffentlicht wurden, werden nach der offiziellen Anerkennung der Kommissarischen Reichsregierung durch die Viermächte, vorläufig so angewendet, wie diese im Zeitpunkt der Aufhebung des Besatzungsstatutes anzuwenden waren.

Alle Gesetze, für die der Alliierte Kontrollrat eine konkrete deutsche Quelle angegeben hat, werden exakt quellengemäß angewendet und binden ebenso die Gerichtsbarkeit.

Dies betrifft insbesondere die Prozeßordnungen und die Sach- und Fachgesetzbücher (z. B. StGB, BGB, Abgabenordnung usw.).

Urteile, die nicht im Einklang mit diesen Rechtsquellen stehen, sind nichtig.

Die Prüfung von Rechtsbeugung bleibt vorbehalten.

8. Alle weiterführenden gesetzlichen Regelungen, die über die vorstehenden Punkte 1. bis 7. hinausgehen und die Aufarbeitung deutschen Rechtes und deutscher Gesetze insgesamt betreffen, werden an jene Gremien in die Zukunft verwiesen, die nach den Volksabstimmungen über die Staats- und Regierungsform und der darauf beruhenden Verfassung, dann dafür zuständig sind.

9. Internationalen Verträgen, denen das Deutsche Reich zweckgemäß zur Vorbereitung und Umsetzung einer friedensvertraglichen Regelung beitreten sollte (z. B. Wiener Verträge über diplomatische Vertretungen usw.), tritt das Deutsche Reich nach Zustimmung seitens der Vier Mächte durch Erklärung der Kommissarischen Reichsregierung bei. Die Ratifizierung wird Bestandteil der friedensvertraglichen Volksabstimmung.

10. Die EU-Verträge mit der Bundesrepublik Deutschland von Maastricht und Lissabon sind keine Rechtsnorm im Deutschen Reich.

11. Mit dem Friedensvertrag erfolgt auch die endgültige Liquidierung des Dreimächtepaktes vom 27. September 1940, sowie des Militärbündnisses vom 11. Dezember 1941 zwischen Deutschland, Italien und Japan.

Teil C: Zur Person des Antragstellers

Volker Ludwig, wurde am 08. Januar 1958 im Ortsteil Buchholz der Kreisstadt Annaberg, Regierungsbezirk Chemnitz im Reichsland Sachsen, als erster von zwei Söhnen, des Ehepaars Volkmar und Christa Ludwig geb. Meyer, geboren.

Der Vater Volkmar Ludwig, arbeitete zu diesem Zeitpunkt als Elektriker bei der SDAG Wismut und absolvierte ein Fernstudium an der Bergakademie in Freiberg als Ingenieur für elektrische Maschinen, welches er 1960 abschloß.

1960 wurde auch der zweite Sohn der Eheleute geboren und mit dem Ingenieurabschluß kam der Ortswechsel in das Aufbereitungswerk 102 der SDAG Wismut nach Seelingstädt bei Werdau.

Volker Ludwig ging hier 10 Jahre in die Schule, die er 1974 abschloß und erhielt ab 1974 eine kombinierte Ausbildung als Elektromonteur mit Abitur an der Berufsschule der SDAG Wismut in Schlema.

Nach erfolgreicher Berufsausbildung und bestandem Abitur begann er ein Studium an der Militärhochschule der Marine in Stralsund als Ingenieur für Schiffsführung und Waffentechnik bei gleichzeitiger Ausbildung zum Offizier.

1980 ehelichte er Christiane Hegner aus Pößneck.

Nach erfolgreichem Abschluß erfolgte 1981 die Ernennung zum Leutnant und die Einsetzung als II. Wachoffizier.

Durch die Eheschließung begannen auch umfangreiche Karriereprobleme, wegen der zahlreichen Verwandten der Ehefrau in Bayern, so daß Kapitänleutnant Volker Ludwig 1988 seine Entlassung beantragte, die schließlich zum 30. November 1989 genehmigt wurde. In der Zeit zwischen 1989 und 1999 arbeitete er als Elektromonteur für verschiedene Firmen und bei einem Personaldienstleister in Bayreuth, München, Frankfurt/M., Berlin und Jena.

Die Ehe, aus der zwei Kinder hervorgingen, scheiterte 2000 durch Scheidung.

Volker Ludwig nahm ein Angebot an, in einem Nachbarort einen Bio-Hof aufzubauen und gleichzeitig als Sachbearbeiter in einer Psychotherapeutischen Praxis mitzuarbeiten. Mit beidem Tätigkeiten sichert er sich noch heute den relativ unabhängigen, wenn auch geringen Unterhalt.

2004 wurde er auf die Kommissarische Reichsregierung Ebel in Berlin aufmerksam gemacht.

Er ging hielt dies anfangs für eine Verkettung von Irrtümern und versuchte, die Argumentation aus den 21 Punkten zur tatsächlichen Situation in Deutschland, der Kommissarischen Reichsregierung zu widerlegen.

Dies war und ist aber nicht möglich, da die 21 Punkte im Grunde stimmen.

Mit dieser Erkenntnis absolvierte er die angebotene Ausbildung als Reichsrechtlicher Rechtssachverständiger und brachte sich immer mehr in die Tätigkeit der Kommissarischen Reichsregierung ein.

Vom 08. Mai 2005 bis zum 18. Juli 2010 wurde das Amtsverhältnis auf Zeit als Reichswehrminister ausgeübt.

Seit dem 01. September 2007 kam die Anstellung zum Deutschen Reich, als Beamter und Präsident der Reichsbank hinzu, welche immer noch besteht.

Nach der Übergabe des Reichswehrministerium organisierte und leitete er ab 2010 die Fortbildung der Rechtssachverständigen zweimal im Jahr.

Mit dem Herzinfarkt des Generalbevollmächtigten und Reichskanzlers W. G. G. Ebel 2011 gab es innerhalb der Kommissarischen Reichsregierung immer mehr Dissonanzen.

Volker Ludwig vertrat und vertritt noch heute die feste Meinung, daß die Kommissarische Reichsregierung ihrerseits ein Vorbild bei der Einhaltung des Rechtes zu sein hat, ohne Ansehen der Person und die Emeritierung des Herrn W. G. G. Ebel krankheitsbedingt unumgänglich war.

Mit der Emeritierung des Reichskanzler Ebel kam es zu schwerwiegenden Streitigkeiten der Mitglieder der Kommissarischen Reichsregierung.

Marina Werner die bisherige Stellvertreterin des Generalbevollmächtigten und Reichskanzlers, nunmehr in der Führungsverantwortung, war durch die Dreischichtarbeit nicht in der Lage, die erforderliche Zeit zu investieren.

So war und ist der Wunsch der Übergabe nachzuvollziehen.

Volker Ludwig hat sich vor dem Entschluß, die Übergabe anzunehmen, intensiv mit drei Grundfragen auseinandergesetzt:

- a) Wie muß die Verantwortung umgesetzt werden, wo sind die Prioritäten?
- b) Welche Möglichkeiten existieren, diese in der komplizierten Weltlage umzusetzen?
- c) Bestehen die persönlichen Voraussetzungen und der Wille dies umzusetzen?

Das erste Ergebnis der Überlegungen sind der vorstehende Antrag nebst Memorandum.

Der Antragsteller ist seit 2013 nicht mehr in der Bundesrepublik Deutschland gemeldet, besitzt seit 2005 den Reichspersonalausweis und auch seit 2005 keinen Personalausweis oder Reisepaß der Bundesrepublik Deutschland mehr, hat aber seinen Wohnsitz nicht verändert.

Durch die Verhandlungs-Protokolle des Amtsgerichtes Jena und in der Berufung am Landgericht Gera sind die Eigenschaften als Staatsangehöriger und Staatsbürger des Deutschen Reiches, Beamter und Präsident der Reichsbank festgestellt und der Reichspersonalausweis in richterlichen Augenschein genommen und ohne Abweisung zurückgegeben worden.

Der Antragsteller wurde in diesem Strafverfahren trotz Aufhebung durch Kontrollratsgesetz Nr. 1, Artikel I Nr. 1c) durch das Landgericht Gera nach Nr. § 134 c Strafgesetzbuch (Beschimpfung der NSDAP) zu 40 Tagessätzen a 20 € verurteilt, obwohl es dafür keinen Grund gab.

Die Revision vor dem Oberlandesgericht Jena wurde abgewiesen.

Damit wurde durch die gerichtlichen Instanzen gleichzeitig der Status des Antragstellers nach Abschnitt II, Artikel I Nr. 5 gemäß Kontrollratsdirektive 38 festgestellt.

Der Antragsteller erfüllt somit auch diese Voraussetzungen, um das Deutsche Reich gegenüber den Alliierten vertreten zu können.

Teil D: Zur offiziellen Anerkennung der Kommissarischen Reichsregierung

Wie in Teil A und B des Memorandum dargelegt, wurde der Aufbau der Kommissarischen Reichsregierung von dem SHAEF-Gesetzgeber bisher indirekt gefördert, ohne sich über die inneren Angelegenheiten des Deutschen Reiches als Völkerrechtssubjekt festzulegen.

Dem Antragsteller ist vollständig bewußt, daß dies aber bisher keine allgemeine oder offizielle Anerkennung durch die Fünfmächte oder die Alliierten im engeren oder weiteren Sinne dargestellt hat.

Der entscheidende abschließende Schritt der offiziellen Anerkennung des Generalbevollmächtigten für das Deutsche Reich in Handlung für den fehlenden Reichspräsidenten und der Kommissarischen Reichsregierung wird aber als notwendig angesehen, um den Friedensvertrag selbst, umzusetzen.

Es wird davon ausgegangen, daß der Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich im höheren Sinne in absehbarer Zeit gewollt ist.

Bisher wurden durch die Kommissarische Reichsregierung unter Wolfgang G. G. Ebel, die 21-Tage-Regelung nach der BKO 51/56 zur Anwendung vorgeschlagen.

Hier sollte eine Modifizierung geprüft werden, ob es nicht klarer ist, eine schriftliche Bestätigung durch den Adressaten vorzunehmen.

Hinsichtlich der Aufgaben der Kommissarischen Reichsregierung ist es nicht nur nötig den starken Arbeitsumfang personell erledigen zu können, sondern auch die technischen und sonstigen Voraussetzungen bereitzustellen.

Deshalb wird darum ersucht, den Antrag, den seinerseits W. G. G. Ebel unterbreitet hat, wieder aufzugreifen und der Kommissarischen Reichsregierung, das Jagdschloß Glienicke, Königsstraße 36 b, 14109 Berlin, zur Verfügung zu stellen.

Dieses ist nach dem großen Brand, der unmittelbar nach dem damaligen Vorschlag des Herrn W. G. G. Ebel auftrat, mittlerweile saniert und wird vom Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg genutzt.

Das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg wird durch die Kommissarische Reichsregierung als rechtswidrig im Sinne des Völkerrechts und der Haager Landkriegsordnung eingestuft.

In diesem Gebäude sollten untergebracht sein:

- a) der Generalbevollmächtigte für das Deutsche Reich
- b) das Kommissarisches Büro des Reichspräsidenten
- c) die Kommissarische Reichsregierung
- d) die Kommissarische Regierung des Reichslandes Preußen,
- e) die Bevollmächtigten der Reichsländer
- f) der Kommissarische Oberpräsident der Preußischen Provinz Brandenburg und Stadtgemeinde von Berlin
- g) der Kommissarische Oberbürgermeister von Groß-Berlin

Die Kosten für Gebäude, Unterhaltung und einen gewissen Teil der Dienstbezüge sollen über ein Treuhandkonto bei einer von den Fünfmächten zu bestimmenden Bank in Berlin aus dem Bereich Beschlagnahmtes Sondervermögen des Deutschen Reiches im Ausland zur Verfügung gestellt werden.

Die Behörden in den entsprechenden Staaten sind dabei sicher gern behilflich.

Es wird angeregt, die Anerkennung des Generalbevollmächtigten und der Kommissarischen Reichsregierung in zwei Schritten vorzunehmen.

In einem ersten Schritt erfolgt eine lediglich unterstützende Anerkennung, im Sinne der Sicherstellung der abgeschirmten erweiterten Arbeitsfähigkeit, der für das Jagdschloß Glienicke aufgeführten Gremien.

Dies bedeutet die Regierungen der Fünfmächte unterstützen und schützen zu Beginn lediglich die vorstehenden Anträge und im Weiteren das Klagebegehren des Deutschen Reiches, vertreten durch den Generalbevollmächtigten für das Deutsche Reich und die Kommissarische Reichsregierung, wie es im Teil E dieses Memorandums vorgestellt wird, im UN-Sicherheitsrat.

Mit der Zustimmung des UN-Sicherheitsrates erfolgt die Einreichung der Klage Deutsches Reich gegen Bundesrepublik Deutschland beim UN-Gerichtshof in Den Haag.

Die Fünfmächte stellen sicher, das in dem Verfahren das Völkerrecht in jeder Hinsicht eingehalten wird und die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, die Tätigkeit und Handlungen der Kommissarischen Reichsregierung diesbezüglich nicht behindern oder in irgendeiner Art und Weise erschweren und vereiteln dürfen bzw. können.

Hat die Klage Erfolg, sollen die entsprechenden Feststellungen und Festlegungen des UN-Gerichtshofes eingehalten sowie die sich daraus ergebenden Verpflichtungen für die Viermächte und Fünfmächte umgesetzt werden und die volle Anerkennung des Generalbevollmächtigten und der Kommissarischen Reichsregierung unter meiner Leitung, als Verhandlungspartner für eine friedliche Lösung und den Friedensvertrag, erfolgen.

Hat die Klage keinen Erfolg unterwirft sich der Generalbevollmächtigte und die Kommissarische Reichsregierung ebenfalls dem Urteil.

Teil E: Zur Klage des Deutschen Reiches gegen die Bundesrepublik Deutschlands

Um den ganzen Prozeß dessen zu verstehen, der im Mediendeutsch als "die deutsche Wiedervereinigung" bezeichnet wird, muß man sich vor Augen halten, daß sowohl die Bundesrepublik Deutschland (BRD) als auch die Deutsche Demokratische Republik (DDR) von den Besatzungsmächten die Rechte wie (demgemäß) souveräne Staaten zugeordnet bekamen und nicht als souveräne Staaten.

Der besondere Status von Berlin bestand zu jeder Zeit, auch nach dem 05. Juni 1945 fort und existiert nach dem Alliiertenrecht, wie es im Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 25. September 1990 fixiert ist, noch heute, wird aber seitens der Führung der BRD und Berlins mißachtet und kann lediglich durch eine "Glaubhaftmachung mittels Anwendung" (normative Kraft des Faktischen) herbei gedeutet werden, also durch "Umdeutung" von Rechtsbrüchen als richtiges Handeln.

Früher nannte man so etwas Diktatur oder Unrechtsstaat.

Das Vorgehen der Regierung der Bundesrepublik im Jahre 1990 und danach bis heute, hält die ganze Welt zum Narren, ebenso wie die eigene Bevölkerung.

Es ist das Verdienst von Wolfgang G. G. Ebel und jenen, die ihn dahin geführt haben, dieses ganze Ausmaß der Menschen- und Völkerrechtsverletzungen der BRD grundlegend zu beleuchten.

Der Antragsteller verarbeitete diese ganzen Details lediglich in ein verständliches und umsetzbares Format.

Mit dem Fall der "Berliner Mauer" versuchte die Regierung der BRD immer aggressiver, die Herrschaft über die DDR und ganz Berlin zu erlangen und sich gleichzeitig als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches zu etablieren .

Mittels der Wirtschafts- und Währungsunion, der Unterstützung spezieller Personen im Parteiengefüge der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und deren Unterstützung in den Medien wurde zunächst ein Beitritt der DDR nach Artikel 23 Grundgesetz zur BRD angestrebt.

Mit der Wahl der Abgeordneten zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 begann die zielstrebige Umsetzung dieses Plans, durch die systematische Aufhebung der Verfassung der DDR.

Diese gipfelte dann im Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR vom 17. Juni 1990, durch das Aufheben elementarer Bestandteile der Verfassung der DDR und Etablierung des Beitritts der DDR zum Grundgesetz der BRD nach dessen Artikel 23.

Gleichzeitig muß es Pläne der Bundesregierung gegeben haben, sich den besonderen Status von Berlin einzuverleiben.

Davon zeugt das Schreiben der Drei Mächte (Westmächte) vom 8. Juni 1990 (BGBl. 1990 Teil I, Nr. 27, S. 1068) , welches ausdrücklich betont, daß Berlin kein konstitutiver Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und bleibt.

Bei Verhandlungen zur deutschen Einheit wurden entsprechend dem Protokoll des französischen Außenministers am 17. Juli 1990 in Paris folgende Feststellungen getroffen:

1. Die Präambel und der Artikel 23 des Grundgesetzes für die BRD werden aufgehoben.

2. Die Vier Mächte geben keine Grenzgarantie für Polen ab, dies ist zwischen dem vereinten Deutschland und Polen in einem völkerrechtlichen Vertrag zu fixieren.
3. Laut Aussage des Bundesaußenministers Genscher wird mit den 2 plus 4- Verhandlungen weder ein Friedensvertrag, noch eine friedliche Lösung angestrebt.
4. Es wurden weitere Fragen des Vertrages im Wesentlichen formuliert.

Die endgültige Fassung Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland wurde am 12. September 1990 unterzeichnet.

Deutscherseits wurde am 31. August 1990 ein Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet und zum in Kraft treten, das Einigungsvertragsgesetz der BRD auch für die Protokollnotizen und Zusatzvereinbarungen am 23. September 1990 (BGBl. 1990 Teil II Nr. 35, S. 885) erlassen.

Die Deutsche Demokratische Republik gab das in Kraft treten des Einigungsvertrages auf der letzten Seite des Gesetzblattes (GBl. Teil I, S. 1988,) mit Bekanntmachung vom 29. September 1990, mit Wirkung ab dem 02. Oktober 1990 bekannt.

Die Volkskammer der DDR hatte zuvor, am 20. September 1990 den Einigungsvertrag durch ein Verfassungsgesetz bestätigt.

Der ganze Vorgang der "Deutschen Einheit" ist schon für sich betrachtet nicht sach-, fach-, und formgerecht formuliert und entsprechend von Anfang an undurchführbar, und ist weiterhin in sich nicht schlüssig und voller Widersprüche und Rechtsbrüche.

Nach den Buchstaben und Fristen des Einigungsvertragsgesetzes und des Einigungsvertrages fand keine Wiedervereinigung statt, da dies eine rechtliche Unmöglichkeit war und ist, da jedes Vertragsrecht auch Fristenrecht ist.

Beweis 1:

Das Einigungsvertragsgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. September 1990 hat in Artikel 9 eine Berlinklausel, wonach das Einigungsvertragsgesetz und damit der Einigungsvertrag in Berlin gelten würde, sofern das Land Berlin die Anwendung des Einigungsvertragsgesetzes feststellt.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hätte in einem Rechtsakt die Geltung des Einigungsvertragsgesetzes und damit des Einigungsvertrages beschließen müssen.

Im Gesetzes- und Verordnungsblatt von Berlin wurde aber 1990 bis 1994 nichts derartiges verkündet.

Somit ist Berlin dem Einigungsvertragsgesetz und damit auch dem Einigungsvertrag in diesem Zeitraum auf keinen Fall beigetreten.

Dadurch gilt der Einigungsvertrag in Berlin nicht und Berlin ist dadurch auch kein Bestandteil des vereinten Deutschlands geworden, sondern staats- und völkerrechtlich gilt der besondere Status von Berlin fort.

Damit ist das vereinte Deutschland nach Geist und Buchstaben des Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 nach Staats- und Völkerrecht, Alliiertenrecht, BRD-Recht, Berliner Recht nie hergestellt worden.

Im Artikel 3 des II. Kapitel des Einigungsvertrages wird behauptet, daß in einem Teil von Berlin das Grundgesetz bereits gelten würde.

Dies ist schlichtweg falsch und nach den Kontrollratsgesetzen nicht möglich.

Dem steht das Bundesgesetzblatt Nr.1 vom 23. Mai 1949 entgegen, wo Berlin als Bestandteil nicht aufgeführt ist.

In der Folgezeit wurden alle Versuche der BRD durch die Stadtkommandanten von Berlin / West abgewehrt, daß sich West-Berlin dem Grundgesetz unterstellt und durch die Alliierte Hohe Kommission der drei Westmächte verhindert, daß die Bundesregierung ihrerseits Berlin in das Grundgesetz einbezieht.

Berlin war und ist nur Bestandteil der Wirtschafts- und Währungsunion, aber kein konstitutiver Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland.

Die heutige Bundesrepublik Deutschland ist auf Grund der massiven, Mängel, Fehler und Rechtswidrigkeiten nicht mit dem vereinten Deutschland des 2Plus4- Vertrages identisch.

Beweis 2:

Mit der Veröffentlichung des Einigungsvertragsgesetzes am 28. September 1990 war der Einigungsvertrag für die BRD gültig und bindend.

Dies bedeutet, der Artikel 23 des Grundgesetzes trat an diesem Tage spätestens außer Kraft.

Damit war der Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Grundgesetz, unabhängig von der Ablehnung des Beitritts nach Artikel 23 durch die Vier Mächte, selbst nach deutschem

Recht am 2. Oktober 1990 nicht mehr möglich, da man nicht die Anwendung einer Rechtsnorm durchführen kann, die nicht mehr existiert.

Damit ist die Deutsche Demokratische Republik zu keinem Zeitpunkt der Bundesrepublik beigetreten, sondern die Regierung der DDR unter Lothar de Maiziere hat dafür gesorgt, daß die ehemalige DDR am 02. Oktober 1990 ohne Regierung und Verwaltung war und die BRD die DDR ohne Widerstand und Wissen der Bevölkerung okkupieren konnte.

Ähnliches geschah in Berlin.

Fügt man in der Bewertung noch Geist und Buchstaben des Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 hinzu, so kommt der unabhängige Betrachter zu dem Schluß, daß die bewußt gefälschte Verkündung des in Kraft treten dieses Vertrages, und der damit verbundenen Irreführung des deutschen Volkes und der ganzen Welt, durch die dafür Verantwortlichen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Berlins eine Straftat sowohl nach dem Artikel II. b) und c) des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 als auch nach unzähligen Paragraphen des deutschen Strafgesetzbuches sowie des Völkerstrafgesetzbuches darstellt.

Das Kontrollratsgesetz Nr. 10 ist nach wie vor lt. Artikel 3 des Übereinkommens zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 25. September 1990 in Kraft.

(BGBl. 1990, Teil II, Nr. 36, S. 1273; BGBl. 1994 Teil II, Nr. 2, S. 40ff. ; BGBl. 1994, Teil II, Nr. 57, S. 3703)

Fazit: Sowohl die Regelungen des *Einigungsvertrages*, als auch Geist und Buchstaben des *Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990* bedingen, daß kein rechtmäßiger Beitritt der DDR zur BRD stattgefunden hat, damit auch das vereinte Deutschland aus dieser Rechtslage zu keinem Zeitpunkt in der vorgegebenen Art und Weise hergestellt wurde und damit als richtiger Vertragspartner den Vertrag auch zu keinem Zeitpunkt ratifizieren konnte und hat. Von der Unterzeichnung, als auch am 11. Oktober 1990 und bis zu heutigen Tage existiert das vereinte Deutschland damit nur als Vertragsgedanke, ist aber staats- und völkerrechtlich nicht in der Realität hergestellt worden.

Ist die Verkündung des in Krafttretens des *Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990* für die BRD mit Wirkung vom 13. Oktober 1990 durch einen Beschluß des Bundestages in Bonn vom 11. Oktober 1990 (BGBl. 1990 Teil II, Nr. 38, S.1317 ff) die bedeutendste Urkundenfälschung nebst Völkerrechtsbetrug der deutschen Nachkriegsgeschichte?

Auch hier wird die Tatsache deutlich, es besteht lediglich eine Wirtschaft- und Währungsunion, aber konstitutiv kein vereintes Deutschland.

Beweis 3:

Der *Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990*

legt

a) in Artikel 1 (1) Satz 1 fest: "Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen."

Frage: Wann und wodurch ist diese Gebietseinheit hergestellt worden und wo wurde diese im Gesetzblatt des nunmehr vereinten Deutschland verkündet?

Wo wurde für alle verkündet, daß das vereinte Deutschland den Namen der Bundesrepublik Deutschland trägt und die Weiterführung deren Rechtsordnung unter Einarbeitung des Einigungsvertrages bedeutet?

Aus dem BGBl. Teil I 1990, Nr. 52, ergibt sich auf S. 2154 lediglich ein Verweis auf das BGBl. Teil II, Nr. 35 und 36 mit dem Einigungsvertragsgesetz, dem Gesetz über weitere Truppenstationierung der Viermächte, Verordnungen zu Notenwechsel zu Natotruppen und der Sowjetarmee sowie zum Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin, welches in Artikel 3 festlegt: Alles Alliiertenrecht bleibt in Kraft, trotz Einigungsvertrag, trotz 2plus 4-Vertrag.

b) in Artikel 1 (4) Satz 1 fest: "...daß die Verfassung des vereinten Deutschland..."

Frage: Wann und wodurch wurde eine Verfassung für das vereinte Deutschland in Kraft gesetzt, bzw. im Gesetzblatt verkündet, daß das Grundgesetz für die BRD die Verfassung für das vereinte Deutschland ist bzw. zu sein habe?

Einen Bezug zwischen Grundgesetz und dem vereintem Deutschland ist in keinem Gesetzblatt zu finden.

c) in Artikel 7 (1) Satz 1 fest: ... (die Vier Mächte) beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes"

Frage: Sind damit die Alliiertengesetze vollständig außer Kraft gesetzt?

Antwort: Nein. Dies geht aus Artikel 3 des Übereinkommens zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin hervor?

d) in Artikel 7 (2) Satz 2 fest: "Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten."

Frage: Was bedeutet dieses "demgemäß"?

Sind damit lediglich die Rechte und Verantwortlichkeiten der militärischen Kommandanten aufgehoben?

Was bedeutet in diesem Zusammenhang der Artikel 3 des Übereinkommens zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin?

Auch das vereinte Deutschland hätte, wenn es tatsächlich hergestellt worden wäre, nur die Rechte wie (demgemäß) ein souveräner Staat, aber nicht als ein souveräner Staat.

e) in Artikel 9 fest: "Dieser Vertrag tritt für das vereinte Deutschland... (die Vier Staaten)... am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Annahmeerkunde in Kraft."

Im Bundesgesetzblatt 1991 Teil II, Nr. 9, S. 587 wurde für den 15. März 1991 die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde durch die Sowjetunion bekanntgegeben und damit das Inkrafttreten verkündet. Die Verkündung gibt für das vereinte Deutschland die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde für den 13. Oktober 1990 an.

Die hiermit verbundene endgültige Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und ihrer entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse teilten die Regierungen der Vier Mächte durch entsprechende Verbalnoten vom 5. April 1991 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen in einer Bekanntmachung an alle Staaten mit; vgl. UN Doc. S/22449.

Die Kommissarische Reichsregierung vertritt die Auffassung, daß die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch das vereinte Deutschland eine Urkundenfälschung und nichtig ist und gleichzeitig Straftatbestände darstellt.

Das vereinte Deutschland war am 13. Oktober 1990 weder legislativ, noch konstitutionell, noch territorial hergestellt.

Die Wahlen zur Volksvertretung des Parlamentes der vereinheitlichten deutschen Gebiete nach dem 2plus4-Vertrag erfolgten erst im Dezember 1990, es gab keine Bekanntmachung über die Neufassung des Grundgesetzes als Verfassung für das vereinte Deutschland, auch der Bundespräsident als Ausfertiger der Urkunde und Gesetze war nicht neu inauguriert, sondern noch der, von der Bundesversammlung am 23. Mai 1989 gewählte, insgesamt es gab nach dem 3. Oktober 1990 nur eine Übergangsregierung und ein Übergangsparlament ohne demokratische Legitimation usw., deren eigentliche Aufgabe darin bestanden hat, das vereinte Deutschland vertragsgemäß in jeder Hinsicht zu errichten.

Statt dessen errichtete man einen Pseudo-Unrechtsstaat und täuschte die ganze Welt und alle Deutschen.

Den Vier Mächten oblag mit der vorläufigen Suspendierung ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten ab dem 02. Oktober 1990 keine Aufsichts- und Kontrollpflicht mehr.

Dies wurde durch die Bundesregierung und die Parteien in der BRD ausgenutzt, und ein Desaster durch Vortäuschung falscher Tatsachen hervorgerufen.

Völkerrechtlich gesehen, sind damit auch alle, nach dem 02. Oktober 1990 abgeschlossenen Verträge, abgegebene Erklärungen, ja selbst die Mitwirkung im UN-Sicherheitsrat unwirksam, die als vereintes Deutschland vorgestellt wurden.

Nun könnten die Vier Mächte dies alles sicher auch selbst feststellen und die Besatzungszonen wieder errichten. Aber wäre das der Königsweg?

Wurde nicht im Protokoll vom 17. Juli 1990 von Paris festgestellt: "Die vier Siegermächte erklären, daß die Grenzen des vereinigten Deutschland einen endgültigen Charakter haben, der weder durch ein äußeres Ereignis noch durch äußere Umstände in Frage gestellt werden kann."

Es gibt aber innere Ereignisse, die alles in Frage stellen können, und dies ist die Handlungsweise der Führung der Bundesrepublik Deutschland, die seit dem 03. Oktober 1990 mit allen Mitteln versucht, die eindeutig begangenen Rechtsbrüche zu verschleiern und ihren illegalen Status quo durch fortgesetzte Verschleierung zu erhalten und somit permanenten Völkerrechtsbruch und Verbrechen gegen die Menschenrechte begeht.

Das Deutsche Reich, vertreten durch die Kommissarische Reichsregierung beabsichtigt nach Zustimmung durch den UN-Sicherheitsrat, beim UN-Gerichtshof in Den Haag entsprechend Klage zu führen, um die internationale Rechtssicherheit und die Anwendung des Völkerrechts, auch hinsichtlich Deutschlands, wieder herzustellen.

Das angestrebte Urteil des UN-Gerichtshofes in Den Haag widerspricht auch nicht den Aussagen im Protokoll vom 17. Juli 1990 von Paris.

Dazu werden die oben aufgeführten Tatsachen und Sachverhalte sowie die Beweise weiter vervollständigt und präzisiert sowie in der Klageschrift konkrete Anträge der Rechtsfindung formuliert werden.

Teil F: Zum Friedensvertrag

Es ist dem Antragsteller vollständig bewußt, daß die Anregung der friedlichen Lösung für das Deutsche Reich, einem Aufruf zum Aufknüpfen des Gordischen Knotens gleicht.

Das Schwert Alexanders kann aber die Aufgabenstellung diesmal nicht lösen, sondern nur die Wiedereinsetzung des Völkerrechts, welches seit dem 02. Oktober 1990 ausgesetzt ist.

Schwerlich sind alle damit zusammenhängenden Probleme auf einen Blick sichtbar, deshalb werden nur einige aufgezählt:

Ein Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich setzt nicht nur die Anerkennung sowie die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Generalbevollmächtigten für das Deutsche Reich

(in Handlung für den Reichspräsidenten) und der Kommissarischen Reichsregierung voraus, sondern auch, daß die Vertragspartner, die Staaten der Alliierten und Assoziierten als vollständig souveräne Staaten handeln.

Dies setzt voraus, das die Vertragspartner im Augenblick des Vertrages keine Teile ihrer Souveränität an andere Gremien übertragen haben, also als vollständig (im tiefsten Begriff dieses Wortes) souveräne Staaten im Sinne des Staats- und Völkerrechtes handeln.

Die Gedanken des Antragstellers gehen in folgende Richtung:

1. Der gesamte Prozeß der Vorbereitung und Umsetzung der Friedensverhandlungen und der friedlichen Lösung sollte aus dem "Westphälischen Frieden" die Gedanken des gegenseitigen Pardon und der Berücksichtigung legitimer Interessen im Lichte der strikten Anwendung des Völkerrechtes berücksichtigen.

Dies soll verhindern, daß nicht Probleme ausgespart werden, die eine künftige dauerhafte friedliche Ordnung in Europa überwuchern könnten.

2. Die Regelungen der Dreimächtekonferenz von Berlin (Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 13 ff. deutscher Teil) sollen Grundlage der Friedensverhandlungen sein.

Dabei stellen diese aber weder Dogma noch Beliebigkeit dar. Als Verhandlungsgrundlage muß vom Deutschen Reich in den völkerrechtlich richtigen Grenzen ausgegangen werden.

So ist es zum Beispiel denkbar, daß alle letztlich zu klärenden Fragen aus der Dreimächtekonferenz von Berlin vom 2. August 1945 unter Volksabstimmungen in den entsprechenden Gebietskörperschaften gestellt werden.

3. Ebenso sollte geklärt werden, ob Weißrussland und die Ukraine im Sinne der Haager Landkriegsordnung selbstständige Völkerrechtssubjekte in Bezug auf die Republik Polen waren und sind, wie deren Stellung zur Republik Polen zu betrachten ist und ob hier ein separater Friedensvertrag notwendig ist.

4. Ebenso ist eine abschließende Friedensregelung zwischen dem Rechtsnachfolger der Sowjetunion und Japan mit der endgültigen Liquidierung aller Verträge der Assoziierten möglich.

5. Zu den Regeln und Bedingungen der Pariser Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland in Bezug auf das Deutsche Reich bestehen deutscherseits kaum Einwände.

6. Wenn Österreich an dem Staatsvertrag mit der Viermächten und seiner immerwährenden Neutralität auch künftig festhalten will, so stellt dies deutscherseits ebenfalls kaum ein Problem dar.

Es wird jedoch angeregt, daß alle anderen Alliierten und Assoziierten diesem Staatsvertrag mit Österreich, als Element eines Friedensvertrages mit dem Deutschen Reich, auch beitreten könnten.

7. Das Deutsche Reich strebt die Stellung eines nach Staats- und Völkerrecht vollständig souveränen und neutralen Staates in Europa an.

Ein System des Souveränitätsverlustes europäischer Staaten entsprechend dem "Lissabon-Vertrag" und ähnlicher Regelungen der EU wird vom Deutschen Reich nicht mitgetragen. Verordnungen der EU sind kein Rechtsmittel im Deutschen Reich. Da die vorstehende Darstellung nachweist, daß alle Handlungen der BRD ab dem 03. Oktober 1990 völkerrechtswidrig sind, muß auch die Rechtmäßigkeit der Verträge der EU selbst einer Prüfung unterzogen werden.

Gleichzeitig wird ein gemeinsames Handeln Europas zur Umsetzung legitimer Interessen, die Europa als Ganzes im Einzelfall betreffen, durch den Antragsteller bejaht.

8. Der Prozeß der Friedensverhandlungen und des Friedensvertrages sollte unter Leitung des Rates der Außenminister der Fünfmächte nach dem Vorbild der KSZE geführt und koordiniert werden.

Vorbedingung ist die erfolgreiche rechtliche Auseinandersetzung mit dem Unrechtsstaat Bundesrepublik Deutschland vor dem UN-Gerichtshof in Den Haag.

Teil G: Zu den Volksabstimmungen, Volksbefragungen

Sollte es zu einem Friedensvertrag kommen, soll dieser, damit von deutscher Seite eine eindeutige und nicht revidierbare Zustimmung erfolgt, einer Volksbefragung mit vorrangigem Gesetzescharakter unterworfen werden.

Die Frage soll lauten: "Stimmen Sie dem Friedensvertrag mit allen Haupt- und Nebenbestimmungen zu?"

Der Friedensvertrag erhält mit der Zustimmung den Rang und Charakter einer vorrangigen Rechtsnorm."

Ja ; Nein

Diese Volksabstimmung soll unter UN-Hoheit und KSZE-Beobachtung stattfinden und es soll Teilnahmepflicht für alle Deutschen bestehen.

Nach einer erfolgreichen Volksabstimmung über den Friedensvertrag erfolgt zeitnah auch die Volksabstimmung über die Staats- und Regierungsform, im damit wieder bestehenden Deutschen Reich, unter UN- und KSZE-Beobachtung entsprechend dem Reichsgesetzblatt Nr. 8 vom 08 Mai 2007.

Auf der Grundlage dieser Volksabstimmung wird eine entsprechende Verfassung zur Diskussion gestellt und nach allseitiger Bearbeitung ebenfalls dem Volk zur Abstimmung vorgelegt.

Nach der Zustimmung zur Verfassung wird diese umgesetzt und die Tätigkeit der Kommissarischen Reichsregierung ist damit formal beendet.

Ein ähnliches Prozedere ist für die Reichsländer unter Beachtung der Ergebnisse der Abstimmungen im Reich vorgesehen.

Dieser ganze Vorgang von Beginn der Friedensverhandlungen bis zur Entlastung der Kommissarischen Reichsregierung kann durchaus bis zu drei Jahren in Anspruch nehmen.

Für die Aufarbeitung aller im Deutschen Reich, aus Krieg und Besatzung sowie aus den Rechtsbrüchen der BRD, der DDR und Westberlins entstandener Fragen und der Regeneration politisch, ideologischer und juristischer Verwirrungen, im Inneren des Reiches, sind Jahrzehnte anzusetzen.

Dadurch sind die Deutschen möglicherweise einige Jahre so mit sich selbst beschäftigt, daß sie somit international nur beschränkt hilfreich sein können.

Nur allein die korrekte Wiederherstellung der Grundbücher, Gemarkungen sowie Eigentums- und Besitzrechte wird, grob geschätzt, zwanzig Jahre in Anspruch nehmen.

Auch die ökonomischen Auswirkungen können möglicherweise markant werden.

Durch die Volksabstimmungen wird aber ein Fundament geschaffen, das für künftige Generationen eine tragfähige Grundlage darstellt und die angestrebten Ziele in Artikel III. Abs. 3 der Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 02. August 1945, unumkehrbar gestaltet.

Die Volksabstimmungen über die Staats- und Regierungsform sowie über eine darauf begründete Verfassung im materiellen und formalen Sinne ist notwendig, um insbesondere die innere Souveränität des Deutschen Reiches endlich herzustellen.

In den deutschen Rechtswissenschaften hat sich nach dem Krieg die Drei-Elemente-Lehre von Georg Jellinek als Lehre vom Staat durchgesetzt.

Diese steht im wesentlichen im Einklang mit der Konvention von Montevideo vom 26. Dezember 1933.

In Bezug auf die äußere Souveränität mögen diese Eigenschaften eine treffende Beschreibung darstellen, die innere Souveränität wird dabei aber vernachlässigt.

Dabei ist die innere Souveränität die grundlegende Voraussetzung, um sowohl nach außen, wie im Inneren des Deutschen Reiches die Unterlassungen der Vergangenheit aufzuarbeiten.

Die innere Souveränität ist spätestens seit der Verlautbarung im Deutschen Reichsanzeiger und Königlich Preußischen Staatsanzeiger Nr. 267 vom 09. November 1918 unterbrochen.

Statt das Volk entscheiden zu lassen, wurden nicht legitimierte wechselnde Multi- und Einparteiensysteme installiert, die der Demokratie und den Menschenrechten sowie dem christlichen Abendland-Gedanken zu keiner Zeit gerecht wurden, sondern die Verhältnisse auf den Kopf stellten.

Statt einer Volksabstimmung über die Staats- und Regierungsform gab es ein Gesetz zum Schutz der Republik, was anderes Denken und eine freie Meinungsäußerung darüber unter Strafe stellte.

Statt einer vom Volke bestimmten Verfassung, lediglich ein Verfassungsgesetz, das außerhalb der Reichshauptstadt beschlossen und im Versteck in Schwarzburg unterfertigt wurde.

Zusammenfassend muß also festgestellt werden, daß das Deutsche Reich sich von der Zeit vom 10. November 1918 bis heute, im Inneren, im Zustand eines permanenten provisorischen Regiertwerdens befindet, auch wenn man nach außen formal (demgemäß) die drei Elemente vorstellen kann.

Ohne die vorstehend beschriebene Herstellung der inneren Souveränität, kann Artikel III. Abs. 3 der Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 02. August 1945 nicht gewährleistet werden.

Dies zeigt die Geschichte in Deutschland nach dem 03. Oktober 1990, die vorerst ein neues Kapitel der Täuschung des eigenen Volkes und der Staaten der UN, durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, aufgeschlagen hat.

Axis History Forum

This is an apolitical forum for discussions on the Axis nations and related topics hosted by Marcus Wendel's **Axis History Factbook** in cooperation with Christian Ankerstjerne's **Panzerworld** and Christoph Awender's **WW2 day by day**.
Founded in 1999.

[Quick links](#) [FAQ](#) [Rules](#) [Support AHF](#)

[Register](#) [Login](#)

[Board index](#) < [Axis History](#) < [NSDAP, other party organizations & Government](#)

A Question of Succession of the III Reich????

[Post Reply](#)

39 posts

Ad closed by Google

[Stop seeing this ad](#)

[Why this ad?](#)

A Question of Succession of the III Reich????

by [Stapel](#) » 02 Jan 2006, 19:27

Hello fellow compatriots,,

Here is a bit of trivia that I came accross in my 'Ol history books.

I read that Amiral Karl Dönitz was the last legitimate successor of the Third Reich but that his government never officialy surrendered?

Is this fact or fiction and does anyone have more info?
THNX!

by [spirit.of.sacrifice](#) » 02 Jan 2006, 19:45

On the 9th of May after 24:00 the capitulation was in effect, and a few days later the government of Doenitz was taken over by British troops already stationed around Flensburg-Mürwik.



Stapel
Member

Posts: [15](#)
Joined: 26 Dec 2005,
07:36
Location: Sweden
Contact:



spirit.of.sacrifice
Member

Posts: [342](#)
Joined: 22 Feb 2005,
20:20
Location: Rotterdam
Contact:

Suchtspiel 2018

Dieses Space Game wird Dich Nächte lang wach halten!
astroconquest.com

by **Max Williams** » 02 Jan 2006, 19:50



Max Williams
Member

Posts: **9895**
Joined: 04 Feb 2003,
17:57
Location: London

spirit.of.sacrifice wrote:

On the 9th of May after 24:00 the capitulation was in effect, and a few days later the government of Doenitz was taken over by British troops already stationed around Flensburg-Mürwik.

Representatives of Dönitz signed the terms of surrender which came into effect 8 May 1945. The Dönitz government was subsequently arrested and not "taken over" two weeks later.

Max.

by **Helly Angel** » 02 Jan 2006, 20:06



Helly Angel
Member

Posts: **4432**
Joined: 11 Mar 2002,
21:00
Location: Venezuela
(Southamerica)

The chain:

Hitler was not President of Germany. He was Leader and Reichskanzler.

Hitler named Dönitz President in his testament (Last will)

Dönitz surrendered to the Allies.

That all!

by **Jeff Clark** » 02 Jan 2006, 21:04



The Allies occupied Germany at the end of the war and a formal peace treaty

has NEVER been signed to date, that I know of.

Here is an article which I found on the web which explains in detail. I do not know this author but what he wrote is what I understand to be true:

Germany Still In
Juridicial Limbo
By Christopher Bollyn
12-15-5

POTSDAM, Germany - The Allied occupation of Germany began 58 years ago this month and in the eyes of many Germans has not yet ended. Foreign armies are still based on German soil and Europe's largest and most prosperous "democracy" still lacks a constitution and a peace treaty putting a formal end to the Second World War.

The reunified German nation, considered a modern European democracy, has no constitution other than the temporary Basic Law (Grundgesetz) originally written in 1948, under the guidance of the U.S. military occupation forces and originally meant only to apply to the western parts of Germany under U.S. control.

The Basic Law was removed at the request of former Secretary of State James Baker at a Paris conference of the Allied powers and the two former German states on July 17, 1990. The two German states were legally abolished at this conference. As a result of these changes, the Basic Law does not legally apply to the reunified German state, according to some legal experts.

In any case, the Basic Law is incomplete and contradictory and article 139 states that the numerous Allied occupation laws and proclamations remain in effect. The Basic Law has never been ratified by a vote of the people.

The fact that the flawed and temporary Basic Law serves as Germany's de facto constitution is unacceptable to Wolfgang Gerhard Günter Ebel, Germany's provisional Reichskanzler. Ebel heads the provisional government that claims to be the legal successor to the Second German Reich, which was replaced by Adolf Hitler's illegal Third Reich (1933-45).

On 5 June 1945, the Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF) accepted Germany's declaration of defeat and quickly moved to recognize the legitimacy of the Zweite Deutsche Reich (Second German Reich), which was claimed to have been illegally displaced by Hitler's Third Reich.

The SHAEF laws underpinned a treaty between the occupation authorities and the Second German Reich, in which the latter was invested with full



Jeff Clark

Financial supporter

Posts: 86

Joined: 01 Nov 2004,
01:15

Location: MESA

administrative rights and governmental sovereignty throughout most of Berlin and in all of the German states. After WWII ended, a parallel state, founded by ambitious lawyers and Zionist activists and still known as the Federal Republic of Germany (BRD), competed with the Second German Reich for legitimacy

Following the collapse of the DDR, East Germany's Democratic Republic, a treaty known as the "2 Plus 4" confirmed that only the Second German Reich, now led by Reichskanzler (Prime Minister) Dr Wolfgang Gerhard Guenter Ebel, represented the legitimate German State. In July 1990, the Secretary of the US Department of State, James Baker, confirmed in writing to German Chancellor Helmut Kohl that the BRD had come to the end of its lifetime and should be dissolved. From that moment on, the United Nations destroyed all of its stationery and placards that carried the words "Federal Republic of Germany" or BRD and replaced them with use of the broader term "Germany" in lieu of the anticipated "German Reich".

Almost everyone in diplomatic circles around the world expected the re-emergent German Reich to take over where the BRD had left off. Yet the government in Bonn, and later in Berlin, continued and still continues to act and behave as if nothing really happened: a sort of disembodied ghost that has no idea that its corpse perished many years ago.

Despite this highly unusual situation, the Second German Reich continues to issue its own passports and driving licenses. Over the last two or three years there has been a sharp increase in the number of motorists who have been acquitted for speeding or parking offences, simply on the strength of their having produced a German Reich driving license.

The illegal German government in Berlin is so worried about the publicity, it has leaned heavily on newspapers not to report on such matters and it has instructed judges to dismiss cases where a defendant is likely to prove that his citizenship of the German Reich permits him not to recognize the BRD and its courts as legitimate administrative constructs. They are horrified at the publicity each of these cases brings.

Right now, "Germany rests on the 2nd Reich" and on the constitution of the Weimar Republic created on August 11, 1919, Wolfgang Gerhard Günter Ebel told AFP. This is the only legal constitution for Germany, according to Ebel, until a peace treaty is signed. According to the provisional government, the Final Settlement of Sept. 12, 1990 is not valid because it was negotiated and signed by the foreign ministers of the two German states, the BRD and the DDR, both of which legally ceased to exist after the Paris conference of July 17, 1990.

"The German government is illegal," Ebel told AFP, "and what they do has no

basis in law." Asked how it could be that the German people are unaware of this situation, Ebel said: "The German media is still under the control of the Allies. The entire media is controlled.

"The Second World War has not ended, because a peace treaty has not been signed between Germany and the Allies," Ebel says, "The peace contract is the most important thing that we need and want." Because there is no formal peace treaty between Germany and the Allies, headed by the United States, German sovereignty is compromised. "Until we have a peace treaty, Germany is a colony of the United States."

Some 80,000 U.S. military personnel are permanently based in Germany and Britain also continues to base troops and military equipment in the western German zone they formerly occupied. It is not uncommon to see British tanks on the streets of the area near Münster in Westphalia.

U.S. occupation laws handed down by the Supreme Headquarter Allied Expeditionary Force (SHAEF) are still in effect, Ebel said. The first law, Proclamation No. 1, making General Dwight D. Eisenhower supreme authority in the areas under U.S. control was signed on Feb. 13, 1944. Allied authorities have informed Ebel that these SHAEF laws will remain in effect for 60 years from the date of signing and apply to all of Europe.

Calls to the U.S. State Department in Washington and the U.S. Embassy in Berlin concerning the validity of SHAEF laws and U.S. occupation proclamations in Germany were not returned.

"When there is a peace treaty - when the wound is healed - many things will change," Ebel says, "not only for Germany, but for the whole world.

"The United Nations is also provisional - if there is a peace treaty between Germany and the Allies [primarily the United States] - the UN will cease to exist as we know it," Ebel said. The UN organization was founded in 1945 and originated with the 26 nations that had joined the anti-Nazi coalition in 1942. By 1944 the coalition had grown to include 47 nations.

The UN Charter contains "enemy state clauses" [Articles 53 and 107], which were established because of Germany and name it as the "enemy state."

"The Bundesrepublik Deutschland, (the former West German state), is not the legal successor or inheritor of the Second German Reich," according to Ebel. For this reason, a legal peace treaty cannot be signed by the current German government in Berlin, he said.

"Until the real government is established and voted by the people," Ebel said, the provisional government is necessary to "fulfill the role of the legal German

government."

The Allies have authorized Ebel to serve as head of the provisional government, he says. A civil servant with the German railroad, Ebel was born in Berlin in 1939 and is a citizen of the German Reich, having never held citizenship of either German state that resulted from the Second World War. Berlin was a separate zone and "has never been part of the BRD or DDR," Ebel said.

Ebel was first appointed by the U.S. Military Court in Berlin to serve as Rechtskonsulent for Prussia on Sept. 23, 1980.

On Jan. 9, 1984, the U.S. State Department in Berlin appointed Ebel to serve as the head of the German railroad (Reichsbahn) in West Berlin.

Exactly forty years after the German military (Wehrmacht) surrendered, on May 8, 1985, Ebel was appointed as Transportation Minister for the German Reich by the U.S. High Commissioner in Germany, who he says was then U.S. Ambassador to West Germany (BRD) Richard Burt.

Finally, on Sept. 27, 2000, Ebel was appointed chancellor of the German Reich (Reichskanzler) by Ernst Matscheko, a representative of the U.S. Dept. of Justice. Matscheko reportedly asked Ebel to name a Reichspräsident and a special ambassador to the United Nations.

by [spirit.of.sacrifice](#) » 02 Jan 2006, 21:20

hmm... I can't help thinking this is a conspiracy theory-fiction article.. could anyone back this article up?

On a side note, I would appreciate it if Germany would be called a Reich again instead of "Bundesrepublik Deutschland".



[spirit.of.sacrifice](#)
Member

Posts: [342](#)
Joined: 22 Feb 2005,
20:20
Location: Rotterdam
Contact:

Quick Reply

by [Stapel](#) » 02 Jan 2006, 21:21



Helly Angel wrote:

The chain: Hitler was not President of Germany. He was Leader and Reichskanzler.

This much I knew... *Dönitz had been designated by Hitler as his successor and head of state. In his last political testament executed at 4:00 a.m. on 29



[Stapel](#)
Member

Posts: [15](#)
Joined: 26 Dec 2005,

April 1945, and witnessed by Dr. Joseph Goebbels, Reichsleiter Martin Bormann, and Generals Wilhelm Burgdorf and Hans Krebs, Adolf Hitler appointed Grand Admiral Dönitz as "President of the Reich and Supreme Commander of the Armed Forces"*

07:36
Location: Sweden
Contact:

The author I read held that *Hitler's nomination of Dönitz as Head of State was unquestionably legal, and that its legality was in no way affected by the loss of German sovereignty occasioned by Allied occupation.*

expand wrote:

The Allies occupied Germany at the end of the war and a formal peace treaty has NEVER been signed to date, that I know of.

This is also in keeping with my source: *Dönitz government would have been "dissolved" by military order of an external enemy, and by taking its members forcibly under arrest. This after coming legally into power, and having been recognized by the very forces which were to order its "dissolution".*

THNX!

by [Helly Angel](#) » 03 Jan 2006, 00:51



The named of Donitz was NOT legal, because Hitler was not legal President of Germany.



Helly Angel
Member

Posts: [4432](#)
Joined: 11 Mar 2002,
21:00
Location: Venezuela
(Southamerica)

In the point of the death of Hindenburg in august 1934 his obligation (Hitler) as Reichkanzler was make the convocatory to new elections in 30 days, instead of this Hitler made a referendum that was not in the Weimar Constitution and named himself Fuhrer and Reichkanzler and left the charge of Presidente in vacancy. This is a dictatorship and the interruption of the constitutional continuity. In this point Hitler lost his legitimacy and legality.

Best,

by [Pentanov](#) » 03 Jan 2006, 12:53



(Edited out)

Pentanov
Member

Posts: [195](#)
Joined: 30 Aug 2005,
14:13
Location: London

Last edited by [Pentanov](#) on 31 Jan 2006, 15:49, edited 1 time in total.

by [Can Balcioglu](#) » 03 Jan 2006, 15:50



Okay people then how are you going to explain to me Joseph Goebbels's words



in Hitler's bunker just after Krebs returns from an unsuccessful meeting with the Soviet general Chukov (not Zhukov). "Capitulation?Never!This is outrageous!I took Berlin from the Reds years ago and I shall defend it against them until the last drop of my blood. **Within the few hours of my Reich Chancellor post I will not sign any capitulation document and this goes for all civillian and military personel located here!**. According to Joachim Fest's book and the movie Untergand this is how it happened. Now if this is not true there is a major defect in the movie which has been acclaimed of "portraying the last days of Hitler and his close friends and comrades in a vivid and realistic way".

Note: According to the movie Hitler was already dead when Goebbels was making this speech.

What do you think?

And besides what if someone comes up and says "I do not consider myself as a Bundersrepublik citizen, I am the citizen of the Third Reich"

?:D

by [Pentanov](#) » 03 Jan 2006, 16:16

(Edited out)

Last edited by [Pentanov](#) on 31 Jan 2006, 15:46, edited 1 time in total.

by [Helly Angel](#) » 03 Jan 2006, 19:03

Can Balcioğlu wrote:

Okay people then how are you going to explain to me Joseph Goebbels's words in Hitler's bunker just after Krebs returns from an unsuccessful meeting with the Soviet general Chukov (not Zhukov).

"Capitulation?Never!This is outrageous!I took Berlin from the Reds years ago and I shall defend it against them until the last drop of my blood. **Within the few hours of my Reich Chancellor post I will not sign any capitulation document and this goes for all civillian and military personel located here!**. According to Joachim Fest's book and the movie Untergand this is how it happened. Now if this is not true there is a major defect in the movie which has been acclaimed of "portraying the last days of Hitler and his close friends and comrades in a vivid and realistic way".

Note: According to the movie Hitler was already dead when Goebbels was making this speech.



Can Balcioğlu

Member

Posts: [56](#)

Joined: 29 Dec 2005,
16:08

Location: Istanbul

Contact:



Pentanov

Member

Posts: [195](#)

Joined: 30 Aug 2005,
14:13

Location: London



Helly Angel

Member

Posts: [4432](#)

Joined: 11 Mar 2002,
21:00

Location: Venezuela
(Southamerica)

What do you think?

And besides what if someone comes up and says "I do not consider myself as a Bundersrepublik citizen, I am the citizen of the Third Reich"

?:D

The ignorance of the Law does not exempt of its fulfillment.

One it can say "mass" freely, but the legal order is what imports, and this should derive from the Constitution and the Laws.

None of the decisions taken in a dictatorship they are valid neither legal.

by **Jeff Clark** » 04 Jan 2006, 04:59



I think the original question asked by Staple was whether or not the Dönitz government ever officially surrendered. Not whether Hitler or Dönitz had any legality to rule in whatever offices they held during the time.

I do not think a peace treaty has been signed to date and I posted an article which goes along with what I believe to be true.

Does anyone know whether or not Germany has ever signed a formal peace treaty with the Allies since the war has ended? I find nothing which indicates they have.



Jeff Clark

Financial supporter

Posts: **86**

Joined: 01 Nov 2004, 01:15

Location: MESA

by **Karl** » 04 Jan 2006, 06:00



The Third Reich was completely crushed, it's government done away with. What good would a peace treaty do? For what?

Also, is someone here suggesting the current German government is not legitimate?

Karl

Member

Posts: **2350**

Joined: 12 Mar 2002, 03:55

Location: S. E. Asia

by **Helly Angel** » 04 Jan 2006, 08:42



I think the original question asked by Staple was whether or not the Dönitz government ever officially surrendered. Not whether Hitler or Dönitz had any legality to rule in whatever offices they held during the time.



Helly Angel

Member

Posts: **4432**

Joined: 11 Mar 2002, 21:00

Location: Venezuela (Southamerica)

One thing is the base of the other. If the government had or not legality is the principal element in the juridic consequences, for example the capitulation.

I do not think a peace treaty has been signed to date and I posted an article which goes along with what I believe to be true.

Does anyone know whether or not Germany has ever signed a formal peace treaty with the Allies since the war has ended? I find nothing which indicates they have.

Please you must read serious books about history!. Of course Germany signed the surrender. The capitulation was signed in three opportunities to make happy the russians! Germany signed the capitulation to all the allies, exist a lot of photos, the documents, witnesses, in any book of High School you can found the photo of Keitel, Jodl or Friedeburg signing the documents by orders of Dönitz.

The Third Reich was completely crushed, it's government done away with. What good would a peace treaty do? For what?

To surrendered all the units of the Wehrmacht and the W-SS. If you study about these days, you can learn that all the combats were stopped when the notice was public. Even in the film "Der Untergang" you can see the moment when the german denied to continue the fight when they knew about the Capitulation order.

Also, is someone here suggesting the current German goverment is not legitimate?

Yes, a new Constitution was the origin and legitimacy of this Bundes Republik of Deutschland.

Display posts from previous:

All posts

Sort by

Post time

Ascending

Go

ESPENLAUB
militaria
military antiques



Post Reply

39 posts

1

2

3

[Return to "NSDAP, other party organizations & Government"](#)

Jump to

WHO IS ONLINE

Users browsing this forum: No registered users

[Board index](#)

[Contact us](#)

[The team](#)

[Delete all board cookies](#) • All times are UTC+02:00

Powered by [phpBB®](#) Forum Software © phpBB Limited

Avis des experts internationaux sur la situation actuelle légale d'Allemagne

Version du 7 Juillet 2017

(Version entièrement revue par rapport à l'original, 3 Mars 2005)

Auteur:
Lieutenant de réserve
M. Volker Ludwig

Contenu

page 3: Remarques préliminaires

Page 4: 0. Introduction

Page 6: I. Définitions

Page 10 II. Séquence passée

Page 15 III. Les êtres et les déclarations de le Traité portant le règlement définitif concernant l'Allemagne (« 2plus4 traité »)

Page 25: IV Le traité d'unification à la lumière du droit de temps et la page des règlements Berlin

Page 31. V. La poursuite de la loi d'occupation par la Convention pour le règlement de certaines questions relatives à Berlin

VI. Conclusions / considérations

Note préliminaire:

En fait, cette opinion aurait donc dû être écrite en écriture gothique, l'écriture officielle de l'Etat "Seconde Empire".

Seulement par cette façon on peut atteindre une claire séparation du Troisième Reich et sa continuation désastreuse actuelle.

Le Troisième Reich avait en effet introduit les lettres latines et celles-ci sont également encore utilisées aujourd'hui dans la République fédérale d'Allemagne. Beaucoup de gens sont donc privés du script gothique aujourd'hui.

Alors que tout le monde a la possibilité de lire et comprendre bien ces informations facilement, je les ai créés le rapport par écrit latine.

De même, j'ai essayé de choisir les mots pour qu'il soit aussi clairement que possible.

Reportez-vous à la section Définitions / Déterminations de mots.

Des preuves nouvelles et plus fortes ont été ajoutées depuis la première édition. Celles-ci sont incorporées ici.

Toutes les parties non vérifiables d'autres versions sont été omises.

L'orthographe fait suite à l'édition Duden du 1989.

0. Introduction

La majorité des personnes en République fédérale d'Allemagne et dans les autres Etats supposent que ce qu'on entend par „l'Allemagne“, c'est l'Allemagne réunifiée correcte selon le droit international et qu'il est appelé République fédérale d'Allemagne.

Dans ce rapport, il sera démontré et prouvé que cette hypothèse est fausse. Cette erreur a été artificiellement créé principalement par les partis politiques au pouvoir de la République fédérale d'Allemagne - en particulier par la CDU, CSU, SPD, FDP, Alliance 90 / Les Verts, et la Gauche.

Après la loi sur les partis politiques § 37, en liaison avec la loi sur les associations (BGB), les partis sont des associations non constituées qui ne sont pas responsables envers les tiers.

La compréhension des partis mentionnés ci-dessus ainsi que l'administration et la jurisprudence de la République fédérale d'Allemagne est déterminée par les diktats de l'école de pensée dominante selon la théorie de la force normative des faits (force normative des faits = présomption moyens d'application).

Mais il n'y a pas de norme juridique qui détermine la puissance normative des faits dans le cadre du droit matériel ou droit procédural dans la pratique.

Le tout a l'air de « Les habits neufs de l'empereur ». Tous utilisent le terme du pouvoir normatif du factuel. Mais il n'y a pas d'avocat unique qui connaît la loi, ce qui pourrait soulever ce terme en fait la norme.

Nous avons affaire à une erreur et des idées fausses. Cela ne peut pas et ne doit pas être ajouté autant en apparence.

En outre, l'acquisition de la République démocratique allemande et l'ensemble de Berlin par la République fédérale d'Allemagne en 1990 avait eu sa source « au sentiment sain » des dirigeants du parti au pouvoir. L'application correcte des normes juridiques en vigueur n'a pas eu lieu à ce sujet.

Cela va être suffisamment prouvé dans les chapitres IV et V.

Le processus de la « Unité allemande » est considéré comme de sa part allemande, pas bien informé, pas professionnel et n'est pas formulé en forme correcte. Il n'est pas non plus concluant et l'esprit et la lettre n'étaient pas choisis de manière légalement correcte.

L'Allemagne unie pouvait et est devenue le point de vue d'ensemble de la III. Trimestre de 1990. L'état et le droit international des traités valides construits, des lois, induits conventions et notes de protocole à tout moment.

Ceci est la preuve que „prima facie en appliquant“ a été mis en place et que les partis au pouvoir dans le Bundestag et la Chambre du peuple avec leurs députés ont levé la main pour l' approbation. Qui appelle la dictature quelque chose d'une oligarchie multipartite n'a peut-être pas tort.

Ces brisages du droit, tromperies et délinquances peuvent être résolus seulement en travail compliqué et de longue durée et le citoyen ordinaire n'a aucune possibilité de questionner le processus ou de le comprendre, étant donné que même la majorité des spécialistes n'y comprennent rien. Aucune tempête de protestation s'est levée du côté juriste, même pas un petit vent.

Ainsi ce n'est pas étonnant que le „Traité sur le règlement des quelques questions concernant Berlin“ du 25 septembre 1990 (BGBl 1990 parti II, Nr. 36, p. 1273; BGBl 1994 parti II, Nr. 2, p. 40 ss.; BGBl 1994 parti II, Nr. 57, p. 3703) constitue un document quasi inconnu, un des secrets les mieux gardés de la RFA qui ne figure pas dans l'enseignement universitaire et ne fait pas apparition dans les thèses sur les conséquences juridiques de la réunification allemande.

Le pouvoir normatif du factuel a sa source dans une publication du professeur Julius Hatschek de 1919/20 („Droit étatique allemand et prussien“) qui parle en détail du problème et aussi des dangers de l'application.

Entre 1933 et 1945 l'application du pouvoir normatif du factuel était l'état normal („Führer commande et nous te suivrons“).

Après la défaite de la Wehrmacht, la reprise du pouvoir législatif des Quatre Pouvoirs, pour les juristes allemands surgit le problème de l'intégration du droit allié dans le système juridique allemand.

Prof. Walter Jellinek proclamait l'application du pouvoir normatif du factuel comme application purement administrative („Droit administratif“, 3ème éd. Offenbourg 1948).

La RFA applique ces principes illégalement au droit estadual et droit des peuples.

Toutes les lois alliées publiées qui sont appliquées toujours ont été publiées: Prof. Dr. Schröder, „Le droit d'occupation en vigueur“, éd. Nomos Baden-Baden 1990.

1. Déterminations de termes techniques

Avant que cela ne pourrait devenir invisionable, une présentation de termes techniques définis va suivre selon l'application d'eux dans la loi des peuples alliée (note: ces termes sont confondus et défigurés par les hommes politiques et les média de la RFA pour tromper la population et cacher les réalités judiciaires):

Trois Pouvoirs (écrit en un mot en all.)	<p>Ce sont les trois „grands“ pouvoirs victorieux Grande Bretagne, Etats Unis, URSS. Pouvoir principal victorieux Etats Unis, non seulement à l'égard du Reich allemand, mais selon toutes les 47 alliés de la loi SHAEF nr. 3 et selon toutes les états ennemis, donc mondialement.</p> <p>La déclaration des lois s'est passée par la conférence des Trois Pouvoirs de Berlin, l'accord de Potsdam compris, qui n'est pas terminé par rapport au traité de paix malgré les déclarations contraires du coté des politiciens de la RFA (cf. Protocol du Ministre des Affaires Etrangères français des Entretiens 2 plus 4 à Paris en 1990)</p>
Trois Pouvoirs (en deux mots)	<p>ce sont les trois pouvoirs d'occupation de la vieille RFA et de la RFA de l'Allemagne réunifié d'aujourd'hui.</p> <p>La déclaration des lois s'est passée à travers les lois du conseil de contrôle, lois AK et AHK qui combinaient les lois des zones, secteurs et SHAEF. Ces lois sont toujours en vigueur, le gouvernement de la RFA été engagé avec la surveillance (BGBl 1994, partie II, p. 40 ss.)</p>
trois pouvoirs (minuscules)	<p>tous les trois pouvoirs de l'ouest seuls dans leurs zones d'occupation</p>
Quatre Pouvoirs (en un mot en all.)	<p>Ce sont les quatre gouvernements de la France, Grande Bretagne, Etats Unis et URSS qui ont pris le pouvoir suprême sur l'Allemagne par la Déclaration sur la défaite de l'Allemagne du 5 juin 1945 et</p>

aussi sur la capitale Berlin

Quatre Pouvoirs (en deux mots)

Ce sont les pouvoirs d'occupation militaire dans leur zone d'occupation correspondant et en relation à Berlin et à l'Allemagne entière

Cinq Pouvoirs (en un mot en all.)

Ce sont les cinq états Chine, France, Grande Bretagne, Etats Unies et URSS (maintenant Russie) qui sont chargés avec le règlement du traité de paix de la seconde guerre mondiale pour le Reich allemand basé sur la „conférence des trois pouvoirs de

Berlin“

(paragraphe II, article I). La loi nr. 3 du SHAEF déterminait quels états formeraient les Nations Unis (UN). Ceci est souvent confondu avec l'ONU. L'ONU est une structure subordonnée de l'UN où des décisions peuvent être prises auxquelles le Conseil de Sécurité de l'UN ne s'est pas opposé. Le Conseil de Sécurité est la centrale de l'UN. Par le droit du Vêto, celui-ci est fermement dans la main des cinq pouvoirs. Ils sont obligés de préparer et mettre en oeuvre le traité de paix par le conseil des ministres des Affaires Etrangères des cinq pouvoirs résidant à Londres.

Conférence des Trois Pouvoirs de Berlin

Seulement la „Déclaration sur la conférence de Berlin“ fut publiée comme ordre administratif (par les dirigeants politiques d'Est et d'Ouest, appelé „accord de Potsdam“ pour tromper la population, mais aucun accord était conclu avec le côté allemand, seulement sur le Reich) sur la manière de la repartition de l'administration du Reich et les responsabilités des règlements du traité de paix. La Chine et la France ont joint la conférence plus tard.

Législation SHAEF

du 13 février 1944, en vigueur dans le Reich entier depuis le 9 mai 1945 basée

sur la loi martiale comme partie du droit des nations, et ne peut pas être modifiée ou supprimée par la RFA dans le cadre des possibilités conférées par le „traité de transition“.

Déclaré par le législateur SHAEF, le commandant suprême des forces alliées, en particulier du président des Etats Unis, jusqu'au traité de paix avec l'état souverain et neutre du second Reich allemand à rétablir

La proclamation nr. 1 se trouve en tête des lois qui détermine la base dans la loi martiale et internationale et aussi la validité jusqu'à un traité de paix. Les lois SHAEF valides pour le Reich allemand entier dans les frontières du 31 de décembre 1

les pays occupés par l'Allemagne pendant la guerre y compris toutes les alliés et associés.

Charte des Nations Unies

règle les rapports entre les états jusqu'au traité de paix avec les anciens pays ennemis (ni l'Allemagne ni l'Autriche n'ont un traité de paix). Etant donné que la raison juridique de la création et de l'existence des UN est le règlement de paix avec les anciens pays ennemis, les traités de paix mettrons fin au droit d'existence de l'UN et une nouvelle forme de la confédération des peuples va surgir qui sera probablement basée à Danzig comme ville libre.

Problème du droit des nations

Le droit des nations était suspendu par la déclaration des Quatre Pouvoirs du 1 octobre 1990 à New York (BGBI 1990, partie II, nr. 38, p.1331 s.). Par le fait qu'aucun traité de paix avec le Reich allemand ne fut conclu en 1990, les règlements des traités de paix de Paris avec l'Italie, la Roumanie, la Bulgarie, la Hongrie et la

Finlande du 29 juillet au 15 octobre 1946 étaient suspendus par les états signataires à l'égard des déterminations du traité de paix avec l'Allemagne.

Il en est de même quant au traité de paix avec la République de l'Autriche. Ainsi le chemin de l'établissement d'un ordre hégémonial du côté des Etats Unis fut planifié.

Comme la nouvelle littérature du côté russe aussi bien qu'américain (Henry A. Kissinger, Ordre mondial) l'indique, la contradiction entre „valeurs de l'ouest comme chemin de la salvation“ et „repartition du pouvoir multipolaire“ avec les „réalités contradictoires augmentantes“ s'aggrave. De cette perspective il faut consentir avec le président russe Wladimir Putin que „le droit international doit être rétabli“ ainsi que „c'était probablement une erreur de ne pas terminer la Guerre Froide en 1990 par un traité de paix“ (Valdai 2015). L'ennemi principal du rétablissement du droit international est la RFA et ses partis vassaux corrompus par compromis de sauvetage dans l'Union Européenne du traité de Lisbonne.

Par le fait que les Quatre Pouvoirs ont publié la suspension de l'efficacité de leurs droits et responsabilités en entier concernant Berlin et l'Allemagne et que la Grande Bretagne et la France ont transmis des parts de leur souveraineté à l'Union Européenne du traité de Lisbonne, des partenaires puissants pour arriver à la conclusion d'un traité de paix n'existent pratiquement pas.

Le rétablissement du droit des nations est cependant une condition absolue pour le traité de paix avec le Reich et le rétablissement de la souveraineté extérieure et intérieure de l'Allemagne.

valide de nationalité sont apatride depuis 1990, c'est pourquoi sur les cartes d'identité et passeports l'adjectif „allemand“ apparait comme nationalité et pas le substantif RFA ou République Fédérale d'Allemagne

Citoyenneté de la RDA

aboli par decret constitutionnel du 17 juin 1990

Citoyen du Reich/Allemand du Reich

membre du troisième Reich basé sur la législation national-socialiste „de manteau“ (loi des citoyens du Reich) et la second Reich allemand („République de Weimar“) interdit par les lois SHAEF et du Conseil de Contrôle Allié. Durant la République de Weimar tous les allemands nés dans le Reich dans les frontières de 1914 étaient appelés aussi „allemands du Reich“, le terme n'étant cependant pas identique avec celui de la loi sur les citoyens du Reich

Appartenance au Reich

pour tous les allemands la citoyenneté „Reich allemand“ valait d'après la loi RuStaG de 1913 (en vigueur 1 janvier 1914) et d'après les provinces (Bade, Bavière, Prusse etc.)

Ecriture d'office

l'écriture officielle allemande est „fracture“ qui fut abolie par la législation nazi et remplacé par les lettres de l'alphabet latin. La RFA de 1949 à 1990 continuait cette tradition avec le résultat que pour l'ONU l'Allemand n'est plus une langue d'office parce que la RFA n'utilise plus l'écriture allemande officielle.

Führer et chancelier du Reich

Adolf Hitler était Führer du parti au pouvoir, chancelier et président du Reich (hors office).“ Loi sur le chef d'état allemand du 1 aout 1934“ RGBI nr. 89, p. 747 La loi consiste de deux parties: a) con-

jonction des offices du chancelier et président (hors office, ne peut plus être élu par conséquent), b) le nom du chef d'état durant la vie de Hitler est „Führer“ (comme Führer de l'unique parti politique au pouvoir, terminait avec la proclamation de la mort le 30 avril 1945) et chancelier du Reich et chef du gouvernement d'après la loi sur les ministres du Reich du 28 mars 1930 (RGBl nr. 9 p. 96 ss.)
La prise du pouvoir suprême gouvernemental de l'Allemagne par les Quatre Pouvoirs se passait en accord avec la parti a)

La RFA ignore tout cela en se référant au traité 2 plus 4 qui ne peut pas avoir été entré en vigueur, parce que l'“Allemagne réunifiée“ d'après les articles 1,6,7 et 8 n'a jamais vu le jour, mais la RFA annexait simplement la RDA et Berlin Ouest.

II. Consécution historique

Le deuxième Reich allemand surgit le 18 décembre 1871 avec le couronnement du roi des allemands avec le titre officiel „empereur allemand“ et fut sumergé par le troisième Reich le 31 janvier 1933 jusqu'au 8 mai 1945 comme sujet de droit international.

Au fond les alliés ont libéré le second Reich de la dictature unilatérale, sur le territoire duquel la plus grande partie de la population se sentait faisant part du gouvernement de Hitler et seulement une minorité se sentait appartenant au deuxième Reich et fut libérée vraiment.

Une véritable élucidation de l'époque de 1933 à 1945 avec toutes les facettes n'a pas eu lieu ni à l'est ni à l'ouest. De même la restauration de la région économique unie après la chute du mur ne posait pas de signe nouveau.

Avec l'annonciation du décès du Führer et chancelier du Reich Adolf Hitler le 30 avril 1945 le Reichsleiter Martin Bormann prenait la succession légale par télégramme télégraphique. Par conséquence le grand amiral Dönitz devait officier comme président du Reich et commandant en chef de la Wehrmacht (militaire). Grand Admiral Dönitz ne se considérait pas président du Reich parce que le président devait être élu

par le peuple selon la constitution.

Il se considérait chef d'état (chargé officiel) et commandant en chef de la Wehrmacht et forma le 30 avril 1945 même un gouvernement provisoire en dissolvant la NSDAP du côté allemand.

Le siège du gouvernement provisoire du Reich du 1 jusqu'au 23 mai 1945 fut l'école de la marine à Flensburg. Mürvick.

Le 7 mai 1945 la Wehrmacht allemande capitulait à l'ouest sur l'ordre du grand amiral Dönitz et le 8 mai 1945 devant les Quatre Pouvoirs et ainsi aussi à l'est.

Le gouvernement Dönitz était reconnu d'abord par les dirigeants militaires jusqu'à ce que un „refroidissement“ arrivait sur l'ordre de Winston Churchill à partir du 17 mai 1945.

Le 20 mai 1945 un navire de guerre russe arrivait à Flensburg, le commandant duquel offrait une paix particulière au gouvernement provisoire du Reich dans les frontières de 1939 (!) sur l'ordre de J.W. Stalin. Cette offre avait été faite déjà en mars 1945 à travers l'ambassade de Stockholm.

Les opinions dans le gouvernement provisoire étaient partagées.

Finalement le gouvernement Dönitz décida de refuser l'offre de Stalin ce que Dönitz appelait plus tard l'erreur la plus grande de sa vie.

Tout de suite après le refus de l'offre de Stalin le grand amiral Dönitz et le gouvernement provisoire de Reich fut incarcéré par les Anglais le 23 mai 1945. Ainsi l'office du chef d'état allemand et du gouvernement provisoire cessait.

Le statut juridique international du Reich allemand n'était pas changé par cela.

(sources: Grand Admiral Dönitz, déclaration de Bad Mondorf de juillet 1945; Conte Schwerin von Krosigk, Les derniers jours du gouvernement du Reich; Advocat Roeder, documentation et correspondance)

Après l'incarcération du gouvernement provisoire du Reich les gouvernements des Quatre Pouvoirs prenaient la force gouvernementale quant à l'Allemagne (Amtsblatt Conseil de contrôle, supplément 1, chapitre 4, p.7 de la traduction allemande).

Un état vaincu est soumis à l'occupation du vainqueur et est ou bien dissolu, partagé ou occupé jusqu'à la signature d'un accord de paix, comme c'était déclaré par la conférence des Trois Pouvoirs à Berlin en 1945 (Amtsblatt Conseil de contrôle, supplément 1, chapitre 8, p. 13 de la traduction allemande).

Ceci correspond à la loi internationale, en particulier à la loi martiale, et plus particulièrement à la Déclaration de La Hague sur l'ordre de la guerre terrestre du 18 octobre 1907 (RGI 1910 p. 82).

En correspondance à l'article 43 de la Déclaration de La Hague sur l'ordre de la guerre terrestre l'état occupant (dans ce cas-là les Alliés) devaient assurer que l'ordre public serait rétabli dans le territoire occupé si bien que possible et selon les lois du pays occupé.

Ceci n'était pas possible en Allemagne sans autre. La position juridique du Troisième Reich était en partie illégale à cause de la non-considération de la loi constitutionnelle du Reich de 1919.

Le Conseil de Contrôle Allié et le législateur SHAEF retireraient les lois en question et aussi celles qui étaient contradictoires à la déclaration générale des droits de l'homme et de la dignité humaine.

Les normes d'occupations précèdent ainsi les lois de l'état occupé jusqu'à un traité de paix.

Le législateur de l'occupation (en cas de l'Allemagne le commandant en chef des troupes de l'expédition alliée pour l'Europe) a pratiquement un pouvoir de carte blanche sur tous les alliés et exerce dans le pays occupé un pouvoir absolu et indivisé auquel uniquement la loi internationale reconnue pose des règles et limites.

A côté de cela des normes légales étaient établies par le conseil de contrôle (Quatre Pouvoirs), les AK et AHK (Trois Pouvoirs occidentales) et les commandants des zones et secteurs.

Une grande partie est en vigueur aujourd'hui encore. Ces normes d'occupation sont établis dans un ordre temporel et successif.

Ainsi les gens dans les régions occupées ont le statut de sujets, des droits de citoyens très limités et de même des droits de citoyenneté très réduits.

D'après la Déclaration sur la guerre terrestre de la Hague et la charte de l'ONU ceci est valable jusqu'au traité de paix que l'Allemagne ne possède pas encore.

Les règles pour l'administration des allemands dans la RFA comme elles ont été définies dans la notice du protocole de la „Convention sur le règlement de certaines questions par rapport à Berlin“ et le „Traité sur le règlement définitif par rapport à l'Allemagne par les Trois Pouvoirs et les Quatre Pouvoirs, représentent un régime d'occupation plus relâché mais indéniable.

En regardant de plus près on constate que tout ce que ce passait à l'égard de l'état Deuxième Reich allemand dans l'ancienne RDA, l'ancienne RFA et la RFA actuelle est soumis à la législation SHAEF, de l'AK et AHK et du Conseil de Contrôle. En particulier les allemands ont le statut de sujets des 47 alliés dans leur rapports extérieurs et des droits de citoyens „quasi“ seulement dans la considération de la „relation intérieure“ des deux ordres juridiques, donc ou bien de la RFA (Traité de passage, „Überleitungsvertrag“) ou bien du Deuxième Reich allemand („Convention sur le règlement de certaines questions par rapport à Berlin“). Dans cette question il est décisif aussi si un allemand dispose d'un document qu'il possède la nationalité allemande d'après la loi RuStaG de 1914 et peut être considéré comme citoyen du Reich (au sens de la RuStaG de 1914).

Au contraire. Par le fait que l'article 23 „Grundgesetz“ a été réformulé le 21 décembre 1992 (BGBl partie I p. 2086) par rapport à l'Union Européenne sans que l'article 144 (2) soit supprimé, un ordre constitutionnel existe maintenant pour le gouvernement fédéral d'attirer toute la communauté européenne sous le „Grundgesetz“. Ceci est contradictoire à l'article 1 (3) du Traité 2 + 4!

Selon la loi SHAEF nr. 52 et l'ordre SMAD nr. 124 et la loi USMR nr. 52 le Reich

allemand comme il a existé le 31 décembre 1937 a été confisqué par le législateur SHAEF le 9 mai 1945 jusqu'au traité de paix par les 47 alliés.

Jusqu'en 1949 l'administration a été exécuté directement par le pouvoir d'occupation concerné correspondant aux normes du Conseil de Contrôle et des gouvernements militaires.

En 1949 les moyens d'occupation juridiques RFA et RDA étaient introduits dans des parties de l'Allemagne (Amtsblatt Kontrollrat, feuille additionnelle Partie 1, chapitre 4, p. 7 parti all.) pour l'administration autonome de ces parties de l'Allemagne, basé sur l'article 43 de l'Ordre de la Guerre Terrestre de la Hague, la législation SHAEF, la conférence des Trois Pouvoirs de Berlin, la charte de l'ONU, du premier protocole de Londres et de la „Déclaration par le rapport à la Défaite de l'Allemagne et de la Prise du Pouvoir Suprême quant à l'Allemagne par les gouvernements du Royaume-Uni, des Etats Unis de l'Amérique et de l'URSS et du gouvernement provisoire de la République de France“ du 5 juin 1945 ou est déclaré:

„La prise de pouvoir dans les buts mentionnés ci-devant ne produit pas l'annexion de l'Allemagne.

Les gouvernements ... détermineront plus tard les limites de l'Allemagne ou d'une partie de l'Allemagne et la position juridique de l'Allemagne ou d'un territoire quelconque qui fait partie de l'Allemagne en ce moment.“

Cette déclaration du 5 juin 1945 est la preuve concluante que le Reich allemand n'a pas naufragé de débilitation.

Au contraire de la RFA et la RDA les secteurs de Grand-Berlin sont encore aujourd'hui une formation indépendante d'administration des Quatre Pouvoirs, même si les Hauts Commissaires ont été retirés. On a consacré un chapitre particulier à ce fait.

Les différences d'intérêt entre les alliés qui avaient conduit à la création des moyens de la loi d'occupation RFA et RDA, créaient la nécessité de convoquer une conférence sur la pratique de ces intérêts 10 années après la conférence des Trois Pouvoirs de Berlin.

Cette conférence avait eu lieu du 18 au 23 juillet 1955 à Genève, exactement 10 années après la conférence de Trois Pouvoirs de Berlin. D'une part les principes de la coexistence paisible sont nés ici qui aboutissaient finalement en 1976 à l'acte finale de Helsinki, d'autre part les conditions d'une continuation de l'occupation de l'Allemagne pour au moins 60 années supplémentaires étaient établies.

L'URSS avait déjà déclaré en janvier 1955 la fin de ces actions de guerre contre l'Allemagne.

Ainsi il n'y a plus de doute que l'acte final de Helsinki fasse partie de l'action alliée et ne constitue pas leur fin.

Au point de vue de droit international l'acte final de Helsinki représente un code de

comportement honorable de tous les intéressés jusqu'à la proclamation de Berlin comme Grand-Berlin par le Conseil de Sécurité de l'ONU dans le cadre de la solution paisible par rapport à l'empire allemand afin que le conseil des ministres étrangères qui est responsable pour le traité de paix d'après la Conférence des Trois Pouvoirs de Berlin puisse négocier le traité de paix avec l'empire allemand.

Pour les Trois Pouvoirs, les Quatre Pouvoirs et le législateur SHAEF l'Allemagne est définie comme l'Empire Allemand dans ses limites du 31 décembre 1937 (loi SHAEF nr. 52, „Amtsblatt der Militärregierung Deutschland“, commandant suprême des forces alliées en Europe).

Cependant les Quatre Pouvoirs ont des droits et des responsabilités pour les quatre zones d'occupation, donc par rapport à Berlin et l'Allemagne, et les Quatre Pouvoirs possèdent encore des droits et responsabilités pour l'Allemagne dans les frontières du 31 décembre 1937 et sur Grand Berlin comme capitale de l'Allemagne, donc „à l'égard de et sur l'Allemagne“. Le terme „Empire Allemand“ est défini très imprécis par „l'Allemagne en entier“.

En 1955 le „Traité sur les relations entre la RFA et les Trois Pouvoirs“ (Deutschlandvertrag) entré en vigueur (BGBl 1955 II, p. 305) et le 5 mai 1955 la suppression du statut d'occupation fut proclamée ainsi que la dissolution de la Haute Commission des Alliés et des commissariats dans les „laender“ de la RFA (AHKABl. p. 3272).

Le „traité sur le règlement des questions surgies de la guerre et l'occupation“ („Überleitungsvertrag“, BGBl 1955 II, p. 405) est un des traités supplémentaires au traité de l'Allemagne („Deutschlandvertrag“).

En 1972 la réception des deux états allemands dans l'ONU a eu lieu à la base de décisions des alliés. A cette occasion une déclaration des gouvernements de la France, de la Grande Bretagne, de l'URSS et des Etats Unis de l'Amérique sur les droits et responsabilités des Quatre Pouvoirs en Allemagne fut publiée le 9 novembre 1972: „Les gouvernements de la République Française, de l'URSS, Grande Bretagne et Etats Unis concordent qu'ils supportent les requêtes d'appartenance à l'ONU si la RFA et la RDA les présenteraient et constatent dans ce contexte que cette appartenance ne touche en aucun cas aux droits et responsabilités des Quatre Pouvoirs et aux règlements, décisions et pratiques en relation“ (Document de l'ONU 510/952, 510/953, 510/954, 510/955 du 18 juin 1973).

Par conséquent, si les droits des Quatre Pouvoirs n'étaient pas touchés, il en est de même quant aux droits des Trois Pouvoirs et Cinq Pouvoirs.

En 1985 sur l'initiative des Trois Pouvoirs de l'Ouest la demande de l'institution d'un plénipotentiaire pour le Reich allemand est faite et approuvée avec effet du 8 mai 1985. Ainsi le Second Reich allemand devait être mis en position d'agir personnellement, formellement et intérimaire. Cela n'était pas lié à une reconnaissance officielle par les Trois Pouvoirs de l'Ouest mais représente plutôt une bonté sans obliga-

tion.

La même chose vaut pour la Prusse comme Etat Libre et „Reichsland“ (non pas „République“). La possibilité de développer la Prusse comme successeur légale de la République de Prusse et de présenter des conceptions correspondantes fut évoquée.

Le chargé d'affaire Wolfgang G.G. Ebel s'efforçait énormément mais ne recevait jamais une reconnaissance officielle qui lui aurait donné procuration jusqu'à son infarctus.

En 1989 la frontière économique allemande était ouverte à nouveau et le traité sur l'union économique et monétaire fut établi. Avec cela la question d'un traité de paix prématuré en relation aux décrets de Bern de 1955 (vide supra) était à l'ordre du jour.

Parce qu'on ne voulait finalement pas de traité de paix, les colloques étaient rangés au niveau des Quatre Pouvoirs et continués (donc pas par le conseil des ministres étrangères des Cinq Pouvoirs compétent pour le traité de paix).

Le conseil des ministres étrangères des Cinq Pouvoirs aurait dû être activé pour le traité de paix.

Ces entretiens étaient appelés „colloques 2 plus 4“ sur l'initiative de l'ancienne RFA et le consentement des Etats Unis. Ils conduisaient aux résultats suivants:

Dans une lettre des Trois Pouvoirs du 8 juin 1990 était souligné particulièrement:
„Monsieur le Chancelier Fédéral,

nous vous communiquons que les Trois Pouvoirs de l'Ouest ont examiné à nouveau leurs réserves vis-à-vis de la Constitution („Grundgesetz“) à la lumière de certains événements en Allemagne et de la situation internationale.

Les réserves des Trois Pouvoirs de l'Ouest quant à l'élection directe des députés de Berlin pour le Bundestag et le plein droit de vote des représentants de Berlin au Bundestag et au Bundesrat qui ont été exprimées particulièrement dans la lettre de l'accord au Grundgesetz du 12 mai 1949 sont déclarées nulles.

La position des Alliés „que les liaisons entre les secteurs de l'ouest de Berlin et la RFA sont sauvegardées et développées demeurent inchangées étant donné que ces secteurs ne sont pas partie constitutive de la RFA et continuent à ne pas être gouvernées par elle“ (BGBl année 1990 partie I, p. 1068).

Par cette lettre, d'une part la continuation de réserves est déclarée expresse, et d'autre part il est dit clairement que la capitale de l'empire allemand ne doit pas être gouvernée par la RFA et que cette réserve au Grundgesetz continue (inchangée).

Exactement 45 années après la Conférence des Trois Pouvoirs de Berlin les grandes lignes du traité 4 plus 2 étaient discutés à Paris jusqu'à la maturité d'un traité, mais sur la base de l'acte final de Helsinki et pas sur la base de la Conférence des Trois Pouvoirs de Berlin.

Les négociations furent entamées le 13 février 1990 à Ottawa, elles étaient continuées

à Berlin et Paris, et le traité sur le règlement final par rapport à l'Allemagne était signé le 12 septembre à Moscou.

Parallèlement les deux états allemands négociaient leurs points angulaires de la réunification.

L'unité allemande commença à être saisible le 1 juillet 1990 avec le premier pas d'union économique, monétaire et sociale.

Plus tard on négociait et signait le traité de réunification.

Après le traité du 1 juillet la RFA était réduite à un partenaire secondaire dans les négociations sur la réunification.

On dit que la RDA s'affiliait à la RFA d'après l'article 23 du Grundgesetz, le 2nd octobre 1990.

L'article 23 du Grundgesetz pour la RFA n'était plus en vigueur mais hors fonction depuis le 28 septembre 1990.

III. Essence et messages du „Traité sur le règlement final par rapport à l'Allemagne“ (traité 2 plus 4)

Le 12 septembre 1990 le „Traité sur le règlement final quant à l'Allemagne“, le soi-disant „Traité 2 plus 4“, fut signé à Moscou.

Comme le nom dit le règlement final unique et non pas „les règlements finaux paisibles“ fut conclu.

Seulement l'unique règlement final sur les droits des Quatre Pouvoirs et leurs responsabilités furent conclus.

Ceci est dit de manière juridique claire et non douteuse dans la „Déclaration sur la Suspension de l'Efficacité des Droits et Responsabilités des Quatre Pouvoirs“ et s'éclaircit définitivement par le fait que plus tard les conventions du

„Überleitungsvertrag“ (BGBl II 1990, 8 octobre 1990, p. 1386 ss.) et la „Convention sur le règlement de certaines questions quant à Berlin“ (Berlinübereinkommen) (BGBl II 1994 p. 26 ss.) furent conclues.

Il n'est pas dit dans aucun des documents que les droits et responsabilités des Trois Pouvoirs, Quatre Pouvoirs ou du gouvernement militaire de l'Allemagne auraient été touchés, au contraire, la convention de Berlin démontre même à un aveugle que ceux-ci sont toujours en pleine vigueur.

Dans le traité „2 plus 4“ ce règlement définitif était adopté que se manifeste dans le contenu juridique suivant:

„...la fin de l'action du pouvoir d'occupation en question dans la zone d'occupation concernée et le secteur de Berlin respectant les intérêts de sécurité correspondants, et en même temps la formation d'un nouveau moyen d'occupation juridique du nom de „Allemagne réunie“ (dans le texte anglais et français „Allemagne uniformisée“), sa définition et le status quo résultant des vieux moyens juridiques d'occupation (RFA RDA, zone particulière de Berlin) inclus.

Ainsi est défini clairement que l'Allemagne réunifiée doit se donner une constitution et différemment du Grundgesetz (aussi par définition) et que „l'Allemagne réunifiée“ est partenaire du traité et non pas la RDA et la RFA.

Et l'article 7 (2) dit ceci: „Par conséquent l'Allemagne réunifiée possède la pleine souveraineté sur ses affaires intérieures et extérieures“. L'expression „par conséquent“ est synonyme de „à cet égard“, „sous cette condition“.

Les points cardinaux essentiels étaient définis à la conférence des ministres des affaires étrangères à Paris le 17 juillet 1990.

Des citations des protocoles du 17 juillet 1990 à Paris:

17 juillet 1990

Paris – 3. Rencontre des ministres des affaires étrangères 2 plus 4

Garanties juridiques pour la Pologne

La décision de la Conférence 2 plus 4 à Paris

(source: Süddeutsche Zeitung 19.7.90)

Garanties juridiques pour la Pologne

La décision de la Conférence 2 plus 4 à Paris

Les deux états allemands et les quatre pouvoirs vainqueurs de la deuxième guerre mondiale ont réglé à Paris le problème de la reconnaissance définitive de la frontière allemande-polonaise basé sur cinq principes. Des participants haut rangés américains ont communiqué des détails de ce catalogue que le ministre des affaires étrangères américain Baker, son collègue français Dumas aussi bien que le ministre des affaires étrangères de la RFA Genscher avaient annoncé à la conférence de presse qui terminait la troisième partie des colloques 2 plus 4 et à laquelle la Pologne fut invitée. Ils concernent le statut territorial de l'Allemagne unifiée, les garanties constitutionnelles et frontalières:

1. L'Allemagne unifiée comprend seulement les territoires actuels de la RFA, de la RDA et de Berlin.
2. Les deux états allemands s'engagent à modifier la constitution de la RFA (Grundgesetz) pour empêcher toute extension territoriale.
3. L'Allemagne unifiée ne revendique pas de territoire d'aucun pays.
4. Les deux états allemands et la Pologne s'obligent de déterminer leurs frontières par un traité bilatéral après la réunification.
5. Les Quatre Pouvoirs acceptent les affirmations des deux états allemands et déclarent qu'avec leur pratique le caractère définitif des frontières allemandes est scellé. Le ministre des affaires étrangères polonais Krzysztof Skubiszewski avait rappelé à la Conférence de Paris que dans de nombreux documents internationaux signés depuis 1945 le caractère provisoire de la frontière allemande-polonaise jusqu'à la conclusion d'un traité de paix était souligné. Les Quatre Pouvoirs ont préféré la formule d'un „règlement définitif“ pour éviter les complications d'un traité de paix avec les pays nombreux qui avait déclaré la guerre à l'Allemagne. Varsovie insistait à cette garantie juridique des Quatre Pouvoirs vainqueurs selon les explications d'un négociateur américain.

Nr. 354 A

Supplément 1 Texte de Paris concernant les questions frontalières

1. L'Allemagne réunie comprendra les territoires de la RFA, RDA et tout Berlin. Ses frontières extérieures seront définitivement les frontières de la RDA et de la RFA au jour de l'entrée en vigueur du règlement définitif. La confirmation du caractère définitif des frontières allemandes constitue une attribution essentielle à l'ordre de paix en Europe.
2. L'Allemagne unie et la République Polonaise confirment la frontière existant entre elles par un traité obligatoire selon le droit international.
3. L'Allemagne unie n'a pas de revendications territoriales envers d'autres états et n'en fera pas valoir des droits au futur.
4. Les gouvernements de la RFA et de la RDA assurent que la constitution de l'Allemagne unie ne contiendra pas des déclarations incompatibles avec ces principes. Ceci vaut correspondant aux déclarations de la préambule et des articles 23 phrase 2 et 146 du Grundgesetz de la RFA.
5. Les gouvernements de l'URSS, des Etats Unis, du Royaume Uni et de la France acceptent formellement les déclarations des gouvernements de la RFA et de la RDA et constatent que le caractère définitif des frontières allemandes soit confirmé par leur réalisation.

Nr. 354 B

Supplément 2 Protocole du président français

Réunion des ministres des affaires étrangères de la France, de la Pologne, de l'URSS, des Etats Unis, de la Grande Bretagne, de la RFA et de la RDA à Paris le 17 juillet 1990

Protocole 10 (du président français)

1. Le principe nr. 1 quant à la question des frontières allemandes que les six états membres du groupe installés à Ottawa ont adopté, sera complété par la phrase suivante: „La confirmation du caractère définitif des frontières représentera un élément essentiel de l'ordre de paix en Europe.“
2. Le texte du deuxième principe quant à la question des frontières allemandes sera échangé de manière suivante: les mots „la frontière ouest existante de la Pologne“ seront remplacés par: „la frontière existante entre eux“
3. Le ministre des affaires étrangères de la RFA Hans Dietrich Genscher déclare que le traité sur la frontière allemande-polonaise sera signé dans le délai le plus bref possible après l'unification et la restauration de la souveraineté et soumis au parlement de l'Allemagne réunifiée pour être ratifié. Le ministre des affaires étrangères de la RDA Markus Meckel a souligné que son pays concorde avec cette déclaration.
4. Les Quatre Pouvoirs vainqueurs déclarent que les frontières de l'Allemagne unie ont un caractère définitif qui ne peut pas être mis en question ni par un événement extérieur ni par des circonstances extérieures. Le ministre des affaires étrangères de la Pologne Krzysztof Skubiszewski sou-

ligne que d'après l'opinion du gouvernement polonais cette déclaration ne représente pas de garantie pour les frontières par les Quatre Pouvoirs. Le ministre des affaires étrangères de la RFA Hans-Dietrich Genscher souligne qu'il a pris connaissance du fait que cette déclaration ne représente pas de garantie pour les frontières pour le gouvernement polonais. La RFA concorde avec la déclaration des Quatre Pouvoirs et souligne que les événements ou des circonstances mentionnés dans cette déclaration ne se passeront pas, c'est-à-dire qu'un traité ou un règlement de paix n'est pas intentionné. La RDA concorde avec la déclaration de la RFA.

Déclarations au protocole

BM au Traité allemand-polonais sur les frontières:

„Le traité allemand-polonais sur les frontières sera signé dans le délai le plus bref possible après l'unification et la restauration de la souveraineté de l'Allemagne unie et transmis au parlement de l'Allemagne unifié.

„Dans le délai le plus bref possible“ se réfère aussi bien à la signature qu'à la transmission pour la ratification.“

BM à la déclaration des Quatre:

„Les Quatre Pouvoirs déclarent que le caractère définitif des frontières de l'Allemagne ne peut pas être mis en question par des circonstances ou des événements extérieurs (corrigé de: „étrangères“).

BM:

„Le gouvernement de la RFA reconnaît que le gouvernement polonais ne voit pas de garantie pour les frontières dans la déclaration des Quatre Pouvoirs.

Le gouvernement de la RFA se joint à la déclaration des Quatre Pouvoirs et constate que les événements et des circonstances mentionnés dans la déclaration des Quatre Pouvoirs n'arriveront pas, c'est-à-dire qu'un traité de paix ou un règlement semblable ne sont pas intentionnés.

Les six ministres des affaires étrangères se déclaraient d'accord avec la revendication polonaise que l'indication de l'unité allemande d'après la préambule et la possibilité d'adhésion d'après l'article 23 ne ferait plus partie de la constitution de l'Allemagne réunie. Ainsi toute revendication supplémentaire de l'Allemagne reste exclue. Skubiszewski appelait le résultat de l'encontre comme tout à fait satisfaisant.“

Ainsi il est clarifié sans aucun doute qu'un traité de paix n'a pas été conclu.

D'autres preuves sûres sont que le traité 2 plus 4 est défini dans la préambule sur la base de l'acte final de Helsinki et pas sur la base de la Conférence des Trois Pouvoirs de Berlin, que les Trois Pouvoirs ont défendu le 8 juin 1990 qu'un traité de la réunion avec Berlin Ouest soit conclu et que dans le protocole supplémentaire du traité d'unification entre la RFA et la RDA il est exprimé clairement: „Les deux côtés concordent que les déterminations du traité sont fixées hormis des droits et responsabilités des Quatre Pouvoirs quant à Berlin et à l'Allemagne entière qui pourraient exister au moment de la signature et aussi hormis des résultats des entretiens sur les aspects extérieures de la réalisation de l'unité allemande qui n'ont pas encore eu lieu (BGBl

1990, partie II, p. 885).

Ce protocole supplémentaire prouve l'absurdité du „Traité de l'unification“ et le dégrade à un décret d'application des Trois Pouvoirs de l'Ouest, car les conditions générales particulières pour la réunification sont réglées dans le „Traité sur le règlement définitif quant à l'Allemagne“ (traité 2 plus 4) et dégradent le „Traité de l'unification“ de la même manière qu'il est dégradé par le „Traité de transition“ (Überleitungsvertrag) et par la „Convention sur le règlement des certaines questions quant à Berlin“.

Les deux traités mentionnés devaient assurer de leur côté que le „Traité sur le règlement définitif quant à l'Allemagne“ du côté allemand serait ratifié par l'Allemagne unifiée et que de fait une Allemagne réunifiée surgirait.

Mais la RFA a détourné ceci et a gardé la question allemande ouverte.

Pour approfondir la compréhension le point nr. 4 du protocole du ministre des affaires étrangères de la France des entretiens du 17 juillet 1990 à Paris doit être regardée:

4. Les Quatre Pouvoirs vainqueurs déclarent que les frontières de l'Allemagne unifiée ont un caractère définitif qui ne peut être mis en question ni par un événement extérieur ni par des circonstances extérieures.

Mais il se démontre alors que les problèmes ne sont pas des événements ou des circonstances extérieures mais qu'ils se situent à „l'intérieur“.

Le traité 2 plus 4 n'était pas ratifié jusqu'aujourd'hui par aucune institution de l'Allemagne réunie selon l'esprit et la lettre de l'article 1 et de l'article 8 du traité 2 plus 4.

Ainsi les politiciens de la RFA ont créé des circonstances intérieures qui mettent en question l'entrée en vigueur du traité qui de fait n'est jamais entré en vigueur. Ainsi la déclaration des Quatre Pouvoirs du 17 juillet 1990 envers la Pologne est nulle qu'il n'existent pas de raisons extérieures pour réviser le traité 4 plus 2 et la Pologne déclarait vis-à-vis des Quatre Pouvoirs que cette déclaration ne représente pas de garantie pour les frontières.

Ainsi se pose la question du sens du „Traité sur le règlement définitif quant à l'Allemagne“.

Il paraît que celui-ci était surtout et exclusivement important pour les Quatre Pouvoirs eux-mêmes, car le contenu principal, le retrait des troupes soviétiques de l'Europe centrale et l'ouverture de la frontière économique intérieure de l'Allemagne assurent seulement le règlement intermédiaire si l'on prend le droit international au sérieux.

Il en est toujours ainsi qu'aucun des 47 états ou de leurs successeurs juridiques avec qui le Reich allemand se trouvait en guerre n'a conclu un traité de paix avec le Reich allemand, que les clauses concernant des états ennemis de la charte des Nations Unies sont toujours valables et que le Reich allemand se trouve toujours d'après le droit international sous la validité de l'Ordre de la Guerre terrestre de la Hague selon la légis-

lation SHAEF et la législation du Conseil de Contrôle Allié et ainsi sous l'administration du gouvernement militaire de l'Allemagne, région de contrôle du commandant suprême, et dans la responsabilité des Trois Pouvoirs et des Quatre Pouvoirs. Il en est ainsi d'après la loi internationale, même si la France et la Grande Bretagne ne peuvent pas participer à cause des traités de l'Union Européenne et la Russie ne veut pas participer par des raisons incompréhensibles.

Par conséquent l'efficacité de la législation SHAEF, des décrets de Yalta, des conférences de Londres et des protocoles supplémentaires ainsi que de la „Conférence des Trois Pouvoirs de Berlin le 2 août 1945“ et de la législation du conseil de contrôle continuante n'ont pas été retirés par „2plus4“, mais le traité 4 plus 2 était basé sur les fondements dans la loi internationale.

Les accords, des décrets et des pratiques des Quatre Pouvoirs dans leurs zones d'occupation relatives comme ceux-ci étaient accordés par la première conférence de Londres y compris les protocoles supplémentaires et par la „Conférence des Trois Pouvoirs de Berlin du 2 août 1945“ étaient terminés à cet égard mais non pas des Trois Pouvoirs, Quatre Pouvoirs et Cinq Pouvoirs.

En même temps des parties du „Traité de transition“ (Überleitungsvertrag) étaient toujours en vigueur (8 octobre 1990) et la „Convention sur le règlement de certaines questions en relation à Berlin“ était fixée (25 septembre 1990, directement mis en vigueur par ordonnance et ratifiée par le Bundestag en 1994).

Par ces traités et cette convention et le fait que le traité 4plus 2 n'était jamais ratifié par l'Allemagne réunie, un nouveau moyen d'occupation juridique surgit: „la RFA (de la région économique unie)“ (article 127 Grundgesetz) administrée par les Trois Pouvoirs (de l'ouest) et le moyen d'occupation juridique „pays de Berlin réunis“ administré par les Quatre Pouvoirs indépendamment du fait si la Russie exerce son pouvoir, celui-ci continue.

Ainsi les contradictions apparentes entre le contenu du „traité sur le règlement définitif quant à l'Allemagne“ d'un côté et des restes lourds de signification du „Traité de transition“ (Überleitungsvertrag) et de la nouvelle „Convention sur le règlement de certaines questions en relation à Berlin“ de l'autre côté, étaient résolues de façon parfaite et élégante, doivent donc être regardés toujours comme unité en soi.

Cette distinction devient claire dans l'article 1 (3) du traité 2plus4 ou est dit ceci: „L'Allemagne réunie n'a aucune revendication territoriale envers d'autres pays et n'en élèvera pas dans le futur“.

Par cela toute succession juridique du Reich allemand par „l'Allemagne Unie“ est exclue.

Ceci est aussi clarifié par le contenu toujours fondamentalement en vigueur du „Traité du règlement des questions provenant de la guerre et de l'occupation“ (Überleitungsvertrag) où l'article 1 de la partie neuvième dit le suivant:

„Sous réserve des déterminations d'un traité de paix avec l'Allemagne des ressortissants allemands sujets du gouvernement de la RFA ne doivent pas faire des revendi-

cations quelconques contre les états qui ont signé la déclaration des Nations Unies du 1 janvier 1942 ou se sont joints à elle ou/et étaient en état de guerre avec l'Allemagne ou sont mentionnés dans l'article 5 de la partie cinquième du traité, ou contre des ressortissants de ces pays, à cause de procédures qui ont été prises par ces pays ou avec leur autorisation entre le 1 septembre 1939 et le 5 juin 1945 à cause de l'état de guerre régnant en Europe. Aussi personne ne doit notifier des droits de ce genre devant un tribunal de la RFA.“

Il doit être souligné exprès ici que le traité de paix manquant avec l'Allemagne et les Alliées n'est pas possible par l'union européenne ni par la RFA mais uniquement par l'état „Reich allemand“ selon la loi martiale et internationale.

Parce que au moins les secteurs ouest de Berlin ne font pas partie de la RFA ni constitutionnellement ni territorialement, la RFA actuelle n'est pas identique selon la loi internationale avec l' „Allemagne unie“ et ne peut pas se référer à ce traité qui est dit à l'article 8, chapitre 1, phrase 3:

„Ce traité est ainsi en vigueur pour l'Allemagne unie.“

Ceci signifie que le dépôt du document de ratification par la RFA au nom de l'Allemagne unie constitue un faux en écriture, car une chose qui n'existe pas ne peut pas documenter quoi que ce soit, mais on dit qu' un document de ratification de l'Allemagne unie fut déposé le 13 octobre 1990 auprès de la RFA.

Les premières élections après le traité de l'unification, à l'occasion desquelles des citoyens de Berlin Ouest aussi pouvaient être élu au nouveau Bundestag correspondant à la lettre des Trois Pouvoirs du 8 juin 1990, avaient eu lieu comme on sait en décembre 1990, de sorte que même personnellement aucune législative ne peut avoir existé le 13 octobre qui aurait pu trouver la décision d'un tel arrêt de ratification.

Aussi les „Länder“ Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saxe, Saxe-Anhalt et Thuringie ont surgi le 14 octobre 1990 seulement et ne pouvaient pas pratiquer de participation légale au Bundestag et Bundesrat.

Le Président Fédéral („Bundespräsident“) aussi qui doit établir la ratification pour la déposition n'était pas inauguré nouvellement, ce qui représente la preuve évidente d'une action illégale.

Ainsi le fait est évident: le document de ratification de l'Allemagne unie constitue un faux en écriture.

Ceci a les conséquences suivantes d'après la loi internationale:

Le „Traité sur le règlement définitif par rapport à l'Allemagne“ n'est pas entré en vigueur contrairement à la publication du ministre des affaires étrangères du 15 mars 1991 (BGBl 1991 nr. 9 partie II, p. 587).

La déclaration de suspension des droits et responsabilités des Quatre Pouvoirs est toujours en vigueur et pas terminée et peut ainsi être révoquée à tout moment.

La RFA et la RDA ne honoraient pas le „Traité 4plus2“ comme nous avons prouvé, une „Allemagne Unie“ avec une constitution propre n'était pas établie, mais l'adhésion se passait basée sur le traité de l'unification „endommagé“ par moyen d'un article

qui n'existait plus (art. 23 GG).

Malgré le fait que cet article 23 GG fut supprimé par la loi du traité d'unification avec efficacité du 28 septembre 1990, la RDA soit adhéree à la RFA le 2 octobre 1990 ?

Le droit est aussi lié au droit de délai conventionnel et une norme légale qui n'existe plus ne peut plus être appliquée pour créer un nouveau droit.

Le 25 septembre 1990 la „Convention sur le règlement de certaines questions par rapport à Berlin“ fut signée entre les Trois Pouvoirs de l'Ouest et la RFA (ratifiée le 3 janvier 1994, BGBI II p. 26), où il est dit dans la préambule:

„en considération qu'il est nécessaire de conclure des règlements singuliers dans des domaines particuliers qui ne touchent pas à la souveraineté allemande sur Berlin“ et souligne plus loin juridiquement que Berlin comme capitale du Reich allemand sera à tout égard soumis à la loi des Pouvoirs Vainqueurs jusqu'à un traité de paix.

Article 2 dit ceci:

„Tous les droits et obligations qui ont été fondés ou notifiés par des mesures législatives, juridiques ou administratives des autorités alliées ou par rapport à Berlin, sont en vigueur et demeurent en vigueur d'après la loi allemande sans considération s'ils ont été établis en concordance avec d'autres prescriptions juridiques. Ces droits et obligations sont soumis sans discrimination aux mêmes mesures législatives, juridiques et administratives futures comme des droits et obligations établis d'après la loi allemande.“

Le principe de la loi internationale et martiale prévaut: Ce qui vaut pour la capitale vaut pour le royaume entier.

La RFA ne figure plus dans la liste actuelle des pays membres de l'ONU (source: page Internet UN.com) depuis le 3 octobre 1990 mais uniquement l'Allemagne. La RFA n'a jamais déclaré à l'ONU qu'elle s'appelle maintenant „Allemagne“.

Et parce que la raison juridique principale de l'existence de l'ONU est constituée par l'administration d'après-guerre des Cinq Pouvoirs (Etats Unis, URSS, Chine, Grande Bretagne, France), l'„Allemagne“ ne peut pas signifier autre chose que l'Allemagne unie. Mais celle-ci n'existe pas légalement d'après la loi internationale parce que la RFA existe toujours et a annexé illégalement la RDA et Berlin en entier.

Le jeu de l'usurpation du droit de représenter le Reich allemand seul, comme la vieille RFA le pratiquait déjà, a été perdu, l' „Allemagne“ ne peut pas recevoir de siège permanent au Conseil de Sécurité (2005, C. Rice, ministre des affaires étrangères des Etats Unis: „Il n'est pas raisonnable que l'Allemagne reçoive un siège permanent au Conseil de Sécurité de l'ONU“).

Comme le „traité 4plus2“ était ratifié par le Bundestag allemand qui a „fait naufrage“ le 3 octobre 1990 et non pas par le parlement de l'„Allemagne réunie“, la notification du ministre des affaires étrangères du 15 mars 1991, qui publie l'entrée en vigueur du contrat, est formellement invalable d'après la loi internationale.

Cette notification illustre comme c'est confus même pour la compréhension de la „RFA“.

D'après cette notification le traité entre en vigueur pour l'„Allemagne“, l'„Allemagne unifiée“ a déposé le document de ratification et la publication a eu lieu par la „République Fédérale d'Allemagne“.

Ceci signifie en clair: Le traité est entré en vigueur pour une partie du Reich allemand dans les frontières du 31 décembre 1937 correspondant à la déclaration des Quatre Pouvoirs du 5 juin 1945.

Mais quelle „Allemagne Unie“ a déposé le traité sur la base de quelle constitution? La République Fédérale déclare: nous sommes l'„Allemagne unie“.

Ceci n'est absolument pas possible à cause des traités suivants ratifiés par la République Fédérale elle-même:

Berlin ouest ne fait pas partie de l'unité territoriale „République Fédérale d'Allemagne“ (BGBl 1990 partie I p. 1068).

Berlin ferait partie de l'unité territoriale „Allemagne unie“.

Par conséquent la République Fédérale ne peut pas être identique avec l'„Allemagne unie“, même si cela est prétendu toujours.

Ceci est un fait d'après la loi internationale et tout citoyen majeur est capable de le reconnaître sans aucun doute.

Si la République Fédérale n'est pas l'„Allemagne unie“, qu'est-ce qu'elle est alors?

La réponse se trouve dans la „Publication de la Convention du 27/28 septembre 1990 sur le traité sur les relations entre la RFA les Trois Pouvoirs (dans la version modifiée) et dans le Traité sur le règlement des questions relationées à la guerre et à l'occupation (dans la version modifiée)“ (BGBl II p. 1386ss. et dans l'article 139 GG).

La notice du protocole sur les tâches du gouvernement fédéral après l'intégration de la RDA et de Berlin et la version modifiée du „Traité de Transition“ règlent les traits fondamentaux de l'administration autonome du moyen d'occupation „République Fédérale de la région économique unie“ et définit que la République Fédérale doit s'administrer d'après le Grundgesetz et les conditions intérieures et extérieures qui en résultent.

La prétention que la RFA serait un état souverain basée sur le traité 4plus2 est le plus grand mensonge de l'histoire allemande d'après guerre et il doit être considéré aussi que la RFA commet ainsi continuellement une offense à la loi internationale et trompe tout le monde et soi-même.

Ce serait l'obligation de la justice de finir avec ce jeu (BverfGG § 31, § 49).

En un mot: la vieille RFA n'existe définitivement plus depuis le 28 septembre 1990, le moyen juridique d'occupation pour l'auto-administration avec le territoire de la RDA, la RFA et Berlin pour un autre temps de passage jusqu'au traité de paix avec le Reich allemand appelé „Allemagne unie“ n'était pas réalisé d'après le traité 4plus2 (comme cela aurait dû se passer au plus tard avec l'entrée en vigueur du traité), par conséquent les gens vivent dans ces territoires dans la „République du territoire économique uni“ (officiellement RFA), terme qui exprime très bien que le traité 4plus2

n'était jamais réalisé correctement par la RFA et la RDA et n'a pas été ratifié par l'Allemagne réunie.

En même temps ceci résout logiquement les contradictions apparentes aux nouveaux règlements du traité de transition et de la convention de Berlin et à tous les autres droits alliés toujours existants.

Toutes les lois, traités et élections qui ont été promulgués après au nom de RFA jusqu'à la constitution du premier Bundestag nouvellement élu de la „République Fédérale d'Allemagne de l'Allemagne Réunie“ n'ont pas de base juridique correcte.

Même la loi sur les premières élections de l'Allemagne réunie tombe sous cette règle, en fait celles-ci n'étaient pas „entier-allemand“, mais des élections sur le territoire de la „région économique unie“.

En plus il est incertain sur quelle base on gouvernait entre le 28 septembre 1990 et la constitution du premier Bundestag après les élections de décembre 1990.

Comme il n'existait pas de base constitutionnelle pour cette période et ce temps de transition ne fut pas non plus déclaré légal par une nouvelle loi plus tard (comme cela se passait sous Adenauer en 1949) par le nouveau Bundestag uni le règlement juridique inclus sur les fondements et bases juridiques, la RFA se trouve dans la position de ne pas pouvoir prouver son existence comme sujet (ou mieux: objet) de la loi internationale.

D'après la loi publique elle se base sur des affirmations et non sur des faits que les Trois Pouvoirs de l'Ouest aient fixé les bases administratives du moyen de droit d'occupation „RFA“ correspondant aux droits prérogatives continuant à exister par le traité de transition.

Le gouvernement fédéral garde l'ordre public et la sécurité comme moyen d'occupation dans le cadre de l'ordre de la guerre terrestre de la Hague uniquement sur la base du protocole de la „notice du traité de transition“ et sur rien d'autre.

Il en suit aussi:

1. La „déclaration sur la suspension de l'efficacité des droits et responsabilités des Quatre Pouvoirs“ du 2 octobre 1990 continue à être en vigueur pour un temps indéfini.
2. Les droits du Reich allemand dans les frontières du 31 décembre 1937 sont toujours entièrement en vigueur par la „Convention sur le Règlement de certaines Questions par rapport à Berlin.“
3. La loi du Reich de la république de Weimar dans la version purifiée des Quatre Pouvoirs du 22 mai 1949 doit être appliquée aussi par la RFA de l'Allemagne réunie envers les citoyens du Deuxième Reich comme droit au-dessus du Grundgesetz, étant donné que le Deuxième Reich se trouve en même temps opposé à la RFA de façon exterritoriale, la législation seule se réfère aussi aux citoyens du Reich allemand dans les limites de la loi du Conseil de Contrôle nr. 4, mais uniquement dans les limites.
4. L'ordre juridique de l'Etat Reich allemand n'est pas touché par l'ordre juridique de la RFA, car l'Etat Deuxième Reich allemand est de nouveau capable d'agir de manière par intérim, parce que d'après la loi internationale existent des personnes qui peuvent représenter le Deuxième Reich allemand, avec le

Procureur général pour le Reich allemand et Chancelier du gouvernement du Reich ad intérim en tête.

1. Malgré que le Deuxième Reich n'exerce actuellement pas d'exécutif sur le Reich allemand dans les limites du 31 décembre 1937, il peut faire des demandes sur des domaines relévant au Conseil de Sécurité de l'ONU.

2. Par l'escroquerie publique des gouvernants et des partis politiques de l'époque un gouvernement privé des partis politiques surgit du gouvernement public en 1990. Ainsi tombe la libération de la responsabilité d'après la loi sur les partis politiques et les membres de tous les partis représentés au Bundestag sont responsables, et même chacun personnellement avec tout son patrimoine, pour les crédits pris par la RFA de service financière Société anonyme Francfort-sur-le-Main, pour la confédération et les pays ainsi que tous les dommages financiers des ventes contrairement à la loi SHAEF 52 („Treuhand“). Ceci résulte du code pénal et de la loi civile.

IV. Le traité d'unification à la lumière de la loi des délais et des règlements de Berlin

Le traité d'unification (BGBl II 1990 nr. 35 p.885ss.) fut conclu selon les règlements du rencontre des ministres des affaires étrangères de Paris du 17 juillet 1990 comme traité de droit international sous la souveraineté des Quatre Pouvoirs qui possèdent le pouvoir suprême du gouvernement du Reich allemand dans les limites du 31 décembre 1937.

Concernant ce „traité d'unification“, comme aussi quant aux autres traités en relation avec lui, la question est intéressante qui s'est mise en accord avec qui et à quel sujet, sur quelle base juridique, et quelles „portes arrières“ existent.

Parce que le droit international est, comme tout droit, aussi droit de délais, on fera particulièrement attention à ce fait.

Dans l'étude qui suit je m'occuperai avant tout de l'article 1 à 6 de la loi du „traité d'unification“ et des détails fixés en supplément dans le „protocole du traité d'unification“ et dans l'„accord sur le traité d'unification“.

Wolfgang Schäuble était le „spiritus rector“ du traité d'unification.

Le „traité d'unification“ lui-même fut signé le „protocole du traité d'unification“ inclu le 31 août 1990.

L'„accord sur le traité d'unification“ a eu lieu le 18 septembre 1990.

La loi correspondante fut décidée par le Bundestag le 28 septembre 1990 et contenait la soi-disante „clausula de Berlin“.

Cette „clausula de Berlin“ est à considérer sans réserve, parce que à cause de la continuation de la loi des Alliés (vois Chapitre „Accord sur certaines questions par rapport à Berlin“) des lois de la RFA sont uniquement valables à Berlin si le parlement de Berlin („Abgeordnetenhaus“) a déclaré dans une loi particulière („Mantelgesetz“) la validité de la loi de la RFA et pas inversement (BK/O 51/56; BK/O 51/63; BK/L

67/10).

La clause fixée par les Trois Pouvoirs de l'Ouest dit littéralement: „Le parlement de Berlin (Abgeordnetenhaus) peut adopter une loi fédérale avec l'aide d'une loi de man-teau qui déclare les ordonnances de la loi fédérale en question valables pour Berlin“.

Le „Land“ Berlin n'a pas déclaré l'adoption de la loi de l'unification jusqu'aujourd'hui comme par exemple la loi de la „Convention de Vienne pour le droit des traités ...“ du 22 novembre 1990 qui contient aussi une clause concernant Berlin.

Au chapitre V suivant sera prouvé que tout le droit allié qui était en vigueur le 25 septembre 1990 à Berlin et par rapport à Berlin doit être appliqué aussi après.

Le „statut spécial de Berlin“ qui sera discuté en particulier exige forcément l'applica-tion de la „clause de Berlin“ afin qu'une loi fédérale puisse entrer en vigueur à Berlin. Il en est toujours ainsi. Par conséquent il est certain d'après la loi internationale et estaduale que la loi du traité d'unification et par cela le traité d'unification n'est pas entré en vigueur à Berlin.

Ceci conduit infailliblement à la conclusion que toutes les lois de la RFA promul-guées après ne sont pas valables pour Berlin.

Par des juristes on argumente qu' avec l'unification de Berlin une nouvelle situation aurait surgi qui laisse la „clause de Berlin“ devenir obsolète.

Mais on ne fait pas attention ici à ce que le statut particulier de Berlin n'est pas résul-tat de la construction du mur et tomberait avec la tombée de celui-ci, mais ce statut de Berlin existe depuis 1945 et continue jusqu'aujourd'hui.

Et c'est exactement cela ce que dit la convention sur le règlement de certaines questions par rapport à Berlin.

Mais parce que les droits des Quatre Pouvoirs étaient suspendus le 3 octobre 1990 et les commandants des secteurs terminaient leur travail, le gouvernement fédéral et le sénat de Berlin ont simplement initié la crédibilité par l'application.

L'introduction du traité de l'unification pour Berlin contrairement à la loi internatio-nale et estaduale sans la réalisation de la clause de Berlin dans la loi du traité d'uni-fication est un exemple de parade pour la réalisation brutale de la force normative de l'effectif.

Alors la question se pose: pourquoi le gouvernement fédéral dit que Berlin est la ca-pitale et le siège du gouvernement se trouve-t-il à Berlin?

Ceci n'est pas tout à fait correct.

Dans les documents du traité de l'unification il est dit que Berlin serait la capitale de l'Allemagne, mais sans mentionner que l'Allemagne, s'il s'agit du statut correspon-dant à la loi internationale et publique, est définie comme „le Reich allemand comme il existait au 31 décembre 1937“.

Quant à cela Berlin est la capitale de l'Allemagne.

Le siège du gouvernement fédéral est à Bonn en même temps qu'à Berlin, même le Président Fédéral a encore une résidence à Bonn où il a reçu le pape lors de sa visite

à la Rencontre mondiale de la Jeunesse en 2005.

Tous les autres ministères ont un siège à Bonn et à Berlin en équivalent.

Exepté le ministère de la Défense qui possède seulement un bureau du ministre à Berlin, le cadre des dirigeants a son siège d'après les règles alliées 50 km hors du centre du Berlin (dans la RDA, c'était à Strausberg, aujourd'hui Centre administratif à Teltow près de Potsdam).

Le chancelier seul a son siège unique à Berlin ce que résulte de la notice du protocole du traité de transition. Berlin est tant capitale de la République Fédérale comme il était capitale de la RDA.

Maintenant on discutera un autre document en relation au „traité d'unification“.

La décision de la Volkskammer (parlement de la RDA) sur l'entrée au territoire de l'efficacité du Grundgesetz selon l'article 23 le 3 octobre 1990 (BGBl 1990 I, p. 2058) est à la base de l'entrée. Il est dit littéralement: „selon l'article 23 avec efficacité du 3 octobre“ et non pas avec efficacité au 3 octobre.

Mais dans le traité de l'unification l'article 23 est déclaré nul et ceci se passait le 28 septembre 1990 avec la proclamation de l'entrée en vigueur du traité de l'unification par la RFA, l'article 23 était annullé dans l'ancienne version.

Un article 23 selon lequel quelqu'un aurait pu entrer dans la RFA n'existait plus au 3 octobre.

La RDA a fait semblant d'entrer selon une prescription légale qui n'existait plus, ou, à l'envers, on ne peut pas entrer dans une chose qui n'existe pas.

Un autre problème surgit en regardant de plus près de quelle manière le Grundgesetz fut modifié ici.

D'après la loi inscrite elle-même dans le Grundgesetz et déterminée par les droits prérogatifs des Trois Pouvoirs de l'Ouest, le Grundgesetz peut être modifié uniquement par une loi qui modifie le Grundgesetz expressis verbis selon l'article 79 (1) phrase 1.

Ceci n'était pas respecté. Il en suit que le Grundgesetz fut modifié basé sur la seconde possibilité existante, les droits prérogatifs des Trois Pouvoirs.

Ce n'était pas la RFA qui a modifié le Grundgesetz, mais les Trois Pouvoirs par James Baker le 17 juillet 1990 à Paris. Seulement de cette manière la RFA a pu faire entrer les modifications dans le traité de l'unification sans mentionner la raison juridique des changements et sans l'aide d'une loi explicite.

Par le protocole du traité d'unification ceci s'éclaircit pleinement auquel existe une déclaration protocolaire qui dit littéralement: „Les deux côtés concordent que les déterminations du traité ont été faites sans regard aux droits et responsabilités des Quatre Pouvoirs par rapport à Berlin et à l'Allemagne en entier existant encore au moment de la signature, et aussi sans regard aux résultats des entretiens sur les aspects extérieurs de la réalisation de l'unité de l'Allemagne.“

Et ceci se passait après la rencontre des ministres des affaires étrangères à Paris le 17 juillet 1990.

Afin que les responsables de la RDA n'en parlent pas, ils recevaient tous une „gratification“, selon la „convention sur le traité d'union“ naturellement.

On constate en résumant qu'une „réunification“ d'après le „traité de l'unification“ n'a jamais eu lieu, les Messieurs Kohl, Genscher, Schäuble et beaucoup d'autres, les médias inclus, faisaient seulement semblant pour tromper tout le monde.

Uniquement la région économique unie et élargie jusqu'à la frontière Oder/Neisse fut restaurée.

Le traité d'unification représente seulement un accord sur le règlement des questions au moment de l'ouverture de la frontière économique intérieure de l'Allemagne et publie ainsi la volonté des pouvoirs d'occupation quant à la manière de l'administration autonome des allemands selon l'ordre martial terrestre de la Haye jusqu'au traité de paix.

La publication sur l'entrée en vigueur du „traité d'unification“ avait lieu seulement au 16 octobre 1990 avec efficacité réciproque du 28 septembre 1990.

Dans l'article 3 de deuxième chapitre du traité d'unification on prétend que le Grundgesetz serait déjà en vigueur dans une partie de Berlin.

Ceci est faux et impossible d'après les lois du Conseil de Contrôle.

Le „feuille de loi fédérale“ (Bundesgesetzblatt) nr. 1 du 23 mai 1949 s'y oppose aussi où Berlin ne figure pas comme partie intégrale.

Dans la suite tous les essais de la RFA que Berlin se soumette au Grundgesetz étaient empêchés par les commandants de Berlin ouest et par la Haute Commission alliée des Trois Pouvoirs de l'Ouest l'intégration de Berlin dans le Grundgesetz fut empêchée.

Berlin faisait et fait partie de l'union économique et monétaire, mais n'est pas partie constitutive de la RFA.

La RFA actuelle n'est pas identique avec l'Allemagne réunie du traité 2plus4 à cause des manquements, fautes et contradictions juridiques.

Par conséquent la RDA ne s'est jamais affiliée à la RFA, mais le gouvernement de la RDA sous Lothar de Maizière a tout fait que l'ancienne RDA se trouve sans gouvernement et administration le 2 octobre 1990 et que la RFA puisse occuper la RDA sans résistance et savoir de la population.

A Berlin se passa chose semblable.

Si l'on ajoute à la valorisation l'esprit et la lettre du traité sur le règlement définitif quant à l'Allemagne du 12 septembre 1990, l'observateur indépendant vient à la conclusion que la falsification de la publication de l'entrée en vigueur de ce traité et la tromperie du peuple allemand et du monde entier liée par les responsables de la RFA, de la RDA et de Berlin constitue un acte criminel selon l'article II b) et c) de la loi nr. 10 du conseil de contrôle aussi bien que d'après d'innombrables paragraphes de la loi allemande et internationale.

La loi nr. 10 du conseil de contrôle est toujours en vigueur selon l'article 3 de la „Convention sur le règlement de certaines questions par rapport à Berlin“ du 25 sep-

tembre 1990 (BGBl 1990, partie II, nr. 36, p. 1273; BGBl 1994 partie II nr. 2, p. 40ss. BGBl 1994 partie II, nr. 57, p. 3703).

Résumé: Aussi bien les règlements du traité d'unification que l'esprit et la lettre du traité sur le règlement définitif par rapport à l'Allemagne du 12 septembre 1990 disent qu' aucune entrée légale de la RDA dans la RFA n'a eu lieu et ainsi l'Allemagne réunie n'a jamais été réalisée de cette situation juridique dans la manière donnée, et ne pouvait pas ratifier le traité comme partenaire juste à aucun moment et n'y a pas réussi. De la signature aussi bien que du 11 octobre 1990 et jusqu' aujourd'hui l'Allemagne réunifiée existe seulement comme pensée de contrat, mais n'a pas été réalisée en pratique selon le droit estadual et international.

La publication de l'entrée en vigueur du traité sur le règlement définitif par rapport à l'Allemagne du 12 septembre 1990 pour la RFA avec efficacité du 13 octobre par une décision du Bundestag à Bonn du 11 octobre 1990 (BGBl 1990 partie II, nr. 38, p. 1317 ss.) constitue le plus grand faux en écriture et escroquerie d'après la loi internationale de l'histoire après-guerre allemande.

Ici aussi le fait est évident que seulement une union économique, monétaire et sociale a eu lieu.

Le „traité sur le règlement définitif quant à l'Allemagne“ du 12 septembre 1990 dit a) dans l'article 1 (1) phrase 1: „L'Allemagne réunie comprendra les territoires de la RFA, de la RDA et de Berlin en entier.“

Question: Quand et par quels moyens cette unité territoriale était réalisée et où celle-ci était publiée dans la „feuille des lois“ (Gesetzblatt) de la prétendue Allemagne unifiée? Où était publié pour tout le monde que l'Allemagne unifiée porte le nom de la RFA et signifie la continuation de son ordre juridique en y ajoutant le traité d'unification?

Du BGBl partie I 1990, nr. 52, résulte à la page 2154 seulement un renvoi au BGBl partie II nr. 35 et 36 avec la loi du traité d'unification, la loi sur le stationnement d'autres troupes des Quatre Pouvoirs, décrets sur l'échange de notes quant au troupes de l'ONU et de l'armée soviétique ainsi que la „Convention sur le règlement de certaines questions par rapport à Berlin“ qui dit à l'article 3: „ Toutes les lois alliées restent en vigueur malgré le traité d'unification, malgré le traité 2plus4.“

b) dans l'article 1 (4) phrase 1: „... que la constitution de l'Allemagne unifiée ...“

Question: Quand et par quels moyens une constitution pour l'Allemagne unifiée entrerait en vigueur ou fut publiée dans le „Gesetzblatt“ que le „Grundgesetz“ de la RFA devait être ou serait la constitution de l'Allemagne unifiée? Dans le „Gesetzblatt“ on ne trouve pas de rapport entre le „Grundgesetz“ et l'Allemagne unifiée.

c) dans l'article 7 (1) phrase 1: „... (les Quatre Pouvoirs) terminent ainsi leurs droits et responsabilités pour Berlin et l'Allemagne en entier.“

Question: Les droits des alliés sont-ils déclarés complètement hors vigueur par cela?

Réponse: Non. Ceci résulte de l'article 3 de la „Convention sur le règlement de certaines questions par rapport à Berlin“.

d) dans l'article 7 (2) phrase 2: „L'Allemagne unifiée possède par conséquent la souveraineté complète sur ses affaires intérieures et extérieures“.

Question: Que signifie dans ce contexte „par conséquent“?

Les droits et responsabilités des commandants militaires sont annulés par cela?

Que signifie l'article 3 de la „Convention sur le règlement de certaines questions par rapport à Berlin“?

Même l'Allemagne unifiée si elle avait été rétablie réellement, aurait seulement les droits c o m m e un état souverain, mais pas d'un état souverain.

e) dans l'article 9: „Ce traité entre en vigueur pour l'Allemagne unifiée ... (les Quatre Etats) ... au jour de la déposition du dernier document de ratification ou d'acceptation.“

Dans le Bundesgesetzblatt (BGBl) 1991 partie II, nr. 9, p. 587, la déposition du dernier document de ratification par l'Union Soviétique était publiée pour le 15 mars 1991 et par cela l'entrée en vigueur. La publication indique pour l'Allemagne réunie la déposition du document de ratification pour le 13 octobre 1990.

La terminaison définitive de tous les droits et responsabilités des Quatre Pouvoirs et de leurs conventions et décrets fut communiquée par les gouvernements des Quatre Pouvoirs par des notes verbales correspondantes du 5 avril 1991 au secrétaire général de l'ONU dans une publication à tous les états (UN Doc. S/22449).

L'Allemagne unifiée n'était pas réalisée le 13 octobre 1990 ni quant au législatif, ni constitutionnellement ni territorialement.

Les élections à la représentation du peuple du parlement des territoires allemands unifiés d'après le traité 2plus4 ont eu lieu seulement en décembre 1990, il n'y avait pas de déclaration sur la nouvelle version du Grundgesetz comme constitution de l'Allemagne réunie, même le président fédéral (Bundespräsident) comme signataire du document et des lois n'était pas nouvellement inauguré mais celui élu par la congrégation fédérale (Bundesversammlung) le 23 mai 1989, au total il existait seulement un gouvernement de transition et un parlement de transition sans légitimation démocratique après le 3 octobre 1990. Et la tâche particulière de ceux-ci aurait été d'établir l'Allemagne unifiée selon les traités.

Au lieu de cela, on établissait un état privé des partis politiques et on trompait tout le monde et tous les allemands.

Avec la suspension ad intérim des droits et pouvoirs des Quatre Pouvoirs à partir du 2 octobre 1990, ils ne possédaient plus de devoir de supervision et de contrôle.

Le gouvernement fédéral et les partis politiques de la RFA profitaient de cette situation pour créer un désastre en prétendant des faux faits.

Au point de vue droit international tous les traités conclus, les déclarations données qui ont été présentées au nom de l'Allemagne unie après le 2 octobre 1990, même la coopération au Conseil de Sécurité de l'ONU, tout cela est inefficace.

Certes, les Quatre Pouvoirs pourraient constater tout cela eux-mêmes et rétablir les zones d'occupation? Mais est-ce que cela serait le chemin royal?

N'était-il pas constaté dans le protocole du 17 juillet 1990 de Paris: „Les Quatre Pouvoirs déclarent que les frontières de l'Allemagne unie ont un caractère définitif qui ne peut pas être mis en question ni par un événement extérieur ni par des circonstances extérieures“ ?

Mais il y a des événements intérieurs qui peuvent mettre en question tout, et ceci est la manière d'agir des dirigeants de la RFA qui essayent par tous les moyens depuis le 3 octobre 1990 de masquer les escroqueries commises sans aucun doute et de garder son statut illégal par des dissimulations continuelles, et commettent ainsi une rupture de la loi internationale permanente et des crimes contre l'humanité.

Si l'on veut savoir de plus près quel statut exact a été établi, on doit étudier plus profondément les documents suivants qui coopèrent étroitement et sont reliés en dernière conséquence à la Constitution du Reich allemand de 1919:

- Lettre des Trois Pouvoirs du 8 juin 1990 (BGBI 1990 I, p. 1068)
- Traité sur le règlement définitif quant à l'Allemagne du 12 septembre 1990
- Convention sur le règlement de certaines questions par rapport à Berlin
- Convention au traité „Deutschlandvertrag“ et traité de transition du 27/28 septembre 1990
- Déclaration de suspension des Quatre Pouvoirs

La continuation du droit d'occupation par la convention sur le règlement de certaines questions par rapport à Berlin

La continuation du régime d'occupation résulte de deux documents fondamentales qui provoquent en ensemble que tout droit allié qui était encore en vigueur le 25 septembre 1990 continue être en vigueur.

Ceux-ci sont la Convention sur le règlement de certaines questions par rapport à Berlin et les conventions sur le „Deutschlandvertrag“ et le traité de transition.

La convention sur le règlement de certaines questions par rapport à Berlin du 25 septembre 1990 entrait en vigueur provisoirement avec efficacité du 3 octobre 1990 par ordonnance (BGBI 1990 II, p. 1273). La ratification avait lieu par la RFA le 3 janvier 1994 et entrait en vigueur le 13 septembre 1994 pour la RFA, la France, les Etats Unis de l'Amérique et le Royaume Uni d'Angleterre et de la Irlande du Nord (BGBI 1994 II, p. 3703).

Au préambule il est déjà exprimé ceci:

„en considérant qu'il est nécessaire de convenir des règlements s'y rapportant dans certaines domaines qui ne touchent pas à la souveraineté allemande par rapport à Berlin“ et a dans la suite comme contenu juridique que Berlin demeure à tout égard comme capitale du Reich allemand jusqu'au traité de paix sous la loi des pouvoirs victorieux. L'article 2 dit:

„Tous les droits et obligations qui ont été fondés ou constatés par des mesures légis-

latives, juridiques ou administratives des offices alliés à Berlin ou par rapport à Berlin ou fondés ou constatés par de telles mesures, sont et demeurent en vigueur à tous les égards selon le droit allemand, sans considération s'ils ont été fondés ou constatés en concordance avec d'autres prescriptions juridiques. Ces droits et obligations sont soumis sans discrimination aux mêmes mesures législatives, juridiques et administratives futures comme des droits et obligations similaires fondés ou constatés d'après la loi allemande.

Les règlements suivants y sont liés étroitement:

Convention au traité „Deutschlandvertrag“ et „Traité de Transition“ du 28 septembre 1990

Voici le titre entier: „Publication de la convention du 27/28 septembre 1990 au traité sur les relations entre la RFA et les Trois Pouvoirs („Deutschlandvertrag“) ainsi que au traité pour le règlement des questions résultant de la guerre et de l'occupation („traité de transition“) (BGBl 1990 partie II, p. 1386ss.)

Point nr. 1 de la convention dit que le „Deutschlandvertrag“ sera suspendu avec la suspension des Quatre Pouvoirs aussi et cesse d'être en vigueur avec l'entrée en vigueur du „traité sur le règlement définitif par rapport à l'Allemagne“.

Nous avons décrit plus haut comment il en est quant à ce traité.

Si par conséquent le traité 2plus4 n'est jamais entré en vigueur de fait (mais était annoncé seulement au contrairement à l'esprit et à la lettre de l'immanence du traité), le „Deutschlandvertrag“ continue à opérer, c'est-à-dire le „Deutschlandvertrag“ est suspendu seulement pour le moment.

Il en est de même pour le „traité de transition“ en entier.

Mais des points nombreux du „traité de transition“ restent toujours en vigueur (ne sont pas suspendus) et la RFA a reconnu que le droit allié continue à être en vigueur.

C'est la tâche centrale que le gouvernement fédéral possède: être veilleur sur la sauvegarde des ordonnances encore en vigueur des Trois Pouvoirs de l'ouest.

Ainsi au point 4 a) il est déclaré: „Le gouvernement de la RFA déclare qu'il prendra toutes les mesures convenables que les conditions du „traité de transition“ qui continuent d'être valables sur le territoire de l'actuelle RDA et à Berlin ne seront pas contournées.“

Voici d'autres extraits marquant des prescriptions restantes du traité de transition:

L'article 1 (1) dans la partie I – ordonnances générales – dit que le Grundgesetz continue à être appliqué avec l'ordre: „Les organes de la RFA et des „Länder“ (provinces) ont le droit, d'après leur charge qualifiée au Grundgesetz, d'annuler ou de changer des prescriptions juridiques établies par les autorités d'occupation.“

Note: Pendant que pour certaines prescriptions juridiques des Trois Pouvoirs de l'Ouest la possibilité existe d'être changées ou annulées si celles-ci ont été intégrées à la loi allemande, cette possibilité n'existe pas pour la convention sur Berlin.

Article 2 (1):

„Tous les droits et obligations qui ont été fondés ou constatés par des mesures législatives, juridiques ou administratives des autorités de l'occupation, sont et restent

en vigueur à tous les égards d'après la loi allemande, sans considération si elles ont été fondées ou établies en concordance avec d'autres prescriptions juridiques. Ces droits et obligations sont soumis sans discrimination aux mêmes mesures législatives, juridiques ou administratives futures comme des droits et obligations similaires établis ou fondés selon le droit allemand local.

Partie neuvième. Traité de transition

CERTAINES REVENDICATIONS CONTRE DES NATIONS ETRANGERES ET CONTRE DES CITADINS

Article 1:

„Sous réserve des destinations d'un traité de paix avec l'Allemagne, des citoyens allemands sujets de la RFA ne doivent pas réclamer des exigences quelconques contre les états qui ont signé la déclaration des Nations Unies du 1 janvier 1942 ou se sont affiliés à elle, ou étaient en guerre avec l'Allemagne, ou sont mentionnés à l'article 5 de la partie cinquième de ce traité, ainsi que contre leurs citoyens, à cause de mesures qui ont été prises par les gouvernements de ces pays ou avec leur autorisation entre le 1 septembre 1939 et le 5 juin 1945 à cause de l'état de guerre existant en Europe; aussi personne ne peut faire valoir des droits similaires devant un tribunal de la RFA.“

On peut reconnaître clairement de ces extraits du „traité de transition“ que la souveraineté de la RFA est tellement limitée qu'il faut parler d'un système de compétences au sens d'un ordre administratif allié plutôt que d'un ordre gouvernemental.

Ce reste du „Traité de transition“ et la „convention de Berlin“ constituent ainsi la vraie base juridique que le gouvernement de la RFA doit accomplir, et non pas le serment d'office et absolument pas d' „ordre d'électeur“.

Par cette raison le gouvernement et le parlement siègent à Berlin et les ministères à Bonn et Berlin, afin que le droit d'occupation ne soit pas détourné dans le territoire administratif réuni des Trois Pouvoirs de l'Ouest.

Ainsi le rôle de Berlin se met au centre, car si le droit d'occupation reste en vigueur immuablement à Berlin, la ville de Berlin doit occuper une place éminente.

Le statut de Berlin est un statut particulier d'après le droit allemand par des raisons suivantes:

1. Berlin est la capitale du Reich allemand
2. Berlin est aussi la capitale de la Prusse (malgré la loi du Conseil de Contrôle nr. 46)
3. Berlin est siège du gouvernement de la province prussienne de Brandebourg et de la commune urbaine de Berlin
4. Berlin est siège du gouvernement de l'arrondissement („Regierungsbezirk“) de Berlin et de la corporation territoriale de la commune urbaine de Grand-Berlin.

A l'exemple de Berlin le dilemme des allemands à l'Allemagne qui continue à être occupée devient évident comme nulle part ailleurs.

La base d'airain de la loi internationale et estaduale dit: Ce que vaut pour la

capitale vaut pour tout le pays.

Pour cette raison Berlin ne faisait pas partie d'une zone quelconque d'occupation, mais il y avait les quatre secteurs de Berlin et quatre commandants de la ville.

Même la construction du mur de Berlin n'affectait pas les droits des puissances occupantes, était un problème purement national de la politique des partis.

La RDA appela Berlin leur capitale, ce qui était vrai dans la mesure où Berlin est aussi la capitale de la Prusse et que la RDA agissait selon la loi prussienne.

À Berlin se superpose la loi du Reich (Reichsrecht), le droit prussien, le droit provincial, le droit communautaire municipal, la loi sur le secteur professionnel, les droits des trois puissances, du Conseil de contrôle, des Quatre Puissances, des Cinq Puissances, des Triple Pouvoirs, et plus récemment la législation de l'oligarchie du parti de la RFA et de l'Union européenne après le 3 octobre 1990.

VI. Conclusions et considérations

Si l'on suit la logique ci-dessus et l'esprit et la lettre des traités internationaux, les responsabilités et les pratiques ainsi que tous les faits et les faits présentés jusqu'à présent, l'image suivante émerge:

1. L'Allemagne unifiée n'avait aucun aspect contractuel et horaire effectivement fait.
2. Ce sont donc les autres Etats signataires du Traité qui concluent en ce qui concerne l'Allemagne (2plus4) libre d'annuler le contrat.
3. Le traité de paix avec le Reich allemand est également toujours ouvert.
4. Il existent actuellement trois zones administratives dans le Reich allemand (à ne pas confondre avec les zones d'occupation, qui sont exposées) des Alliés et de la zone spéciale Berlin. Les anciens territoires de la RFA et de la RDA sont aujourd'hui les trois puissances occidentales gérés indirectement (non plus par les hauts commissaires en Allemagne, mais par et les chefs de gouvernement directement), la zone à l'est de Oder et Neisse est par la République de Pologne et la Prusse du Nord-Est à travers la Fédération de Russie. Le Grand Berlin est toujours sous l'administration des Quatre Puissances, même si le La Fédération de Russie n'exerce pas actuellement ses droits et responsabilités.
5. L'administration de l'ex-RFA, de la RDA et de l'ensemble de Berlin est assurée par le Gouvernement agissant en tant que République fédérale d'Allemagne sans normes validées publiées. (vois questions, pages 27 et 28).

6. Les partisans du pouvoir, leurs dans la mise en œuvre de la soi-disante «unité allemande», grossièrement négligente et intentionnelle et ont violé tous les contrats signés et les principes juridiques, n'ont pas corrigé à tout moment, la responsabilité privée pour tous les produits du droit international personnes et parties impliquées.

7. Liste des violations du droit public et international (sans exhaustivité):

a) Transformation de la Loi fondamentale en Constitution sans norme légale:

Le Traité 2plus4 écrit à l'article 1 (4) une constitution de l'Allemagne unie avant.

La simple affirmation que la Loi fondamentale est maintenant la Constitution ne remplace aucune norme juridique.

Il n'y a pas de déclaration dans les gazettes. Ni dans le journal officiel fédéral.

Décret gouvernemental toujours publié par résolution parlementaire est devenu la Loi fondamentale pour la constitution de la République fédérale d'Allemagne unie levée.

b) Le contrat pour le règlement final concernant l'Allemagne est devenu

L'Allemagne, qui n'a jamais été réunie par la partie contractante, qui n'est jamais ratifiée et n'a jamais été entrée en vigueur.

La proclamation de l'entrée en vigueur du contrat malgré les faits contraires est un crime de droit international.

c) L'accord est basé sur la durée de vie pour le territoire de l'ancien

RDA et la non-application du "Berlinklausel" pour tout Berlin en relation

La loi sur le traité sur l'unification n'est jamais entrée en vigueur, c'est simplement par des mensonges des politiciens seulement.

provisoirement fermé le 07 novembre 2017

Volker Ludwig

Deutsches Reich
Generalbevollmächtigter

Abschrift



Deutsches Reich · Der Generalbevollmächtigte
Postfach 37 0221 D-1 Berlin 37

Anlage IV

Zel. 030-802 9166

Wir bitten, in der Antwort
Zeichen und Datum dieses Schreibens anzugeben

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

A 1/2. I. 323-1-11/87

Unsere Zeichen

19. November 1987

Datum

Betreff Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, in der Person des Wolfgang Ebel, geboren am
15. Januar 1939 in Berlin, in meiner Tätigkeit als Generalbevollmächtigter
für das Deutsche Reich, mit den Rechten und Pflichten für den verhinderten
Reichspräsidenten und Reichskanzler
und in der Person des Reichsminister für Transport-, Energie-, Umweltschutz-
und Verkehrswesen, sowie als Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn,
dem Deutschen Volk an

EIDESSTATT,

daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit von den
Alliierten gewünscht und mit den Vier-Mächten durch mein persönliches
Handeln beschlossen ist,
daß das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 seit dem 08. Mai
1985 handlungsfähig ist,
aus staats- und völkerrechtlichen Gründen nur von Berlin ausgehen kann und
nicht von Bonn, Karlsruhe, Leipzig oder Dresden,
daß es mein Verdienst ist, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nun von
Berlin-West und nicht von Berlin-Ost ausgeht,
ich dies dem Deutschen Volk, im Beisein von Vertretern der französischen
Militärregierung am 15. November 1987, im Gebäude des Deutschen Reichstags,
öffentlich mitgeteilt habe
und daß der Redetext des Generalbevollmächtigten für die 6. deutschland-
politische Tagung der Gesellschaft für Deutschlandpolitik Berlin e.V.,
am 15. November 1987 im Reichstag, zuvor von den Vier-Mächten genehmigt
war.

Wolfgang E b e l

Generalbevollmächtigter
und Reichsminister



Notarielle
Beglaubigung:
d.w.

Unterschriftsbeglaubigung Urkundenrolle Nr. 714/1987

Die umseitig vor mir geleistete Unterschrift des mir persönlich bekannten Reichsbahnbeamten Wolfgang Ebel, Königsweg 1, 1000 Berlin 37, beglaubige ich hiermit.

Berlin, den 19. November 1987




Notar

Kostenberechnung

Wert: 5.000,-- DM	
Gebühr § 45 I KostO	15,-- DM
14 % Umsatzsteuer	<u>2,10 DM</u>
	17,10 DM




Notar

Bundesgerichtshof

VII ZB 43/12



Urteil Bundesgerichtshof – Beschluss
vom 11. April 2013 · Az. VII ZB
43/12: **“maschinell erstellte
Schreiben ohne Unterschrift” sind
ungültig!**

„Die Berufungsschrift weise keine
Unterschrift, sondern eine
„Streichung“ des dort
maschinenschriftlich angegebenen
Namens auf. Allenfalls könne es sich
bei dem Schriftzug um eine Paraphe
handeln, die keine formgültige
Unterschrift darstelle.“

Dieses Schriftstück ist der Deutschen Regierung bekannt und kann nicht widerlegt werden. Es ist kein illegales oder rechtsradikales Schriftstück.

Bitte vervielfältigen und verteilen Sie es, damit das Deutsche Volk endlich aufwacht!!!

1. Deutschland ist seit dem Ende des zweiten Weltkrieges kein souveräner Staat, sondern militärisch besetztes Gebiet der alliierten Streitkräfte. Es wurde mit Wirkung zum 12.09.1944 durch die Hauptsiegermacht, die Vereinigten Staaten von Amerika beschlagnahmt (vgl. SHAEF-Gesetz Nr.52, Art.1 Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces).

Alle Vorbehaltsrechte der Alliierten haben bis zum heutigen Tage uneingeschränkte Gültigkeit. Die Alliierten haben dies im „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin“ vom 25.09.1990 (BGBl. 1990, Teil I, Seite 1274) nochmals bekräftigt, also nach dem sog. „Einigungsvertrag“ vom 31.08.1990. Dies hat auch unmittelbar Gültigkeit für das ganze Land, da der völkerrechtliche Grundsatz Anwendung findet: „Was in der eroberten Reichshauptstadt gilt, gilt auch im eroberten Reich!“

Folgende Stellen aus dem „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin“ belegen das fortgeltende Besatzungsrecht der Alliierten: „In der Erwägung, dass es notwendig ist, hierfür in bestimmten Bereichen einschlägige Regelungen zu vereinbaren, welche die deutsche Souveränität in Bezug auf Berlin nicht berühren...“ (Präambel, Abschnitt 6) „Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden in oder in Bezug auf Berlin oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.“ (Artikel 2) „Alle Urteile und Entscheidungen, die von einem durch die alliierten Behörden oder durch eines derselben eingesetzten Gericht oder gerichtlichen Gremium vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in Bezug auf Berlin erlassen worden sind, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und werden von den deutschen Gerichten und Behörden wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden behandelt.“ (Artikel 4)

2. Deutschland hat bis heute keinen rechtsgültigen Friedensvertrag mit den Gegnern des 2. Weltkrieges geschlossen – weder mit den vier alliierten Besatzungsmächten, noch mit irgendeinem anderen Staat. Aufgrund der „Feindstaatenklausel“ der Vereinten Nationen (Artikel 53 und 107 der UN-Charta) befindet sich Deutschland mit insgesamt 47 Staaten völkerrechtlich noch immer im Kriegszustand. Dieser Zustand kann nur durch einen Friedensvertrag aufgehoben werden. Im SHAEF-Gesetz- Nr. 3 (veröffentlicht von der Militärregierung für Deutschland - Kontrollgebiet des obersten Befehlshabers, bestätigt und ausgegeben am 15.11.1944), erkennen folgende Staaten die U.S.A. als Oberbefehlshaber und Hauptsiegermacht des 2. Weltkrieges und somit den fortwährenden Kriegszustand an (Deutschland hat bis zum heutigen Tage nur einen Waffenstillstand):

3. Die „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD) war zu keinem Zeitpunkt Rechtsnachfolger des „Deutschen Reiches“, sondern nur ein „Besatzungsrechtliches Mittel“ zur Selbstverwaltung eines Teiles von Deutschland für eine bestimmte Zeit. Die „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD) war nie ein souveräner Staat, sondern stellte genau wie die „Deutsche Demokratische Republik“ (DDR) eine vorübergehende Verwaltungseinheit im besetzten Deutschland dar. Das besatzungsrechtliche Mittel „Bundesrepublik Deutschland“ existierte auf der Grundlage des es konstituierenden „Grundgesetzes“ vom 23.05.1949 **bis 17.07.1990.**

4. Berlin hat seit Ende des Krieges einen besatzungs- und verfassungsrechtlich „besonderen Status“ und war nie ein Teil der BRD. Berlin war niemals und ist bis heute kein Land der „Bundesrepublik Deutschland“. Dies haben die Alliierten im Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure zum Grundgesetz vom 12.05.1945 (Abs.4) festgeschrieben. Dieser Tatsache trägt auch das Bestätigungsschreiben der Alliierten Kommandantura zur Verfassung von Berlin (BKO (50) 75 vom 29.08.1950 (VOBl. I S.440) in Verbindung mit BKO (51) 56, Abs.2 vom 08.10.1951) Rechnung, in dem die Alliierten zwei Absätze der Verfassung von Berlin außer Kraft setzten: - Absatz 2, in dem festgestellt wird, dass Berlin ein Land der Bundesrepublik Deutschland sei und - Absatz 3, in dem erklärt wird, dass Grundgesetz und Gesetze der „Bundesrepublik Deutschland“ für Berlin bindend seien. Im „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin“ vom 25.09.1990 (BGBl. 1990, Teil II, S. 1274) wurden diese Tatsachen nochmals bestätigt. Damit waren und sind Bürger von Berlin (in Ost und West) keine Bürger der „Bundesrepublik Deutschland“. Sichtbare Zeichen der Exterritorialität von Berlin gegenüber der BRD ist beiderseitige Nichtzuständigkeit Berliner und bundesdeutscher Behörden, die Neutralität der Abgeordneten im Bundestag und die Freiheit der Berliner Bürger vom Wehr- bzw. Ersatzdienst.

5. Das besatzungsrechtliche Provisorium BRD erhielt keine vom Volk in freier Selbstbestimmung gewählte Verfassung, sondern lediglich ein „Grundgesetz“. Nach geltendem Völkerrecht („Haager Landkriegsordnung“ von 1907, Art. 43, [RGBl.1910]) ist ein „Grundgesetz“ ein „Provisorium zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem militärisch besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit“. Die provisorische Natur des „Grundgesetzes für die BRD“ kommt im Artikel 146 zum Ausdruck, der auch im sog. „Einigungsvertrag“ erhalten blieb: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom Deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Im Artikel 25 des Grundgesetzes verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts anzuerkennen. Sie sind damit Bestandteil des Bundesrechts, gehen anderen Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

Als völkerrechtlicher Vertrag ist somit auch die „Haager Landkriegsordnung“ dem „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ **übergeordnet.** Solange die Bundesrepublik Deutschland (BRD) mit Ihrer Politik die Übergabe der Regierungsverantwortung an den Reichskanzler des Staates „Deutsches Reich“ verhindert, so leistet die BRD einem Krieg gegen

Deutschland Vorschub, denn gemäß „Haager Landkriegsordnung“ darf ein Land 60 Jahre besetzt werden. Aus diesem Grunde sind selbst in den U.S.A. bei Immobilienverkäufen die Eigentumsverhältnisse auf 60 Jahre rückwirkend zu überprüfen. Nun gibt es für die U.S.A. zwei Möglichkeiten: 1.) Es kommt zu einem friedlichen Wechsel der Regierungsverantwortung in Deutschland und die U.S.A. wird somit in die Lage versetzt, mit dem ehemaligen Kriegsgegner, nämlich dem „Deutschen Reich“, einen Friedensvertrag zu schließen, oder 2.) Der U.S.A. bleibt zur Sicherung ihrer Ansprüche leider nichts weiter übrig als in einem neuen Krieg gegen Deutschland dieses erneut besetzen zu müssen, mit aller Not, Elend, Leid, Hunger usw.; dann würden die oben genannten 60 Jahre erneut von vorne beginnen.

6. Mit der Streichung des Artikels 23 ist am 17.07.1990 nicht nur das Grundgesetz, sondern die „Bundesrepublik Deutschland“ selbst als provisorisches Staatsgebilde erloschen. Am 17.07.1990 verfügten die Alliierten während der Pariser Konferenz neben der Aufhebung der „Verfassung der DDR“ die Streichung der Präambel und des Artikels 23 des „Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland“. Mit dem territorialen Geltungsbereich verlor das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ als Ganzes mit Wirkung zum **18.07.1990 seine Gültigkeit.** (BGBl. 1990, Teil II, Seite 885,890 vom 23.09.1990.)

Da die BRD verfassungsrechtlich (festgestellt mit Urteil des Bundesverfassungsgerichtes) ihre Hoheit ausdrücklich „auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes“ bezog, war mit dem Grundgesetz auch das besatzungsrechtliche Mittel „BRD“ aufgelöst. Seit diesem Zeitpunkt – 18.07.1990 – existiert das besatzungsrechtliche Provisorium namens „Bundesrepublik Deutschland“, das 41 Jahre lang die Belange für einen Teil des Deutschen Volkes treuhändisch für die Westalliierten zu verwalten hatte, nicht mehr. Alle von der Regierung und den Behörden der untergegangenen „Bundesrepublik Deutschland“ seit ihrem Erlöschen getätigten Rechtsgeschäfte und Verwaltungsakte sind danach **rechtswidrig und ungültig.**

Alle seitdem ausgestellten Pässe, Personalausweise, Führerscheine, Kfz-Zulassungen und Kfz-Schilder, sowie alle seitdem erlassenen Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und alle seitdem auf der Grundlage des nicht mehr rechtswirksamen Grundgesetzes durchgeführten Wahlen der „Bundesrepublik Deutschland“ sind **nichtig.** Da die „Bundesregierung“ nicht auf der Basis einer vom Volk in freier Wahl angenommenen Verfassung regiert, begründet sie nach Völkerrecht die Staatsform einer **Diktatur.**

7. Mit dem Erlöschen des Grundgesetzes ist die „Weimarer Verfassung“ von 1919 wieder in Kraft. Die Verfassung des Staates „Deutsches Reich“ ist seit dem 18.07.1990 die einzige Rechtsgrundlage des Deutschen Volkes. Die „Weimarer Verfassung“ vom 11.08.1919 ist nie völkerrechtlich wirksam aufgehoben oder ersetzt worden. Deshalb ist sie nach der Auflösung des Grundgesetzes die einzig gültige verfassungsmäßige Rechtsgrundlage in Deutschland. Sie ist die einzige Verfassung, die vom Deutschen Volk in freien Wahlen angenommen wurde. (Sie gilt in der Fassung vom 30.01.1933 mit den durch die alliierte Gesetzgebung bis zum 22.05.1949 vorgenommenen Veränderungen) Zwar wurde die Weimarer Verfassung durch die Nationalsozialisten 1935 mit dem „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ und der Schaffung des Landes „Sachsen-Anhalt“ völkerrechtswidrig außer Kraft gesetzt, doch sind diese völkerrechtswidrigen Gesetze der Nationalsozialisten durch das SHAEF-Gesetz Nr.1 der Alliierten wieder aufgehoben worden. Damit ist der Verfassungszustand vom 30.01.1933.

8. Der Staat "Deutsches Reich" als Institution des Völkerrechts ist 1945 bei der Kapitulation nicht untergegangen. Am 08.05.1945 hat nicht der Staat „Deutsches Reich“, sondern die Deutsche Wehrmacht von Groß-Berlin die „Bedingungslose Kapitulation“ in Berlin-Karlshorst unterschrieben. Das Deutsche Reich wurde lediglich beschlagnahmt und verlor danach durch die Festnahme der Regierung Dönitz seine Handlungsfähigkeit. Nach den Plänen der Alliierten sollte es dem Deutschen Volk nach Abschluss eines Friedensvertrages zurückgegeben werden. Die von Alliierten definierte Territorialität Deutschlands waren und sind die Reichsgrenzen vom 31.12.1937.

Das Bundesverfassungsgericht hat dies mit Urteil vom 31.07.1973 bestätigt: „Es wird daran festgehalten, dass das deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. **Die BRD ist nicht „Rechtsnachfolger“ des Deutschen Reiches.**“ (Urteile 2 BvL 6/56, 2 BvF 1/73, 2 BvR 373/83; BVGE 2,266 (277); 3, 288 (319ff); 5,85 (126); 6, 309, 336 und 363)

Gemeint ist das 2.Deutsche Reich (Die „Weimarer Republik“), da das „3.Reich“ 1945 durch die Alliierten mit Aufhebung der verfassungswidrigen Gesetze der Nationalsozialisten aufgelöst worden war. Diese Urteile sind zwischenzeitlich zu keinem Zeitpunkt revidiert worden und auch nicht durch die geänderten politischen Verhältnisse in Europa hinfällig geworden. Das besatzungsrechtliche Provisorium „Bundesrepublik Deutschland“ war und ist zu keinem Zeitpunkt identisch mit dem Staat Deutsches Reich. Es konnte auch, da nicht souverän, zu keinem Zeitpunkt die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches antreten.

9. Die Alliierten haben 1985 die Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches wieder hergestellt. (Dies ist unter anderem im Urteil des Landgerichts Berlin unter Aktenzeichen 13.0.35/93 festgestellt worden.) Die Regierungsvertreter und alle anderen Beamten des Staates „Deutsches Reich“ sind mit Eid dienstverpflichtet und unterstehen der Genehmigung, Anweisung, Kontrolle und Gerichtsbarkeit der amerikanischen Streitkräfte, im Endeffekt deren Oberbefehlshaber, dem Präsidenten der U.S.A. Die U.S.A. haben als Hauptsiegermacht des 2. Weltkrieges unter anderem die Reichsbahn als Sondervermögen des Deutschen Reichs beschlagnahmt.

10. Das Hoheits- und Vertretungsrecht über Deutschland kann völkerrechtlich nur von einer Regierung des "Deutschen Reiches" ausgeübt werden. Die Regierung des „Deutschen Reiches“ ist die **einzige Instanz**, die aber territoriale und hoheitsrechtliche Belange des deutschen Volkes entscheiden kann. Es war niemals irgendeinem Vertreter oder einer Institution der besatzungsrechtlichen Provisorien „Bundesrepublik Deutschland“ und „Deutsche Demokratische Republik“ möglich gewesen, über Deutschland als Ganzes zu entscheiden. Das bedeutet, dass eine Abtrennung oder Abtretung von Teilen des Deutschen Reichsgebietes z.B. an Frankreich, Polen und Russland durch Vertreter der Institution „Bundesrepublik Deutschland“ unmöglich, da rechtswidrig und somit von Anfang an ungültig war. Die entsprechenden Gebiete gehören weiterhin zum Staat „Deutsches Reich“ und werden bei Erlangung der vollen Souveränität diesem nach internationalem Völkerrecht wieder zurückgegeben werden.

11. Der „Einigungsvertrag“ zwischen zwei Teilen von Deutschland ist sowohl völkerrechtlich als auch staats- und verfassungsrechtlich ungültig.

Das Sozialgericht Berlin hat im Urteil einer Negationsklage vom 19.05.1992 (Aktenzeichen S 56 Ar 239/92) festgestellt, dass der so genannte „Einigungsvertrag“ vom 31.08.1990 (BGBl. 1990, Teil II, Seite 890) **ungültig ist, da man nicht zu etwas beitreten kann, was bereits am 17.07.1990 aufgelöst worden ist.** Artikel 1 des sog. „Einigungsvertrages“ besagt, dass die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemäß Artikel 23 des „Grundgesetzes“ am 03.10.1990 Länder der „Bundesrepublik Deutschland“ werden. Da dieser Artikel jedoch bereits am 17.07.1990 durch die Alliierten aufgehoben war, konnte ein rechtswirksamer Beitritt der ehemaligen DDR zu diesem Zeitpunkt nicht mehr erfolgen. Somit konnte auch kein Bürger der ehemaligen DDR dem territorialen Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten. Die Protokollerklärung zum „Einigungsvertrag“, die in den veröffentlichten Ausgaben meist fehlt, macht deutlich, dass sich die Vertragspartner sowohl der Fortgeltung alliierter Rechte als auch der weiterhin ausstehenden Einheit von Deutschland als Ganzem bewusst waren: „Beide Seiten sind sich einig, dass die Festlegung des Vertrags unbeschadet der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung noch bestehenden Rechte und Verantwortlichkeiten der „Vier Mächte“ in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes sowie der noch ausstehenden Ergebnisse der Gespräche über die äußeren Aspekte der Herstellung der Deutschen Einheit getroffen werden.“ Alle seit dem 18.07.1990 von der erloschenen „Bundesrepublik Deutschland“ und deren Vertretern geschlossenen Verträge mit anderen Ländern und internationalen Organisationen sind **rechtsungültig**. Sie sind daher weder für Bürger der nicht mehr existenten „Bundesrepublik Deutschland“, noch für Bürger des Staates „Deutsches Reich“, noch für die jeweiligen Vertragspartner bindend. Dies begründet auch in der EU die derzeitige Situation für die Vertragspartner Deutschlands.

12. Grundstückverkäufe im Gebiet von Gesamtdeutschland nach dem 18.07.1990 sind ungültig.

Gemäß der Alliierten Kommandantura Berlin [BK/O (47) 50] vom 21.02.1947 sind Grundbuchänderungen nur mit Zustimmung der alliierten Behörden möglich. Damit sind schon aus diesem Grunde alle Grundstückverkäufe in Gesamtdeutschland nach diesem Datum nichtig. Dies gilt umso mehr nach der Auflösung des besatzungsrechtlichen Mittels "Bundesrepublik Deutschland" (ab dem 18.07.1990).

13. Mit dem Erlöschen des territorialen Geltungsbereichs der „Bundesrepublik Deutschland“ ist auch die Institution „Deutsche Bundesbank“ und die Finanzhoheit der Bundesrepublik Deutschland erloschen. Daher muss jede Gruppe natürlicher oder juristischer Personen in Deutschland für ihre Geschäfte die von den Alliierten nach dem Krieg eingesetzte Währung „Deutsche Mark“ (DM) oder US \$ im Wechselkurs 2:1 verwenden (vgl. der Militärregierung Deutschland Gesetz Nr.61: „Erstes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens“ in Verbindung mit dem Gesetz Nr. 67: „Ausstattung der Gebietskörperschaft Groß-Berlin mit Geld“). Darüber hinaus hat **kein Deutscher** mehr die Verpflichtung, vermeintliche Schulden oder die dafür erhobenen Zinsen zurückzubezahlen, welche die nicht mehr existierende „Bundesrepublik Deutschland“ bei welcher Bank auch immer aufgenommen hat.

14. Der Staatsbesitz des „Deutschen Reiches“ ist nach wie vor Eigentum des „Deutschen Reiches“ und muss nach einem Friedensvertrag zurückgegeben werden. Der Staatsbesitz des Deutschen Reiches wurde bei Kriegsende

von den Siegermächten als „Sondervermögen Deutsches Reich“ beschlagnahmt. Treuhändischer Besitzer ist bis zum Abschluss des Friedensvertrages mit dem „Deutschen Reich“ die U.S.A.. Erst nach Abschluss eines Friedensvertrages werden die beschlagnahmten Güter dem Staat „Deutsches Reich“ wieder gehören. Die von der nicht mehr existierenden Regierung der „Bundesrepublik Deutschland“ seit ihrem Untergang am 18.07.1990 durchgeführte Veräußerung von Teilen dieses Staatsbesitzes des Staates „Deutsches Reich“ (Dazu gehören z.B. die Deutsche Post, Telekom und deren Grundstücke, die Deutsche Reichsbahn und deren Grundstücke) war damit rechtswidrig und von Anfang an ungültig. Daher müssen diese Geschäfte rückgängig gemacht werden.

15. Die Behörden der untergegangenen „Bundesrepublik Deutschland“ besitzen keine Hoheitsrechte mehr; ihre Akte sind nicht rechtswirksam.

Es ist den Behörden der untergegangenen "Bundesrepublik Deutschland" seit dem 18.07.1990 nicht mehr möglich, rechtswirksam Schreiben mit hoheitlichem Inhalt (Bescheide u. ä.) zuzustellen. Es bedarf einer Amtsperson, um Briefe mit hoheitlichem Charakter zuzustellen. Derzeitig haben die Behörden, Gerichte usw. der „Bundesrepublik Deutschland“ nur die Möglichkeit, sich der privatisierten Deutschen Post AG bzw. anderer privater Zustelldienste zu bedienen. Da auch Richter und Gerichtsvollzieher gar keine Amtspersonen sind, ist es den sog. Behörden der „Bundesrepublik Deutschland“ auch unmöglich, über diesen Weg rechtswirksam Briefe zuzustellen. Zudem haben Behörden der „Bundesrepublik Deutschland“ grundsätzlich keine Befugnis, Bürgern des Staates „Deutsches Reich“ Briefe zuzustellen, da diese Bürger diesen Behörden exterritorial (sozusagen als Bürger eines anderen Staates) gegenüberstehen. (gemäß § 20 GVG, § 3 Freiwilligen-Gerichtsbarkeits-Gesetz, Artikel 50 EGBGB, § 11 StPO und § 15 ZPO).

Ebenso wenig wie die „Bundesrepublik Deutschland“ der Botschaft eines anderen Landes aufgrund deren Exterritorialität hoheitliche Briefe rechtswirksam zustellen kann, kann sie dies für Bürger des Staates „Deutsches Reich“. Bürger des Staates Deutsches Reich stehen der "Bundesrepublik Deutschland" exterritorial gegenüber. Das heißt, sie unterstehen:

- bürgerrechtlich (gemäß Artikel 50, Satz 1 EGBGB vom 29.11.1952 [BGBl. I S.780, ber. S. 843])
 - allgemein- und verwaltungsrechtlich (gemäß § 3, Abs. 1 FGG vom 12.09.1950 [BGBl. S.455])
 - strafprozessrechtlich (gemäß § 11, Abs.1, Satz 1, StPO vom 07.04.1987 [BGBl. I, S. 1074, ber. S 1319])
 - zivilprozessrechtlich (gemäß § 15, Abs. 1, Satz 1, ZPO vom 12.09.1950 [BGBl. I, S. 533])
 - gerichtsverfassungsrechtlich (gemäß § 71, Abs. 2, Satz 1 und gemäß § 20, Abs. 1, GVG vom 09.05.1975 [BGBl. I, S. 1077])
- nicht den Behörden und der Gerichtsbarkeit der de jure erloschenen und nicht mehr existenten „Bundesrepublik Deutschland“. Alle sogenannte "Beamte" und Vertreter der „Bundesrepublik Deutschland“ begehen Landesverrat bzw. Hochverrat gegenüber dem Deutschen Volk. Die Regierungsvertreter der „Bundesrepublik Deutschland“ wurden hierüber im Jahre 1990 von den Siegermächten in Kenntnis gesetzt und angewiesen, alle untergeordneten Behörden ebenfalls zu informieren. Zusätzlich wurden auch alle Verwaltungsbehörden von Städten und Gemeinden der „Bundesrepublik Deutschland“ mit mehr als 40.000 Einwohnern direkt über diesen Sachverhalt aufgeklärt und darauf hingewiesen, dass das Leugnen dieser Tatsachen und das weitere Festhalten an dem „Alleinvertretungsanspruch“ der „Bundesrepublik Deutschland“ als vermeintliche Rechtsnachfolgerin des Staates „Deutsches Reich“ den Tatbestand des Landes- bzw. Hochverrats erfüllt.

16. Jeder Verwaltungsakt, der von den Behörden der seit dem 18.07.1990 erloschenen „Bundesrepublik Deutschland“ an den Bürgern des Staates „Deutsches Reich“ und deren Eigentum durchgeführt worden ist, ist ein rechtswidriger Übergriff bzw. eine Souveränitätsverletzung und daher schadensersatzpflichtig. Dieser Schadenersatz ist von den Personen zu leisten, die die Anordnung für einen Bescheid o. ä. unterschrieben haben, denn die sog. Amtspersonen der „Bundesrepublik Deutschland“ sind seit dem 17.07.1990 keine Amtspersonen mehr. Sie sind lediglich als Privatpersonen zu betrachten, welche sich anmaßen, ohne von der rechtmäßigen Regierung des Staates legitimiert worden zu sein, Bescheide und ähnliche Maßnahmen gegen Bürger des Staates „Deutsches Reich“ durchzusetzen. Diese Privatpersonen, die sich als Amtspersonen ausgeben, ohne definitiv solche zu sein, können beim Department of Justice in den U.S.A. wegen terroristischer Handlungen gegen die Interessen der USA angezeigt werden.

Alle seit dem 18.07.1990 von den Behörden der „Bundesrepublik Deutschland“ eingeforderten Geldleistungen, Sachwerte oder Dienstleistungen sind rechtswidrig erhoben worden und stellen eine ungerechtfertigte Bereicherung der Personen dar, welche diese Leistungen verlangt haben. Jeder Deutsche hat das Recht und die Pflicht, diese erbrachten Leistungen zurückzufordern.

17. Als Vertreter für die Rechtsordnung des „Deutschen Reiches“ setzt die Kommissarische Reichsregierung „reichsrechtliche Rechtssachverständige“ ein. Da es zurzeit keine zugelassenen Rechtsanwälte und Notare für die Rechtsordnung des „Deutschen Reiches“ gibt, werden „reichsrechtliche Rechtssachverständige“ und für das Gebiet des Reichslandes Preußen auch „reichsrechtliche Rechtskonsulenten“ ausgebildet. Diese ausgesuchten Personen sind die zur Zeit einzigen zur Rechtsordnung des Staates „Deutsches Reich“ von den USA und der Kommissarischen Regierung des Staates „Deutsches Reich“ genehmigten und zugelassenen rechtskundigen Personen.

18. Alle Personen, die im 1944 beschlagnahmten Gebiet von Deutschland geboren sind, sind Deutsche. Deutschland umfasst nach Völkerrecht nach wie vor das gesamte Gebiet des „Deutschen Reichs“ in den Reichsgrenzen vom 31.12.1937, wie sie im SHAEF-Gesetz Nr. 52 (Artikel VII Nr. 9, Abschnitt c in Verbindung mit dem 1. Londoner Protokoll vom 12.9.1944) festgelegt wurden. Alle innerhalb dieser Grenzen geborenen Personen sind gemäß des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.07.1913 - und sogar nach Artikel 116 des „Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland“ - Deutsche und somit Bürger des Staates „Deutsches Reich“. Die Berliner in Ost und West sind und waren durchgehend seit dem 11.08.1919 immer Bürger des Staates „Deutsches Reich“, auch aufgrund des Vier-Mächte-Sonderstatus der Reichs- Hauptstadt Berlin.

19. Jeder Deutsche hat das Recht, Personalpapiere des „Deutschen Reiches“ zu besitzen.

Da alle in den Grenzen des Staates „Deutsches Reich“ im Gebietsstand vom 31.12.1937 geborenen Personen Staatsbürger des Staates „Deutsches Reich“ sind, sind sie somit auch berechtigt, Personalpapiere des Staates „Deutsches Reich“ ohne irgendwelche Schwierigkeiten, rechtliche Konsequenzen oder Repressalien von Seiten der Behörden und Institutionen der erloschenen „Bundesrepublik Deutschland“ befürchten zu müssen, zu besitzen. Das wurde von der Staatsanwaltschaft, Polizei und Gerichten bestätigt.

20. Nach wie vor planen die Alliierten, den Staat „Deutsches Reich“ zu einem von ihnen zu bestimmenden Datum zurückzugeben. Auf der „Drei-Mächte-Konferenz zu Berlin“ (fälschlich „Potsdamer Abkommen“ genannt) am 02.08.1945 fassten die Alliierten den Entschluss, den Staat „Deutsches Reich“ nach einer Besetzungszeit und nach der Schließung eines Friedensvertrages zu einem von den Alliierten zu bestimmenden Datum als souveränen Staat in den Grenzen vom 31.12.1937 wiederherzustellen (s. SHAEF-Gesetz Nr. 52, Artikel VII Nr.9, Abschnitt c.). Daran hat sich bis heute nichts geändert.

21. Nach geltendem Völkerrecht müssen die Alliierten Deutschland nach spätestens 60 Jahren zurückgeben. In der „Haager Landkriegsordnung“ ist festgelegt, dass die Besetzung eines Landes maximal 60 Jahre dauern darf. Innerhalb dieser Zeit ist die Siegermacht verpflichtet, einen Friedensvertrag abzuschließen oder den Kriegszustand wiederherzustellen. Andernfalls macht sie sich völkerrechtlich schuldig. Je nachdem, ob man die Alliierte Gesetzgebung, die bereits 1944 erlassen wurde, oder die Kapitulation der deutschen Wehrmacht zugrunde legt, bewegen sich mögliche Termine für die Rückgabe zwischen Februar 2004 und Mai 2005.

Diese Aufklärungsschrift soll mit dazu beitragen, dass eine friedliche Vereinigung und Übergabe Deutschlands und ein Friedensvertrag zu Stande kommt - Bitte helfen Sie mit!

DIE ALLIIERTEN HABEN DIE BEREINIGUNGSGESETZE VERFÜGT

und der „BRD“ seit Jahren damit Rechte auf Gesetze und Verordnungen entzogen!

Viele sind schon lange ungültig, aber wir wussten es nicht!

- 1. Bereinigungsgesetz 2006
Aufgehoben mit Rechtskraft vom 25.4.2006
- 2. Bereinigungsgesetz 2007
Aufgehoben und geloscht mit Rechtskraft vom 30.11.2007
- 3. Bereinigungsgesetz 2010
Aufgehoben mit Rechtskraft vom 1.12.2010

B56
Strafgesetzbuch
Verkehrs- und Verfassungsgesetz
Zivilprozessordnung
Strafprozessordnung
Familiengerichtsbarkeit

Abgabenordnung
Umsatzsteuergesetz
Einkommensteuergesetz
Finanzgerichtsordnung
Ordnungswidrigkeitengesetz
Recht auf Erlassen von Gesetzen
Recht auf Erlassen von Rechtsverordnungen

Sämtliche anderen Besetze
die diese Gesetze übertragen hatten
sind ebenfalls aufgehoben
In keinem anderen Gesetz ist noch
eine Absicht zu den 2006-2010

Ordnungswidrigkeitsstrafe
für fehlende Schutzmaske!

ORDNUNGSWIDRIGKEITEN
Gesetz wurde aufgelöst!

Geldstrafenzahlungen
seit 30.11.2007 auf der Basis
von Freiwilligkeit oder Tauschung!

KOPIE

Mit welchem Recht?

LOCKDOWN WEGEN CORONA

Der Bundesrepublik (BRD) ist es untersagt, jemals wieder Gesetze oder Verordnungen zu erlassen oder zu vollziehen! (Artikel 3 des 2. Bereinigungsgesetzes der Alliierten)

Sie schaden uns in unermesslichem Maße,
obwohl sie genau wissen müssen, was es ist:

VERRAT AM VOLK und wir sollen es bezahlen!



AGREEMENT
GREEN HILTON MEMORIAL BUILDING GENEVA
AND
CERTIFICATE OF GENEVA



John F. Kennedy
John F. Kennedy



Soekarno
Soekarno



William Vouker
William Vouker